

## 9. RACHE, VERGELTUNG, STRAFE

Uns, Herr, uns lass das alte Schwert ausgraben!  
Lass Stahl in jedes Mannes Hände tauen!  
Die Frauen dürfen leere Hände haben –  
und nicht einmal die Frauen.

**Friedrich Torberg** „Rebellen-Gebet“ (Übersetzung des anonymen Gedichtes *Nad Hrobkou Českých Kralů* - „An der Grabstätte der Böhmischen Könige“)

Rache und Vergeltung entsprachen 1944/46 einem „tiefen Bedürfnis“ vieler Einwohner Europas, die deutsche Besatzungs-, Deportations- und Vernichtungspolitik erlitten hatten. Denn eine Mehrheit von Europäern hatte den Zweiten Weltkrieg nicht am militärischen Schlachtfeld erlebt, sondern als Kriegsgefangene, Zwangsarbeiter und KZ-Insassen, aber auch als Partisanen, Kollaborateure und „Mitläufer“. „In the annals of history, however, never have so many people been caught up in the process of collaboration, resistance, and retribution as in Europe during and after the Second World War.“ Aber auch die „tägliche Demütigung“ sollte nicht unterschätzt werden, denn: „Männer und Frauen wurden verraten und erniedrigt, tagtäglich zu kleinen Gesetzeswidrigkeiten genötigt, bei denen jeder etwas und viele alles verloren“.<sup>2504</sup>

Beim Vormarsch der Roten Armee nach Ost- und Westpreußen, Pommern und Schlesien, nach Mähren und Böhmen, in die Slowakei und nach Ungarn, durch den Banat, die Batschka und die Baranya, beim Vormarsch der jugoslawischen Partisanen durch die Vojvodina, Kroatien und Slowenien, bei der Evakuierung der Karpatendeutschen, beim Prager Aufstand, dem Brünner „Todesmarsch“ und dem Aussiger Pogrom, nicht zuletzt bei der Übernahme der neuen polnischen Westgebiete, ließen nicht nur sowjetische Soldaten, sondern auch polnische und tschechische Soldaten, Milizionäre und „Revolutionsgarden“, serbische, kroatische und slowenische Partisanen, sogar „Zivilisten“ aller Art, ihren Hassgefühlen gegenüber „den Deutschen“ freien Lauf. Dass Rache und Vergeltung der zumeist lange Unterdrückten überwiegend deutsche Frauen, Kinder und Greise traf und kaum die politisch und strafrechtlich Verantwortlichen – die Funktionseliten des Nationalsozialismus (Reichsprotektoren, Reichsstatthalter, Gauleiter, Kreisleiter, Volksgruppenführer etc.) und die Befehlshaber der deutschen Besatzungsmacht (Befehlshaber der Wehrmacht, Höhere SS- und Polizeiführer, Leiter der Gestapo-Leitstellen etc.) waren mit ihren Dienstautos meist „rechtzeitig“ geflohen –, machte die Verfolgungssituation für die betroffenen „Volksdeutschen“ weitgehend unverständlich. Erklärbar sind die gewaltsamen Reaktionen, die Deutsche bei ihrer Flucht und Vertreibung erfuhren, nur zum Teil „als Reflex auf die Germanisierungsideologie und Sklavenhaltermentalität, die Hauptbestandteil und Triebfeder der nationalsozialistischen Ostexpansion und Besatzungspolitik“ auf tschechischem und polnischem, slowenischem und serbischem, ukrainischem, weißrussischem und baltischem, zuletzt auch auf slowakischem, ungarischem und kroatischem Territorium gewesen waren.<sup>2505</sup>

Bereits während des Krieges waren in den alliierten Regierungen Ideen einer umfassenden Bestrafung der deutschen Nationalsozialisten erörtert worden – in Washington, London und Moskau sowie in den Exilregierungen. Auf Initiative

<sup>2504</sup> JUDT, *Geschichte Europas*, 59; István DEÁK, Jan T. GROSS, and Tony JUDT (eds.), *The Politics of Retribution in Europe. World War II and its Aftermath* (Princeton 2000) 3.

<sup>2505</sup> Vgl. *Vertreibung und Vertreibungsverbrechen*, 23-54; Wolfgang BENZ, *Feindbild und Vorurteil. Beiträge über Ausgrenzung und Verfolgung* (München 1996) 48-51.

Roosevelts und Churchills begann am 7. Oktober 1942 die *United Nations Commission for the Investigation of War Crimes* ihre Arbeit und ließ Unterlagen für die Prozesse gegen die Kriegsverbrecher sammeln. Am 30. Oktober 1943 verabschiedeten die Außenminister der drei Alliierten in Moskau die *Declaration of German Atrocities*, die festlegte, die höchsten Repräsentanten des Dritten Reiches gemeinsam abzuurteilen, und die den besetzten Staaten das Recht auf Auslieferung und Bestrafung jener Personen zusprach, die für die NS-Verbrechen verantwortlich waren. Auch wenn es in Washington radikale Vorstellungen der Gruppe um Finanzminister Henry Morgenthau gab, die gesamte deutsche Nation ökonomisch und kulturell zu bestrafen, setzte sich eine allgemeine Akzeptanz des Prinzips der Kollektivschuld bei den westlichen Regierungen nicht durch. Auch in den verhältnismäßig drakonischen Richtlinien JCS 1067 vom 26. April 1945 waren konkrete Personengruppen angeführt, die bestraft werden sollten:

„Alle Mitglieder der Nationalsozialistischen Partei, die mehr als nur normale Beteiligte der Tätigkeit der Partei waren, alle aktiven Unterstützer des Nationalsozialismus und Militarismus, sowie alle weiteren Personen, die sich den Vorhaben der Alliierten feindlich gegenüberstellen, werden beseitigt und aus öffentlichen Institutionen und weiteren wichtigen Stellen quasi-öffentlicher und privater Unternehmen entlassen. [...]“<sup>2506</sup>

Nach dieser Definition hatte eine große Zahl an deutschen Männern – aber sicher nicht „die absolute Mehrheit“, wie Pešek und Tůma mutmaßen – und ein Teil der deutschen Frauen, die in öffentlichen oder privaten Institutionen oder Betrieben tätig gewesen waren, mit Repressionen zu rechnen. Auch die Konfiskation von öffentlichem und privatem Eigentum war vorgesehen.<sup>2507</sup>

Sogar der deutsche Nobelpreisträger Thomas Mann, der am 14. Jänner 1945 aus den USA in der Sendereihe „Den deutschen Zuhörern“ über die ersten Konzentrationslager berichtete, die von der US-Armee befreit worden waren, sprach von einer „furchtbaren, nationalen Gesamtschuld“ der Deutschen. Die NS-Verbrechen seien nicht von einer „kleinen Zahl von Verbrechern“, sondern „von Hunderttausende[n] einer sogenannten deutschen Elite, Männer, Jungen und entmenschte Weiber [...] unter dem Einfluss verrückter Lehren in kranker Lust“ verübt worden. Und am 30. Dezember 1945 kam Mann auf Hass, Rache und Kollektivschuld zurück, ohne notwendige Differenzierungen vorzunehmen:

„Wem es längst vor den Bergen von Hass geirrt hat, die rings um Deutschland sich aufürmten, wer längst in schlaflosen Nächten sich ausgemalt hat, wie furchtbar das e n t m e n s c h t e T u n d e r N a z i s auf Deutschland werde z u r ü c k s c h l a g e n müssen, der kann jetzt mit Erbarmen in dem, was Deutschen von Russen, Polen und Tschechen geschieht, nichts anderes sehen als die mechanische und unvermeidliche R e a k t i o n a u f U n t a t e n , die ein Volk

<sup>2506</sup> PEŠEK – TŮMA, Rechtsnormen, 136-138; vgl. Gerd R. ÜBERSCHÄR (Hg.), *Der Nationalsozialismus vor Gericht. Die alliierten Prozesse gegen Kriegsverbrecher und Soldaten 1943-1952* (Frankfurt am Main 2000).

<sup>2507</sup> PEŠEK – TŮMA, Rechtsnormen, 139f.

als Ganzes übt, bei der es leider nicht nach individueller Gerechtigkeit, nicht nach Schuld und Unschuld des Einzelnen geht.“<sup>2508</sup>

Gegenüber den deutschen Minderheiten im östlichen Europa wurde – mit Ausnahme von Rumänien – das Prinzip der Kollektivschuld angewendet. Flucht, Vertreibung und Zwangsaussiedlung der Deutschen aus Ostmitteleuropa sollen nach frühen Schätzungen über einer Million Deutschen das Leben gekostet haben. Nach einem Bericht des deutschen Bundesarchivs aus dem Jahre 1974 sind in sämtlichen Gebieten östlich von Oder und Neiße mehr als 400.000 Deutsche Opfer der Vertreibung geworden, in der Tschechoslowakei mehr als 130.000, in Jugoslawien mehr als 80.000. Da allerdings nach neuesten Forschungen von Rüdiger Overmans die Zahl der Militärtoten aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten wesentlich höher anzusetzen ist, schätzt er die Zahl der Vertreibungsoffer nun auf insgesamt etwa 500.000 Personen.<sup>2509</sup> In den 1990er Jahren wurden diese Verlustzahlen neu berechnet, nur für die „Donauschwaben“ in der Vojvodina und Slawonien auch genau nach den Siedlungen und Familien gezählt, so dass die Opferzahlen (ohne Soldaten) nach unten revidiert werden mussten: für die Sudeten- und Karpatendeutschen auf 30.000 „Vertreibungsoffer“, für die Donauschwaben auf etwa 60.000, für die Sloweniendeutschen auf maximal 2000.<sup>2510</sup> Hans-Ulrich Wehler legt allerdings neuerdings wieder höhere Verlustzahlen vor: Die Anzahl der überlebenden Vertriebenen beziffert er auf 12,45 Millionen, doch 1,71 Millionen seien „während der Vertreibungsaktionen oder auf der Flucht in den Westen umgekommen“. Im einzelnen seien aus den deutschen Ostgebieten (von 1937) 6,66, aus der Tschechoslowakei 3,06, aus Polen (von 1937) 2,1 Millionen, aus Jugoslawien 238.000, aus Ungarn 210.000 und aus Rumänien 133.000 geflüchtet oder vertrieben worden.<sup>2511</sup> Lediglich die Zahl für Jugoslawien ist sicher zu gering angesetzt.

Sudeten- und Karpatendeutsche einerseits sowie Donauschwaben und Sloweniendeutsche andererseits haben sich nach 1918 zunehmend eindeutig als ethnische bzw. nationale Gruppen konstituiert und definiert. Dies galt nicht nur für ihre

<sup>2508</sup> Thomas MANN, *Fragile Republik. Thomas Mann und Nachkriegsdeutschland*, hg. von Stephan Stachorski (Frankfurt am Main 1999) 39; vgl. PEŠEK – TŮMA, *Rechtsnormen*, 132. Sperrung im Original.

<sup>2509</sup> *Vertreibung und Vertriebensverbrechen*, 38-41, 46f., 51-53; OVERMANS, *Deutsche Verluste*, 299. Overmans berechnete die Zahl der deutschen Militärtoten auf über 4,8 Millionen. WEHLER, *Gesellschaftsgeschichte* 4, nennt sogar 5,32 Millionen deutsche Militärtote: 4,2 Millionen für das Heer, 430.000 für die Luftwaffe, 140.000 für die Kriegsmarine und 300.000 für die Waffen-SS.

<sup>2510</sup> Jaroslav KUČERA, *Statistik auf dem Holzweg: Einige Bemerkungen zu Berechnungen der sudetendeutschen Vertreibungsverluste*, in: *Nationale Frage und Vertreibung in der Tschechoslowakei und Ungarn 1938-1948* (Wien 1997) 141-154; vgl. *Leidensweg der Deutschen im kommunistischen Jugoslawien*, Band IV: *Menschenverluste – Namen und Zahlen zu Verbrechen an den Deutschen durch das Tito-Regime in der Zeit von 1944-1948*, hg. von der Donauschwäbischen Kulturstiftung (München – Sindelfingen 1994).

<sup>2511</sup> WEHLER, *Gesellschaftsgeschichte* 4, 944.

Selbsteinschätzung, sondern auch für ihre Behandlung seitens der Staatsorgane als nationale Minderheiten. Die Gruppenidentität wurde in den 1930er Jahren durch die Einflussnahme seitens des Deutschen Reiches und der nationalsozialistischen Volksgruppenpolitik noch verstärkt, besonders durch das Münchener Abkommen bzw. die Zusammenfassung der Jugoslawiendeutschen im „Schwäbisch-Deutschen Kulturbund“ vor 1941. Freilich stellt sich die Frage, inwieweit die Schaffung des Protektorates Böhmen und Mähren 1939 bzw. die Aufteilung Jugoslawiens 1941 die Kohärenz der Volksgruppe geschwächt hat. Die unterschiedlichen Schicksale der ehemaligen Jugoslawiendeutschen im westlichen Banat, in der Batschka und Baranya, in Kroatien (mit Syrmien und Slawonien) und im besetzten Slowenien lassen für 1944/47 doch eine auseinandergerissene Gruppe erkennen.<sup>2512</sup>

Fragt man nach den Hauptursachen für die Mordaktionen gegen die Deutschen sowie für deren Vertreibung und Zwangsaussiedlung, so lassen sich für die Tschechoslowakei und Jugoslawien ziemlich ähnliche völkerrechtliche, nationalpolitische, sozial- und wirtschaftspolitische, machtpolitische, ideologische und massenpsychologische Motivketten erkennen:

1) Das Münchener Abkommen war zwar ein völkerrechtlicher Vertrag, allerdings einer zu Lasten eines Dritten, der zwar von der tschechoslowakischen Regierung, nicht aber vom tschechoslowakischen Parlament anerkannt worden war. Auch die Einrichtung des Protektorats Böhmen und Mähren stellte ein Oktroy Hitlers dar. Nach relativ geringen Widerstandshandlungen 1939 begannen seitens der Gestapo die Verfolgungen verschiedener tschechischer Intelligenzgruppen (Professoren, Studenten, Offiziere, Beamte), die nach dem Machtantritt Heydrichs sofort gesteigert wurden. Seine vom Exilpräsidenten angeordnete Ermordung zog eine ganze Reihe sehr gezielter Vergeltungsmaßnahmen nach sich. Besonderer Verfolgung waren die Juden der ehemaligen Tschechoslowakei ausgesetzt, die für mehr als zwei Drittel tödlich endete. Versuche zu bewaffnetem Widerstand, besonders der Slowakische Nationalaufstand, wurden von SS und Wehrmacht rücksichtslos niedergekämpft – auch mit dem Instrument individueller Geiseler-schießungen. Mit diesem Terrorapparat wurde die tschechische (und slowakische) Bevölkerung nahezu bis Kriegsende eingeschüchtert und in Schach gehalten.

2) Der deutsche Überfall auf Jugoslawien war eine eindeutige Verletzung des Briand-Kellog-Paktes von 1928, also ein Bruch des Völkerrechts. Jugoslawien wurde völkerrechtswidrig zerstückelt, die Exilregierung in London ignoriert, Teilgebiete wurden annektiert (vor allem von Italien und Ungarn), andere Teile (Kroatien und Bosnien-Herzegowina) als neues Völkerrechtssubjekt etabliert, nur relativ wenige Gebiete (Kernserbien, Banat, Makedonien) unter Militärverwaltung gestellt. Deutschland und Italien begannen schon im Frühjahr 1941 mit Massenvertreibungen von Slowenen und tolerierten als „befreundete Mächte“ die Serbenverfolgungen (Vertreibungen und Massenmorde) im „Unabhängigen Staat

<sup>2512</sup> Vgl. SUPPAN, Jugoslawien, 657-922; Jaroslav KUČERA, Minderheit im Nationalstaat. Die Sprachenfrage in den tschechisch-deutschen Beziehungen 1918-1938 (München 1999).

Kroatien“, während Ungarn und Bulgarien in der Batschka bzw. in Makedonien mit rücksichtsloser Entnationalisierungspolitik vorgingen. Hitler und seine Generale befahlen nicht nur massenhafte Geislerschießungen an Zivilisten in Serbien nach einer Quote von 1:100, sondern forcierten auch die weitgehende Vernichtung der Juden in Serbien und beschleunigten die Vernichtungspolitik gegenüber den Juden im *Ustaša*-Staat. Die Besatzungsmächte waren lange Zeit nicht bereit, die aus den existenziellen Bedrohungen entstandenen Guerillabewegungen als Kombattanten anzuerkennen, d. h. viele Gefangene wurden kurzerhand erschossen. Die Gesamtlage begann sich erst grundlegend zu ändern, als der Vormarsch der Roten Armee aus Bulgarien und Rumänien die Ausdehnung der Partisanenbewegung bis nach Serbien ermöglichte.

3) Nach der nationalsozialistischen Besetzung der überwiegend tschechischen, slowenischen und serbischen Länder gab es daher bei der großen Mehrheit dieser Nationen – vor allem bei den besonders verfolgten politischen und kulturellen Eliten – keine weitere Bereitschaft mehr, mit den deutschen Minderheiten weiterhin zusammenzuleben. Hinter der Ausgrenzungsstrategie bei Tschechen, Serben und Slowenen waren sowohl Hass gegen die „Herrenvolk“-Mentalität mancher Sudetendeutscher, Donauschwaben und Untersteirer als auch Neid und Angst gegenüber der seit der Zeit der Habsburgermonarchie bestehenden, nach 1938/41 wieder führenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Position der deutschen Minderheiten zu erkennen. Diese konnten besonders die Sudetendeutschen im Reichsgau Sudetenland, die Schwaben im westlichen Banat und die Deutschen in der Untersteiermark ausbauen.<sup>2513</sup>

Aber: Der Staat stand nicht mehr für Recht und Gerechtigkeit. In den besetzten Ländern normal zu leben, hieß oft, gegen die Gesetze zu verstoßen. Die einfachen Leute waren gezwungen, auf dem Schwarzmarkt einzukaufen, Diebstahl zu begehen, Nachbarn zu denunzieren, um sich einen kleinen Vorteil bei den Besatzungsbehörden und Polizisten zu verschaffen. Bald ging jedes Gefühl für Anstand und Sitte verloren. Gewalt wurde Bestandteil des Alltags. Auch das Eigentum war nicht mehr geschützt. Zuerst wurde den Juden Geld, Besitz, Haus und Geschäft weggenommen, dann den Tschechen, Polen, Dänen, Norwegern, Niederländern, Belgiern, Luxemburgern, Franzosen, Slowenen, Serben, Griechen, Weißrussen, Ukrainern, Russen usw. Viele „Einheimische“ wurden Profiteure der Eigentumsverschiebungen und Enteignungen und wollten diese 1945 auch KZ-Überlebenden vorenthalten.<sup>2514</sup>

4) Tschechen und Slowaken, Slowenen, Kroaten und Serben hielten den Sudeten- und Karpatendeutschen, den Untersteirern und Gottscheern sowie den Donauschwaben Illoyalität gegenüber der Tschechoslowakei bzw. Jugoslawien vor.

<sup>2513</sup> Vgl. Detlev BRANDES, *Der Weg zur Vertreibung 1938-1945. Pläne und Entscheidungen zum ‚Transfer‘ der Deutschen aus der Tschechoslowakei und aus Polen* (München 2005); SUPPAN, *Jugoslawien*, 690-732; JANJETOVIĆ, *Between Hitler and Tito*, 39.

<sup>2514</sup> JUDT, *Geschichte Europas*, 56.

Im Zentrum der Vorwürfe standen die Behauptungen, sowohl die Sudetendeutsche Partei als auch der Schwäbisch-Deutsche Kulturbund hätten sich als „fünfte Kolonne“ verhalten. Hinsichtlich der Sudetendeutschen bezog sich der Vorwurf der Illoyalität einerseits auf ihr politisches Verhalten vor dem Münchener Abkommen 1938, andererseits auf ihre angebliche Mitwirkung am Protektorats-Regime. Kittel und Möller weisen mit Recht darauf hin, dass eine solche Bewertung nicht von der Tatsache absehen kann, dass die Sudetendeutschen im Jahre 1919 gegen ihren Willen und „unter Bruch des gerade proklamierten Selbstbestimmungsrechts“ gewaltsam in den neuen tschechoslowakischen Staat eingegliedert worden waren. Ähnlich wie die Mehrheit der Tschechen im Jahre 1918 nicht mehr länger in der Habsburgermonarchie leben und ihren eigenen Nationalstaat haben wollten, wünschte sich die große Mehrheit der Sudetendeutschen im Jahre 1938 das Ausscheiden aus der Tschechoslowakei und den Anschluss an das Deutsche Reich. Auf die Politik der Sudetendeutschen Partei traf daher ab November 1937, spätestens ab März 1938, der Begriff der „fünftens Kolonne“ durchaus zu. Allerdings galt dies nicht für die Mehrheit der sudetendeutschen Sozialdemokraten, aber auch nicht für manche Liberale und Katholiken, die in schroffem Gegensatz zur NS-Diktatur standen.<sup>2515</sup>

Auch die Organisationen der deutschen Volksgruppen im Westbanat und im „Unabhängigen Staat Kroatien“ entwickelten sich nach dem April 1941 zu einer Art „Staat im Staate“, und durch den Eintritt in die Waffen-SS sowie die Mitwirkung bei der Partisanenbekämpfung wurden die Donauschwaben „zu einem Rad in der Unterdrückungsmaschinerie des Hitler-Regimes“; aber weder Donauschwaben noch Untersteirer hatten im April 1941 einen wesentlichen Beitrag zur Zerstörung Jugoslawiens geleistet.<sup>2516</sup>

5) Nicht nur massenhafte Umsiedlungs- und Vertreibungspläne von NS- und SS-Führern<sup>2517</sup> – die zu den betroffenen Völkern durchsickerten –, sondern vor allem konkrete Enteignungs-, Umsiedlungs- und Vertreibungsaktionen innerhalb Böhmens und Mährens, aus der Untersteiermark und Oberkrain sowie aus dem westlichen Banat, der Batschka, Bosnien und Kroatien – in den beiden zuletzt genannten Ländern allerdings vom *Ustaša*-Regime veranlasst – vermittelten Tschechen, Slowenen und Serben die existentielle Bedrohung ihrer Lage, besonders für die Zeit nach Kriegsende. Zugleich öffneten diese deutschen Pläne und Aktionen alle ethischen Schleusen, mit ähnlichen Gegenplänen und Gegenaktionen zu reagieren. Schließlich sollte nicht übersehen werden, dass Hitler selbst mit seiner am 6. Oktober 1939 im Reichstag ausgegebenen „Heim ins Reich“-Parole Umsiedlungen von deutschen Volksgruppen (Deutsche aus dem Baltikum, Wolhynien, Galizien, der Bukowina und Bessarabien) im großen Stil eingeleitet

<sup>2515</sup> KITTEL – MÖLLER, Beneš-Dekrete, 552-557.

<sup>2516</sup> SUNDHAUSSEN, Die Deutschen, 335f.

<sup>2517</sup> Vgl. Wolfgang BENZ, Der Generalplan Ost. Zur Germanisierungspolitik des NS-Regimes in den besetzten Ostgebieten 1939-1945, in: Wolfgang Benz (Hg.), Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen (Frankfurt am Main 1985) 39-48.

hatte. Auch die Möglichkeit der „Option“ für die Südtiroler und die Gottscheer gehört in diesen Zusammenhang.<sup>2518</sup>

6) Mit fortschreitender Brutalisierung des Krieges in Ost- und Südosteuropa<sup>2519</sup> nahmen die Pläne unter den NS-Kriegsgegnern zu, Vertreibungen und Zwangsaussiedlungen aller deutschen Minderheitenangehörigen – mit Ausnahme der „Antifaschisten“ – durchzuführen, letzten Endes also „ethnische Säuberungen“ zu veranlassen. Dass schließlich aber auch die „Antifaschisten“ ausgesiedelt wurden – vor allem aus der Tschechoslowakei –, lässt das nationalpolitische Motiv eindeutig als stärkstes Element in den Vordergrund treten. Anders als im Westen sahen die Exilregierungen und Widerstandsbewegungen die individuelle strafrechtliche Verfolgung nur als demonstrative Funktion im Gesamtprozess der Vertreibung und gingen von einer kollektiven Schuld fast aller Angehörigen der deutschen Volksgruppen für den „Hitler-Faschismus“ und dessen Verbrechen aus.<sup>2520</sup>

7) Sowohl der heimische Widerstand als auch die Exilpolitiker in London und Moskau plädierten auf Grund der mehrjährigen NS-Besatzungspolitik in Böhmen und Mähren, in Slowenien, dem westlichen Banat und Serbien – verbunden mit einer Reihe deutscher Kriegsverbrechen (z. B. in Kraljevo und Kragujevac im Oktober 1941, in Oberkrain und in der Untersteiermark seit dem Winter 1941/42, in Lidice und Ležáky im Juni 1942, in Unterkrain seit Herbst 1943, in der Mittelslowakei im September und Oktober 1944) – für Rache und Vergeltung. „Die deutschen Verbrechen während des Krieges bewirkten bei den Kriegsgegnern Deutschlands eine Beseitigung jener politisch-moralischen Hemmschwelle, die bis 1939 Vertreibungen im Kern Europas (wenn auch nicht in ganz Europa) für nicht realisierbar gehalten hatte.“<sup>2521</sup>

Die Widerstandsgruppen waren auch erpicht, „Kollaborateure“ zu identifizieren: „Männer und Frauen, die mit dem Besatzer zusammengearbeitet oder mit ihm geschlafen hatten, sich auf die Seite der Nazis oder Faschisten geschlagen, aus der Kooperation mit ihnen politische oder wirtschaftliche Vorteile gezogen hatten.“ Wenngleich es „Kollaboration“ nicht als juristisch definierten Straftatbestand gab, konnten Kollaborateure wegen Landesverrats vor Gericht gestellt werden.<sup>2522</sup>

<sup>2518</sup> Am ausführlichsten und tiefstehendsten: BRANDES, Der Weg zur Vertreibung; für Südosteuropa: Milan D. RISTOVIĆ, Nemački novi poredak i jugoistočna Evropa 1940/41-1944/45. Planovi o budućnosti i praksa (Beograd 1991).

<sup>2519</sup> Vgl. Omer BARTOV, Hitlers Wehrmacht. Soldaten, Fanatismus und die Brutalisierung des Krieges (Reinbek bei Hamburg 2001); Klaus SCHMIDER, Partisanenkrieg in Jugoslawien 1941-1944 (Hamburg – Berlin – Bonn 2002).

<sup>2520</sup> KITTEL – MÖLLER, Beneš-Dekrete, 569.

<sup>2521</sup> WEHLER, Nationalitätenpolitik, 45-68; TOMASEVICH, Occupation, 64-82; JANJETOVIĆ, Hitler, 50-58; Deutsche Politik im „Protektorat Böhmen und Mähren“ (Berlin 1997); NEČAK, „Nemci“ na Slovenskem (Ljubljana 1998); SUPPAN, Adria, 391-422; SCHWARTZ, Ethnische „Säuberung“, 551.

<sup>2522</sup> JUDT, Geschichte Europas, 60f. Allein in Frankreich wurden rund 10.000 Personen in „außergewöhnlichen“ Verfahren getötet, in Italien – vor allem in der Emilia-Romagna und der Lombardei – annähernd 15.000; in Belgien wurden etwa 265 Männer und Frauen gelyncht oder exekutiert, in den Niederlanden weniger als 100.

8) Die kommunistischen, sozialistischen und nationalistischen Parteien bei Tschechen, Serben und Slowenen sahen in den Gewaltmaßnahmen gegen die Deutschen eine gute Gelegenheit, aktive Widerstandskämpfer und andere Parteigänger durch Vergabe enteigneter Immobilien zu belohnen und mit der Vertreibung der Deutschen ihre neue Macht von Beginn an zu stabilisieren. Auf alle Fälle sollte „die gesamte deutsche Bourgeoisie“ – einschließlich des Adels – verschwinden, womit etwa Beneš die Kommunisten und Sozialdemokraten zu gewinnen trachtete. Wirtschaftliche Kalküle wurden hierbei ebenso auf die Seite geschoben, wie es die Nationalsozialisten gegenüber den Juden getan hatten. Mit der Deportation und Ermordung der Juden in den vielen mittel- und osteuropäischen Städten hatten die Nationalsozialisten auch Teile der alten Eliten liquidiert: Ärzte, Anwälte, Professoren, Bankdirektoren, Geschäftsleute. 1944/45 kam die Reihe an den anderen wichtigen Teil des Bürgertums – an die Deutschen. Hitlers Vernichtungspolitik hatte somit einen bis heute unabschätzbaren Nivellierungsprozess eingeleitet.<sup>2523</sup>

9) Die serbischen *Četnici* leiteten sowohl aus dem angeblichen „Verrat“ ihrer Gegner als auch aus ihrer historischen wie aktuellen Opferrolle die Berechtigung, ja sogar die Pflicht zu Vergeltung und Rache ab. Die Rache – ein Schlüsselbegriff in der serbischen Nationalideologie des 19. und 20. Jahrhunderts – diene der Wiederherstellung der Ehre, Gerechtigkeit und Reinheit und sei daher „heilig und gottgefällig“. „Wer sich nicht rächt, kann nicht heilig werden“, lautet ein serbisches Sprichwort. Wer sich nicht räche, anerkenne die Minderwertigkeit der eigenen Rasse. Die Rache sei daher ein Problem der Ehre der serbischen Rasse. Eine solche Rache müsse praktisch in der Weise erfolgen, dass Volksgerichte organisiert werden, die Urteile fällen, und Spezialeinheiten gebildet werden, die diese Urteile vollstrecken. Rache bildete also einen der vier wichtigsten Leitbegriffe der *Četnik*-Ideologie (die anderen waren: Großserbien, serbische Hegemonie auf dem Balkan und serbische Wiedergeburt).<sup>2524</sup>

Was aber war Draža Mihailović, der Oberbefehlshaber der *Četnici*? – Patriot, Widerstandskämpfer, Kollaborateur? Was veranlasste seine bärtigen Männer, gegen die deutschen und italienischen Besatzungssoldaten zu kämpfen? Kämpften sie in erster Linie für die Befreiung ihrer Heimat? Oder kämpften sie auch für antikommunistische Ziele? Oder standen interethnische Konflikte mit den Kroaten und Muslimen im Vordergrund?<sup>2525</sup>

10) Die jugoslawische Volksbefreiungsbewegung unter Führung der KPJ sah – im Unterschied zur *Četnik*-Bewegung – in den Vergeltungsmaßnahmen der Besatzungsmächte eine Möglichkeit zur Radikalisierung der Bevölkerung. Sie passten auch durchaus in ihr Konzept, Hass zu erzeugen und durch die Existenzbedrohung den erwünschten Zulauf zu bekommen. So wurde auch der Kreislauf Besatzung,

<sup>2523</sup> JUDT, Geschichte Europas, 54.

<sup>2524</sup> SUNDHAUSSEN, Geschichte Serbiens, 322.

<sup>2525</sup> JUDT, Geschichte Europas, 52.

Widerstand, Vergeltung und Bürgerkrieg ständig genährt. Wer sich den Partisanen anschloss, wurde mit Lebensmitteln versorgt und bewaffnet. Tito und sein Politbüro waren aber auch bestrebt, ihre revolutionäre Machtübernahme mit der Ausschaltung und Liquidierung aller politischen Gegner – sowohl der Deutschen, Magyaren und Italiener als auch der *Ustaše*, *Domobrani*, *Četnici*, *Nedićevci* und *Domobranici* – zu verbinden. Wenn bei serbischen Partisanen aus der Vojvodina und slowenischen Partisanen aus der Untersteiermark Racheaktionen gegen die Deutschen im Vordergrund standen, so galt dies jedoch weniger für den Obersten Stab um Tito, dessen Vernichtungsaktionen stärker gegen die südslawischen Antikommunisten – die Hauptgegner im Bürgerkrieg – gerichtet waren.<sup>2526</sup>

11) Schließlich sollte man auch die Wirkung der sowjetischen Gewalttaten gegen deutsche Zivilpersonen auf West- und Südslawen nicht unterschätzen. Einheiten der Roten Armee, unterstützt durch den NKVD, verübten vor allem in den östlichen Reichsgebieten (Ostpreußen, Pommern, Ost-Brandenburg und Schlesien) sowie in den deutschen Siedlungsgebieten Zentral- und Westpolens, einschließlich Danzigs, eine Vielzahl an Verbrechen und Unmenschlichkeiten, wie Morde und Vergewaltigungen. Im Vordergrund der Ausschreitungen sowjetischer Truppen in der Tschechoslowakei standen Plünderungen und Vergewaltigungen. Rotarmisten drangen, wie es in den überlieferten Berichten häufig heißt, in die Wohnungen von Deutschen ein, zu denen ihnen insbesondere in gemischtsprachigen Gebieten der Weg von Tschechen gewiesen wurde. Auch erhielten sie Zugang zu Lagern, in die die deutsche Bevölkerung vom tschechischen Sicherheitsdienst verbracht worden war. Auch in der Vojvodina bestanden die Gewaltakte der Roten Armee insbesondere in Vergewaltigungen von Frauen und Plünderungen, darüber hinaus in der Deportation von arbeitsfähigen Männern und Frauen.<sup>2527</sup>

Stalin und seine Marschälle hatten für die noch in Ostmitteleuropa zurückgebliebenen und von der Roten Armee überrollten Deutschen neben Massenvergewaltigungen und willkürlichen Morden auch zielgerichtete Deportationen arbeitsfähiger Männer und Frauen vorgesehen, vor allem um den eklatanten Mangel an jüngeren Männern – vom Jahrgang 1922 war etwa jeder zweite ums Leben gekommen (!) – auszugleichen. Für die Spezialaufgabe der „Auskämmung“ nach jüngeren Männern und Frauen wurden Deportationsexperten des NKVD eingesetzt, die bereits seit 1939 innerhalb der Sowjetunion Erfahrungen mit massenhaften Zwangstransfers gewonnen hatten. Ab Mitte Dezember 1944 wurden „alle deutschen Männer zwischen 17 und 45 und Frauen zwischen 18 und 30 Jahren“, derer man habhaft werden konnte, zur Arbeit mobilisiert. Dazu gehörten einerseits zahlreiche vom NS-Regime umgesiedelte Volksdeutsche, andererseits Deutsche

<sup>2526</sup> Vgl. Vertreibung und Vertreibungsverbrechen, 48-52; SCHLARP, Wirtschaft und Besatzung, 156.

<sup>2527</sup> Vertreibung und Vertreibungsverbrechen, 23-34, 42, 48; Verbrechen an den Deutschen in Jugoslawien 1944-1948. Die Stationen eines Völkermords, hg. vom Arbeitskreis Dokumentation der Donauschwäbischen Kulturstiftung (München 1998) 73-79; Edvard BENEŠ, Paměti. Od Mnichova k nové válce a k novému vítězství (Praha 1947) 322f.

aus Ostpreußen, Pommern, Neubrandenburg, Schlesien, dem Sudetenland, der Slowakei, Siebenbürgen, dem Banat und der Batschka. Gerhard Reichling gibt insgesamt eine mit Sicherheit überhöhte Zahl von etwa einer Million Deportierten an – 350.000 aus den deutschen Ostgebieten, 460.000 aus Vorkriegspolen, 80.000 Rumäniendeutsche, 40.000 Jugoslawiendeutsche, je 30.000 Ungarn- und Sudetendeutsche sowie 10.000 Baltendeutsche; von diesen sollen bis 1950 nur 300.000 die Sowjetunion wieder verlassen haben. Das NKVD registrierte hingegen bis Anfang 1946 lediglich 190.000 Deportierte – unter ihnen 51.000 Frauen. Jan Foitzik schätzt zwar eine Gesamtzahl von mindestens 330.000, kann aber auch für die Sowjetische Besatzungszone Deutschlands (SBZ) keine einigermaßen exakte Zahl festlegen.<sup>2528</sup>

Zwar erließ Innenminister Berija bereits am 16. April 1945 eine Weisung an das NKVD, „die generelle Deportation der Zivilinternierten zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion“ für den Bereich der SBZ nicht mehr fortzusetzen, sondern „vor Ort Gefängnisse und Lager“ einzurichten, aber politisch verdächtige oder missliebige Deutsche und Österreicher – meist als „Faschisten“ bezeichnet – wurden noch Jahre später zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion verschleppt und kamen zum Teil erst 1955 zurück.<sup>2529</sup>

---

<sup>2528</sup> SCHWARTZ, Ethnische „Säuberung“, 576-579; vgl. Gerhard REICHLING, Die deutschen Vertriebenen in Zahlen, Teil 1: Umsiedler, Verschleppte, Vertriebene, Aussiedler 1940-1985 (Bonn 1986); Jan FOITZIK, Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945-1949: Struktur und Funktion (Berlin 1999).

<sup>2529</sup> SCHWARTZ, Ethnische „Säuberung“, 579; FOITZIK, Sowjetische Militäradministration, 58. Auch Stefan KARNER, Im Archipel GUPVI. Kriegsgefangenschaft und Internierung in der Sowjetunion 1941-1956 (Wien – München 1995) 33-38, kann keine Zahl der aus Österreich Verschleppten nennen.

## IN DER TSCHECHOSLOWAKEI

Der Ende Dezember 1989 neu gewählte Präsident der Tschechoslowakischen Republik, der Dichter Václav Havel, nahm bereits am 15. März 1990, während eines Empfanges für den deutschen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker auf der Prager Burg, zur Vertreibung der Sudetendeutschen Stellung: „Sechs Jahre nazistischen Wütens haben zum Beispiel ausgereicht, dass wir uns vom Bazillus des Bösen anstecken ließen, daß wir uns gegenseitig während des Krieges und danach denunzierten, dass wir – in gerechter, aber auch übertriebener Empörung – uns das Prinzip der Kollektivschuld zu eigen machten. Anstatt ordentlich all die zu richten, die ihren Staat verraten haben, verjagten wir sie aus dem Land und belegten sie mit einer Strafe, die unsere Rechtsordnung nicht kannte. Das war keine Strafe, das war Rache. Darüber hinaus verjagten wir sie nicht auf der Grundlage erwiesener individueller Schuld, sondern einfach als Angehörige einer bestimmten Nation.“<sup>2530</sup>

Die NS-Herrschaft im Protektorat Böhmen und Mähren hatte unter den Tschechen etwa 40.000 Todesopfer gefordert – in Konzentrationslagern und Gefängnissen, durch bewaffnete Auseinandersetzungen, Hinrichtungen und Geiselschießungen, durch Arbeitseinsätze und Bombenangriffe etc. – und hatte damit das über 800jährige Zusammen- und Nebeneinanderleben von Tschechen, Deutschen und Juden in den böhmischen Ländern weitgehend zerrüttet. Der „totale Krieg“ hatte zu totaler Ausgrenzung geführt, gegenüber den böhmisch-mährischen Juden sogar zum Völkermord mit nahezu 80.000 Toten. Furcht, Angst, Hass und Revanchegefühle wurden sechs Jahre hindurch aufgestaut.

### Edvard Beneš als Exil-Präsident

„In seltsamer Umkehrung des Verhältnisses vor dem Kriege leistete sich die einzige parlamentarische Demokratie östlich des Rheins im Exil eine persönliche Diktatur Beneš'. [...] Diese Entwicklung erklärt sich daraus, dass Beneš auch vor dem Krieg die Außenpolitik seines Landes fast allein bestimmt hatte und sich durch den Vorrang der Außenpolitik im Exil nun auch in den übrigen reduzierten Bereichen durchsetzen konnte.“<sup>2531</sup>

<sup>2530</sup> Felix ERMACORA, Die sudetendeutschen Fragen. Rechtsgutachten (München 1992) 17.

<sup>2531</sup> Detlef BRANDES, Großbritannien und seine osteuropäischen Alliierten 1939-1943. Die Regierungen Polens, der Tschechoslowakei und Jugoslawiens im Londoner Exil vom Kriegsausbruch bis zur Konferenz von Teheran (München 1988) 49.

Gilt diese These auch für die Bestrafung und Vertreibung der sudetendeutschen Bevölkerung? – Bereits auf der Eröffnungs-Sitzung des Staatsrates am 11. Dezember 1940 erklärte Exil-Präsident Beneš, dass

„all our resistance movement exists as a continuation of the First Republic, as the Czechoslovak State, and in accordance with that it carries on: it is subject to its constitutional and other laws, the army and its offices function in that respect and within a legal and political tradition of the First Republic“.<sup>2532</sup>

Beneš war nach seiner Abreise aus Prag im Oktober 1938 politisch nicht untätig geblieben und hatte etwa am 16. März in Telegrammen an Roosevelt, Chamberlain, Daladier und Litvinov gegen die Okkupation der böhmischen Länder und die Ausrufung eines Slowakischen Staates protestiert. Nach seiner Rückkehr nach Großbritannien im Juli 1939 traf Beneš sehr bald nicht nur seine alten Bekannten Robert William Seton-Watson und Wickham Steed sondern auch die Politiker bzw. Diplomaten Winston Churchill, Anthony Eden, Lord Robert Cecil, Sir Archibald Sinclair, Neville Henderson und Harold Nicolson. Auch der französische Ministerpräsident Daladier und der sowjetische Botschafter in London, Ivan Majskij, gehörten bald zu seinen Gesprächspartnern. Am 17. November 1939, am Tag der Deportation von etwa 1200 tschechischen Hochschülern in Konzentrationslagern, bildete der ehemalige Präsident Beneš in London mit den Politikern Msgr. Jan Šrámek und Hubert Ripka, den Diplomaten Štefan Osuský und Juraj Slávik sowie den Generälen Sergej Ingr und Rudolf Viest einen „Tschechoslowakischen Nationalausschuss“. Freilich begann bald ein Zwist zwischen den tschechischen und slowakischen Mitgliedern über die slowakische Frage. Nach der deutschen Eroberung Frankreichs aber teilte die Regierung Churchill am 18. Juli 1940 mit, dass sie „im Prinzip“ eine provisorische tschecho-slowakische Regierung anerkenne.<sup>2533</sup>

Nachdem Reichsprotektor Neurath im April 1941 dem *Sokol* jegliche Tätigkeit untersagt und dessen Vermögen beschlagnahmt hatte – die Auflösung erfolgte erst im Oktober 1941 – hielt Beneš eine scharfe Rundfunkansprache an die Heimat:

„Nach der Plünderung unserer Sokolgemeinden wird es keinen einzigen Tschechoslowaken geben, der noch glauben könnte, dass Hitler-Deutschland nicht unsere ganze Nation vernichten will. Denkt daran, werdet nicht müde und rüttelt das Gewissen aller Männer, Frauen und Kinder wach. Und besonders das der Kinder. Euren Jungen und Mädchen bringt es täglich bei, dass sie sich das gut merken und niemals vergessen, wie die rohe Hand der Nazis respektlos das große nationale Kulturgut angetastet hat, das der Sokol darstellt, der in der ganzen Welt immer Respekt und Achtung hervorrief. Die an der Sokolschaft verübte nazistische Willkür ruft nach Rache. Die Rache Gottes wird kommen.“<sup>2534</sup>

Nach den Angaben des *Czechoslovak Exil Ministry of Social Care*, das sich einerseits um die soziale Sicherheit der tschechoslowakischen Staatsbürger in

<sup>2532</sup> Edvard BENEŠ, *Šest let exilu a druhé světové války* (Praga 1947) 264.

<sup>2533</sup> ZEMAN, Beneš, 210-244.

<sup>2534</sup> Juraj SLÁVIK, *Boží pomsta přijde* [Die Rache Gottes wird kommen], in: *Čechoslovák* (London), April 25th, 1941; zitiert nach: Odsun 2, 199f.

Großbritannien und im übrigen Ausland kümmerte – für die Soldaten war allerdings das *Czechoslovak Ministry of National Defense* zuständig –, andererseits um die Planung des Wiederaufbaus der sozialen Sicherheit in der Nachkriegs-Tschechoslowakei, lebten um die Mitte 1941 bereits an die 100.000 tschechoslowakische Staatsbürger in Großbritannien. Die erste Gruppe, genannt *denizens*, war bereits in der Zwischenkriegszeit (vor München) oder sogar früher nach Großbritannien gekommen, die zweite Gruppe während der „Zweiten Republik“ (hauptsächlich über die Niederlande, Belgien und Frankreich), die dritte nach Errichtung des „Protektorats“ (hauptsächlich über Polen, Jugoslawien, Ungarn, Rumänien und Italien) und die letzte Gruppe bereits während des Krieges über Kleinasien und Nordafrika. Immerhin konnte Minister František Němec im September 1941 der Presse mitteilen: „There is not a single refugee who would be starving.“<sup>2535</sup>

Nach der Vereinbarung zwischen der UdSSR und der tschechoslowakischen Exilregierung in London vom 18. Juli 1941 gab Moskau eine Weisung an die tschechoslowakischen Genossen in den USA und Großbritannien, mit der Regierung von Beneš zusammenzuarbeiten und in die tschechoslowakischen Militärformationen einzutreten.<sup>2536</sup> Das Attentat auf Heydrich und die NS-Verfolgungsmaßnahmen hinterließen auch in Moskau großen Eindruck. Allerdings war Dimitrov in der Komintern über die wirkliche Lage im Protektorat wenig informiert, wenn er am 5. Juni 1942 in sein Tagebuch schrieb:

„In Czechoslovakia fascist Germany is waging a war of extermination of the Czechs by any and all means. A nat[ional] liberation war by the Czech people must oppose this. The centr[al] problem is the organization of that partisan war.“<sup>2537</sup>

Als Beneš im Dezember 1943 zum zweiten Mal nach 1935 Moskau besuchte und nach der Unterzeichnung eines Freundschaftsvertrages ausführlich mit Stalin und Molotov konferierte, berichtete KSČ-Chef Gottwald Dimitrov von einigen radikalen Standpunkten Beneš'. Er anerkenne, dass die KSČ die stärkste Partei der Tschechoslowakei sei und in der künftigen Regierung eine führende Rolle einnehmen müsse; daher schlage er auch vor, dass die Kommunisten einen Repräsentanten in die Londoner Exilregierung entsendeten. Das klang in den Ohren von Dimitrov so unglaublich, dass er Gottwald warnte: Beneš wolle ihm nur die Hände binden, damit er während der Zerstörung Deutschlands keine Aktionsfreiheit habe und ihn – wenn er kann – diskreditieren könne. Daher sollte er, Gottwald, nicht an der gegenwärtigen Exilregierung mitwirken, sondern die Bildung einer neuen provisorischen Regierung verlangen; ferner solle er einen Block formieren, beste-

<sup>2535</sup> Čechoslovák, September 5th, 1941.

<sup>2536</sup> BANAC, Dimitrov, 182. Auch Außenminister Eden teilte am selben Tag dem Exil-Außenminister Jan Masaryk mit, dass der König einen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei Präsident Beneš akkreditiert habe. – Odsun 2, 221f.

<sup>2537</sup> BANAC, Dimitrov, 222.

hend aus der KSČ, den Beneš-Anhängern und den Sozialdemokraten; schließlich solle er den Kampf gegen die Deutschen in der Tschechoslowakei intensivieren und eine Partisanenbewegung schaffen.<sup>2538</sup>

Aber Dimitrov hatte den angeblichen Macchiavellismus Beneš' bei weitem überschätzt, denn der Exil-Präsident suchte vor allem nach der Unterstützung Stalins und Molotovs bei der Vertreibung der Deutschen. In seinem Gespräch mit Molotov am 14. Dezember 1943 kam Beneš sehr bald auf die Bestrafung der Deutschen – besonders der Sudetendeutschen – zu sprechen:

„Our Germans are responsible for Munich, for the German invasion, and for everything that followed. They are the first to have taken responsibility for the war. War criminals from Germany itself are another story. But the punishment of our Germans is the big thing for us. There will be few guilty people among the Czechs, more among the Slovaks, but surely 90 per cent among our Germans.“<sup>2539</sup>

Außerdem teilte Beneš Molotov seine Absicht mit, vor Abschluss eines Waffenstillstands die Alliierten zu fragen, „that our right to occupy our pre-Munich boundaries be made pre-condition of the armistice“.

Zum 60. Geburtstag Edvard Beneš' am 28. Mai 1944 organisierten zwei Tage zuvor alle tschechoslowakischen Organisationen in Großbritannien eine Geburtstagsfeier mit 800 Gästen. Der Historiker Odložilik von der Karls-Universität hielt die *laudatio*. Am 27. Mai überbrachte der britische Botschafter Philip Nichols als Doyen des Diplomatischen Corps die Geburtstagswünsche. Beneš antwortete, „that he thought he could affirm that his nation had ‚honourably fulfilled the mission with which it has been entrusted in these difficult and turbulent years after the last war.‘ He himself had personally tried to do his best. ‚Even during the momentary black-out of our national independence our nation has never ceased to keep alive the fundamental forces which have always saved it in the darkest hours of its history.“<sup>2540</sup>

Als Ende Dezember 1944 eine Delegation slowakischer Kommunisten nach Moskau kam und mit Gottwald, Kopecký, Appelt und Dimitrov konferierte, brachten sie auch ihren Standpunkt zur Geltung, dass die künftige Tschechoslowakei ein Staat der Tschechen und Slowaken, also zweier separater Völker, sein müsse, und stellten sich gegen die Position Beneš', der nach wie vor von einem tschechoslowakischen Volk und einem tschechoslowakischen Staat sprach.<sup>2541</sup>

Ende März 1945 besuchte Beneš zum zweiten Mal Moskau und schloss mit Gottwald ein Abkommen über die Bildung der künftigen provisorischen tschechoslowakischen Regierung. Als Ministerpräsident wurde der linke Sozialdemokrat und frühere Gesandte in Moskau, Zdeněk Fierlinger, vorgesehen, als seine fünf Stellvertreter Gottwald, der Sekretär der slowakischen KP, Viliam Široký, der Christdemokrat Jan Šrámek sowie Josef David und Ján Ursíny, als Innenmi-

<sup>2538</sup> BANAC, Dimitrov, 289.

<sup>2539</sup> Minute by Smutný of the political conversation between Beneš and Molotov, Moscow, 14 December 1943, in: MASTNÝ, The Beneš-Stalin-Molotov Conversations, 381.

<sup>2540</sup> SAYER, Bohemia,

<sup>2541</sup> BANAC, Dimitrov, 350.

nister Václav Nosek, als Verteidigungsminister General Ludvík Svoboda.<sup>2542</sup> Vor ihrer Abreise empfing Dimitrov Gottwald und Široký, mit denen er das Kaschauer Programm besprochen hatte. Dimitrov wies die tschechoslowakischen Genossen auch an, mit der sowjetischen Regierung Verhandlungen bezüglich der Karpato-Ukraine zu führen.<sup>2543</sup>

### Die Annullierung von München

Die große Mehrheit der Sudetendeutschen hatte nicht nur den Anschluss des Sudetenlandes an das Reich, sondern auch den Einmarsch deutscher Truppen in Prag und Brünn begrüßt. Dies galt offensichtlich auch für die Schließung der tschechischen Universitäten und Hochschulen. Ein aus dem Altreich gekommener Oberlandrat berichtete zur Jahreswende 1939/40 aus Zlín, dass vielen Sudetendeutschen dieses Vorgehen noch nicht hart genug gewesen sei, „um die Tschechen für längere Zeit von ähnlichen Aktionen abzuschrecken“. Andererseits verstünden viele Tschechen diese Schließung nicht als Strafe für die Demonstrationen, sondern als „Maßnahme im Volkstumskampf“. Der „außerordentlich tiefe und hartnäckige Hass zwischen den Volksdeutschen und den Tschechen“ erwecke den Eindruck, dass „ein Zusammenleben zwischen Deutschen und Tschechen zumindest in der jetzigen Generation ein unlösbares Problem sein wird“. Die bedeutende Widerstandsgruppe „Politisches Zentrum“ bestätigte indirekt diesen Stimmungsbericht, wenn sie meinte, dass sich das tschechische Volk für den 17. November 1939 „ungeheuerlich rächen“ werde.<sup>2544</sup>

Der wie Beneš nach London exilierte Parteivorsitzende der sudetendeutschen Sozialdemokraten, Wenzel Jaksch<sup>2545</sup>, hoffte noch im Herbst 1940 in einem ge-

<sup>2542</sup> BANAC, Dimitrov, 364f. Široký gehörte bereits seit 1935 dem Politbüro der KSČ an, wurde 1941 aus Moskau in die Slowakei zurückgeschickt, dort verhaftet und zu langer Kerkerstrafe verurteilt; im Februar 1945 konnte er entkommen und sich in die UdSSR durchschlagen. Svoboda war 1939 mit seiner Einheit über Polen in die UdSSR entkommen, wo er nach dem deutschen Angriff die tschechoslowakischen Einheiten zusammenfasste und innerhalb der Roten Armee kommandierte.

<sup>2543</sup> BANAC, Dimitrov, 365. Der gelernte Soziologe Beneš führte nun neben „Demokratie“ [demokracie] auch den Begriff „Volksherrschaft“ [lidovláda] ein, um das Kaschauer Programm zu rechtfertigen.

<sup>2544</sup> BRANDES, Tschechenpolitik, 135.

<sup>2545</sup> Wenzel Jaksch, geb. 1896 in Langstrobnitz, Bezirk Kaplitz in Südböhmen, gest. 1966 in Wiesbaden, stammte aus einfachsten Verhältnissen, ging 1910 als Maurerlehrling nach Wien und arbeitete im Ersten Weltkrieg als Munitionsarbeiter. Nach seiner Rückkehr nach Südböhmen 1919 wurde er Sekretär des sozialdemokratischen Kleinbauernverbandes in Teplitz, 1924 Redakteur beim DSAP-Zentralorgan „Sozialdemokrat“ in Prag und vertrat zwischen 1929 und 1938 einen westböhmisches Wahlkreis im Prager Parlament. Nachdem auch die DSAP als letzte staatsreue deutsche Partei die Mehrzahl ihrer Wähler an die SdP verloren hatte, konnte sich Jaksch gegen die orthodoxe Führung der DSAP unter Ludwig Czech durchsetzen und wurde im März 1938 zum Parteivorsitzenden gewählt. Nach der Abtretung des Sudetenlandes an das Deutsche Reich organisierte Jaksch mit internationaler Hilfe die Auswanderung von etwa 3000 gefährdeten su-

meinsam mit seinem Stellvertreter Richard Reitzner verfassten Rundschreiben an seine Genossen im Exil, dass der Krieg „in einer freiheitlichen sozialen Revolution münden [werde], in welcher nicht Nation gegen Nation stehen, sondern die progressiven Elemente aller beteiligten Völker eine gemeinsame Aufgabe haben. Sehr wichtig wird dabei die Abgrenzung gegenüber den totalitären Ansprüchen des Stalinismus in Zentraleuropa sein“. Beneš hingegen fürchtete, dass eine solche Revolution oder ein Militärputsch in Deutschland mit einem anschließenden Kompromissfrieden die geplante radikale Reduktion der deutschen Minderheit vereiteln könnte. Für diesen Notfall stellte Beneš im Herbst 1940 Jaksch die Aufnahme mehrerer deutscher Vertreter in den „Staatsrat“, eine Art Ersatzparlament im Exil mit beratender Funktion, in Aussicht.<sup>2546</sup>

Bereits Ende November 1940 sandte Vladimír Krajina vom „Politischen Zentrum“ eine unmissverständliche Warnung an Beneš: „Im Volk wächst ein schreckliches Verlangen nach Vergeltung, das zu regulieren, sehr schwer, wenn nicht unmöglich sein wird. [...] Das Volk sieht seinen Lebensraum in den historischen Grenzen und hält die Deutschen für Einwanderer, die ausgesiedelt werden müssen. Wer sich dagegen stellt, wenn auch aus staatsmännischer Weisheit, verliert die Möglichkeit, irgendetwas anderes Gutes zu verteidigen.“<sup>2547</sup>

Auch der Verbindungsmann zwischen der Widerstandszentrale und der Protektoratsregierung, der ehemalige Diplomat Bořek-Dohalský, berichtete Beneš Anfang September 1941 von einer ziemlich verhärteten Stimmung der Tschechen gegenüber den Sudetendeutschen und warnte vor Verhandlungen mit dem sudetendeutschen Exil:

„Alles, was aus Berlin kam, wird mit aller Grausamkeit gerade von den Sudetendeutschen umgesetzt. Die Erschießungen, Konfiskationen, die Einkerkierungen führt Frank durch, der Sudetendeutsche. Die größten Bestialitäten im Sudetenland begehen die dortigen Sudetendeutschen. [...] Die Stimmung würde sich mit voller Kraft gegen die Londoner Regierung richten bei der Erwähnung irgendwelcher Verhandlungen mit den Sudetendeutschen oder gar im Falle ihrer Beteiligung an unserer Politik.“<sup>2548</sup>

Beneš registrierte auch die weitere Verschärfung der Lage im Protektorat seit dem Eintreffen Heydrichs und erklärte in einer Adresse an den Staatsrat vom 25. November 1941 – die er auch Jaksch gezeigt hatte –, dass „everybody who sin-

---

detendeutschen Sozialdemokraten nach Großbritannien, Schweden und Kanada. Im Londoner Exil gelang es Jaksch freilich nicht, an die vormals guten Beziehungen zur tschechoslowakischen Regierung anzuknüpfen und deren Aussiedlungsplanungen hintanzuhalten. Nach der Rückkehr aus dem Exil 1949 wurde Jaksch Leiter des hessischen Landesamtes für Vertriebene und gehörte von 1953 bis 1966 dem Bundestag an. – Martin BACHSTEIN, Wenzel Jaksch, in: Neue Deutsche Biographie, 10. Bd. (Berlin 1974) 326f.

<sup>2546</sup> Rundschreiben Jaksch und Reitzner vom 23. Oktober 1940, AÚTGM, Pozůstalost Klecandy [Nachlass Klecanda], Akte 212, zitiert nach: BRANDES, 1945, 226.

<sup>2547</sup> BRANDES, Protektorat I, 182.

<sup>2548</sup> Bořek-Dohalský an Beneš, Prag, 7. September 1941, in: Jitká Vondrová (ed.), Češi a sudeteoněmecká otázka (Praha 1994) Dok. Nr. 39, zitiert nach: BRANDES, 1945, 227.

cerely fights the Germany of to-day is our ally. Every Czechoslovak subject who is genuinely opposed to everything that is Nazist and everything what the Nazis in our country want to do, have done and are doing, may join us and co-operate with us.“ Und zur Zukunft der Deutschen in der Tschechoslowakischen Republik nach der Niederlage NS-Deutschlands:

„[...] As far as I know views of our politically ripe people at home, they are on the whole in agreement with what is at present being discussed between the Allied Governments and what will probably be, as Prime Minister Winston Churchill himself indicated, one item in the future negotiations about the preliminaries and the peace: It will be necessary to punish all those guilty of the present war, and that everywhere, without exception and without mercy. Punishment will have to be meted out especially to those who took part, directly or indirectly, in all the treacheries and bestialities of the Henleinists, Nazis and the Gestapo, who helped to persecute our people, to humiliate it morally, humanly and nationally; to destroy, steal and rob the occupied countries and their populations, those who betrayed, robbed and murdered.“<sup>2549</sup>

Im Jahre 1942 war nicht nur die alliierte Politik, sondern auch die westliche Publizistik immer weniger bereit, zwischen den politischen Strömungen unter den Sudetendeutschen zu differenzieren. So schrieb etwa Sheila Grant Duff – 1936/37 Korrespondentin für *The Observer* in Prag – in ihrem Buch *A German Protectorate. The Czechs under Nazi Rule*:

„[...] The way in which all prominent Sudeten Germans, Nazis and Activists alike, climbed on to the Nazi band-wagon and trumpeted their racial superiority is one of the most farreachingly disastrous developments in the Czech-German situation. Even many Sudeten German ‚Democrats‘ who went abroad pursued in their relations with the Czechs an unclear and opportunist policy which bodes ill for the future collaboration in that area.“<sup>2550</sup>

Wenzel Jaksch, der von der Autorin wie eine Reihe prominenter tschechischer Politiker interviewt worden war, schrieb vor allem wegen dieser Passage einen Protestbrief an den Staatssekretär Ripka, den Minister Feierabend, an Beneš' politischen Sekretär Drtina, an das Staatsratsmitglied Fürth (Fírt), an Oberst Moravec und Oberstleutnant Bartík, da er eine Beeinflussung der Autorin durch die tschechoslowakische Exilregierung vermutete:

- Die sozialdemokratischen Toten (wie der Abgeordnete Heeger, der Senator Stark und Dr. Emil Strauß) und die Tausenden Genossen in den Konzentrationslagern seien keine Demokraten in Anführungszeichen.
- Grant Duff, die oft an sozialdemokratischen Versammlungen und Kundgebungen teilgenommen habe, habe ihre Meinung in einer Weise geändert, dass eine Auslegung bona fide ausgeschlossen sei.
- Die besten unserer Funktionäre seien auf einem „Nazi band-wagon“ in ein Konzentrationslager geschafft worden.

<sup>2549</sup> Czechoslovak Government in Exile, Statement of the Principles with Regard to the Resolution of the Sudeten German Social Democratic Party, London, summer 1942, in: PRINZ, Jaksch – Beneš, 151-160.

<sup>2550</sup> Vgl. Sheila GRANT DUFF, *A German Protectorate: The Czechs under Nazi Rule* (London 1942).

- „Vergessen Sie Masaryks Wort nicht: Die Wahrheit siegt: Ja, meine Herren, die Wahrheit wird siegen.“<sup>2551</sup>

Prokop Drtina gab bereits nach drei Tagen seiner „großen Überraschung“ Ausdruck und lehnte es ab, für das Buch von Sheila Grant Duff verantwortlich gemacht zu werden. Sie habe von ihm ausschließlich Informationen über Präsident Hácha, über die Protektorats-Regierung und über den Widerstand im Protektorat erhalten. Im Übrigen erinnerte er Jaksch an die gemeinsamen Diskussionen im Klub *Přítomnost* [Gegenwart], in denen die Möglichkeit tschechisch-deutschen Zusammenlebens auf der Grundlage demokratischer Gleichberechtigung nie in Zweifel gezogen worden sei und an Jaksch' Besuch auf der Prager Burg am 22. September 1938. Schließlich habe er, Drtina, noch am 31. Mai 1942 – an einem Tag, an dem die Nationalsozialisten im Protektorat 44 Tschechen hinrichten ließen – in der tschechischen Rundfunksendung der BBC hervorgehoben: „[...] Ich weiß, dass es auch anständige Deutsche gibt und dass sie an alledem unmittelbar menschlich leiden wie wir – und vielleicht deshalb, weil sie Deutsche sind, noch mehr als wir.“ Am 5. Juni 1942, dem Datum des Briefes von Jaksch, seien in Prag 30 Tschechen hingerichtet worden, unter ihnen Drtinas Mitschüler und Freund Professor Jaromír Šámal, ein Sohn des zu Tode gemarterten Kanzlers Šámal. Daher räumte Drtina auch schon ein: „Wenn ich bei meinen Grundsätzen bleibe, so bedeutet dies nicht, dass ich nach all den Ereignissen, die geschehen sind, das gleiche Vertrauen habe, dass das deutsche Volk in seiner Mehrheit heute fähig ist, einen Weg zur humanitären Demokratie und dadurch auch zu einer gerechten Lösung der nationalen Fragen zu finden.“ Nach dem Bericht über Lidice musste er mit Bedauern feststellen, „dass die Kluft zwischen dem tschechischen und deutschen Volk in der Tschechoslowakei wiederum vertieft worden ist“.<sup>2552</sup>

Der Staatssekretär im tschechoslowakischen Exil-Außenministerium, Hubert Ripka, ein ehemaliger Freund von Jaksch, verteidigte sogar Miss Grant Duff, auch den von Jaksch inkriminierten Satz:

„[...] Und diese Deine Politik, die mit verschiedenen Modifikationen und Wendungen vom Jahre 1939 bis heute durchgehalten wurde, hat um so mehr Erstaunen hervorgerufen, je bekannter der standhafte, demokratische und tschechoslowakisch-patriotische Standpunkt geworden ist, den Du im Jahre 1938 so mannhaft und opferbereit vertratest, so dass Du Dir damals Ehre und Ansehen bei allen tschechoslowakischen Patrioten und Demokraten in den übrigen Ländern erworben hast. [...] Weil Du in Deinem Brief vom 5. Juni 1942 ausdrücklich meine Teilnahme an der großen Kundgebung in Karlsbad im Sommer 1938 erwähnst, halte ich mich in der Tat für einen besonders berufenen Zeugen, um darzulegen, dass wir in Wenzel Jaksch, wie er seit 1939 in der Emigration erscheint, nicht den Wenzel Jaksch vom Jahre 1938 wiedererkennen, der sich damals tapfer gegen den Nazismus und Henleinismus schlug und der treu an der Seite der tschechoslowakischen Demokraten im Kampf für die Erhaltung einer unabhängigen tschechoslowakischen Republik stand.“<sup>2553</sup>

<sup>2551</sup> Schreiben Jaksch (in tschechischer Sprache) an Hubert Ripka, Ladislav Feierabend, Prokop Drtina, Julius Fürth, František Moravec und Josef Bartík, Abschrift an Beneš, London, 5. Juni 1942, in: PRINZ, Jaksch – Beneš, 117f.

<sup>2552</sup> Drtina an Jaksch, London, 8. Juni 1942, in: PRINZ, Jaksch – Beneš, 119-121.

<sup>2553</sup> Ripka an Jaksch, London, 16. Juni 1942, in: PRINZ, Jaksch – Beneš, 122-124.

Die Antworten von Drtina und Ripka ließen den radikalen politischen Klimawechsel seit Lidice erkennen, der sich bald in der britischen Distanzierung vom Münchener Abkommen und der grundsätzlichen Zustimmung zum „Transfer“ der Sudetendeutschen niederschlug.

### Rache für Lidice 1942

Als die Sudetendeutschen im September 1941 von der Ankunft Heydrichs hörten, äußerten sie nach Meinung des Vertreters des Auswärtigen Amtes beim Reichsprotector „durchweg die Hoffnung, dass nunmehr endlich mit schärfsten Maßnahmen gegen die Tschechen vorgegangen wird“. Und Heydrich selbst meinte, sie empfänden seine Maßnahmen als „Entlastung“ – „bis auf einige Reaktionäre, Adlige und tschechisch-versippte Kreise, sowie Vereinzelte aus deutschen Beamten- und Wehrmächtskreisen“. Nach dem Attentat auf Heydrich forderte dann die deutsche Bevölkerung „schärfste Vergeltungsmaßnahmen und die endgültige Auflösung des Protektorats“. Der Regierungspräsident von Troppau verzeichnete auch eine Zustimmung der Mehrheit der Sudetendeutschen zum Terrorakt in Lidice, doch fänden sich „einige Volksgenossen, die die armen Unschuldigen“ bedauerten. Keine Frage, dass diese Maßnahmen und diese Haltungen den Gegensatz zwischen Sudetendeutschen und Tschechen verschärften und bei der überwiegenden Mehrheit der Tschechen Furcht vor dem NS-Regime und Hass auf alle Deutschen weckten.<sup>2554</sup>

Der Massenmord von Lidice löste weltweite Reaktionen aus. Der kanadische Senator A. Knatchbull-Hugessen verlangte schon am 11. Juni 1942 im Parlament in Ottawa, dass die Alliierten über Rundfunk ankündigen sollten, für jede Grässlichkeit wie Lidice ein deutsches Dorf zu bombardieren.<sup>2555</sup> Und Beneš selbst gab am 17. Juni ein Statement für *Newsweek*:

„Heydrich is dead. So are hundreds of innocent Czechs, among them women and youths under the age of eighteen. So are all the men who lived in the little village of Lidice. Their mothers, their wives and sisters are in a concentration camp. Their children have been flung into so-called educational centres, where, I am certain, they will be ill-treated, stunted and taught to despise their own blood and country. There are the innocents who, whether or not they understand what has happened to them and to their families, cry out for justice and retribution.

That justice, believe me, will come. The Nazis may have destroyed every single building in the village of Lidice and even obliterated the name of Lidice from their records. But in our own records and in the records of humanity, the name of Lidice will loom large. Lidice will live for ever.

Those clean-limbed, straightforward, fearless miners, steelworkers and farm labourers who faced a senseless Nazi butchery have comrades in all parts of Czechoslovakia may in all parts

<sup>2554</sup> Bericht Vertreter des AA beim Reichsprotector an AA, 2. Oktober 1941; Heydrich an Lammers, 9. Oktober 1941; SD-Meldungen aus dem Reich, 28. Mai 1942; Lagebericht Regierungspräsident Troppau für Juni 1942, nach: BRANDES, Tschechenpolitik, 136.

<sup>2555</sup> The Evening News, June 12, 1942.

of the world. Their comrades will fight on to free the mothers of Lidice from the concentration camp and the children of Lidice from the Nazi educational centres. I have seen the eyes of Czechoslovak soldiers and airmen blaze with anger because of the massacres of Lidice. Some of those airmen took part in the fierce raids on Cologne and Essen. They will take part in many other raids before the war is ended. The whole Czechoslovak nation is determined to exact stern retribution for Lidice and for all the innumerable brutalities committed by the Nazis in every part of our suffering country.<sup>42556</sup>

Bereits nach der Luftschlacht um England hatte Beneš Jaksch mit einer britischen Meinungsumfrage konfrontiert und gedroht:

„52 Prozent [der Briten, Anm. Suppan] haben sich für einen schärferen Frieden als den von Versailles ausgesprochen [...]. Vergessen Sie nicht, je öfter die Städte hier bombardiert werden, [...] umso früher werden hier in England 80 Prozent der Menschen dafür sein, dass mit den Deutschen ordentlich abgerechnet wird. Und das wird auch euch betreffen...“<sup>42557</sup>

Nach dem Eintreffen Heydrichs in Prag, der Verhängung des Standrechtes und Hunderten Hinrichtungen wurde Beneš gegenüber Jaksch noch deutlicher:

„[...] Ich habe von ihnen verlangt, dass sie die [...] Wende begreifen, zu der es in der Heimat nach dem Vorgehen der Deutschen [...] gekommen war [...], so etwas hat es in unserer ganzen Geschichte noch nie gegeben, und niemals wird man das vergessen. Das alles kann nicht ohne Folgen bleiben [...] Bei uns entsteht darum eine furchtbare Sehnsucht nach Rache, und das Geringste, was alle verlangen [...], ist nicht nur eine große revolutionäre Vergeltung nach Kriegsende [...], sondern unsere endgültige Scheidung von den Deutschen, ihr Transfer ins Reich, einfach – Schluss!“<sup>42558</sup>

Nach der „Heydrichiade“ forderte Beneš bereits die kollektive Bestrafung Deutschlands, da „Deutschland als Staat und Nation [...] voll verantwortlich für diesen schrecklichsten Krieg der Menschheitsgeschichte“ sei. Und Beneš' politischer Sekretär, der spätere Justizminister Prokop Drtina, fragte polemisch nach: „Und war es keine deutsche Mutter, kein deutscher Vater, keine deutsche Schule, kein deutscher Lehrer, kein deutscher Offizier, keine deutsche Armee, kein deutscher Staat, keine deutsche Nation, die Reinhard Heydrich aufgezogen haben?“<sup>42559</sup>

Bereits am 23. Juni versicherte Jaksch Beneš, „dass uns die jüngsten schrecklichen Vorgänge in der Heimat nicht minder schmerzlich betroffen haben als unsere tschechischen Freunde“. Und: „Wir haben unserer Empörung über die neuesten Akte barbarischer Grausamkeit mehrfach in Radio-Kundgebungen Ausdruck geben können.“ Beneš dankte zwar „aufrichtig [...] für die innige Sympathie und Solidarität, die Sie uns angesichts der Opfer des nazistischen Terrors bei uns zu Hause nach dem Attentat auf Heydrich ausgesprochen haben“, fügte aber eine ziemlich kryptische Bemerkung an: „Es sind dies schreckliche Dinge. Und am

<sup>2556</sup> Statement of President Beneš for Newsweek, June 17, 1942, HIA, Eduard Táborský papers, box 3.

<sup>2557</sup> Edvard BENEŠ, Odsun Němců z Československa. Výběr z paměti, projevů a dokumentů 1940-1947 [Der Abschub der Deutschen aus der Tschechoslowakei. Eine Auswahl aus Erinnerungen, Reden und Dokumenten 1940-1947] (Praha 1996) 88; PERZI, Die Beneš-Dekrete, 195f.

<sup>2558</sup> BENEŠ, Paměti, 322f.; PERZI, Beneš-Dekrete, 198.

<sup>2559</sup> PERZI, Beneš-Dekrete, 202f.

schrecklichsten ist, dass dies bei uns ein Erbe hinterlässt, von dem niemand von uns heute wissen kann, wie wir es wieder loswerden sollen.“<sup>2560</sup>

Die für Beneš und seine Exilregierung wesentlichste Konsequenz setzte Außenminister Eden. Am 2. Juli 1942 unterbreitete er dem *War Cabinet* ein Memorandum, in dem er klar und deutlich die Annullierung des Münchener Abkommens vorschlug:

„[...] In view of the hard trials through which the Czechoslovak people have been passing since the death of Heydrich, I consider it desirable, mainly for psychological reasons to give Dr. Beneš such satisfaction as possible. [...] I therefore propose to concentrate upon a declaration (a) expanding the Prime Minister's statements of the 30th September, 1940, in regard to the effect of the Munich Agreement and (b) disposing of the only practical question between us, i. e., the relation of the Sudeten Germans in British territory to the Czechoslovak Government. [...]“

„Annex: Draft Communication to the Czechoslovak Government. [...]“

His Majesty's Government now desire to declare that, as Germany has deliberately destroyed the arrangements concerning Czechoslovakia reached in 1938, in which His Majesty's Government in the United Kingdom participated, His Majesty's Government regard themselves as free from any engagements in this respect. At the final settlement of the Czechoslovak frontiers to be reached at the end of the war, they will not be influenced by any changes effected in and since 1938.“ [...]“<sup>2561</sup>

Tatsächlich beschloss das *War Cabinet* am 6. Juli 1942 diese Vorlage Edens.<sup>2562</sup>

### **Gibt es noch eine Gemeinschaft der böhmischen Menschen?**

Noch gab es deutsche und deutsch-jüdische Intellektuelle, die sich gegen ein völliges Zerreißen der Völkergemeinschaft im böhmisch-mährischen Raum stemmten. Freilich hatten die meisten von ihnen vor politischer oder rassistischer Verfolgung seitens des Nationalsozialismus ins Exil flüchten müssen. Dennoch gelang es Paul Reimann und Rudolf Popper von London aus, eine bemerkenswerte Anthologie unter dem Titel „Stimmen aus Böhmen“ zusammenzustellen und noch im Jahre 1944 zu publizieren. Der Sammelband sollte einen Querschnitt durch das geistige und literarische Schaffen der demokratischen deutschsprachigen Emigration bieten, die sich über den ganzen Erdball zerstreut hatte: nach London und Mexiko, New York und Hollywood, Moskau und Jerusalem. „Und dennoch gab es zwischen ihnen ein unsichtbares, unzerreißbares Band: die Liebe zur böhmischen Heimat, zu dem Ideal wahrer Menschlichkeit und Völkerfreundschaft.“ Die beiden Herausgeber stellten dennoch mit Recht einige Fragen:

<sup>2560</sup> Jaksch an Beneš, London, 23. Juni 1942; Beneš an Jaksch, London, 15. Juli 1942, in: PRINZ, Jaksch – Beneš, 127f.

<sup>2561</sup> PRO, FO 371/30834/3996, zitiert nach: Odsun 2, 317-319.

<sup>2562</sup> PRO, CAB 65/27, zitiert nach: Odsun 2, 322.

„Ist in den langen Jahren des Kriegs, der Trennung, des Exils, das geistige Band zerrissen, das uns miteinander und uns alle mit der Heimat verknüpfte? Existiert noch immer die geistige Gemeinschaft der böhmischen Menschen deutscher Sprache, die all dem widerstrebt, wodurch sich ein so großer Teil der deutschen Bevölkerung der böhmischen Länder aus der Gemeinschaft der zivilisierten und demokratischen Völker ausgeschlossen hat? Ist die Stimme der Heimatliebe, die Stimme der humanistischen Freundschaft zu unseren slawischen Nachbarvölkern verstummt oder besitzt sie die Kraft, den Lärm der Schlachtfelder zu übertönen, auf denen auch hunderttausende deutscher Menschen unsrer Heimat für eine fremde, verderbliche Sache gefallen sind? Wird es, wenn dieser Krieg vorbei ist, auch unter den Deutschen in Böhmen neue Menschen und neue Ideen geben, die der Gemeinschaft der Völker in der neuerstandenen Tschechoslowakei die Wege ebnen? Sind die Traditionen, sind die Ideen dieser böhmischen Gemeinschaft so groß und stark, dass sich an ihnen auch die deutsche Bevölkerung der böhmischen Länder wieder aufrichten kann?“<sup>2563</sup>

Die Anthologie versammelte so bedeutende Intellektuelle wie Fritz Bruegel (London), Louis Fuernberg (Jerusalem), Egon Erwin Kisch (Mexiko), Karl Kneschke (London), Oskar Kokoschka (London), Otto Pick (London), Rudolf Popper (London), Paul Reimann (London), Friedrich Torberg (Hollywood), Johannes Urzidil (New York), Fritz C. Weiskopf (New York) und Franz Werfel (Hollywood). Hanne Fischer (England) brachte einen Dialog zwischen Kaiser Rudolf II. und Rabbi Loew, Kokoschka schrieb über das böhmische Barock, Kisch wandte das „Lenoren“-Thema auf die Schlacht um Prag 1757 an, Urzidil würdigte Charles Sealsfield als Amerikaner aus Mähren, Kneschke befasste sich mit der „Geistesverfassung der Deutschen in der Tschechoslowakei“, Reimann beschrieb „Prager Charakterköpfe“ und Werfel veröffentlichte ein Kapitel aus „Die Vierzig Tage des Musa Dagh“, das bis heute die beste literarische Auseinandersetzung mit dem osmanischen Genozid an den Armeniern während des Ersten Weltkrieges darstellt.<sup>2564</sup>

Friedrich Torberg übersetzte ein sehr martialisches anonymes tschechisches Gedicht aus dem Protektorat unter dem Titel „An der Grabstätte der Böhmisches Könige“ (*Nad Hrobkou Českých Kralů*) und nannte es „Rebellen-Gebet“:

„Lasst allen Gram zu dieser Grabstatt kommen,  
dass unser stummes Herz den Aufschrei fände:  
Das Schwert – ihr habt das Schwert mit euch genommen!  
Uns blieben leere Hände.

Doch wie aus schwarzen Krumen Früchte quillen,  
wie Erdreich Neues trägt in neuen Tagen:  
so werden unsere Hände sich erfüllen  
und werden Schwerter tragen.

Wir beten. Aber nicht um fromme Gaben.  
Und wollen keinem milden Amen trauen.  
Die Frauen dürfen leere Hände haben –  
und nicht einmal die Frauen.

<sup>2563</sup> Stimmen aus Böhmen. Eine Sammlung, hg. von Paul Reimann und Rudolf Popper (London 1944) 1.

<sup>2564</sup> Vgl. NAIMARK, *Fires of Hatred*, 27-42; BENZ, *Ausgrenzung*, 54-70.

Uns, Herr, uns lass das alte Schwert ausgraben!  
Lass Stahl in jedes Mannes Hände tauen!  
Die Frauen dürfen leere Hände haben –  
und nicht einmal die Frauen.

Und lass uns, Herr, dann keine Zeit zum Sinnen,  
wenn jener Tag anhebt, um den wir beten.  
Lass schwarz das Blut an jeder Wand gerinnen  
und schwarz das Mahnwort: töten.

Die wir uns so in Deine Hand begeben:  
Uns frommt das Schwert. Und Beten frommt uns minder.  
Die Kinder dürfen leere Hände haben –  
und nicht einmal die Kinder.<sup>2565</sup>

### **Die politische und propagandistische Vorbereitung der Vergeltung**

Schon am 21. Juni 1943 war bei der Londoner Exilregierung ein bedeutender Bericht aus dem Protektorat eingelangt, der von herausragenden Persönlichkeiten des tschechischen öffentlichen Lebens verfasst worden war, die sowohl von der politischen Linken als auch von der politischen Rechten respektiert wurden. Der Bericht schlug vor, „that at the moment of the revolution the conduct of affairs in Prague will be taken over by a National Committee“ und dass „Four Prague Points“ als Leitlinien für die Politik gelten sollten:

- „1. The renewal of State independence on the basis of the continuity of the Republic of Masaryk, which could take part in any confederation of states, insofar as this was done with the consent of Russia.
2. President Beneš is recognised as the constitutional and legal President and the Government, which he has nominated is recognised as a constitutional government.
3. Every German will be a citizen of the Reich and must not interfere with the affairs of our State. The Germans must be tried for the crimes, which they have committed and the property of those who are condemned will be confiscated. Loyal Germans can become citizens of the State.
4. There is a demand for reparations which speaks partly of recompense for material damage, and partly of the subjection of the Germans to forced labour in making things good in the territory of the Republic. It is asked of the President that he will not accept any guarantee with respect to minorities without an understanding with the people at home, and no economic ones either, since the Bohemian Lands are economically ruined.“

Nicht zuletzt wird im Bericht deutlich unterstrichen: „As is evident, they are reckoning at home with a transfer of the German population and with the original pre-Munich territory.“<sup>2566</sup>

<sup>2565</sup> Ebenda, 7.

<sup>2566</sup> President Beneš and the Czechoslovak Government in London to Envoy Philip B. Nichols and Dr. W. Barker (Foreign Office), October 1943: Memorandum regarding the present state of the

Nach Stalingrad hatte auch Beneš die Parolen des radikalen tschechischen Nationalismus übernommen. Am 27. Oktober 1943 appellierte er über die BBC an den Widerstand in der Heimat:

„[...] Das tschechoslowakische Volk wird am Ende dieses Krieges gegen die Deutschen marschieren, es wird gegen Berlin, gegen München und gegen Dresden ziehen. [...] Alles was wir in diesen fünf Jahren durch die deutschen Banditen und unsere heimischen Schuldigen erlebt haben, muss wieder gutgemacht werden, genauso wie heute die Griechen und Jugoslawen ihre Erniedrigung und Unterwerfung wettmachen und wie sie die Franzosen mit der Waffen in der Hand wettmachen werden. [...]

Das Ende dieses Krieges wird bei uns mit Blut geschrieben werden. [...] und den Deutschen wird unbarmherzig alles das um ein Vielfaches heimgezahlt werden, was sie seit 1938 in unseren Ländern angerichtet haben [...]

Dieser Krieg darf bei uns keinesfalls mit Rache enden, sondern mit einem großen, gerechten und durchgreifenden nationalen und revolutionären Volkskrieg. [...] Unser Volk hatte vielleicht nie in seiner Geschichte eine so günstige Gelegenheit, im gegebenen Moment mit seinem Gegner so vollkommen und in jeder Hinsicht gerecht abrechnen zu können, wie dies am Ende dieses Krieges der Fall sein wird. [...]“<sup>2567</sup>

Am 2. Dezember 1943 erhielt die tschechoslowakische Exilregierung einen zusammenfassenden Bericht über das Schicksal der Familien einiger ihrer exponierten Vertreter, der das Verlangen nach Vergeltung zweifellos anstachelte:

„Für den Herrn Präsidenten: Jiří Beneš (Enkel) in Dachau. Alle Vlčeks [die Familie von Beneš' Frau Hana, Anm. Suppan] im Gefängnis. Olga Drtina in Ravensbrück, die übrigen in Freiheit. Für Minister Masaryk: Die gesamte Verwandtschaft Masaryks befindet sich in Freiheit und hat keine Schwierigkeiten. Die Deutschen haben bewusst keinen von ihnen angerührt mit Rücksicht auf die sehr empfindliche tschechische öffentliche Meinung in Bezug auf das Andenken des Befreier-Präsidenten. Für Minister Dr. Feierabend: Ing. Feierabend (85 Jahre) und die beiden Söhne sind in Dachau; beide Frauen in Ravensbrück; die Kinder sind gesund und bei Hartmann, der für sie sorgt. Für Dr. Outrata: Beide in Dachau. Für Prof. Klecanda: Die Frau ist tot, die Kinder in Ravensbrück. Für Dr. Opočenský: Frau Opočenský ist in Ravensbrück. Für Julius Fürth: Beide Frauen gesund. Für Frant. Němec: Frau und Tochter starben im Konzentrationslager. Für Fr. Hála: Die Mehrheit der Familienmitglieder im Konzentrationslager. Die übrigen in Freiheit. Für Fierlinger: Architekt Fierlinger und Schwester starben unter normalen Umständen; die anderen beiden Schwestern sind frei und gesund. Für Dr. Kraus: Die ganze Familie in Freiheit. Für Ing. Jar. Nečas: Frau und Tochter starben in Auschwitz. Für Minister Bechyně: Beide Šnejdárks sind im Konzentrationslager in Svatobořice, die Kinder sind in Freiheit bei Verwandten, sind gesund.“ – Danach nannte der Bericht die Namen einer Reihe anderer Personen, die verhaftet oder hingerichtet worden waren, darunter die Namen von 14 hingerichteten Generälen, zehn Obersten und zwölf Oberstleutnanten.<sup>2568</sup>

---

struggle for the liberation of the Republic in the Bohemian Lands and in Slovakia. – Erstaunlicherweise wird hier noch von den „Böhmischen“ und nicht von den „Tschechischen“ Ländern gesprochen.

<sup>2567</sup> Edvard BENEŠ, Šest let exilu a druhá světová válka (Praha 1946) 213; PERZI, Beneš-Dekrete, 208; Odsun 2, 416-418.

<sup>2568</sup> BRANDES, Weg zur Vertreibung, 184f.

Auch mit Außenminister Molotov erörterte Beneš die Frage der Schuld und der Bestrafung der Sudetendeutschen, als er sich im Dezember 1943 zu Gesprächen mit Stalin in Moskau aufhielt:

„Mit den Amerikanern und Engländern haben und werden wir noch Schwierigkeiten über das Ausmaß der Bestrafung der Schuldigen haben, was unsere Schuldigen betrifft. Wir haben unsere Deutschen, diese sind schuld an München, dass die Deutschen bei uns eingefallen sind und an allem, was dann folgte. Das waren die ersten Kriegsschuldigen. [...] Unter den Tschechen wird es wenige Schuldige geben, unter den Slowaken mehr, doch unter unseren Deutschen sicherlich 90 Prozent.“<sup>2569</sup>

Diesen sogar für Molotov unglauwbüdig hohen Prozentsatz dürfte Beneš ganz bewusst genannt haben, um seiner Forderung nach Aussiedlung möglichst aller Sudetendeutscher Nachdruck zu verleihen.

Als verschiedene Widerstandsgruppen gegen Äußerungen von Beneš protestierten, dass loyal gebliebene Deutsche in der Republik bleiben dürften, übermittelte Drtina am 16. Juli 1944 auf radiotelegraphischen Weg über die Schweiz eine Botschaft des Präsidenten:

„[...]“

- 4) Der Umsturz zuhause muss nach Meinung des Präsidenten auf eine Weise durchgeführt werden, dass folgende Grundsätze gelten:
  - a) Sofort am ersten Tag existiert die alte Vormünchener Republik, deren Existenz international anerkannt wird; sie hat ihren Präsidenten und ihre Regierung, verfügt über ihr altes Vormünchener Territorium und hat ihre alte Vormünchener Verfassung.
  - c) Der Umsturz wird von allen Volksmassen durchgeführt, die allen Schichten der Nation und allen früheren politischen Parteien angehören, außer jenen, die verraten haben oder die als Faschisten für niemanden weder zuhause noch im Ausland akzeptabel sind. [...]
- 9) Ein Gesetz gegen die Verräter und Kollaboranten bereiten wir vor. [...] Der Präsident selbst ist persönlich in der Sache der Verräter und Kollaboranten sehr radikal, er verheimlicht dies niemandem und wird dies auch nicht verheimlichen.
- 10) In der Frage unserer Deutschen gibt Euch der Präsident zu dem, was er im Staatsrat sagte, noch diese Erläuterung: [...] Wir rechnen also heute mit der Möglichkeit einer Realisierung des Transfers unserer deutschen Bevölkerung. Es ist jedoch heute nicht möglich, definitiv zu sagen, dass die ganzen mehr als drei Millionen auf der Grundlage irgendeiner Regelung transferiert werden könnten. Auf diesem Wege wird es vielleicht möglich sein, nur einen Teil von ihnen loszuwerden, maximal vielleicht an die zwei Millionen, und wir können daher nicht auf eine internationale Lösung vertrauen und sie abwarten. Es ist erforderlich, dass wir sofort in den ersten Tagen der Befreiung vieles selbst erledigen, dass von allen schuldigen Nazis von uns so viele wie möglich aus Angst vor einer bürgerlichen Revolte gegen sie in den ersten Tagen der Revolution fliehen, und dass so viele wie möglich von denen, die sich als Nazis wehren und Widerstand leisten, in der Revolution erschlagen werden.“<sup>2570</sup>

<sup>2569</sup> Vermerk Smutný über Besprechungen zwischen Beneš und Molotov, Moskau, 14. und 16. Dezember 1943, in: Vojtěch MASTNÝ, Benešovy rozhovory se Stalinem a Molotovem, in: Svědectví 12/47 (1947) 483-494; Odsun 2, 425-428.

<sup>2570</sup> Botschaft Drtina an Widerstandsgruppen in der Heimat, London, 16. Juli 1944, in: Slovenské národné povstanie, Dok. Nr. 99; vgl. BRANDES, 1945, 225; Odsun 2, 462-464.

Ein *Democratic Sudeten Committee*, geführt von Wenzel Jaksch und dem schon 1938 in die USA emigrierten Pater Emanuel Reichenberger, versuchte noch zwischen der Bestrafung der nationalsozialistischen Sudetendeutschen und der geplanten Zwangsaussiedlung zu differenzieren:

„[...] Our next aim is to purge the Sudeten country from Nazi gangsterism and Nazi influence, and to restore democratic institutions. All Sudeten Nazis who have committed crimes against the Czech people, shall be handed over to Czech tribunals; those who are guilty of crimes against their own people shall be tried by the victims of Nazi oppression in the Sudetenland. But we object to wholesale nationalist revenge which is bound to be indiscriminate and to destroy the very foundations of a new Sudeten Democracy. [...]

We oppose, therefore, the plans by which the Czechoslovak Government in London aims at a mass transfer into Germany proper of the Sudeten population. We maintain that the Sudeten Germans numbering over three millions, have an indisputable right to live in their homeland which their ancestors, invited by the Bohemian Kings, entered peacefully seven hundred years ago.“<sup>2571</sup>

Nicht nur die Sudetendeutschen, sondern auch die „reichen jüdischen Panikmacher“ gerieten ins Fadenkreuz der tschechoslowakischen Emigration, vor allem der kommunistischen. So veröffentlichte der spätere Informationsminister Václav Kopecký sowohl in Moskau als auch in London einen Beitrag, in dem er einerseits die tschechoslowakischen Staatsbürger jüdischer Abstammung, „die sich als Deutsche und Ungarn fühlen“, die Behandlung als Deutsche oder Ungarn ankündigte, andererseits gegen „die jüdischen Großkapitalisten, Ausbeuter, Spekulanten, Profitjäger und verschiedene Geschäftemacher“ wettete, die wie z. B. die Petschek, Weinmann, Rothschild, Gutmann etc. aus dem Lande flüchteten. Sie hätten ihr Eigentum verlassen und „freiwillig“ (sic!) den Deutschen übergeben, sich von der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft losgesagt und eine fremde angenommen. Daher Kopeckýs Forderung: „Diese reichen jüdischen Panikmacher dürfen niemals in die Republik zurückkehren. Und ihr Eigentum wird ihnen nicht zurückerstattet.“<sup>2572</sup>

Verteidigungsminister Sergej Ingr stachelte am 3. November 1944 in der *BBC* neuerlich zu Gewalttaten an: „When our day comes, the whole nation will apply the old Hussite battle-cry: ‚Beat them, kill them, leave none alive!‘“ Die Reste der Widerstandsgruppen in der Heimat stimmten vorbehaltlos zu und forderten von Beneš die völlige „Reinigung“ der Republik von den Deutschen, im Übrigen auch von den Juden.<sup>2573</sup>

Noch in London unterzeichnete Beneš das Präsidentendekret Nr. 6 vom 1. Februar 1945 über die Bestrafung der nationalsozialistischen Verbrecher, Verräter, deren Helfer und über die Schaffung von Sondervolksgerichten.

<sup>2571</sup> Democratic Sudeten Committee, Statement of Policy, London, 1 August 1944, in: Odsun 2, 465.

<sup>2572</sup> Václav KOPECKÝ, Der Weg zur Lösung der Judenfrage, in: Einheit (London), 23. September 1944, zitiert nach: Odsun 2, 479f.

<sup>2573</sup> KARNÝ, Die tschechoslowakischen Opfer, 137-146; STANĚK, Verfolgung 1945, 207-209; News Chronicle, London, 4 November, 1944.

Bei seinen letzten Verhandlungen mit der britischen Diplomatie im Februar 1945, in denen Beneš noch einmal – aber vergeblich – eine eindeutige Zustimmung zur Aussiedelung und zum Ausbürgerungsdekret verlangt hatte, verstieg sich der Präsident sogar zur Drohung, dass es im Falle einer Nichtdurchführung des Transfers Massaker geben werde. Diese Kriegsrhetorik erinnerte fast schon an die Drohungen Hitlers und Görings gegenüber Hácha sechs Jahre zuvor. Einen Monat später hörte Beneš in Moskau Stalins Meinung, dass sich das Problem der Deutschen in Polen und der Tschechoslowakei weitgehend durch Flucht der Deutschen selbst lösen werde.<sup>2574</sup>

Im Abschnitt VIII des auf einem Entwurf der KSČ basierenden Kaschauer Programms der neuen tschechoslowakischen Regierung der „Nationalen Front“ wurden einige, durchaus differenzierende Grundlinien für das Vorgehen gegen die deutsche und magyarische Minderheit formuliert:

„[...] VIII. Die schrecklichen Erfahrungen, die die Tschechen und Slowaken mit der deutschen und magyarischen Minderheit gemacht haben, die zum großen Teil zum willigen Werkzeug einer gegen die Republik geführten Eroberungspolitik wurden und von denen sich vor allem die tschechoslowakischen Deutschen direkt zu einem Ausrottungsfeldzug gegen das tschechische und slowakische Volk hergaben – zwingen das die wiederhergestellte Tschechoslowakei zu einem tiefgreifenden und dauerhaften Eingriff. [...] Von den Bürgern der Tschechoslowakischen Republik deutscher und magyarischer Nationalität, die vor ‚München‘ 1938 die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft besaßen, wird denjenigen die Staatsbürgerschaft bestätigt und die eventuelle Rückkehr in die Republik zugesichert – die Nazigegner und Antifaschisten waren, jenen, die schon vor ‚München‘ einen aktiven Kampf gegen Henlein und gegen die magyarischen irredentistischen Parteien und für die Tschechoslowakische Republik geführt haben, die nach ‚München‘ und nach dem 15. März [1939, Erg. Suppan] von der deutschen und ungarischen Staatsmacht wegen ihres Widerstands und des Kampfes gegen das damalige Regime und wegen ihrer Treue zur Tschechoslowakischen Republik verfolgt und in Kerkern und Konzentrationslagern geschickt wurden, oder die vor dem deutschen und ungarischen Terror über die Grenzen flohen und sich dort aktiv am Kampf für die Erneuerung der Tschechoslowakei beteiligten.

Bei den anderen tschechoslowakischen Bürgern deutscher und magyarischer Nationalität wird die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft aufgehoben. Jene Deutsche und Magyaren, die wegen eines Verbrechens gegen die Republik und gegen das tschechische und slowakische Volk vor Gericht gestellt und verurteilt werden, verlieren die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft und werden für immer aus der Republik ausgewiesen, es sei denn, dass sie zum Tode verurteilt werden.

Deutsche und Magyaren, die nach ‚München‘ 1938 in das Gebiet der Tschechoslowakischen Republik zugezogen sind, werden sofort aus der Republik ausgewiesen, sofern sie nicht einer Strafverfolgung unterliegen. Eine Ausnahme bilden Personen, die zum Nutzen der Tschechoslowakei tätig waren.“ [...]

„X. Zur Wiedergutmachung der von den Okkupanten und ihren verräterischen Helfershelfern am tschechischen und slowakischen National- und Privateigentum begangenen Verbrechen, zur Ausmerzungen des feindlichen fremden und faschistischen Einflusses in der tschechischen und slowakischen Wirtschaft [...] wird eine Reihe von Maßnahmen vorgenommen:

<sup>2574</sup> ZEMAN, Beneš, 326-332. Bei dieser Gelegenheit schlug Beneš vor, auch von den 600.000 Magyaren 400.000 auszusiedeln.

Sichergestellt und in nationale Verwaltung gegeben wird sofort das Vermögen aller Art, sofern es sich im Besitz, im Eigentum oder unter Verwaltung befindet von: Bürgern in feindlichen Staaten, insbesondere Deutschland und Ungarn; deutschen und magyarischen Bürgern der Tschechoslowakischen Republik, die aktiv zur Zerschlagung und Okkupation der Tschechoslowakei beitrugen; anderen Bürgern der Tschechoslowakei, die das Volk verrieten und aktiv die deutschen und ungarischen Okkupanten unterstützten; Aktiengesellschaften und anderen Gesellschaften, in deren Verwaltung sich Personen befanden, die zu den drei oben genannten Kategorien gehören.<sup>2575</sup>

Präsident Beneš stellte daher nach seiner Rückkehr in die Tschechoslowakei am 4. April 1945 bei einer Rede in Kaschau unmissverständlich fest: „Unser Staat wird ein Nationalstaat sein, ausschließlich ein Staat der Tschechen und Slowaken und niemandes anderen Staat.“ Am 28. April verlangte er in einer Rede in der Zipser Stadt Deutschendorf (Poprad):

Unsere erste Aufgabe wird es sein, den Staat vom Faschismus und Nazismus zu säubern, von den Deutschen und Mayaren. [...] Das muss gnadenlos und mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen gemacht werden. Vergessen wir nicht, machen wir das nicht sofort, so wird es später keine solche Gelegenheit mehr geben.<sup>2576</sup>

Nachdem auch die neue tschechoslowakische Regierung am 17. April 1945 von Kaschau (Košice) aus Tschechen und Slowaken aufgefordert hatte: „Geht abrechnen mit den Deutschen für ihre Gräueltaten und habt kein Erbarmen mit den deutschen Mördern“, begannen die ersten Vertreibungen durch die gemeinsam mit der Roten Armee durch die Slowakei vorrückenden tschechoslowakischen Einheiten unter General Ludvík Svoboda. In den Einheiten dienten – bunt zusammengewürfelt – tschechische, slowakische und jüdische, meist kommunistische Emigranten, 1939 über Polen in die Sowjetunion geflüchtete tschechische Offiziere und Soldaten, Tschechen aus Wolhynien (wo die Deutschen am 13. Juni 1943 die tschechische Siedlung Český Malín mit nahezu 400 Menschen zerstört hatten), Slowaken, die am Nationalaufstand teilgenommen hatten, und ehemalige „Partisanen“ aller Art. Als die Rote Armee Ende April 1945 über Mährisch-Ostrau (Ostrava) und Göding (Hodonín) ins Protektorat einmarschierte, begannen viele NS-Funktionäre nach Westen zu flüchten, ließen aber das Gros der sudetendeutschen Bevölkerung ohne größere Evakuierungsmaßnahmen zurück. Lediglich aus dem Gebiet von Jägerndorf (Krnov) und dem südöstlichen Mähren erfolgten Evakuierungen ins Innere Mährens bzw. ins österreichische Waldviertel.<sup>2577</sup>

Tschechische Widerstandsgruppen hatten bereits im Herbst 1944 mit Vorbereitungen für eine umfassende Aufstandsaktion begonnen, die im Moment des Einrückens alliierter Truppen nach Böhmen und Mähren beginnen sollte. Ein „Tschechischer Nationalrat“ (*Národní výbor*) sollte einen solchen Volksaufstand koordinieren, verfügte aber über keine geeigneten Führungspersönlichkeiten.

<sup>2575</sup> Kaschauer Programm, 5. April 1945, in: Odsun 2, 513-515.

<sup>2576</sup> BENEŠ, Odsun, 135; PERZI, Beneš-Dekrete, 221; Odsun 2, 528f.

<sup>2577</sup> STANĚK, Vertreibung, 219; Dokumentation der Vertreibung IV/1, 41, 51-53, 80.

Aber erst im April 1945 wurden viele Widerstandsgruppen mit einer größeren Zahl an wirksamen Waffen versorgt, die von amerikanischen *Liberators* aus der Luft abgeworfen wurden. Noch immer konnten daher die tschechischen Partisanen die auf der Hauptstraße von Brünn nach Prag vor der Roten Armee zurückflutenden deutschen Konvois nicht aufhalten, höchstens kleinere Einheiten erfolgreich bekämpfen. Auch Anfang Mai 1945 – nach Bekanntgabe des Todes Hitlers – gab es noch keinen großen Volksaufstand, „nur“ sogenannte Machtübernahmen durch Revolutionsausschüsse in einer Reihe mährischer Städte, wie etwa in Pre-rau. Noch konnte dies tödlich enden, wie etwa in Třešť, wo die SS nach Hissung der tschechoslowakischen Fahne 47 Männer gefangen nahm und hinrichtete.<sup>2578</sup>

### Der Prager Aufstand im Mai 1945

Die Zahl der Deutschen im Protektorat war seit dem Winter 1944/45 durch aus Schlesien zurückflutende Flüchtlinge wesentlich angestiegen, so dass in Prag selbst vermutlich noch über 80.000 deutsche Zivilisten anwesend waren – etwa doppelt so viele wie die letzte tschechische Volkszählung ausgewiesen hatte. Die aus Deutschland und Österreich stammenden Familien begannen im April 1945 Brünn und Prag fluchtartig zu verlassen. Der Tschechische Nationalausschuss bereitete zwar mit den Resten der Widerstandsgruppen einen Aufstand in der Hauptstadt vor, wartete aber eine mögliche alliierte Unterstützung ab. Ein Vorstoß der 3. US-Armee General Pattons nach Westböhmen dürfte schließlich das Signal zum Aufstand in Prag gegeben haben. Zahlreiche Presseartikel, Broschüren und Reden politischer Persönlichkeiten in der Emigration hatten nationalistische Hassgefühle geschürt und zur kollektiven Bestrafung der Deutschen für begangene Verbrechen aufgefordert. Die Sudetendeutschen wurden darüber hinaus als Verräter des tschechischen Staates betrachtet.<sup>2579</sup>

Bevor der Nationalrat die Mobilisierung abgeschlossen hatte, kam es am 5. Mai 1945 morgens in der Stadt zu Zusammenrottungen von verschiedenen bewaffneten Bürgern und der Uniformierten Prager Polizei, zur meist kampflosen Überwältigung vieler deutscher Dienststellen und zur Überrumpelung der schwachen deutschen Wachmannschaft des Senders Prag II. Teile der Protektoratspolizei verteidigten dann das Rundfunkgebäude gegen anrückende SS-Einheiten. Über die mit dieser Sendeanlage gekoppelten Lautsprecher in den Straßen erfolgte um Mittag der Aufruf zum bewaffneten Aufstand und die Verkündung der Losungen: *Smrt Němcům!* [Tod den Deutschen!] – *Smrt německým occupantům!* [Tod den deutschen Okkupanten!] – *Povstání! Povstání!* [Aufstand! Aufstand!].<sup>2580</sup>

<sup>2578</sup> LUZA – VELLA, *The Hitler Kiss*, 216-228.

<sup>2579</sup> *Vertreibung und Vertreibungsverbrechen*, 43; vgl. *Dokumentation der Vertreibung IV/1*, 71-73.

<sup>2580</sup> *Dokumentation der Vertreibung IV/1*, 53-55; STANĚK, *Verfolgung 1945*, 89-91; RNB Praha, *Zpráva o činnosti v revolučním roce 1945* (Praha 1946). Ich verdanke den Hinweis auf diese Quelle Mag. Niklas Perzi.

Innerhalb weniger Stunden hatten die bis zu 30.000 Aufständischen an die 1600 Straßenbarrikaden errichtet, viele Waffen beschlagnahmt und den größten Teil der Stadt besetzt; nur das Regierungsviertel um den Hradschin, das SD-Hauptquartier im Palais Petschek in der Nähe des Hauptbahnhofs, die am Stadtrand gelegenen Kasernen und einige, vorwiegend von Deutschen bewohnte Straßenzüge in Dejvice (nordwestlich des Hradschins) blieben noch unter deutscher Kontrolle. Der Wehrmachtbevollmächtigte beim deutschen Staatsminister für Böhmen und Mähren, General Rudolf Toussaint, setzte umgehend Verbände der Waffen-SS (SS-Gefechtsverband „Wallenstein“, SS-Panzer-Grenadier-Regiment 4 „Der Führer“ und SS-Junkerschule) und der Wehrmacht von den Truppenübungsplätzen bei Beneschau und Böhmisches-Brod in Marsch, die auch mit aller Rücksichtslosigkeit die südöstlichen und nordöstlichen Stadtviertel (Pankrác bzw. Libeň und Holešovice) wieder in Besitz nahmen. Dabei trieben sie als Geisel genommene tschechische Frauen und Kinder vor den Panzern auf die tschechischen Barrikaden zu, um dadurch leichter Breschen schlagen zu können. Dennoch blieb aber der Gegenstoß vor den Straßenbarrikaden liegen. An die Einhaltung irgendwelcher Kriegsregeln dachten beide Seiten nicht mehr. Auch deutsche Bomber konnten die Zentren der Aufständischen nicht ausschalten.<sup>2581</sup>

Die Aufständischen hofften noch immer auf Hilfe von den bereits in Pilsen stehenden Amerikanern, General Eisenhower aber wollte nicht ohne Zustimmung der Roten Armee die durch Westböhmen von Karlsbad über Pilsen nach Budweis verlaufende Demarkationslinie überschreiten lassen; und die Sowjets verweigerten ihre Zustimmung, obwohl sie selbst noch nicht nach Böhmen vorgestoßen waren. Überraschenderweise griff aber nun – nach Absprache mit der Prager Aufstandsführung – am 6. Mai die bei Beraun (Beroun) stehende, aus ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen aufgestellte 1. Division der bisher auf deutscher Seite operierenden Russischen Befreiungsarmee des Generals Andrej A. Vlasov zugunsten der tschechischen Aufständischen ein. Die vier Regimenter der Division eroberten den Flugplatz Ruzyně, die Vorstadt Břevnov, die Anhöhe des Petřín sowie die Stadtteile Smichov, Vyšehrad, Vinohrady, Pankrác und Strašnice. Die starke deutsche Besatzung um den Lobkowitzplatz ergab sich mit etwa 500 Mann. Obwohl die Vlasov-Soldaten von der tschechischen Bevölkerung begeistert begrüßt wurden, distanzierte sich nun der Tschechische Nationalrat aus politisch-ideologischen Gründen von General Vlasov. Daher gab der Divisionskommandeur Generalmajor Bunjačenko am 7. Mai abends den Rückzugsbefehl und ließ seine Truppen in Richtung Beraun abmarschieren. So mussten sich am 8. Mai sowohl Staatsminister Frank und General Toussaint als auch der Tschechische Nationalrat zu Verhandlungen über einen Abzug der deutschen Streitkräfte und Behörden aus Prag entschließen.<sup>2582</sup>

<sup>2581</sup> Dokumentation der Vertreibung IV/1, 55-58.

<sup>2582</sup> O. MACHOTKA, *Pražské povstání 1945* (Washington 1965); Joachim HOFFMANN, *Die Geschichte der Wlassow-Armee* (Freiburg i. Br. <sup>2</sup>1986) 52, 58f., 72f., 205-249. Die Soldaten der Russischen Befreiungsarmee trugen noch bei Kriegsende an ihren feldgrauen Uniformen deutsche Rangabzeichen, weshalb sie auch von den US-Truppen für Wehrmichtsangehörige gehalten wurden.

Am Nachmittag des 8. Mai – die deutsche Wehrmacht hatte bereits am Tag zuvor in Reims kapituliert – unterzeichnete General Toussaint gegenüber politischen und militärischen Vertretern des tschechischen Nationalrates unter Führung von Professor Albert Pražák die für die deutsche Seite relativ günstige Kapitulationsurkunde:

Abkommen über die Art des Abzuges aller deutschen Streitkräfte, einschließlich der Waffen-SS: Der Anfang des Abzuges der Einheiten beginnt am 8. Mai 1945, 18 Uhr; die Ablieferung der schweren Waffen erfolgt am Stadtrand von Prag, aller anderen Waffen noch vor der amerikanischen Demarkationslinie; für die Entschärfung von Sprengladungen werden Übergabeeinheiten bestimmt; die Einheiten sind berechtigt, die notwendigen Lebensmittelmengen aus den Magazinen mitzunehmen; deutsche Frauen und Kinder ziehen mit den Einheiten aus Prag ab oder bleiben unter dem Schutz des Internationalen Roten Kreuzes; alle Kriegsgefangenen der alliierten Völker und alle internierten und verhafteten Personen werden sofort freigelassen und den tschechischen Polizeibehörden übergeben; die tschechische Bevölkerung wird den abziehenden deutschen Einheiten keine Schwierigkeiten machen.<sup>2583</sup>

Das Abkommen war freilich für die alliierten Truppen nicht bindend. Als daher am Morgen des 9. Mai Panzerspitzen der 1. Ukrainischen Front unter Marschall Konev – aus Sachsen nach Teplitz vorstoßend – im Norden Prags einmarschierten<sup>2584</sup>, rollten sie nicht nur über die abziehenden deutschen Soldaten und Zivilisten hinweg, sondern lösten auch in der Stadt selbst unbeschreibliche Massenausschreitungen gegen die zurückgebliebenen Deutschen aus, vor allem gegen Zivilisten und Verwundete. Die Pogrome arteten in Lynchjustiz, Mord, Totschlag und Vergewaltigung aus, Leichen wurden an Laternenmasten gehängt, durch die Straßen rannten lebende Fackeln. Nicht selten entledigten sich ehemalige tschechische Gestapo-Agenten der deutschen Mitwisser. In systematisch durchgeführten Großrazzien wurden die deutschen Familien – ohne Rücksicht auf ihre politische Haltung während des Krieges und ihre Einstellung zu den Tschechen – aus ihren Häusern und Wohnungen geholt und in Schulen, Kinos oder Kasernen interniert. Die Häuser und Wohnungen wurden sofort beschlagnahmt und mit tschechischen Familien belegt. Die arbeitsfähigen Deutschen wurden zur Beseitigung der Barrikaden eingesetzt, um den sowjetischen Panzern die Straßenzüge in die Innenstadt zu öffnen. Nach einigen Tagen pferchte man Zehntausende Deutsche in den Stadien Strahov und Slavia zusammen, eines Verbrechens verdächtige Deutsche wurden in die Strafanstalt Pankrác überstellt. Von Beginn der Verfolgungen an gab es unerträglichen Hunger, Misshandlungen durch meist jugendliche Wachmannschaften und Vergewaltigungen durch Rotarmisten. Besonders grausame Rache wurde an aufgegriffenen Angehörigen der Waffen-SS und des SD genommen; Massenexekutionen ohne Gerichtsverfahren gab es aber auch gegenüber der Kollaboration beschuldigten Tschechen.<sup>2585</sup>

<sup>2583</sup> Mladá fronta, Praha, 2. Juni 1945; zitiert nach: Dokumentation der Vertreibung IV/1, 59.

<sup>2584</sup> Zur „Prager Operation“ der sowjetischen Truppen vgl. G. F. KRIVOŠEEV – V. M. ANDRONIKOV – P. D. BURIKOV – V. V. GURKIN (Hgg.), Velikaja otečestvennaja bez grifa sekretnosti. Kniga poter' (Moskva 2009) 172-174.

<sup>2585</sup> Dokumentation der Vertreibung IV/1, 60-63; STANĚK, Verfolgung 1945, 94f. PERZI, Beneš-Dekrete, 225-228.

An den gegenüber der deutschen Bevölkerung verübten Gewalttaten waren nach den Erlebnisberichten beteiligt:

- teilweise kommunistisch beeinflusste Revolutionsgarden, ursprünglich gebildet aus Insurgenten der ersten Aufstandstage, die sich auch Partisanen nannten;
- die Wache der Nationalen Sicherheit (SNB), die die Funktion des Staatssicherheitsdienstes sowie der Gendarmerie und Polizei ausübte;
- Soldaten und Offiziere des in der Sowjetunion gebildeten tschechoslowakischen Armeekorps unter General Svoboda, das mit der Roten Armee vorgeückt war;
- schließlich der tschechische Mob auf den Straßen.

„Zu den Gewalttaten gehörten Tötungen [strafrechtlich wohl Morde, Anm. Suppan], verübt in verschiedenster Weise durch Erschießen, Erhängen, Erschlagen, Ertränken, brutale und sadistische Misshandlungen, ferner Vergewaltigungen von Frauen. Die Ausschreitungen richteten sich zunächst gegen die deutsche Bevölkerung in ihrer Gesamtheit, wie dieses sehr deutlich im Beweismaterial zum Ausdruck kommt.“ Oberstleutnant Harold Perkins, ein tschechischsprachiger Verbindungsoffizier des britischen Geheimdienstes SOE und keineswegs ein Freund der Deutschen, war von verschiedenen Szenen der Gewalt in Prag erschüttert, darunter dem Anblick von zwei deutschen Frauen, die von der Menge geschlagen wurden, bis sie „von Kopf bis Fuß eine blutige Masse waren“.<sup>2586</sup>

Perkins urteilte in seinem Privatbrief an einen befreundeten Oberstleutnant ziemlich scharf über den allgemeinen Widerstand der Tschechen und den Prager Aufstand:

„[...] Resistance throughout the country has been exceedingly weak, almost negligible. All sorts of wonderful and glorious people are coming to light who claim to have led the various resistance movements. I have spoken to them personally and have had my chaps speak to others, everywhere the story is the same. Wonderful heroes, terrific suffering etc. etc., but when you get down to it – nil, nil, nil. No action of any kind – a good description would be ‚passive collaboration‘ with the Bosch [den Deutschen, Anm. Suppan], not ‚active‘ but ‚passive,‘ namely, they collaborated but with bad grace.

Czechoslovakia is the least damaged of any country in the whole of Europe. It has suffered the least, the people are well fed and well clothed [...].

The so-called Prague Rising was the work of a handful of men led by Nechansky to whom rallied a number of Poles and Vlassovs cossacks. The majority of the Prague fighting, as I am told from three or four Czech sources, was the Vlassov revolt against the Germans, i. e. trying to get on the right side at the eleventh hour. The people of Prague did not rise. They built an enormous number of barricades but already the majority of the Germans had departed. [...] Lokowice tells me that a group of young Communists ‚stormed‘ and ‚captured‘ the Pilsen Radio Station, exactly six hours after every German had departed. [...]“<sup>2587</sup>

<sup>2586</sup> Vertreibung und Vertreibungsverbrechen, 43f.; DOUGLAS, „Ordnungsgemäße Überführung“, 126.

<sup>2587</sup> Private letter Lieutenant-Colonel Harold Perkins to Lieutenant-Colonel Peter Boughey, Prague, 21 May 1945, zitiert nach: Odsun 2, 537-539.

Auch Generaldirektor Wlk.<sup>2588</sup> von den Eisenwerken Ostrau-Witkowitz erlebte die Aufstandstage in Prag:

„[...] Am 7. Mai, ca. 18 Uhr wurden die im Luftschutzkeller Anwesenden 36 deutschen Kollegen (darunter 5 Frauen) unter Droh- und Schimpfworten mit erhobenen Händen an die Wand gestellt. Um dieselbe Zeit wurde ich aus meiner im 1. Stock befindlichen Dienstwohnung von 2 Beamten des Prager Büros, welche sich mittlerweile bewaffnet hatten, abgeholt und der Gruppe im Keller (ebenfalls mit erhobenen Händen) zugesellt. Um ca. 22 Uhr, als das Stehen mit erhobenen Händen fast unerträglich wurde, wurden wir von den eigenen Beamten, welche durch das Tragen von roten Armbinden und Gewehren nun Nationalgardisten geworden waren, der Polizei übergeben. Diese führte uns 37 Personen mit weiter erhobenen Händen durch die Prager Straßen in eine provisorische Polizeikaserne, der Schule in der Leihamtsgasse. Unter Schmähd- und Schimpfworten wurde ich an die Spitze des Zuges gestellt, wobei ich ohne Mantel und Hut oder sonstigem war. Im Luftschutzkeller verblieb neben Mantel und Hut auch meine große Lederhandtasche. In dieser waren enthalten ca. 70.000,- Kronen in deutscher und tschechischer Währung, ein goldenes Zigarettenetui, eine Brillantbrosche und eine goldene Schweizer Reserve-Armbanduhr. Weiter alle meine Dokumente und Sparbücher etc., darunter auch der letzte Dienstvertrag zu meiner Anstellung als gewerkschaftlicher Generaldirektor. [...]

Die Behandlung in dieser Polizeikaserne, in welcher wir bis zum 13. Mai interniert waren, war niederträchtig. Wir erhielten wenig oder gar nichts zum Essen, wobei Prügel und Ohrfeigen an der Tagesordnung waren. Kameraden und Kameradinnen [sic!], welche zu Aufräumungsarbeiten in die Straßen Prags geschickt wurden, kamen total verdroschen, dürftig bekleidet, zerfetzt und barfuß zurück, da ihnen alles andere von Straßenpassanten gestohlen wurde. Einige kamen überhaupt nicht mehr retour, da sie von der erregten Menge erschlagen wurden. In der Kaserne selbst kam es zu Erschießungen einzelner Personen und wurde dort z. B. auch der im Nebenraum befindliche frühere SA-Brigadeführer Bendak nach einem Selbstmordversuch regelrecht erschlagen und vom Fenster des II. Stocks in den Hof herabgeworfen. Im Übrigen wurde mir in diesem Internierungslager meine goldene Armbanduhr von einem russischen Offizier abgenommen. [...]

Am 13. Mai in den Abendstunden kam es endlich zum Abtransport aus dieser Hölle, wobei wir vorerst am Prager Hauptbahnhof im geschlossenen Viehwagen 60 bis 70 Personen verladen wurden. Vor Abgang des Zuges gab man russischen Soldaten noch Gelegenheit, uns zu plündern. [...]<sup>2589</sup>

Niemand ist bis heute in der Lage, genauere Angaben über die Zahl der deutschen und tschechischen Opfer des Prager Aufstandes zu machen. Im Bericht des deutschen Bundesarchivs aus dem Jahre 1974 ist von bis zu 15.000 deutschen Opfern die Rede, der Schriftsteller Emil Franzel schätzt auf beiden Seiten insge-

<sup>2588</sup> Name zweifelhaft, in der Vorlage: WLK. und MLK. Jedenfalls hatte der Generaldirektor am 29. April 1945 den Auftrag zur Räumung der Eisenwerke Ostrau-Witkowitz erhalten. Nachdem tschechische Arbeiter und Beamten nach Einsetzen des Artilleriebeschusses durch die Rote Armee das Werk bereits verlassen hatten, führte er mit rasch zusammengerafften deutschen Arbeitern die Stilllegung des Werkes durch, besonders der Hüttenbetriebe. Dann erfolgte die Übergabe der Akten, Kasse usw. an die tschechischen Herren. In der Nacht zum 30. April 2 Uhr früh verließ der Generaldirektor mit einer Autokolonne von 25 Personen Witkowitz und erreichte Prag am 1. Mai, wo er seine Dienstwohnung bezog. – Beglaubigte Abschrift eines maschinenschriftlichen Berichts Generaldirektor Wlk. aus Mährisch-Ostrau, 12. Juli 1946, in: Vertreibung und Vertreibungsverbrechen, 288-292, hier 288.

<sup>2589</sup> Bericht Generaldirektor Wlk., 12. Juli 1946, in: Vertreibung und Vertreibungsverbrechen, 288f.

samt etwa 14.000 Tote, Radomír Luža gibt die Zahl der tschechischen Opfer mit 2400 an, Derek Sayer spricht von 1691 tschechischen und 436 sowjetischen Toten – ohne nähere Quellenangabe, Václav Ledvinka führt 1961 gefallene Tschechen an. Gesichert ist, dass sich der tschechische protestantische Prediger Přemysl Pit-ter und der aus dem KZ Buchenwald zurückgekehrte jüdische Schriftsteller H. G. Adler heroisch für jüdische und deutsche Waisenkinder einsetzten.<sup>2590</sup>

Die viertägigen Kämpfe hatten in Prag einige Zerstörungen hinterlassen, vor allem am und um den Altstädter Ring. Der neo-gotische Flügel des Altstädter Rathauses brannte aus und mit ihm das Stadtarchiv mit Urkunden und Stadtbüchern seit 1310. Aber vier Tage nach der Befreiung, am 13. Mai 1945, führte das Nationaltheater Smetanas „Verkaufte Braut“ auf; am 17. Juni wurde das Ständetheater mit Jiráseks „Lucerna“ wiedereröffnet, ein Stück, das am 1. Juli 1939 als letztes tschechisches Bühnenstück aufgeführt worden war.<sup>2591</sup>

Wenige Tage nach Beginn des Aufstandes waren Tausende, zum Teil arg miss-handelte Menschen ins frühere österreichische Gesandtschaftsgebäude in der Jungmannová 9 geflüchtet. Der ehemalige österreichische Gesandte Ferdinand Marek bekam vom Präsidenten Beneš die Zusicherung, den Schutz der Österreicher in Prag übernehmen zu dürfen. Im alten Gesandtschaftsgebäude etablierte Marek bereits am 12. Mai die provisorische Gesandtschaft und konnte Tausende Österreicherinnen und Österreicher aus eben eingerichteten tschechischen Lagern befreien. Die auf der Straße lagernden Menschen wurden verköstigt; der in die Gesandtschaft geflüchtete Gynäkologe Professor Knaus behandelte mit seinen Assistenten die von sowjetischen Soldaten oder tschechischen Milizen vergewaltigten Frauen und Mädchen. Marek ließ auch bereits die ersten Bahntransporte nach Wien zusammenstellen. Aber in einem Bericht vom 21. Mai an Staatskanzler Renner beschrieb Marek seine schwierige Lage und ersuchte erneut um Betrauung als offizieller Vertreter. Renner wollte in einem Schreiben von Ende Mai an Fierlinger auch mitteilen, dass er mit der Tätigkeit des ehemaligen Gesandten Marek völlig einverstanden sei, er aber leider unter den gegenwärtigen Umständen von einer offiziellen Betrauung vorläufig noch absehen müsse. Dies hatte sich zu diesem Zeitpunkt bereits erübrigt. Denn als Marek am 23. Mai 1945 zu einer Unterredung in die sowjetische Stadtkommandantur kommen musste, verschwand er auf Nimmerwiedersehen und verstarb angeblich 1948 in der Sowjetunion. Erst 1993 wurde er von Moskau politisch rehabilitiert.<sup>2592</sup> Da Marek die gesamte Kriegszeit über als (österreichischer) Pensionist

<sup>2590</sup> Vertreibung und Vertreibungsverbrechen, 46f.; Dokumentation der Vertreibung IV/1, 60; STANĚK, Verfolgung 1945, 96-98; LEDVINKA, Prag, 488; DEMETZ, Frischling, 34.

<sup>2591</sup> SAYER, Bohemia, 235.

<sup>2592</sup> Bericht Ges. a. D. Marek an StKa-AA, 21. Mai 1945, ÖStA, AdR, StKa-AA, GZ 42-pol/45, Zl. 164-Pol/45; Konzept Schreiben StK Renner an MP Fierlinger, 29. Mai 1945, ÖStA, AdR, StKa-AA, GZ 113-pol/45, Zl. 201-Pol/45, zitiert nach: David SCHRIFFL, Tote Grenze oder lebendige Nachbarschaft? Österreichisch-slowakische Beziehungen 1945 bis 1968 (Phil. Diss. Wien 2009) 7f.; Oliver RATHKOLB, „Ein schwieriges Verhältnis“ – Österreich und die ČSR 1945-1950, in: Kontakte und Konflikte, 479-490; vgl. Herbert STEINER, První rakouský vyslanec v Praze Ferdinand Marek (Praha 1995).

in Prag geblieben war und daher über die politische Situation zwischen 1918 und 1945 bestens Bescheid wusste, dürfte er mit seinem Privatarchiv für den NKVD ein zu interessanter Zeitzeuge gewesen sein, auch hinsichtlich seines Wissens über die tschechische Außen- und Innenpolitik und ihre Protagonisten. Die Behauptung des NKVD, Marek habe mit der Gestapo kollaboriert, dürfte nicht zutreffend gewesen sein. Daher erscheint es mehr als fraglich, ob eine raschere und stärkere Intervention Renners erfolgsversprechend gewesen wäre.

### **Racheakte und Massenausschreitungen in Böhmen und Mähren**

Die Aufrufe des Prager Senders zum Aufstand hatten im gesamten Protektorat bewaffnete Aktionen gegen die Deutschen ausgelöst. Tschechische Milizen, kommunistische Aktionsgruppen und Einheiten der Svododa-Armee machten bei ihrem Eindringen in deutsche Stadtteile, Ortschaften und Häuser wenig Unterschiede zwischen Henlein-Anhängern, deutschen Antifaschisten und einfachen Leuten. Pogrome, „Lynchjustiz“ und grausame Exekutionen, denen viele offensichtlich unschuldige deutsche Zivilisten zum Opfer fielen, ereigneten sich im Mai und Juni 1945 in der Umgebung von Prag, in Landkron (Lanškroun), Saaz (Žatec), Brüx (Most), Miröschau (Mirošov), Budweis (České Budějovice), Tetschen-Bodenbach (Děčín-Podmokly), Groß-Otschehau bei Podersam (Očihov u Podbořan), Kaaden (Kadaň), Komotau (Chomutov), Chrastavice bei Taus (Domažlice), Duppau (Doupov), Totzau (Tocov), im Gebiet um Reichenberg und Bilin (Bílina), Rumburg (Rumburk) und Warnsdorf (Varnsdorf), in Theresienstadt und im Leitmeritzer Gebiet, in Náchod, in der Umgebung von Braunau (Broumov) und Wekelsdorf (Teplice nad Metují), bei Nový Bydžov, in Zwittau (Svitavy), Mährisch Trübau (Moravská Třebová), Jägerndorf (Krnov), Mährisch-Ostrau (Ostrava) und Friedek (Frýdek), in Freudental (Bruntál), im Gebiet um Troppau (Opava) und Freiwaldau (Jeseník), in Iglau (Jihlava), Zwittau (Svitavy), Mährisch Krumau (Moravský Krumlov), Znaim (Znojmo) und in weiteren Städten und Gemeinden Böhmens und Mährens. Der Kommandant des II. Bataillons des 1. Regiments der Revolutionsgarden gab etwa am 29. Mai seinen Truppen den Befehl, alle Deutschen „als unsere Feinde zu betrachten“, da „sich alle Schichten der deutschen Bevölkerung mit dem nazistischen Gedankengut indentifiziert haben“.<sup>2593</sup>

Träger der antideutschen Maßnahmen in den ersten Nachkriegsmonaten waren Revolutionsgarden der im ganzen Land entstehenden Nationalausschüsse, Einheiten der zum Teil erst entstehenden tschechoslowakischen Armee, stark kommunistisch durchsetzte Sicherheitsorgane und eine Unzahl an bewaffneten Freiwilligenformationen. Vor allem die „revolutionären“ Nationalausschüsse maßten sich

<sup>2593</sup> STANĚK, Verfolgung 1945, 101-114; VÚA, fonds Revoluční garda, kr. 137, i.č. 870, zitiert nach: ARBURG, Zwischen Vertreibung und Integration, 65; ausführlich in: STANĚK - ARBURG, Organizované divoké odsuny? 465-533; STANĚK, Vertreibung, 220f.; Tragická místa paměti, 246-249 (Komotau/Chomutov), 334-338 (Totzau/Tocov).

an, eigenmächtig über Verhaftungen, Konfiskationen, Vertreibungen und die Einweisung in Lager zu entscheiden. Da es noch keine klaren Kompetenzaufteilungen gab, ist es nachträglich kaum möglich, Grenzen zwischen Befehl und Eigeninitiative zu ziehen, staatlich gelenkte Aktionen von eigenmächtigen Aktivitäten „an der Basis“ zu unterscheiden. Vor allem die ersten „revolutionären“ Nationalausschüsse waren häufig selbst ernannt und arrogierten sich als lokale bewaffnete Macht. Auch in den Reihen des Korps der Nationalen Sicherheit (SNB) gab es eine Anzahl selbstberufener „Kommandanten“, die auf eigene Faust verschiedene Maßnahmen setzten, um die „Lösung“ der deutschen Frage zu beschleunigen. So veranlassten sie vor allem die deutsche Bevölkerung an den Grenzen zu Deutschland und Österreich zum raschen Verlassen des Staatsgebietes.<sup>2594</sup>

Sehr negativ waren auch die Erfahrungen der Sudetendeutschen mit Einheiten der Roten Armee. Ein Diplomingenieur Josef Kuhn aus Mährisch-Schönberg berichtete von der Beschießung der Stadt am 8. Mai 1945 durch sowjetische Panzer und Pakgeschütze. Kaum dass sich die Wehrmacht zurückgezogen hatte, wurden auf dem Rathausturm eine weiße und eine rote Fahne gehisst. Die Deutschen mussten alle Waffen, auch die Jagdwaffen, abliefern und wurden teilweise aus ihren Häusern und Wohnungen vertrieben. Und Kuhn schilderte ungeschminkt die Übergriffe von Russen und Tschechen in den Maitagen:

„Die Deutschen zeigten sich nur in den dringendsten Fällen auf der Straße. Sie mussten eine Armbinde tragen. Neben russischer Militärpolizei patrouillierten tschechische Jugendliche (*stráž*) in den Straßen. Aber die russischen Soldaten vergewaltigten unvermindert Frauen und Mädchen jeden Alters und plünderten und raubten, was ihnen begehrenswert erschien. [...] Einige Tage nach dem Einmarsch der Russen sah man die Soldaten in Scharen mit großen in Leinen gewickelten Paketen zur Bahn ziehen. Sie hatten die Erlaubnis, ihr Beutegut an ihre Angehörigen zu senden.

Die ehemaligen Kriegsgefangenen und dienstverpflichteten Arbeiter aus Russland wurden von den Russen sehr schnell erfasst und einem sehr strengen militärischen Drill unterworfen. [...]

Am 13. Mai wurde ich auf der Straße von einer *stráž* angehalten und angewiesen, mich beim Stadtbauamt zur Arbeit zu melden. Von da an habe ich täglich mit einem Arbeitskommando die verschiedensten Arbeiten verrichten müssen. So im Herrngarten Granaten verladen, im Schießstättgarten LKW reinigen, in der Jahnstraße Telefon- und Telegraphenmaterial zum Abtransport verpacken u. a. m. Schließlich war ich bei der Zuschüttung des Löschteiches im Schillerpark eingesetzt.“<sup>2595</sup>

Nachdem ein ehemaliger Schüler Kuhns, ein „Halbtscheche“, der zum Kreissekretär der KSČ aufgestiegen war, eine Anzeige bei der Kriminalpolizei gemacht hatte, wurde Kuhn verhaftet und verhört, schließlich dem NKVD übergeben. Dieser gab zwar die Wertsachen samt Uhr zurück, ließ Kuhn aber mit etwa 70 anderen Häftlingen in ein Kriegsgefangenenlager bei Olmütz verfrachten. Von dort wurde

<sup>2594</sup> Emília HRABOVÉC, „Wir haben uns gesagt, dass wir das deutsche Problem in der Republik definitiv ausliquidieren müssen...“ (Edvard Beneš), in: Beiträge zur Historischen Sozialkunde 4 (1996) 167-176.

<sup>2595</sup> Maschinenschriftlicher Bericht Dipl.-Ing. Josef Kuhn aus Mährisch-Schönberg, 8. Jänner 1957, in: Vertreibung und Vertreibungsverbrechen, 282-285.

er als Zwangsarbeiter in die Sowjetunion deportiert, der für die Familie lange als verschollen galt.<sup>2596</sup>

Im Vergleich zu Prag verlief das Kriegsende im Egerland weit weniger gewalttätig, was vor allem dem Vorrücken von US-Truppen zu verdanken war. Am 7. Mai fuhren die ersten Panzer in der Stadt Eger ein – „zum Teil mit Negern besetzt“, wie Marie Rösler berichtete. Die Amerikaner begannen mit der Durchkämmung der Häuser, und ein US-Angehöriger fragte in perfektem Deutsch: „Haben Sie Waffen, sind hier Militärpersonen versteckt? Sperren Sie alle Türen und Schränke auf!“ Sechs Wochen blieben die Einheiten des Generals Patton in der Stadt, und kaum waren sie abgezogen, wurde am Bürgermeisteramt affiziert: „Das Egerland ist und bleibt ein integrierender Bestandteil des tschechoslovakischen Staates“.<sup>2597</sup>

Ein von der tschechoslowakischen Regierung erlassener und vom stellvertretenden Ministerpräsidenten Klement Gottwald unterzeichneter Aufruf vom 11. Mai 1945 kündigte erste Bestrafungsmaßnahmen gegen Deutsche und Magyaren nach dem Krieg an:

„Die neue Republik wird ein slawischer Staat, die Republik der Tschechen und Slowaken sein. Die Deutschen und Magyaren, die sich gegen unsere Völker und gegen die Republik so schwer vergangen haben, werden wir der Staatsbürgerschaft als verlustig betrachten und werden sie schwer bestrafen. Die Nationalausschüsse sollen damit sofort anfangen. Macht alle aktiven Nazisten unschädlich und beschlagnahmt ihr Vermögen zugunsten der Nation und des Staates. [...] Beschlagnahmt und gebt in die Nationalverwaltung das Eigentum von Deutschen, Verrätern und Kollaboranten [...] Bereitet auf dem Lande eine Konfiskation des Bodens vor, der dem fremden Adel, Deutschen, Verrätern und Kollaboranten gehörte. Dieser Boden wird unter unser kleines landwirtschaftliches Volk aufgeteilt werden, das nach Herausgabe der zuständigen Gesetze die Verteilung selbst vornehmen wird. [...]“<sup>2598</sup>

Präsident Beneš erklärte am folgenden Tag auf einer Versammlung des Nationalausschusses in Brünn:

„[...] Erinnert Ihr euch an die gemeinen und niederträchtigen Drohungen all der verschiedenen Henleins und Franks, die sie die ganzen sieben Jahre lang gegen unser Volk ausstießen, an ihr unmenschliches, barbarisches und gottloses Wüten, an all die Petschekpalais, Gestapogefängnisse und Folterkammern, die Konzentrationslager, Lidice, Ležáky und an all die Massenraserei und das Morden, wie sie unsere Geschichte bis dahin nicht gekannt hatte? [...] Dieses deutsche Volk ging in das blutige Morden, als wäre es blind und taub, bäumte sich nicht auf, dachte nicht nach, hielt nicht an; es ging und ließ sich stumpfsinnig oder fanatisch erschlagen und erschlug selbst. Dieses Volk hatte in diesem Krieg überhaupt aufgehört, menschlich zu sein, hatte aufgehört, menschlich erträglich zu sein, und so erscheint es uns nur noch als ein einziges großes menschliches Ungeheuer. [...] Wir haben uns gesagt, dass wir in der Republik das deutsche Problem definitiv liquidieren müssen. [...]“<sup>2599</sup>

<sup>2596</sup> Ebenda.

<sup>2597</sup> Handschriftlicher Bericht Marie Rösler aus Eger, 6. September 1955, in: Vertreibung und Vertreibungsverbrechen, 273.

<sup>2598</sup> Čechoslovák, London, 18. Mai 1945; zitiert nach: Dokumentation der Vertreibung IV/1, 70f.

<sup>2599</sup> Rede Beneš' in Brünn, 12. Mai 1945, zitiert nach: Odsun, 534f. Čin, 13. Mai 1945, 1, zitiert nach: Tomáš STANĚK - Adrian von ARBURG, Organizované divoké odsuny? Úloha ústředních státních

Und nach seiner Rückkehr nach Prag erklärte er am 16. Mai auf dem Altstädter Ring: „Unsere Losung muss sein, unser Land kulturell, wirtschaftlich und politisch endgültig zu entgermanisieren.“<sup>2600</sup>

Prokop Drtina – der Privatsekretär von Präsident Beneš zwischen 1936 und 1938 und sein politischer Sekretär in der Zeit der Emigration und den Tschechen durch seine Rundfunksendungen aus London als „Heiliger Paul“ [*Pavel Svätý*] bekannt – rechnete am 17. Mai 1945 auf dem Kongress seiner National-sozialistischen Partei im Lucerna-Palast auf dem Wenzelsplatz mit den Deutschen ab:

„[...] The bestiality and vandalism which the Germans committed at the last moment in Prague [...], these customary atrocities of the nation of *Kulturträger* themselves show us what is and must be the first task in laying down the basis for a new life: to clean out the republic as a whole and completely of Germans. This is the order of the moment for every one of us, it is the historical task of our generation. [...] Our new republic cannot be built as anything other than a purely national state, a state of only Czechs and Slovaks and of nobody other than Czechs and Slovaks! [...] Although our land is beautiful, fecund, rich, it is small and there is no room in it for anybody other than us. The Germans are foreigners in it, carpetbeggars [*přivandrovalci*] and colonists. [...] The Germans were always a foreign ulcer in our body. [...] In our new republic no more than these three little German words should be permitted: *Heim ins Reich!* To achieve this end we must begin to expel the Germans from our lands at once, immediately, by all methods, nothing must be allowed to make us falter or hesitate. [...] Every one of us must help in the cleansing of the homeland [*čistění vlasti*].“<sup>2601</sup>

Am 19. Mai 1945 trieb eine alkoholisierte Horde angeblicher tschechischer „Revolutionäre“ und „Rotgardisten“ unter Führung des kommunistischen Österreicher Robert Kautzinger, der in Böhmen als Glasschleifer gearbeitet hatte, mindestens 13 Deutsche aus der Iglauer Sprachinsel nahe dem Ort Dobrenz (Dobronín) zusammen, ließ sie unter Schlägen ihre Gräber schaufeln und erschoss sie dann oder erschlug sie mit Schaufeln, Spaten oder Hacken. Anschließend feierten die Mörder in einem Gasthaus und brüsteten sich ihrer Missetaten. Die Täter wurden polizeilich nicht verfolgt, da sie durch das Straffreistellungsgesetz vom Mai 1946 geschützt waren. Unter den Tätern befanden sich auch Söhne Kautzingers, die unter dem KP-Regime für die Polizei bzw. die Staatssicherheit arbeiteten. Seit damals umgibt eine Mauer des Schweigens die Vorgänge im Mai 1945.<sup>2602</sup>

Am 17. und 18. Mai 1945 trieben Hunderte bewaffnete Tschechen über 1000 deutsche Männer aus Landskron (Lanškroun) und den umliegenden Dörfern auf

orgánů při provádění „evakuace“ německého obyvatelstva (kveten až zaří 1945), in: Soudobé dějiny XII/3-4 (Praha 2005) 465-533, hier 499; Edvard BENEŠ, Odsun Němců z Československa. Výbor z pamětí, projevů a dokumentů 1940-1947, hg. von Karel Novotný (Praha 1996) 137f., zitiert nach: BRANDES, 1945, 245f. Das von Beneš im Originalton gebrauchte Wort „vylidčidovat“ gibt es eigentlich nicht und liegt zwischen „vylidňovat“ [entvölkern] und „vylidkvidovat“ [ausliquidieren].

<sup>2600</sup> Svobodné slovo (Praha), 17. Mai 1945, zitiert nach: Odsun 2, 539f.

<sup>2601</sup> Svobodné slovo, 19. Mai 1945; Prokop DRTINA, Československo můj osud, Bd. 2, Buch 1 (Praha 1992) 63f.; SAYER, Bohemia, 240.

<sup>2602</sup> Hans-Jörg SCHMIDT, Die Schreckensnacht von Dobrenz, in: Die Presse, 18. August 2010, 7; Karl-Peter SCHWARZ, Denkmal für Deutsche geschändet, in: FAZ, 31. Oktober 2011, 5.

dem Stadtplatz zusammen, traten und schlugen auf sie ein, veranstalteten ein Spießrutenlaufen und hielten ein sogenanntes „Volksgericht“ ab. Den menschenverachtenden Torturen erlagen 24 Männer, darunter der stellvertretende Ortsbauernführer, zwei Baumeister, drei Beamte des Arbeitsamtes, mehrere Handwerksmeister, mehrere Bauern, ein Forstdirektor i. R. und ein Oberlehrer i. R. Erst als eine Kaufmannswitwe ihr Haus anzündete und sich selbst erhängte, ging das bestialische Treiben der Tschechen zu Ende. Weitere 24 Landskroner wählten ebenfalls den Freitod, darunter viele Ehepaare und einige Kinder. Auch in den umliegenden Dörfern brachten sich viele Menschen um, allein in Hilbetten über 60 Personen.<sup>2603</sup>

Ende Mai erhielt die unter dem Befehl von Divisionsgeneral Oldřich Španiel stehende 1. tschechoslowakische Division den Befehl, den Rayon von Postelberg (Postoloprty) von Deutschen zu „säubern“, um dort den Sitz ihres Divisionskommandos einzurichten. Španiel beauftragte den Kommandeur des Nachrichtendienstes in Postelberg, Leutnant Jan Čubka, mit der Durchführung. Auch der Kommandeur des unter starkem Einfluss der KSČ stehenden militärischen Nachrichtendienstes der Tschechoslowakischen Armee, Oberleutnant Bedřich Reicin (ursprünglich Friedrich Reinzinger), unterstützte die Mordaktion. Die Kleinstadt hatte vor dem Krieg aus etwa 1800 Deutsche und 1500 Tschechen bestanden und war daher dem Reichsgau Sudetenland angeschlossen worden. Von 1943 bis 1945 war bei Postelberg ein Lager für Juden und Tschechen eingerichtet gewesen, die einen Militärflugplatz anzulegen hatten. Anfang Juni 1945 gingen die tschechischen Soldaten nach der Devise vor, dass nur ein toter Deutscher ein guter Deutscher sei. Ein Teil der tschechischen Soldaten stammte aus Wolhynien, wo sie deutsche Gräueltaten in ihren Dörfern erlebt hatten.<sup>2604</sup> Bereits am 27. Mai wurden in Postelberg 36 deutsche Nationalsozialisten erschossen. Am 3. Juni wurden etwa 5000 Saazer Männer und Burschen in drei Kolonnen nach Postelberg getrieben und in der alten Kavalleriekaserne interniert. Innerhalb weniger Tage wurden dann mindestens 773 Deutsche aus Postelberg und Saaz im Bereich der Kavalleriekaserne von Postelberg erschossen. Zuerst traf es NSDAP-Funktionäre und Angehörige der SS, bald aber auch Zivilisten, wie den Vorstand der Saazer bürgerlichen Brauerei und den Pater Max, Guardian des Saazer Kapuzinerklosters, sowie Jugendliche. Als der deutsche Hauptmann Langer den tschechischen Kommandanten Bohuslav Marek darauf hinwies, dass die Exekutionen gegen die Genfer Konvention verstießen, wurde er durch Genickschuss getötet. Im September 1947 wurde eine tschechische Untersuchungskommission unter Leitung des Abgeordneten der Tschechoslowakischen Volkspartei, Dr. Bohumír Bunža, nach

<sup>2603</sup> Augenzeugenbericht von Julius Friedel, 22. Februar 1951, in: Odsun 2, 542-546, 826. Neure tschechische Untersuchungen stellen einige Details der Schilderungen in Frage, bestätigen aber die Namen der Opfer.

<sup>2604</sup> Am 13. Juli 1943 hatten deutsche Truppen das Dorf Český Malín (Ukrains'kyj Malin) geplündert und niedergebrannt. Von den auf die umliegenden Felder getriebenen Männern, Frauen und Kindern kamen 374 gewaltsam ums Leben. – Tragická místa paměti, 363f.

Postelberg entsandt, die in einem ehemaligen Panzergraben insgesamt 225 Leichen exhumieren ließ. Weitere Exhumierungsarbeiten wurden eingestellt. Diese Massenexekution stellte die zahlenmäßig umfangreichste Mordaktion in der böhmischen Geschichte seit dem Dreißigjährigen Krieg dar.<sup>2605</sup>

In Brünn war während der Herrschaft des verhassten NS-Bürgermeisters Jüdex der nationale Gegensatz in Feindschaft umgeschlagen. Dazu kam die soziale Unruhe unter den Arbeitslosen der stillgelegten Rüstungsbetriebe, die von der starken kommunistischen Gewerkschaftsbewegung agitatorisch genützt wurde. Im Kaunitz-Kolleg, dem ehemaligen Sitz der Gestapo, starben im Mai und Juni 1945 mindestens 300 Menschen durch Folter, Erschießen oder Erhängen.<sup>2606</sup> Ende Mai setzten kommunistische Aktivisten den Bürgermeister unter Druck, das Deutschenproblem radikal zu lösen. Nach mehrtägiger Internierung wurden die Deutschen noch am Abend des 30. Mai 1945 von Polizisten, „Revolutionsgarden“ und Betriebsmilizen ihrer Juwelen, Uhren, Pelze und des Geldes beraubt und zum Verlassen der Stadt aufgerufen. Am frühen Morgen des 31. Mai wurden dann etwa 26.000 Frauen, Kinder und alte Männer – 853 arbeitsfähige Männer und Burschen zwischen 14 und 60 Jahren wurden in das Sammellager Malomeritz (Maloměřic) eingewiesen, 575 Personen blieben als Transportunfähige zurück – mit einem Bündel an Habseligkeiten aus der Stadt in Richtung Süden getrieben. Die Tageszeitung der tschechoslowakischen National-Sozialisten berichtete: „Der große Zug, in dem die deutschen Frauen auch Kinderwagen sowie andere Wagen für ihr Gepäck mitführen durften, zog sich schließlich über eine Länge von 16 km hin! Den ganzen Weg entlang funktionierte ein Sanitätsdienst, und die Wachen achteten darauf, dass die Deutschen mit der tschechischen Bevölkerung nicht in Berührung kamen. Man hatte auch an Sammelwagen für jene gedacht, deren Kräfte für diesen langen Marsch nicht ausreichten; diese Wagen stellte unsere Armee zur Verfügung.“ Was *Nové slovo* nicht berichtete: Die Vertreibung erfolgte bei glühender Hitze, es gab zu wenig Wasser, viele Greise und Säuglinge starben. Nach einer Übernachtung in Pohrlitz (Pohořelice) vom 31. Mai auf den 1. Juni waren nur mehr 18.000 Personen in der Lage, in Richtung Nikolsburg (Mikulov) weiterzumarschieren. In der Nacht wurden viele Frauen und Kinder von den sie bewachenden Milizionären misshandelt. Unter den mindestens 6000, die in einem Notlager auf den Feldern zurückblieben, brach bald eine Typhusepidemie aus, so dass viele Hunderte, nach einer neuesten Studie in der Zeit zwischen 1. Juni und 12. Juli 1945 455 Personen, starben und begraben wurden. Weitere 194 Personen sollen in den folgenden Wochen in umliegenden Dörfern ums Leben gekommen

<sup>2605</sup> STANĚK, Verfolgung 1945, 143-148; STANĚK - ARBURG, Organizované divoké odsuny? 505; Tragická místa paměti, 415-447; Aussage des Bohuslav Marek vor der Untersuchungskommission des Sicherheitsausschusses der Verfassungsgebenden Nationalversammlung, Žatec, 30. Juli 1947; Augenzeugenbericht des Oberamtsrichters Dr. Feyer, abgefasst am 3. März 1951, beide in: Odsun 2, 577-587, 572-576.

<sup>2606</sup> STANĚK, Verfolgung 1945, 115, FN 148.

sein. Sogar die Überschreitung der tschechoslowakisch-österreichischen Grenze südlich von Nikolsburg gestaltete sich als schwierig, da auf Weisung des kommunistischen Innenministers Franz Honner die österreichischen Grenzorgane die Vertriebenen abweisen sollten. Nach Schätzungen von Eagle Glassheim sollen bei der Vertreibungsaktion der Brünnener Deutschen insgesamt über 1700 Personen ums Leben gekommen sein.<sup>2607</sup>

Am 10. Juni 1945, am dritten Jahrestag der Vernichtung des Dorfes, hob Beneš in Lidice die Kollektivschuld der Deutschen hervor:

„Lidice und sein Schicksal sind der bezeichnendste Ausdruck der deutsch-nazistischen Kultur und des deutsch-nazistischen Systems. [...] Ich mache das *deutsche Volk als Ganzes* für den Nazismus und alle seine Verbrechen *verantwortlich*. [...] Das war nicht etwas Zufälliges, das war ein System, das war die Rechtsansicht in der deutschen Gesellschaft, das war die *neue Philosophie des deutschen Herrenvolkes*. [...] es geht um die direkte Schuld der überwiegenden Mehrheit der Deutschen und deshalb sind die Deutschen als Gesamtheit verantwortlich.“<sup>2608</sup>

Eine Woche später rief der Präsident im „hussitischen“ Tábor dazu auf, „dass wir die Republik entgermanisieren müssen, überall und in allem. [...] Es wird um das Entgermanisieren von Namen, Landschaften, Städten, Gebräuchen gehen – es wird um alles gehen, was überhaupt entgermanisiert werden kann. [...] Erinnert Euch, was uns über Jahrhunderte hinweg, seit der Hussitenzeit, die Germanisierung alles angetan hat [...]“. Auch Monsignore Bohumil Stašek, der Domherr am Vyšehrad, war ähnlicher Meinung: „Nach 1000 Jahren ist die Zeit gekommen, die Rechnung mit den Deutschen zu begleichen, die böse sind und für die deshalb das Gebot der Nächstenliebe nicht gilt.“<sup>2609</sup>

In der Nähe des Bahnhofs von Prerau (Přerov) gab es in der Nacht vom 18. auf den 19. Juni auf Befehl eines slowakischen Leutnants des 1. Tschechoslowakischen Armeekorps einen Massenmord an 265 Karpatendeutschen aus Dobšchau (Dobšiná), darunter 120 Frauen und 74 Kinder. Die Karpatendeutschen waren auf dem Rückweg aus Lagern im Bezirk Saaz (Žatec) in die Slowakei gewesen. Sie waren angeblich von slowakischen Soldaten aus dem Zug geholt und in einem nahe gelegenen Wald exekutiert worden.<sup>2610</sup>

<sup>2607</sup> Emilia HRABOVEC, Vertreibung und Abschub. Deutsche in Mähren 1945-1947 (Frankfurt am Main etc. 1995) 96-103; Hanns HERTL – Erich PILLWEIN – Helmut SCHNEIDER – Karl W. ZIEGLER (Hgg.), Der „Brünner Todesmarsch“. 1945: Die Vertreibung und Misshandlung der Deutschen aus Brünn. Eine Dokumentation (Schwäbisch Gmünd <sup>2</sup>1999); BRANDES, 1945, 239f.; STANĚK – ARBURG, Organizované divoké odsuny? 523-533; DOUGLAS, „Ordnungsgemäße Überführung“, 129-131; Nové slovo (Moravská Ostrava), 7. Juni 1945; Augenzeugenbericht Steffi Fischer, zitiert nach: Odsun 2, 569-571.

<sup>2608</sup> Tomáš STANĚK, Vertreibung und Aussiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei 1945-1948, in: Begegnung und Konflikt, hg. von Jörg K. Hoensch und Hans Lemberg (Essen 2001) 220; STANĚK – ARBURG, Organizované divoké odsuny? 499; Odsun 2, 596f.

<sup>2609</sup> Odsun 2, 608-613; NAIMARK, Flammender Hass, 147; SAYER, Bohemia, 239f.; BENEŠ, Odsun, 148; PERZI, Beneš-Dekrete, 225.

<sup>2610</sup> Vertreibung und Vertreibungsverbrechen, 46; STANĚK, Vertreibung, 221.

In Komotau (Chomutov) ließ der Stabshauptmann Karel Prášil mehrere Tausend deutscher Zivilisten festnehmen, danach bis zu einem Dutzend von ihnen am Morgen des 9. Juni auf dem Jahn-Turnplatz – deutlich sichtbar für entsetzte tschechische Passanten – zu Tode foltern. Zwar hatte niemand den Mut einzugreifen, aber ein anonymes tschechischer Bürger schrieb an das Büro des Ministerpräsidenten, um seinen Abscheu vor dieser Mordtat auszudrücken:

„Nicht einmal die brutalen Deutschen haben sich ihrer Feinde auf solch eine Art und Weise entledigt, vielmehr haben sie ihren Sadismus hinter den Toren der Konzentrationslager verborgen.“<sup>2611</sup>

Marjorie Quinn, eine Engländerin, die in Trautenau (Trutnov) nahe der polnischen Grenze lebte, schrieb an ihre Schwester: Obwohl die örtlichen Tschechen im Gegensatz zur Roten Armee „selten morden oder vergewaltigen“, hätten sie „Plündern und Foltern zur Kunst erhoben. [...] Die englischen Kriegsgefangenen haben sich bei den Tschechen sehr unbeliebt gemacht, weil sie deutsche Frauen und Kinder schützen, so gut es geht; auch sie sind schockiert von dem, was hier passiert“.<sup>2612</sup>

In Aussig endete der Weltkrieg am 7. Mai 1945, als sowjetische Militäreinheiten einmarschierten und die Tschechen einen Nationalausschuss bildeten, der die Verwaltung der Stadt übernahm. Noch in der Nacht zum 8. Mai wurden die tschechischen Bürger über Stadtfunk zur Mitarbeit in den Polizeieinheiten aufgerufen. Die neuen Hilfspolizisten bekamen teilweise Uniformen des deutschen Afrikakorps, an die man die tschechische Trikolore angebracht hatte. Explosionen in einem Lager für deutsche Beutemunition im Aussiger Vorort Schönpriesen (Krásně Březno) am Nachmittag des 31. Juli 1945 führten zu einem Pogrom an der deutschen Bevölkerung. Etwa eine Stunde nach der ersten Explosion, gegen 16.30 Uhr, telefonierte der Vorsitzende des Nationalausschusses, Josef Vondra, mit dem Innenministerium und erstattete hastig Bericht:

„In Aussig ist heute Nachmittag im Stadtteil Schönpriesen ein Brand ausgebrochen, das ganze Wohnviertel brennt, Dutzende Wohnhäuser stehen in Flammen, es gibt immer wieder Explosionen. Die Flammen haben auch die Brauerei, die Spiritusfabrik und die Zuckerfabrik erfasst. Es drohen weitere Explosionen! Wir bitten um Hilfe! Schicken Sie sofort Feuerwehren zu uns und verständigen Sie die Polizei! Die Kabelfabrik, das Waffenlager der Armee, die Spiritusfabrik, die Zuckerfabrik brennen. Feuerherd ist die Spiritusfabrik. Unter den Tschechen gibt es Unruhen, auf den Straßen wird gelyncht, überall herrscht unkontrollierbares Chaos. Die Armee räumt die Stadt. Bitte schicken Sie Hilfe!“<sup>2613</sup>

Zunächst gelang es nicht, den sich immer weiter ausbreitenden Brand zu löschen, sowohl wegen der gewaltigen Hitze als auch wegen der Minen und Granaten, die ständig explodierten. In den nächsten Stunden konnte aber die Feuerwehr die Brände eindämmen und auf die Zuckerfabrik einschränken. Dort waren Granaten,

<sup>2611</sup> STANĚK, Verfolgung 1945, 142.

<sup>2612</sup> DOUGLAS, „Ordnungsgemäße Überführung“, 126.

<sup>2613</sup> Tragická místa paměti, 132.

Panzerfäuste, Minen und andere Munition gelagert. Die Explosionen waren so stark, dass sie im Umkreis von mehreren hundert Metern Schäden verursachten. Die Ursache der ersten Explosion konnte bis heute nicht geklärt werden, sodass mehrere Erklärungen bestehen blieben. Die wahrscheinlichste These lautet, dass der Verwalter des Depots, ein Feldwebel Čapek, etwas vertuschen wollte, da für den nächsten Tag eine Inspektion angesagt war. Außerdem wurde er etwa eine Stunde vor der Explosion von zwei deutschen Arbeiterinnen gesehen, wie er mit zwei unbekanntem tschechischen Zivilisten ins Munitionslager ging. Eine andere, eher unwahrscheinliche Version spricht von einem oder zwei Flugzeugen, die mit Lenk Waffen auf die Zuckerfabrik gezielt hätten. Der Historiker Vladimir Kaiser verweist schließlich auf die zeitliche Koinzidenz mit der Potsdamer Konferenz:

„Zu dieser Explosion kam es in der Zeit der Potsdamer Konferenz. Die Explosion und das Massaker wurden im Geheimen von der tschechoslowakischen Regierung (Innen- und Verteidigungsministerium) inszeniert, die so an die Konferenz in Potsdam appellieren konnte, die Aussiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei wesentlich zu beschleunigen. Wenn die Deutschen nicht schnellstens ausgesiedelt würden, werde es weiter zu Sabotageaktionen (Explosion des Munitionsdepots) und Grausamkeiten (Massaker) kommen.“<sup>2614</sup>

Zur Zeit der ersten Explosionen strömten die deutschen Arbeiter von der Vormittagsschicht in den Schichtwerken nach Hause und gingen über die Edvard-Beneš-Brücke in Richtung Stadtzentrum. Dort wurden sie von bewaffneten, zum Teil betrunkenen Tschechen angehalten, schikaniert, geschlagen und von der Brücke gestoßen – darunter eine Frau mit ihrem kleinen Kind im Kinderwagen. Parallel dazu karrten Angehörige der Svoboda-Armee, Revolutionäre Garden und Rotarmisten mehrere LKW mit Deutschen mit geschorenen Köpfen und weißen Armbinden mit einem „N“ (für *Němec*/Deutscher) an die Brücke, wo man sie zum Teil gefesselt von der hohen Elbebrücke ins Wasser stieß und Schwimmende beschoss. Die Zahl der Todesopfer bei diesem Pogrom wird heute auf 80 bis 100 geschätzt. Gleich am 1. August kamen eine Untersuchungskommission und General Ludvík Svoboda in die Stadt. Der General machte die „Werwolf“-Bewegung für die angebliche Sabotageaktion verantwortlich. Augenzeugen berichteten aber, dass sich sofort nach der ersten Explosion viele bewaffnete Tschechen in der Stadt versammelt hätten, was auf Vorbereitungen schließen lässt.<sup>2615</sup>

Die Angaben über die Anzahl der Todesopfer bei dieser Explosionskatastrophe und den anschließenden Ausschreitungen differieren in den verschiedenen Berichten und werden zwischen 43 konkret belegten Toten und 2700 Vermissten angegeben; außerdem soll es 50 Schwerverletzte und mehr als 300 Leichtver-

<sup>2614</sup> Tragická místa paměti, 132-134.

<sup>2615</sup> Tragická místa paměti, 131-156; Anonymes Protestschreiben eines tschechischen Legionärs, 2. August 1945, in: Odsun 2, 679. Josef Schumann aus Hohendorf (Kreis Karlsbad) berichtete am 1. September 1947, dass er – obwohl weder Mitglied der NSDAP noch der SdP – am 4. und 5. August 1945 von der tschechischen Polizei in Karlsbad grausam misshandelt worden sei, da sie Verbindungen zum „Werwolf“ unterstellte. – Vertreibung und Vertreibungsverbrechen, 277-279.

letzte gegeben haben. Jedenfalls brannten 200 Wohnhäuser aus und mehrere Industrieanlagen wurden völlig zerstört.<sup>2616</sup>

Sogar sowjetische Berichte enthalten Einzelheiten von tschechischen Brutalitäten gegenüber Deutschen, während sie über die Vergewaltigungen seitens der Rotarmisten wenig sagen. Tatsächlich griffen Offiziere und Mannschafter der Sowjetarmee wiederholt bei tschechischen Misshandlungen gegenüber deutschen Zivilisten ein, gaben hungrigen deutschen Kindern etwas zu essen und nahmen auf der Landstraße dahinziehende Vertriebene auf ihren Fahrzeugen mit. Die wachsende Verzweiflung unter den Sudetendeutschen führte zu vielen Selbstmorden; ganze Familien erhängten oder vergifteten sich. Der sowjetische General Serov meldete am 8. Juni an Innenminister Berija, dass die Selbstmordwelle sogar nach Ankunft in der Sowjetischen Besatzungszone anhalte:

„Täglich kommen bis zu 5000 Deutsche aus der Tschechoslowakei, die meisten Frauen, Alte und Kinder. Ohne Zukunft und die Hoffnung auf etwas Besseres beenden viele ihr Leben durch Selbstmord und schneiden sich die Pulsadern auf.“ Allein in einer Region seien 71 Deutsche mit aufgeschnittenen Pulsadern gefunden worden.<sup>2617</sup>

Es besteht heute kein Zweifel, dass die führenden tschechischen Politiker und Militärs von den meisten der wilden antideutschen Exzesse untergeordneter Organe – der „Nationalausschüsse“ und „Revolutionsgarden“, des „Korps der nationalen Sicherheit“ und der Einheiten der „Svoboda-Armee“ etc. – wussten, sie duldeten und in ihre innen- wie außenpolitische Strategie einkalkuliert hatten. Auch Präsident Beneš ließ sich von General Svoboda und anderen tschechischen Befehlshabern über die Verfolgungen berichten. Ehemalige tschechische Gestapo- und SD-Agenten verschärften die Auseinandersetzungen, um von ihren früheren Untaten abzulenken. Unter den Parteien waren die tschechischen National-Sozialisten die hasserfülltesten, gefolgt von den Kommunisten, die ja neben dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Gottwald den Innenminister, den Landwirtschaftsminister, den Unterrichtsminister, den Informationsminister und den Minister für soziale Fürsorge stellten. Beide Parteien verbanden jedenfalls die „nationale“ mit der „sozialen Revolution“, worunter freilich von Mai bis August 1945 in erster Linie brutale Verfolgungsmaßnahmen und Enteignungen der Deutschen, ihre Konfiskation und teilweise auch schon Vertreibung zu verstehen war.<sup>2618</sup>

Der langjährige außenpolitische Korrespondent des *Manchester Guardian*, F. A. Voigt, begann anonym, aber weitgehend korrekte Berichte über das Schicksal der Sudetendeutschen zu veröffentlichen. Nach seinen Worten übernahmen die

<sup>2616</sup> Vertreibung und Vertreibungsverbrechen, 44. Vgl. Bericht von Rhona Churchill im Daily Mail, 6. August 1945, zitiert nach: Dokumentation der Vertreibung IV/1, 66-72; PERZI, Beneš-Dekrete, 226-228; STANĚK, Verfolgung 1945, 169-175.

<sup>2617</sup> Gen. Serov an Min. Berija, 14. Juni 1945, in: T. A. VOLOKITOVA, T. M. ISLAMVOV [et alii] (Hgg.), Vostočnaja Evropa v dokumentach rossijskich Archivov 1944-1953, tom. 1: 1944-1948 (Moskva – Novosibirsk 1997) 223; zitiert nach: NAIMARK, Flammender Hass, 149f.

<sup>2618</sup> HRABOVEC, Vertreibung, 105-118; STANĚK – ARBURG, Organizované divoké odsuny? 494-523.

Tschechen „eine Rassendoktrin, die der Hitlers ähnelt [...] und Methoden, die kaum von denen des Faschismus zu unterscheiden sind. Sie sind zu slawischen Nationalsozialisten geworden“.<sup>2619</sup> Am 29. Juni 1945 ging im Amt des Regierungspräsidiums ein anonymes Brief eines in Nordböhmen geborenen, erzogenen und hier lebenden Tschechen ein, der die deutsche Arbeitskraft für die tschechoslowakische Wirtschaft genutzt sehen wollte:

„Wir Bürger hier im Grenzland hegen echte Befürchtungen wegen der Folgen, die sich nach der Massenausiedlung der Deutschen aus unserem Gebiet sicherlich ergeben werden [...]. Wir wurden lediglich befreit und sind aufgewachsen auf der Basis der weltweiten Überzeugung von der Barbarei der Deutschen, die in alle europäischen Länder zogen, um die Weltherrschaft mit dem sadistischen Gestapogesindel zu verwirklichen, das ihnen wohl allein das Genick brach. Also Schreckensherrschaft, Gewalt und Brutalität waren die Ursache für das Ende des Dritten Reiches.

Wenn wir unseren Ruf einer slawischen Kultur- und Bildungsnation weiterhin erhalten wollen, dann dürfen wir auch als Sieger nicht schlimmer sein als die Deutschen. Es ist nötig, geziemend und gerecht zu strafen, aber wir, von Rache getrieben, dürfen keine schlimmeren Ungerechtigkeiten begehen, als jene begangen haben. [...]

Jetzt berichte ich Ihnen nur einen Teil jener Ungerechtigkeiten und Schlechtigkeiten, die hier geschehen:

1. Die bewaffnete Meute und Einzelne überfallen nachts deutsche Haushalte und berauben diese Leute aller Dinge, die sie forttragen können, wobei sie besonderen Wert auf Geld und Schmuck (Staatseigentum) legen, und das alles nur zur persönlichen Bereicherung.
2. Verlassene Wohnungen (Staatseigentum) werden systematisch ausgeraubt, sogar von Vertretern der Gemeinden und der Ordnungspolizei, die sich oftmals aus Leuten mit schlechtem Ruf (vorbestraft schon in der Republik) rekrutiert.
3. Die ausgewiesenen Deutschen werden auf dem Weg zur Grenze um das Letzte bestohlen, was ihnen amtlich zur Mitnahme mit einem Gewicht von 30 kg erlaubt wurde. [...]
5. Letzte Woche in der Gegend von Teplitz wüten unter den versammelten Ausgewiesenen und vor allem in ihrem Gepäck Jüdinnen, die ihnen in aller Öffentlichkeit, vor ihrem Abzug und unter Assistenz der die Säuberung durchführenden Militärabteilungen, aus den erlaubten Gepäckstücken mit Gegenständen des täglichen Bedarfs das Letzte wegnahmen, was ihnen übrigblieb. Sind diese Jüdinnen ebenfalls Repräsentantinnen und Exekutivorgane des Staates? [...]
6. Nazistische Schuldige, die man durch die Todesstrafe beseitigen muss, sollen nicht direkt in die Hände der Leute vor Ort ausgeliefert und nicht auf eine so demonstrative Weise öffentlich liquidiert werden, wie es bislang geschehen ist und geschieht, denn dies weckt nur Widerwillen und bei den Angehörigen ihrer Familien Groll und Hass, den sie ihr ganzes Leben in sich tragen werden. [...]
8. [...] Gruben, Fabriken und Landwirtschaft leiden an großem Arbeitskräftemangel, auch mit dem bisherigen Einsatz der Deutschen, infolge der Abwanderung der tschechischen Arbeitskräfte in bessere Berufe. Was passiert, wenn wir alle diese Deutschen vertreiben? Wird hier der Friedhof unserer Industrie liegen, den wir ihr selbst bereitet haben? [...] Mit den Deutschen könnte das anders geregelt werden, damit sie dem Staat nie mehr schaden, bei voller Nutzung ihrer Arbeitskraft zum Besten unseres Staates. Sie würden, im Bewusstsein ihrer

<sup>2619</sup> DOUGLAS, „Ordnungsgemäße Überführung“, 128.

totalen Niederlage, lieber bis zum Umfallen arbeiten, und da spreche ich vor allem über die vom Nazismus verführte deutsche Arbeiterschaft, wenn es ihnen nur erlaubt wäre, hier zu bleiben, ohne jede Möglichkeit politischer und wirtschaftlicher Entwicklung. Es sind mehrheitlich ohnehin nur Nachkommen germanisierter Tschechen, die sich in kurzer Zeit umorientieren würden. [...] <sup>2620</sup>

Präsident Beneš ließ keinen Zweifel daran, dass nicht nur die Deutschen, sondern auch ihre Kultur verschwinden sollte. „Unser Motto muss sein: die endgültige Entgermanisierung unserer Heimat – kulturell, wirtschaftlich, politisch.“ Deutsche Monumente wurden zerstört, Friedhöfe eingeebnet, Ortsnamen geändert. Aus dem Neuen Deutschen Theater der Prager Deutschen wurde das Smetana-Theater, aus dem deutschen „Casino“ das „Slawische Haus“, alle deutschen Schulen – einschließlich der Deutschen Universität und der Technischen Hochschule – wurden geschlossen. <sup>2621</sup>

Die von Adrian von Arburg und Tomáš Staněk jüngst editierten tschechischen Archivdokumente – über 600 aus über 40 tschechischen Archiven – illustrieren auch die polizeilichen Untersuchungen der Massenexzesse gegen die deutsche Bevölkerung. Ausgehend von den politischen und rechtlichen Entscheidungen der Führung der tschechischen Mehrheitsgesellschaft entstanden auch oft genug „Freiräume“, die von zwielichtigen Personen – zum Teil frühere Kollaborateure mit dem Besatzungsregime – als Freibrief zur Gewaltanwendung ausgenutzt wurden. Sowohl die neue politische als auch die neue militärische Führung akzeptierte diesen „Gestapismus“ und ließ es zu, dass sich tschechoslowakische Staatsbürger zu Herren über Leben und Tod der Deutschen aufspielten. <sup>2622</sup>

### **Internierungs-, Arbeits- und Straflager**

Bereits am 16. Mai 1945 beschloss das Präsidium des Landesnationalausschusses von Mähren – nach Gesprächen mit Präsident Beneš – einstimmig, allen Beauftragten der Nationalausschüsse für die deutschen Gemeinden in Mähren aufzutragen, dass sie:

- „1) sofort alle Personen deutscher Nationalität und Volksverräter festnehmen, für sie Konzentrationslager errichten und sie für notwendige Arbeiten wie Straßenreparaturen und die Beseitigung von Kriegsschäden verwenden,
- 2) sämtliches Vermögen von Personen deutscher Nationalität, ggf. [gegebenenfalls] von Volksverrättern sicherstellen, die Beauftragten bestimmen und darauf achten, dass dieses Vermögen nicht gestohlen wird [...],

<sup>2620</sup> Anonymer Brief an tschechoslowak. Regierungspräsidium, 29. Juni 1945, in: Odsun 2, 645-648.

<sup>2621</sup> SAYER, Bohemia, 241.

<sup>2622</sup> ARBURG – STANĚK, Vysídlení Němců, Bd. II/3; vgl. Alena WAGNEROVÁ, Die Stunde der Dokumente, in: NZZ, 3. August 2011, 20.

- 3) alles Land sicherstellen, das bis jetzt den Deutschen gehörte, damit dieses Land entsprechend bestellt wird. Zu diesem Zweck sollen alle vorhandenen und verfügbaren Mittel eingesetzt werden, auch alle internierten Deutschen und Verräter, ggf. auch Personen, die bisher noch nicht beschäftigt waren.<sup>2623</sup>

Noch bevor sich die tschechoslowakische Regierung über die rechtlichen Grundlagen der Behandlung der deutschen Minderheit geeinigt hatte, wurden Hunderttausende Personen festgenommen und in mindestens 2000 Lagern aller Art interniert. Nach Ermittlungen des Suchdienstes des Deutschen Roten Kreuzes bestanden in der Tschechoslowakei 1215 Internierungslager, 846 Arbeits- und Straflager und 215 Gefängnisse, in denen 350.000 Deutsche längere oder kürzere Zeit festgehalten wurden. Unter den Festgenommenen befanden sich Angestellte der Besatzungsbehörden und der Justiz, Funktionäre und Mitarbeiter der verschiedenen NS- und SS-Formationen sowie bekannte Persönlichkeiten aus den Reihen der Intelligenz und der Wirtschaft. Diese Sicherungshaft aus der „Revolutionszeit“ wurde erst am 27. Oktober 1945 durch ein Dekret des Präsidenten Beneš scheinbar legalisiert.<sup>2624</sup>

In den Lagern herrschten teilweise unmenschliche Verhältnisse, vielfach waren die Unterkünfte baufällig, die Hygiene katastrophal, die Verpflegung mangelhaft und die Gesundheitsvorsorge einschließlich fehlender Medikamente ungenügend. Zwangsarbeit und Hungerrationen führten zu Erschöpfung, Epidemien und Todesfällen, die besonders unter alten Menschen und den etwa 10.000 internierten Kindern grassierten. Die bunt zusammengewürfelten Wachmannschaften ließen sich in vielen Lagern zu Schikanen, Prügeln, Misshandlungen, Vergewaltigungen, Folterungen, sogar Hinrichtungen hinreißen. Ota Hora, ein Abgeordneter der National-Sozialisten, gibt in seinen Memoiren den Bericht eines Augenzeugen über die Zustände im Hanke-Lager in Mährisch-Ostrau wieder:

„Abgesehen von Saufereien, Orgien der ‚Wachen‘ mit internierten Frauen und Folterungen bei Verhören fanden auch regelmäßige Hinrichtungen statt. [...] Den Hinrichtungen gingen Verurteilungen voraus. Das Gericht bildeten die Wachleute! Jeder, der hingerichtet werden sollte, wurde zuvor so lange gefoltert, bis er das Geständnis unterschrieb, das ihm vorgelegt wurde. [...] Gegen besonders Hartnäckige wurde als wirksames Zwangsmittel das Brechen der Schlüsselbeine verwendet.“<sup>2625</sup>

<sup>2623</sup> Protokoll der 4. Sitzung des Landesnationalausschusses in Brünn am 16. Mai 1945, in: Odsun 2, 540f.

<sup>2624</sup> Kurt W. BÖHME, „Gesucht wird...“ (München 1965) 264.

<sup>2625</sup> HRABOVEC, Vertreibung, 126; BRANDES, 1945, 236f. Aus ca. 200 Lagern liegen 437 Berichte vor. Besonders erwähnt werden die Lager: Gurein Bez. Brünn, Neu-Rohlau Bez. Karlsbad, Hanke-Lager Bez. Mährisch-Ostrau, Hodolein Bez. Olmütz, Bory Bez. Pilsen, Rabstein Bez. Tetschen, Josefstadt Bez. Königinhof/Elbe, Theresienstadt Bez. Raudnitz, Maltheuren Bez. Brüx, Robotárna Bez. Znaim, Mährisch-Weißkirchen, Burgberg Bez. Jägerndorf, Postelberg Bez. Saaz, Lergenfeld Bez. Aussig, das Stadion Strahov und das Lager Hagibor in Prag sowie das Prager Polizeigefängnis und das Gefängnis Pankrác. – Vertreibung und Vertreibungsverbrechen, 45, FN 54.

Der Prager Sozialarbeiter Přemysl Pitter – der unter NS-Besatzung jüdischen Kinder Schutz zu bieten versuchte und später in der Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem als Gerechter unter den Völkern geehrt wurde – besuchte Ende Juli 1945 mit einigen Helfern die K. V. Rais-Schule im Prager Bezirk Vinohrady, in der ein provisorisches Internierungslager für Deutsche eingerichtet worden war:

„Vor uns öffnete sich die Hölle, von welcher die Vorübergehenden keine Ahnung hatten. Mehr als tausend Deutsche, meistens Frauen und Kinder, waren in Schulklassen und Kellern zusammengedrängt. Als wir die abgemagerten und apathischen Kinder mitbrachten und auf dem Gras ausbreiteten, dachte ich, dass nur wenige überleben würden. Unser Arzt, Dr. E. Vogl, selbst ein Jude, der die Hölle von Auschwitz und Mauthausen durchgemacht hatte, weinte fast, als er diese kleinen lebenden Leichname sah. ‚Also dies haben wir Tschechen binnen zweieinhalb Monaten zustande gebracht!‘ rief er aus.“<sup>2626</sup>

Auch in anderen Internierungslagern waren die Babies und Kleinkinder durch Hunger und Krankheiten besonders gefährdet. Daher gab es unter ihnen auch verhältnismäßig viele Todesfälle. Dennoch ignorierten die tschechoslowakischen Behörden Appelle für die Freilassung dieser gefangenen Kinder, so vom britischen Gesandten Philip Nichols. Nach einer Statistik des IKRK vom 1. April 1946 waren zu diesem Zeitpunkt allein in der Slowakei etwa 2000 Kinder unter sechs Jahren, fast 3300 zwischen sechs und 16 Jahren und über 1200 Jugendliche zwischen 16 und 20 Jahren in Lagern interniert.<sup>2627</sup>

Der ehemalige Generaldirektor der Eisenwerke Ostrau-Witkowitz, der am 30. April 1945 nach Prag geflüchtet war und dort die Aufstandstage erlebt hatte, wurde am 13. Mai abends am Prager Hauptbahnhof in einen Viehwaggon verladen und abtransportiert:

„[...] Am 14. 5., 6 Uhr morgens, erreichte dieser Transport mit ca. 2000 Personen, darunter 50 Personen über 50 Jahren und ca. 300 Kindern unter 2 Jahren, eine kleine Bahnstation, ca. 60 km von Prag, von wo der Fußmarsch in mein erstes größeres Internierungslager Fejnice und Čech. Brodu (ca. 12 km Entfernung) angetreten wurde. In glühender Hitze erreichten wir dieses Lager, welches im wesentlichen ein kleiner Gutshof mit einem dreistöckigen Getreidespeicher war. [...]

Es mangelte im allgemeinen an allem, so auch an Trinkwasser. Die Folge dieser skandalösen Zustände war, dass infolge Hunger während 55 Tagen, welche ich dort interniert war, 79 Personen gestorben sind (darunter 2 Selbstmorde). Zwei Tage nach unserer Einlieferung wurde vom Lagerkommandanten [Lt. Kadrzabek] uns bis auf 1000,- Kronen per Familie alles Geld und der gesamte Schmuck, am dritten Tag alles übrige abgenommen, so dass wir bereits dort alle zu Bettler wurden. [...]

Wir erhielten alle 2 bis 3 Tage wöchentlich in den Abendstunden Besuch durch je 25 bis 30 russische Soldaten, welche angetrunken und mit offenen Brandfackeln den Speicher stürmten, Frauen und Mädchen an Ort und Stelle vergewaltigten oder auf einige Stunden in die Felder

<sup>2626</sup> Tomáš PASÁK, Přemysl Pitters Protest: Eine unbekannt Stimme gegen die Greuel in den Internierungslagern 1945, in: Bohemia 35 (1994) 94f.; DOUGLAS, „Ordnungsgemäße Überführung“, 291.

<sup>2627</sup> DOUGLAS, „Ordnungsgemäße Überführung“, 291-293.

verschleppten. Hierbei haben die Nationalgardisten nicht nur untätig zugesehen, sondern des öfteren auch die Frauen aufgefordert, sich freiwillig hinzugeben. [...]

Am 9. Juli wurde ich nach einer miserablen Nacht in den vom Schmutz strotzenden Polizeibunker [von Mährisch-Ostrau] ohne Verhör dem berüchtigten Ostrauer Hanke-Lager übergeben. [...] Über das Hanke-Lager als das schlechteste Internierungslager Ostraus lässt sich viel und Ungeheueres berichten. Es ist bezeichnend, dass hier seit anfangs Mai 1945 bis zu meiner Einlieferung am 9. Juli rund 350 Kameraden totgemacht wurden, von welchen der genannte Gloss<sup>2628</sup> eingestandenermaßen 235 Männer nicht nur zu Tode gefoltert, sondern auch selbst aufgehängt hat. [...]

Zur Auflösung des Lagers Mitte September 1945 kam es wegen der dortigen skandalösen und sanitätswidrigen Zustände. Anfang September begann man mit dem alphabetischen Abtransport von ca. 250 Mann ins Kreisgericht, während der Rest von ca. 100 Männern und 30 Frauen an das Internierungslager Ziegeleistraße überwiesen wurde. [...]

Mitte Oktober 1945 sollte ich wegen meiner Überalterung (62 Jahre) und des hohen Blutdruckes (220-230 mm) auf 2 bis 3 Monate häuslicher Pflege überstellt werden. Am Tage der Entlassung kamen zwei Nationalgardisten aus dem Eisenwerk Witkowitz, welche mich trotz Protestes des Národní výbor Mähr.-Ostrau dem Witkowitz Internierungslager Rudište überstellten, wo ich nun durch zweieinhalb Monate schwerste Arbeiten, d. i. mit Krampen und Schaufel Erze und Roheisen auf- resp. abladen, verrichten musste. Hierbei bin ich vor Überlastung dreimal zusammengebrochen, da die scharf kontrollierenden Nationalgardisten uns keine Ruhepause gestatteten. [...]

Vom 1. Februar bis 7. Juni war ich im Polizeilager Kunice (Witkowitz) interniert. [...] Entgegen der Mitteilung des Chefs vom Sicherheitsdienst des Eisenwerkes Witkowitz, Herrn Smejkal, welcher auf diverse Anfragen immer wieder betonte, dass ich, obwohl gegen mich nichts Belastendes vorliegt, bis zum Schluss als Geisel interniert bleibe, gelang es meiner Tochter, welche eines Tages zur Aussiedelung bestimmt wurde, mich als Vater aus dem Lager herauszubekommen. [...] Am 15. Juni 1946 nachmittags verließ der Aussiedlungszug Mähr. Ostrau, wo meine Vorfahren durch fast 170 Jahre ansässig waren, um der neuen Heimat entgegenzurollen.“<sup>2629</sup>

Auch die Leidensgeschichte des Bauern Otto Knauer aus Pickau im Kreis Jägerndorf veranschaulicht den Hass der tschechischen Partisanen auf die verbliebene deutsche Bevölkerung. Knauer war als Bürgermeister und größerer Bauer mit 43½ Hektar Besitz ein besonderes Zielobjekt, obwohl sich der Hof seit 1721 in den Händen seiner Familie befand. Am 15. Juni 1945 musste er mit seiner Familie innerhalb von zehn Minuten sein Haus verlassen und sich mit der gesamten Gemeinde bei der Kirche versammeln. Dann wurde das Gasthaus Erbrichterei zum Lager für sämtliche Dorfsassen erklärt. Knauer wurde in den folgenden Tagen – nach erzwungenen negativen Aussagen von Dienstmägden gegen ihn – von mehreren Partisanen wiederholt gefoltert, mit der Hakenkreuzfahne durch das Dorf getrieben und am 20. Juni ins Kreisgericht Jägerndorf eingeliefert. Dort gingen die Folterungen und Erniedrigungen weiter, bis er am 4. Juli zur Zwangsarbeit nach Mährisch-Ostrau eingeteilt wurde. Im dortigen Lager seien auch viele gestorben. Am 3. Dezember 1945 kam Knauer zur Zwangsarbeit nach Kungendorf

<sup>2628</sup> Der Lagerleiter Heinrich Gloss war ein ehemaliger SA-Mann.

<sup>2629</sup> Bericht Generaldirektor Wlk., 12. Juli 1946, in: Vertreibung und Vertreibungsverbrechen, 289-292.

(Kunčice) bei Mährisch-Schönberg, wo die Losung galt: „Gebt ihnen weniger zu essen und mehr Arbeit, dann werden sie viel rascher krepieren.“ Am 30. Juli 1946 wurde Knauer schließlich aus dem Lager entlassen und wurde nach Bayern ausgesiedelt, wohin bereits ein Jahr zuvor seine Frau und seine Tochter vertrieben worden waren.<sup>2630</sup>

Im früheren deutschen Konzentrationslager Theresienstadt sorgten sich die internierten Deutschen vor dem Abzug der Roten Armee und flehten den sowjetischen Kommandanten an: „,Wenn die Rote Armee abzieht, ist es aus mit uns!‘ Wir [die Russen, Anm. Suppan] sehen jetzt die Manifestationen des Hasses auf die Deutschen. Sie [die Tschechen, Anm. Naimark] bringen sie nicht um, sondern quälen sie wie Tiere. Die Tschechen betrachten sie als Vieh.“<sup>2631</sup> – Über dem Tor eines Lagers in der Linzer Vorstadt von Budweis hing ein Schild mit der Aufschrift „Auge um Auge – Zahn um Zahn“ (*Oko za Oko, Zub na Zub*), und der tschechische Lagerkommandant, der ehemalige Polizist Wenzel Hrneček, der im Krieg wegen illegalen Besitzes eines Radioapparats in mehreren KZ – darunter Dachau – interniert gewesen war, machte das Lager „zu einem Dachau in kleinerem Maßstab“. Die Gefangenen wurden in der Nacht aus ihren Schlafstellen gejagt, angeschrien, verhöhnt, geschlagen, um am nächsten Tag wieder 12 Stunden zu arbeiten. Frauen und Mädchen wurden einzeln und in Gruppen vergewaltigt – von Tschechen und Russen. Viele Frauen und Mädchen starben an den Misshandlungen, viele nahmen sich das Leben.<sup>2632</sup>

Vor allem das Rote Kreuz registrierte, dass in den Lagern sexueller Missbrauch weiblicher Gefangener sehr häufig und systematisch stattfand. Nur wenige tschechische Berichte bestätigten dies. Der Generalsekretär des IKRK, Jean Duchosal, erfuhr bei seinem Besuch im slowakischen Lager Matejovce im November 1945, dass Mädchen häufig vergewaltigt wurden und Schläge alltäglich waren. Das galt auch für das Internierungslager Patroňka bei Pressburg. Der Leiter der IKRK-Delegation in Pressburg, Pierre M. Mock, kalkulierte, dass die Internierten im Lager Petržalka I in der dritten Oktoberwoche 1945 664 Kalorien bekamen, Ende Dezember nur mehr 512. Die tägliche Ration bestand morgens aus einem Ersatzkaffee, mittags einer wässrigen Gemüsesuppe, dazu 100 g Brot, abends wieder aus Ersatzkaffee. In Nováky, einem früheren deutschen KZ mit über 5000 Inhaftierten, gab es für 250 Säuglinge, 33 Kranke und 12 schwangere oder stillende Frauen täglich nur 18 Liter Milch.<sup>2633</sup>

Erst im Herbst 1945 konsolidierten sich die Verhältnisse in den meisten Lagern infolge vermehrter Kontrollen, der Ablösung kompromittierter Leiter sowie regel-

<sup>2630</sup> Maschinenschriftliche Erklärung des Bauern Otto Knauer aus Pickau, Kreis Jägerndorf, Frankfurt am Main, 21. Februar 1947, in: Vertreibung und Vertreibungsverbrechen, 279-282.

<sup>2631</sup> NAIMARK, *Flammender Hass*, 150f.

<sup>2632</sup> Vgl. Erlebnisbericht der Lehrerin A. L. aus Buchau, Kreis Luditz, 27. Mai 1947, in: Dokumentation der Vertreibung IV/2, 328-331; DOUGLAS, „Ordnungsgemäße Überführung“, 168-170.

<sup>2633</sup> DOUGLAS, „Ordnungsgemäße Überführung“, 180f., 184f.

mäßiger Besuche des Internationalen Roten Kreuzes. Nach Angaben des Innenministers Nosek warteten immerhin 80.000 deutsche „Internierte“ auf einen Prozess und wurden von den Zwangsarbeitern getrennt. Angesichts des Wintereinbruchs blieb die Versorgung mit Lebensmitteln, Kleidung, Schuhen und Decken völlig unzureichend. So starben im Lager Kleine Festung Theresienstadt (Terezín), also im alten Gefängnis, etwa 15 Prozent der Internierten. Staněk schätzt die Gesamtzahl der Toten in den Lagern dennoch auf nicht mehr als 4000 bis 5000 Personen. Der Bericht des Bundesarchivs vom 28. Mai 1974 sprach unter Auswertung von etwa 2000 Berichten vorerst „von ca. 6000 Personen als Opfer von Gewalttaten“, rechnete aber bei einer Gesamtzahl von 350.000 in Gefängnisse und Lager verbrachten Deutschen mit ca. 100.000 Opfern. Eine Verlustzahl von etwa 30 % aller Internierten hätte allerdings ein Massensterben auf Grund von Seuchen zur Voraussetzung gehabt, worüber es keine Berichte gibt. Die Feststellung der deutschen „Vertreibungsoffer“ ist daher noch immer auf Schätzungen angewiesen, die sich zwischen 18.889 namentlich bekannten deutschen Opfern und „einer maximalen Anzahl von 30.000 Opfern“ bewegen, vielleicht aber doch höher anzusetzen sind. Eine Dunkelziffer bleiben jedenfalls die in Prag ermordeten Deutschen, die sich im Mai 1945 als Flüchtlinge oder Evakuierte in der Stadt befanden.<sup>2634</sup>

Zur „Entgermanisierung“ gehörte auch eine Bekanntmachung des Finanzministeriums vom 22. Juni 1945 über die „Sicherstellung des deutschen Vermögens“. Sämtlicher Geld- und Wertpapierbestand wurde der Verfügungsgewalt der deutschen Eigentümer und Besitzer entzogen. Alle Zahlungen zugunsten von Deutschen, auch deutschen Unternehmen und Institutionen, sogar Löhne und Dienstbezüge, soweit sie den Betrag von 200 Kč überschritten, mussten auf ein Sperrkonto erfolgen. Gleichzeitig wurde die Hinterlegung aller in- und ausländischen Wertpapiere, von Edelmetallen, Edelsteinen, Wert- und Kunstgegenständen sowie Briefmarkensammlungen, die sich in deutschem Besitz befanden, in einem Sperrdepot angeordnet. Im Übrigen wurde am 1. August 1945 in den sudeten-deutschen Gebieten die Reichsmark als gesetzliches Zahlungsmittel außer Kraft gesetzt und im Verhältnis von 1 RM = 10 Kč umgetauscht, allerdings nur bis zu einem Höchstbetrag von 300 Kč. Das übrige Bargeld musste ebenfalls auf Sperrkonten eingezahlt werden und war von dort nur mit einer Sondergenehmigung des zuständigen Nationalausschusses zu beheben, die jedoch kaum erteilt wurde.<sup>2635</sup>

Auch viele der überlebenden Juden wurden als „Deutsche“ behandelt. Für die tschechischen Behörden waren sie in erster Linie „Germanisatoren“, da ihre Muttersprache Deutsch war. So wurden sie gezwungen, den gerade erst abgelegten Judenstern gegen die weiße Binde mit dem Aufdruck „N“ für *Němec* (Deutscher)

<sup>2634</sup> STANĚK, Verfolgung 1945, 121-175, 205-211; Vertreibung und Vertreibungsverbrechen, 46f.; HRABOVEC, Vertreibung, 330-334; Jaroslav KUČERA, Statistische Berechnungen der Vertreibungsverluste – Schlußwort oder Sackgasse?, in: Jörg K. Hoensch und Hans Lemberg (Hgg.), Begegnung und Konflikt (Essen 2001) 231-244.

<sup>2635</sup> Dokumentation der Vertreibung IV/1, 85.

zu tragen. Andere wurden nach überlebter KZ-Haft zum zweiten Mal nach Theresienstadt deportiert, diesmal als „Deutsche“. Die Zeitung *Mlada fronta* titelte gleich nach Kriegsende: „Deutsche Juden aus Stresovice [einem Prager Stadtteil] suchen um Wiedererlangung der Staatsbürgerschaft an, nur um ihre luxuriösen Villen zurückzubekommen.“ Der kommunistische Informationsminister Václav Kopecký formulierte noch antisemitischer: „... diese bärtigen Salomons, dieses jüdische Gesindel, das sich erst vor kürzester Zeit dem heimischen und ausländischen Widerstand angeschlossen hat: Es hat keine Vorrechte gegenüber echten Tschechen.“ Und der kommunistische Innenminister Václav Nosek kündigte gleich eine scharfe „Abrechnung“ mit den „deutschen“ Juden an:

„Wir müssen daher die einzigartige Möglichkeit nutzen, unsere Rechnungen zu begleichen – nicht nur mit den Feinden, die unserer Nation in Kollaboration mit Hitler geschadet haben, sondern auch mit jenen, die unsere Existenz durch Germanisierungsversuche gestört haben, gleichgültig, ob sie mit den Nazis kollaborierten oder nicht. Einige von ihnen waren wegen ihrer jüdischen Herkunft eingekerkert und litten auch etwas unter dem Nazi-Terror [sic!]. Aber jetzt ist es Pflicht herauszufinden, wie diese Personen sich in der Vorkriegszeit verhalten haben, ob sie die Germanisierung förderten, ob sie deutsche Schulen unterstützten. Das Eigentum dieser Personen gehört dem Staat und muss konfisziert werden.“<sup>2636</sup>

### Deutsche Kriegsgefangene in der Tschechoslowakei

Wehrmacht und Waffen-SS hatten bis Ende 1942 Millionen an gegnerischen Soldaten gefangen genommen, vor allem Polen, Franzosen, Jugoslawen und Rotarmisten (in erster Linie Russen, Ukrainer und Weißrussen). Seit November 1942 gerieten zuerst Hunderttausende, ab Mitte 1944 Millionen an deutschen Soldaten in alliierte Kriegsgefangenschaft. Die Kriegsgefangenenzahlen steigerten sich in den letzten Monaten des Krieges dramatisch, sodass bis Kriegsende rund acht Millionen deutsche Soldaten in Kriegsgefangenschaft gerieten. Allein zwischen den Zusammenbrüchen der Heeresgruppen Mitte und Südukraine im Sommer 1944 und der Kapitulation der Wehrmacht Anfang Mai dürfte die Rote Armee 2,2 Millionen deutsche Soldaten gefangen genommen haben, davon 800.000 im Raum Tschechoslowakei/Sachsen. Die große Mehrzahl dieser Gefangenen stammte von der Heeresgruppe Mitte unter GFM Ferdinand Schörner und wurde im Verlauf des Jahres 1945 aus Mitteleuropa in die UdSSR abtransportiert. Lediglich an dem für die Sowjetunion wegen des Uranbergbaus extrem wichtigen Standort von Joachimsthal (Jachymov) wurde ein eigenes Kriegsgefangenenlager eingerichtet.<sup>2637</sup>

Die ersten Kriegsgefangenenlager für Deutsche in der Tschechoslowakei wurden aber von US-Truppen eingerichtet, die bald nach Kriegsende – vereinbarungsgemäß – den Großteil der deutschen Kriegsgefangenen der Roten Armee

<sup>2636</sup> Stephan TEMPL, Prags leichtfertiger Umgang mit den Beneš-Dekreten, in: NZZ, 9. Juni 2006, 6.

<sup>2637</sup> Vgl. Rüdiger OVERMANS, Das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges, in: DRZW 10/2, 379-507.

übergaben. In den Sammellagern kamen Soldaten, internierte Sudetendeutsche und inhaftierte tschechische Kollaborateure zusammen. Da die tschechoslowakischen Einheiten selbst nur wenige Gefangene gemacht hatten, verblieben nach einigen Monaten nur mehr 25.000 deutsche Kriegsgefangene in der Tschechoslowakei. Das Lager in Prag-Motol bekam die Aufgabe als Schaltstelle, einschließlich Zentrallazarett und Entlassungsstelle. Die meisten Kriegsgefangenen waren in kleineren Arbeitskommandos eingesetzt und mussten im Braun- oder Steinkohlebergbau oder in der Landwirtschaft arbeiten. Alle Kriegsgefangenen, auch die Offiziere und Unteroffiziere, wurden der Arbeitspflicht unterworfen, Angehörige der Waffen-SS wurden bei besonders schweren Arbeiten eingesetzt, etwa zum Räumen von Minen und Entschärfen von Granaten – zweifellos ein massiver Verstoß gegen das Kriegsvölkerrecht. Blieb 1945 die Ernährungssituation angespannt, so galt dies 1946 auch für die Bekleidung, da die Wehrmachtsvorräte erschöpft waren. Immerhin agierte in Prag eine Delegation des IKRK, die insgesamt 153 Inspektionen vornahm. So blieb auch die Todesquote relativ niedrig. Fluchtmöglichkeiten bestanden für jene Kriegsgefangenen, die nahe zur deutschen oder österreichischen Grenze bei Bauern untergebracht waren.<sup>2638</sup>

Sudetendeutsche blieben so lange in Kriegsgefangenschaft, bis ihre Familie aus der Tschechoslowakei zwangsausgewiesen wurde. Der erste reguläre Transport mit ehemaligen Kriegsgefangenen – überwiegend Invalide und geschütztes Personal – erfolgte am 6. August 1946. Am 14. Dezember 1947 verließ der letzte deutsche Kriegsgefangene die Tschechoslowakei.<sup>2639</sup>

### **Prozesse und Strafen nach dem Krieg**

Das Dekret des Präsidenten der Republik Nr. 16 vom 19. Juni 1945 „über die Bestrafung der nazistischen Verbrecher, der Verräter und ihrer Helfershelfer sowie über die außerordentlichen Volksgerichte“ legte die juristischen Grundlagen für die strafrechtliche Verfolgung fest. Noch vor Verkündung dieses Dekrets waren dem Beweismaterial zufolge mehr als 1000 Menschen nach improvisierten Schauprozessen durch Erschießen oder Erhängen getötet worden. Das sogenannte „Große Retributionsdekret“ vom 19. Juni 1945 sah nun die Bestrafung sowohl von nationalsozialistischen Verbrechern als auch von tschechischen Verrätern und ihren Helfershelfern vor. Als Verbrechen wurden auch schon die Mitgliedschaft in der SS oder die Tätigkeit als Funktionär in der NSDAP oder in der Sudetendeutschen Partei gewertet. Tatsächlich wurden über 130.000 Strafanzeigen gestellt und 38.316 Fälle vor den Volksgerichten verhandelt; 475 Deutsche und 234 Tschechen

<sup>2638</sup> OVERMANS, Deutsche Kriegsgefangene, 470-474; Otto Böss, Die deutschen Kriegsgefangenen in Polen und der Tschechoslowakei (München 1974) 239-252.

<sup>2639</sup> OVERMANS, Deutsche Kriegsgefangene, 474; Böss, Die deutschen Kriegsgefangenen, 184-207, 257-262.

wurden zum Tode verurteilt, weitere 443 Deutsche und 293 Tschechen zu lebenslänglichem Kerker, sodass nicht von nationaler Diskriminierung gesprochen werden kann. In 14.879 Fällen wurde jedoch von einer strafrechtlichen Verfolgung abgesehen, um die Zwangsausweisung der Betroffenen nach Deutschland nicht zu verzögern. Hier zeigte sich ein klarer Zusammenhang zwischen Retributionsmaßnahmen und der Politik der „ethnischen Säuberung“.<sup>2640</sup>

Der erste Prozess fand schon im Sommer 1945 statt, in dem der Geschichtsprofessor Josef Pfitzner in seiner Funktion als Primator-Stellvertreter von Prag angeklagt war, zum Tode verurteilt und am 2. September 1945 öffentlich hingerichtet wurde. Der Stellvertretende Reichsprotektor in Böhmen und Mähren zwischen Sommer 1942 und Sommer 1943, der Polizeigeneral Daluege, wurde am 20. Oktober 1946 in Prag gehängt. Staatsminister Karl Hermann Frank wurde ebenfalls in einem Sonderprozess zum Tode verurteilt und am 23. Mai 1947 hingerichtet. Im sogenannten „Abgeordnetenprozess“ vom 10. Dezember 1946 bis 15. Februar 1947 gegen 16 Abgeordnete und Senatoren der Sudetendeutschen Partei im Kreisgericht Prag-Süd wurden sechs Angeklagte zum Tode verurteilt und hingerichtet, einer starb vor Verkündung des Urteils. Gauleiter Konrad Henlein war – wie bereits erwähnt – bei Kriegsende in amerikanische Gefangenschaft geflohen und hatte Selbstmord begangen.<sup>2641</sup>

Auch fünf Minister der tschechischen Protektoratsregierung wurden vor Gericht gestellt: der ehemalige Ministerpräsident Jaroslav Krejčí, der ehemalige Innenminister Richard Bienert, der ehemalige Finanzminister Josef Kalfus, der ehemalige Eisenbahnminister Jindřich Kamenický und der Vorsitzende der Einheitspartei Adolf Hrubý. Schon vor Beginn des Prozesses am 29. April 1946 wurde Justizminister Prokop Drtina sowohl von der KSČ als auch vom sowjetischen Botschafter unter Druck gesetzt, der unmissverständlich verlangte, dass zumindest drei Todesurteile verhängt werden müssten. Die tschechoslowakische Regierung – seit den Wahlen im Mai 1946 unter Führung von Klement Gottwald – verlangte die Todesstrafe für Krejčí und Hrubý sowie 20 Jahre Kerker für Bienert. Aber: „The discussion of the members of the cabinet signaled that their original ideas about the guilt and punishment of the Protectorate ministers diverged from the ideas and evaluations of the majority of citizens who had lived in the occupied lands“ (Karel Kaplan). Die am 31. Juli 1946 veröffentlichten Urteile fielen deutlich milder aus: kein Todesurteil; lebenslänglicher Kerker für Hrubý, 25 Jahre für

<sup>2640</sup> Benjamin FROMMER, *National Cleansing. Retribution against Nazi Collaborators in Postwar Czechoslovakia* (Cambridge 2005) 90; Helmut SLAPNICKA, *Die rechtlichen Grundlagen für die Behandlungen der Deutschen und Magyaren in der Tschechoslowakei 1945-1948* (Wien 1997) 27f. Da gegen die Urteile der Volksgerichte kein ordentliches Rechtsmittel zugelassen war und auch Gnadengesuche keine aufschiebende Wirkung hatten, musste die Todesstrafe innerhalb von zwei Stunden nach der Urteilsverkündung vollstreckt werden. Diese Regelungen führten zur europaweit höchsten Vollstreckungsrate von nahezu 95 %. Vgl. KITTEL – MÖLLER, *Beneš-Dekrete*, 569.

<sup>2641</sup> Dokumentation der Vertreibung IV/1, 78f.

Krejčí, 10 Jahre für Kamenický und 3 Jahre für Bienert. Drtina erhielt Protesttelegramme, die kommunistische Presse tobte, Gottwald und die kommunistischen Minister verlangten eine Wiederaufnahme des Verfahrens; aber Drtina verwies auf die klare Rechtslage.<sup>2642</sup>

Wie schnell auch „kleine Leute“ vor ein Volksgericht gestellt werden konnten, schilderte nach ihrer Entlassung und Abschiebung nach Bayern im Juli 1955 Marie Rösler aus Eger:

„[...] Am 3. Januar 1946, nachmittags 15.00 Uhr, holte mich der Leiter der Gendarmeriestation Wildstein aus der Fabrik zu einer ‚Einvernahme‘. Auf der Station legte man mir eine Anzeige vor, die vom August 1945 datiert und von zwei deutschen Kommunisten unterschrieben war. Darin hieß es, dass man mich in den kritischen Tagen des Jahres 1938 in der Nähe der sächsischen Grenze im Walde mit deutschen Offizieren im Gespräch gesehen habe. Daraus konstruierte man einen Spionageverdacht, und ich wurde verhaftet.

Die erste Nacht war ich mit weiteren drei Frauen und zwei Männern in einer Zelle des Bezirksgerichtes meiner Heimatstadt Wildstein, und am folgenden Morgen brachte man uns am offenen Lastwagen bei über 20° Kälte nach Eger. Die Männer wurden im ‚Eska‘-Lager abgeliefert; mit uns Frauen fuhr man zum Kreisgericht, aber man konnte uns wegen Überfüllung aller Räume (mehr als 1100 Menschen waren dort) nicht aufnehmen und brachte uns daher ins Polizeigefängnis in der Münzgasse, wo wir über sechs Wochen bleiben mussten, bevor man uns ins Kreisgericht überstellte. [...] ich selbst aber wurde erstmalig beim Karlsbader Bezirksgericht einvernommen, wohin man mich Mitte April 1946 mit 30 Menschen zwecks Arbeitsleistung in der ‚Kurstadt‘ abgeschoben hatte. [...] Nach längerem Kreuzverhör erwähnte ich dann, dass ich allerdings am 23. September 1938 nachmittags 15.00 Uhr mit einem Freund (der aber schon tot war) spazierenging, und zwar bis zum Waldrand, das sind ca. 10 Minuten vom Ort und noch 20 Minuten von der sächsischen Grenze. Es wurde genau protokolliert, welchen Weg wir gingen, wen wir trafen, mit wem wir sprachen, wann wir zurückgingen usw. (an diesem Tag war die Zahl der nach Deutschland fliehenden Menschen schon sehr groß). Ich konnte das genaue Datum deswegen noch nennen, weil ich am nächsten Tag selbst auch nach Sachsen geflohen bin. [...]

Am 4. 12. 1946 stand ich vor dem Außerordentlichen Volksgericht in Eger. Es war dies eine sogenannte Kettenverhandlung – jedoch mit nicht zusammenhängenden Fällen –, die um 9.00 Uhr vormittags begann und bei der nacheinander sechs Personen verhandelt und verurteilt wurden. Um 14.00 Uhr nachmittags war die Verhandlung beendet. Am längsten dauerte meine Verhandlung (ca. 1 Stunde). Zuerst wurde ich nochmals befragt und musste alle vorherigen Aussagen wiederholen. Dann rief man den einzigen ‚Zeugen‘ Sandner Adolf aus Wildstein (einer jener zwei deutschen Kommunisten, welche das mich belastende Protokoll bei der Gendarmeriestation Wildstein unterschrieben hatten) und ließ ihn seine Aussage machen. Ich war nicht wenig erstaunt, zu hören, wie er plötzlich – ganz im Gegensatz zu seinem Wildsteiner Protokoll – von meinem Spaziergang am 23. 9. 1938 erzählte und dabei im Wesentlichen mit meinen Angaben übereinstimmte. [...] daher musste Sandner noch folgenden, direkt erdachten und unwahren Satz hinzufügen, der ihm sicher seitens der löblichen Gerichtsherren diktiert worden war und an den ich mich noch genau erinnern kann: ‚Dann sah ich zwei junge Männer von der Grenze her kommen, es war HJ. Sie sprachen mit der Angeklagten und ihrem Freunde und erhielten ein größeres Kuvert, das wahrscheinlich Dokumente enthielt.‘ Als der Zeuge seine Aussage beendet hatte, sprang ich auf und rief: ‚Ich frage den Herrn Vorsitzenden: Können Sie diesem

<sup>2642</sup> Bradley ABRAMS, *The Politics of Retribution: The Trial of Josef Tiso in the Czechoslovak Environment*, in: Deák, Gross, and Judt, *Retribution*, 254f.

Menschen noch etwas glauben? [...] Sonderbarerweise erhielt ich gar keinen Verweis. [...] Der Richter [Dr. Pav, der perfekt deutsch sprach] sagte [zu Sandner], er müsse das [seine Aussage] beedigen, und tatsächlich leistete er einen falschen Eid (zu der Zeit noch vor dem Kreuzifix und zwei brennenden Kerzen). [...] Darauf folgte die Urteilsverkündung in tschechischer Sprache (ich verstand damals noch kein Wort tschechisch) und anschließend sagte der Richter deutsch: ‚Sie haben 10 Jahre‘.

[...] Erst als wir in der Bahn nach Prag gebracht wurden (14 Tage nach der Verurteilung – denn alle, die mehr als 5 Jahre Strafe erhielten, mussten weiter ins Innere der Republik), frug ich den Gefängnisaufseher, der die ganzen Akten mitführte, welchen Paragraphen ich habe. Er sagte mir, ich hätte § 1 ‚Hochverrat‘.<sup>2643</sup>

Mit dem tschechoslowakischen Straffreiheitsgesetz vom 8. Mai 1946 („Indemnitätsgesetz“) wurden die in der Zeit zwischen dem 30. September 1938 und dem 28. Oktober 1945 begangenen Handlungen, die der Wiedererlangung der Freiheit der Tschechen und Slowaken gedient oder eine gerechte Vergeltung für die Taten der Okkupanten und ihrer Helfer dargestellt hatten, nachträglich als „nicht rechtswidrig“ erklärt, auch wenn sie sonst nach geltendem Recht strafbar gewesen wären. Unter diese Handlungen fielen Verstöße gegen sehr viele der Tatbestände des damals noch immer in Kraft stehenden (altösterreichischen) Strafgesetzes von 1852, wie: Körperverletzung, Totschlag, Mord; Eigentumsdelikte (Sachbeschädigung, Diebstahl, Raub, Betrug, Unterschlagung); Sittlichkeitsdelikte (Notzuchtsakte); Freiheitsbeschränkungen, Erpressung, Amtsanmaßung, Amtsmissbrauch etc. Die Nullifizierung der Rechtswidrigkeit hatte auch zivilrechtliche Folgen, da auch keine Schadenersatzansprüche gestellt werden konnten. Bei genauerer Analyse des Wortlautes waren freilich keineswegs alle Übergriffe gegenüber Sudeten- und Karpatendeutschen (und Magyaren) straffrei gestellt, denn Misshandlungen von Personen, die etwa keinerlei Beziehung zum Nationalsozialismus aufwiesen – wie Kinder –, konnten weder der Befreiung gedient haben noch als „gerechte Vergeltung“ für Taten der Okkupanten beurteilt werden. In solchen Fällen wären auch tschechoslowakische Staatsanwaltschaften zur Strafverfolgung verpflichtet gewesen.<sup>2644</sup>

Allerdings gab es vergleichbare Straffreistellungsgesetze auch in Frankreich, Italien, den Niederlanden, Deutschland und Österreich.<sup>2645</sup> So hatte die deutsche

<sup>2643</sup> Handschriftlicher Bericht Marie Rösler aus Eger vom 27. Jänner 1956, in: Vertreibung und Vertreibungsverbrechen, 275-277.

<sup>2644</sup> Gesetz vom 8. Mai 1946 über die Rechtmäßigkeit von Handlungen, die mit dem Kampf um die Wiedergewinnung der Freiheit der Tschechen und Slowaken zusammenhängen, Amtl. Sammlung 115/1946, in: Dokumentation IV/1, 291; Gutachten DDr. Maximilian Obauer, Wien, 3. Juni 2009.

<sup>2645</sup> Straffreistellung bedeutete Straffreiheit – d. h. keine Anklage und keine Verurteilung – und nicht Amnestie, wie es in der politischen Polemik nach 1990 oftmals behauptet wurde. – Auch Pešek und Tůma sprechen irrtümlich von einem tschechoslowakischen „Amnestiegesetz“ aus dem Jahre 1946 und verweisen auf das italienische Decreto Presidenziale vom 22. Juni 1946 mit „Amnestie und Strafnachlass für gewöhnliche, politische und militärische Verbrechen“ sowie auf das französische Gesetz vom 6. August 1953: „Aministie aux résistants“. Vgl. PEŠEK – TŮMA, Rechtsnormen, 133.

Reichsregierung in ihrem „Gesetz über die Gewährung von Straffreiheit“ vom 30. April 1938 die Mitgliedschaft in der NSDAP nachträglich für rechters erklärt und Straffreiheit für Straftaten gewährt, zu denen sich der Täter durch Übereifer im Kampfe für den nationalsozialistischen Gedanken in Österreich hatte hinreißen lassen. Mit dem „Gesetz vom 3. Juli 1945 über die Aufhebung von Strafurteilen und die Einstellung von Strafverfahren“ erklärte hingegen die Provisorische Staatsregierung Österreichs Urteile wegen Hoch- und Landesverrat, nach der Kriegsdienststrafverordnung, den „Nürnberger Gesetzen“, dem „Heimtücke-gesetz“ oder der Rundfunkverordnung als nicht erfolgt. Entschädigungs- und Rückersatzansprüche konnte auf Grund dieses Gesetzes jedoch nicht erhoben werden, da die Republik Österreich jede Rechtsnachfolge zum Deutschen Reich ablehnte. Zwei Tage nach dem ersten Zusammentritt des neu gewählten Nationalrates beschloss er am 21. Dezember 1945 das „Bundesgesetz betreffend die Einstellung von Strafverfahren und die Nachsicht von Strafen für Kämpfer gegen den Nationalsozialismus und Faschismus“: Gegen Personen, die entweder „a) im Kampfe gegen den Nationalsozialismus und Faschismus, b) oder zur Unterstützung des Österreichischen Freiheitskampfes oder in der Absicht, ein selbständiges, unabhängiges und demokratisches Österreich wiederherzustellen, strafbare Handlungen begangen haben“, sei kein Strafverfahren einzuleiten, ein etwa eingeleitetes einzustellen. Eine solche „Abolition“ – und nicht „Amnestie“, wie der Gesetzgeber irrtümlicherweise anführt – war auf strafbare Handlungen vom 5. März 1933 bis zum Tage der Wirksamkeit des Gesetzes (20. Jänner 1946) anzuwenden. Schließlich beschloss der österreichische Nationalrat am 6. März 1946 das „Befreiungsamnestiegesetz“. Dieses verfügte, dass wegen strafbarer Handlungen zwischen dem Tag der Befreiung Wiens (13. April 1945) und dem 25. November 1945 kein Strafverfahren einzuleiten sei, wenn sie zum Zweck gesetzt wurden, die demokratische Republik Österreich zu errichten oder NS-Vermögen zu sichern oder NS-Opfern Genugtuung zu verschaffen, und wenn die Tat mit höchstens 10 Jahren Freiheitsstrafe bedroht war. Wesentlich war auch der § 7: Urteile der deutschen Militärgerichte oder der SS-Gerichte galten, gleichviel ob sie innerhalb oder außerhalb der Republik Österreich gefällt wurden, für das Gebiet Österreichs als nicht erfolgt. Daher konnte die Bundesministerin für Justiz Karin Gastinger am 14. April 2005 vor dem Bundesrat feststellen: „Ausdrücklich zurückweisen möchte ich daher die immer wieder in den Medien verbreitete Darstellung, dass in Österreich Wehrmachtsdeserteure immer noch als rechtswirksam verurteilt gelten. Das ist schlicht und einfach falsch.“ – Und zwar schon seit 1946!<sup>2646</sup>

Die führenden Repräsentanten des Slowakischen Staates, die bei Kriegsende nach Oberösterreich geflüchtet waren, wurden im Oktober 1945 von den

<sup>2646</sup> SLAPNICKA, Rechtliche Grundlagen, 174-176; RGBl. Teil I, Nr. 69, 1. Mai 1938; BGBl. für die Republik Österreich, Jg. 1946, 4. Stück, 19. Jänner 1946, 14. Gesetz. Dieses österreichische Gesetz befand sich im Übrigen im Jahre 2009 noch in Kraft. Diesen Hinweis verdanke ich Herrn DDr. Maximilian Obauer.

US-Behörden den tschechoslowakischen Autoritäten ausgeliefert. Für die Prager Regierung waren Msgr. Tiso und seine Anhänger „Klerikalfaschisten“, die mit den deutschen „Faschisten“ kollaboriert hatten. Aber für Tiso begannen gleich einflussreiche Persönlichkeiten und Organisationen zu intervenieren: der britische Botschafter in Prag, Philip Nichols; der Vorsitzende der Demokratischen Partei und des Slowakischen Nationalrates, Jozef Lettrich; eine Gruppe slowakischer Bischöfe; schließlich auch der Heilige Stuhl. Die Mitglieder der slowakischen Demokratischen Partei hatten sich während des Prozesses gegen die tschechischen Protektoratsminister ruhig verhalten und erwarteten sich positive Auswirkungen auf den Prozess gegen die ehemaligen slowakischen Spitzenpolitiker. Auch spontaner Protest gegen eine Verfolgung Tisos wurde laut, etwa am Rande eines Fußballspiels zwischen Böhmen-Mähren gegen die Slowakei in Bratislava. Aber unter dem Vorsitz des slowakischen Kommunisten Igor Daxner, selbst ein Lutheraner, begann am 2. Dezember 1946 der Prozess vor dem Volksgerichtshof. Tiso war angeklagt, 1) die Tschechoslowakische Republik 1938/39 gespalten zu haben; 2) in der Slowakei ein faschistisches Regime etabliert und die Kriege NS-Deutschlands unterstützt zu haben; 3) den Slowakischen Nationalaufstand niedergeworfen zu haben; und 4) Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen zu haben. Der Prozess dauerte 71 Tage, Dutzende Zeugen wurden befragt, unter ihnen Erzbischof Kmeťko, die Akten umfassen mehr als 8000 Seiten. Tiso selbst betonte, dass er im Interesse der Slowakei gehandelt habe, dass die Beziehungen zu den Deutschen kompliziert gewesen seien, dass er aber größeres Unheil von der slowakischen Nation abgehalten habe. Die Frage der Deportation der slowakischen Juden in NS-Vernichtungslager stand nicht im Mittelpunkt. Am 19. März 1947 – ausgerechnet am Josefstag (!) – wurde der Prozess abgeschlossen, nachdem der Chefankläger die Todesstrafe für den Ex-Präsidenten beantragt hatte. Nun hatte die Post eine Flut von Petitionen, Briefen und Telegrammen zu bewältigen, die eine Begnadigung Tisos verlangten, während die kommunistisch kontrollierten Massenorganisationen (Widerstandsgruppen, Gewerkschaften etc.) gegen den „großen Verräter“ Tiso demonstrierten. Der Volksgerichtshof in Bratislava aber verurteilte Tiso am 15. April 1947 zum Tode. – Zum Vergleich: Sechs Tage später wurde in Prag der frühere Ministerpräsident der Zweiten Tschechoslowakischen Republik und erste Regierungschef im Protektorat, der Agrarier Rudolf Beran, zu 20 Jahren Kerker verurteilt. – Tiso stellte sofort ein Gnadengesuch an den Präsidenten Beneš. Der Volksgerichtshof lehnte eine Begnadigung ab. Der slowakische Beauftragte für Inneres sollte für eine Reduktion des Urteils auf lebenslänglich plädieren, aber in der slowakischen Führung kam es zu einer Pattstellung. Nun hatte Präsident Beneš zu entscheiden, delegierte aber die Entscheidung an die tschechoslowakische Regierung. In der Regierung votierten die kommunistischen, sozialdemokratischen und national-sozialistischen Minister gegen eine Begnadigung, nur die Minister der Volkspartei und der Demokratischen Partei dafür. Beneš akzeptierte die Mehrheit gegen eine Begnadigung seines ehemali-

gen Ministerkollegen. Ex-Präsident Tiso wurde am Morgen des 18. April 1947 in Bratislava hingerichtet. – Die Exekution rief zwar keine größere Protestbewegung auf den Plan, aber der Hochverratsprozess blieb für die tschechisch-slowakischen Beziehungen eine Quelle der Bitterkeit.<sup>2647</sup>

Ministerpräsident Tuka wurde ebenfalls zum Tode verurteilt und starb im Gefängnis. Innenminister Alexander Mach wurde hingegen lediglich zu 30 Jahren Kerker verurteilt. Obwohl SS-Hauptsturmführer Wisliceny, der Berater der slowakischen Regierung in jüdischen Angelegenheiten, als Zeuge in den Nürnberger Prozessen und seine Aussage auch noch im Eichmann-Prozess herangezogen werden sollte, wurde auch Wisliceny in Bratislava zum Tode verurteilt und 1948 gehängt. Der deutsche Gesandte Ludin, der 1942 die NS-Forderung nach Deportation der slowakischen Juden überbracht hatte, war bereits 1946 verurteilt und exekutiert worden.<sup>2648</sup>

---

<sup>2647</sup> ABRAMS, The Trial of Josef Tiso, 262-286.

<sup>2648</sup> TÖNSMEYER, Slowakei, 807; Encyclopedia of the Holocaust, 311f., 437f., 445f., 477f.; vgl. Peter SOKOLOVIČ, Trial with Members of Emergency Units of the Hlinka Guard in 1958, in: Pamät' národa. Nation's Memory VI (Bratislava 2010) Supplement, 58-78.



## IN JUGOSLAWIEN

### Tito, Stalin und die Befreiung Jugoslawiens 1944/45

Bereits auf der Konferenz von Teheran vom 29. November bis zum 3. Dezember 1943 hatten sich Stalin, Roosevelt und Churchill darauf geeinigt, die jugoslawische Volksbefreiungsbewegung unter Tito politisch anzuerkennen, und noch im Dezember 1943 wurde Tito von den Briten auch als alliierter Befehlshaber akzeptiert. Am 15. Dezember 1943 anerkannte die Sowjetunion das vom AVNOJ-Präsidium eingesetzte „Nationale Komitee zur Befreiung Jugoslawiens“ (*Nacionalni komitet oslobođenja Jugoslavije*, NKOJ) als einzige jugoslawische Regierung und brach ihre Beziehungen zur königlichen Exilregierung in London ab.<sup>2649</sup> Als daher Tito Anfang Februar 1944 ein persönliches Telegramm Churchills erhielt, in dem der Premier auf Verhandlungen mit dem jugoslawischen König für den gemeinsamen Kampf gegen die Deutschen bestand, ersuchte Tito Dimitrov, Stalin zu fragen. Dieser ließ antworten:

„[...] First. The AVNOJ, too, as well as the Englishman [Churchill, Anm. Banac] whom you know, favors the unity of the Yugoslavs, but as long as there exist two governments, one in Yugoslavia and the other in Cairo, there can be no unity. Therefore, the Cairo government must be eliminated, including Mihailović; moreover, it must furnish the AVNOJ government with a complete accounting of its expenditure of enormous sums of the people's money.

Second. The government in Yugoslavia, that is, the AVNOJ government, must be acknowledged by England and the other allies as the sole government of Yugoslavia, while the king must submit to the laws of AVNOJ.

Third. If King Peter accepts all these conditions, then AVNOJ has no objections to cooperating with him, provided that the question of the monarchy in Yugoslavia is decided by the people following the liberation of Yugoslavia.“<sup>2650</sup>

In seiner Antwort an Churchill, die Tito noch am selben 9. Februar von Drvar aus gab, verwendete er die Begründung Dimitrovs fast ohne Änderung. Im Übrigen hatte Dimitrov Tito aufgefordert, in Hinkunft seine Telegramme direkt an Stalin zu senden, und zwar unter dem Codewort „Freund“.

<sup>2649</sup> Josef MATL, Jugoslawien im Zweiten Weltkrieg, in: Werner Markert (Hg.), Osteuropa-Handbuch Jugoslawien (Köln – Graz 1954) 99-121; L. Ja. GIBIANSKIJ, Sovetskij Sojuz i novaja Jugoslavija 1941-1947 gg. (Moskva 1987) 75-77. Am 16. Dezember 1943 hatte Beneš Molotov seine Einschätzung in Moskau mitgeteilt, dass „the Yugoslav question will be solved on their own soil“. – Minute by Smutný of the second conversation between Beneš and Molotov, Moscow, 16 December 1943, in: MASTNÝ, The Beneš-Stalin-Molotov Conversations, 392f.

<sup>2650</sup> BANAC, Dimitrov, 298f.

Erst Ende Februar 1944 landete eine sowjetische Militärmission unter Führung von General Nikolaj V. Korneev in einem von Partisanen gehaltenen Gebiet in Nordwestbosnien. Die Militärmission bestand aus 19 Offizieren, einem Chauffeur und einem Koch, die über den Iran nach Kairo geflogen waren, von wo sie mit einer *Dakota* nach Jugoslawien gebracht und auf dem Flugfeld Medeno Polje 7 km westlich von Bosanski Petrovac abgesetzt wurden. Am 24. Februar wurden sie ins Hauptquartier des Obersten Stabes in Drvar gefahren, wo sie Tito feierlich begrüßte, nicht ohne seine Enttäuschung über die späte Anerkennung anklingen zu lassen: „Wir haben sie schon längst erwartet. Unsere Völker und unsere Kämpfer, die Kommandeure und Politikommissare haben voller Sehnsucht den Tag erwartet, Sie in unserer Mitte zu sehen [...].“ Die Radiostation wurde in der Nähe des Flugfeldes Glamoč aufgebaut, südöstlich von Drvar. Bereits am 13. März teilte General Korneev die genauen Koordinaten von 7 Abwurfplätzen in Nordwestbosnien für die Versorgung der Militärmission und der Partisanentruppen mit.<sup>2651</sup>

Im April wurde eine jugoslawische Militärmission unter Leitung von Generalleutnant Milovan Đilas nach Moskau geschickt, um in direkten Gesprächen mit Stalin und Molotov die Lage in Jugoslawien darzulegen und materielle und diplomatische Unterstützung zu erwirken. Molotov und Đilas stimmten in der Beurteilung der Kollaboration zwischen den Generälen Nedić und Mihailović überein und schätzten die Truppen Pavelić' auf nur mehr 25.000 Mann. Dennoch hätten die Deutschen 2-3 Divisionen abgezogen und nur eine aus Italien zugeschoben. Đilas und Generalleutnant Velimir Terzić, der die jugoslawische Militärmission in Moskau eingerichtet hatte, erläuterten Molotov anhand einer Karte die von der Volksbefreiungsarmee befreiten Gebiete. Molotov wollte genau wissen, ob die Volksbefreiungsarmee derzeit Zugang zum Meer habe, was die beiden jugoslawischen Vertreter verneinen mussten.<sup>2652</sup>

Erst Ende April 1944 trafen die ersten sowjetischen Waffenlieferungen bei den jugoslawischen Partisanen ein, bis 1. Juni wurden immerhin geliefert: durch gelandete Flugzeuge – 12 Flakgeschütze 12,7-cm-DŠK, 4 37-mm-Flak-Batterien, 8 Panzerabwehrkanonen, 400 Panzerabwehrrohre, 500 Feldstecher, 1000 Kompassse, 1000 Geschosse für die Flakgeschütze, Nachrichtengerät, Medikamente und Verbandszeug; durch Fallschirmabwurf – 6000 automatische Gewehre PPŠ, 3000 Kisten Gewehrpatronen, 800 deutsche (sic!) Maschinengewehre, 1 Million Patronen zu diesen MG, 400 Kisten Patronen für PTR-Gewehre, 100 leichte Minenwerfer 50 mm samt 2000 Minen, 80 mittlere Minenwerfer 82 mm samt 1000 Minen, 3000 Geschosse für die Flakgeschütze, 28.000 Patronen für die Flak-Batterien, 4000 Magnet-Minen, 5 t Sprengstoff, 5 t Handgranaten, 1600 Geschosse

<sup>2651</sup> DEDIJER, Josip Broz Tito, 363; ZOLOTARĚV V. A. [et alii] (Hgg.), Russkij archiv: Velikaja Otečestvennaja. Bd. 14-3 (2): Krasnaja Armija v stranach Central'noj, Severnoj Evropy i na Balkanach 1944-1945. Dokumenty i materialy (Moskva 2000) 187-189.

<sup>2652</sup> Milovan ĐILAS, Gespräche mit Stalin (Frankfurt am Main 1962); ZOLOTARĚV, Krasnaja Armija, 194-197.

für PTO-Gewehre, 2 t Nachrichtengerät, 2,5 t Medikamente und Verbandszeug, 20 t Uniformen sowie 24 t Fallschirme und Verpackungsmaterial. 80 % des Materials wurden in den Zentren des Partisanenkrieges zwischen Bosanski Petrovac und Glamoč in Westbosnien, Vlasenica in Ostbosnien und Žabljak in Nordmontenegro deponiert, 15 % in Serbien und Makedonien, 5 % in Idrija und Črnomelj in Slowenien.<sup>2653</sup>

Die sowjetische Militärmission wirkte bald auch am Aufbau der auf streng vertrauliche Anordnung Titos vom 13. Mai 1944 eingerichteten „Abteilung zum Schutze des Volkes“ (*Odeljenje za zaštitu naroda*) – bald besser bekannt und berüchtigt unter dem Kürzel OZNA – mit, deren gesamtjugoslawischer Kommandant das Politbüromitglied Aleksandar Ranković wurde. Tito legte auch gleich die wesentlichsten Aufgaben fest:

„Einer der Garanten für den Erhalt der neuen demokratischen Gewalt im Föderativen Demokratischen Jugoslawien ist der Aufbau und die Instandsetzung der Organe für Staatssicherheit. [...] Die Abteilung zum Schutz des Volkes muss zu einer festen Stütze unserer Armee, unserer Staatsgewalt im Kampf gegen den Okkupanten und all seiner Helfershelfer werden. Die Organe der OZNA müssen die konsequentesten Beschützer und Hüter der Errungenschaften des Volksbefreiungskampfes sein. Unerbittlich gegenüber unserem Feind, gerecht jedem ehrlichen Menschen gegenüber, wird die OZNA die beliebteste Organisation unseres Volkes.“<sup>2654</sup>

Das Aufgabenprofil legte freilich auch Tätigkeiten fest, die bei Freund und Feind gefürchtet waren:

„[...] The task of this service was political intelligence, counter intelligence service on the occupied territory and abroad and counter intelligence service on liberated territory and within the partisan units. Its work was organized in four sections: First section – intelligence, Second section – counter intelligence, Third section – counter intelligence in partisan units, Fourth section – statistics and technology. Detachments of this service were also established within general staffs, army and corps sectors.“<sup>2655</sup>

In ihrer verbrecherischen Praxis konzentrierte sich die kommunistische Geheimpolizei auf Verhaftungen, Verhöre und Folterungen in OZNA-Gefängnissen, Liquidierungen, die Einrichtung von Konzentrationslagern, die Bewachung der Grenzen, die Deportation von Leuten in geschlossene Gebiete, die Ausweisung und Verfolgung von Ausländern, die Organisation von Zwangsarbeit, Zensur, die Kontrolle von Wahlen sowie die Vorbereitung und Durchführung von politischen Prozessen.

<sup>2653</sup> ZOLOTARĚV, Krasnaja Armija, 192-194.

<sup>2654</sup> Marko LOPUŠINA, Ubij bližnjeg svog. Jugoslovenska tajna policija 1945-1995 (Beograd 1996) 47-51; Jera VODUŠEK STARIĆ, Überlegungen zur Sowjetisierung Nachkriegs-Jugoslawiens, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (Berlin 1998) 86-98.

<sup>2655</sup> Hrvatski institut za povijest (Hg.), Partizanska i komunistička represija i zločini u Hrvatskoj 1944.-1946. Dokumenti, 16, 24f. Im Laufe des Jahres 1944 entstanden auch eigene OZNA-Abteilungen auf Republiksebene: in Slowenien mit Ivan Maček-Matija an der Spitze, in Kroatien mit Ivan Krajačić als Kommandanten, in Serbien mit Slobodan Penezić-Krcun, in der Vojvodina mit Petar Relić und in Belgrad mit Miloš Minić. – PORTMANN, Vojvodina, 64.

Und die OZNA erhielt bereits am 15. August 1944 maßgebliche Unterstützung, als mit dem „Korps der Volksverteidigung Jugoslawiens“ (*Korpus narodne odbrane Jugoslavije*), dem ebenso berüchtigten KNOJ, eine militärische Einheit geschaffen wurde, die im Rücken der Partisaneneinheiten und in den befreiten Territorien die Ordnung aufrechterhalten und „die Banden der *Četnici*, *Ustaše*, Weißgardisten und anderen Volksfeinde“ liquidieren sollte. Auch das KNOJ war dem Oberkommando des Volksbefreiungsheeres und der Partisaneneinheiten unterstellt und bestand bis zum 15. Mai 1945 aus sieben Divisionen. Im Mai 1945 übernahm das KNOJ die Verwaltung der Sammel- und Kriegsgefangenenlager. OZNA und KNOJ arbeiteten bei verschiedenen Operationen eng zusammen und waren zwischen Herbst 1944 und Sommer 1945 maßgeblich verantwortlich für die politischen und „ethnischen Säuberungen“ innenpolitischer Gegner und Angehöriger „fremder“ Nationalitäten.<sup>2656</sup>

Nach dem misslungenen deutschen Angriff auf Titos Hauptquartier in Drvar Ende Mai 1944 und seiner Flucht auf die Adriainsel Vis sicherte ihm Churchill die Unterstützung der britischen Regierung beim Aufbau eines „wahrhaft demokratischen und föderativen Jugoslawien“ zu, unter der Bedingung, dass sich Tito mit einem nichtkompromittierten Exilpolitiker über die Bildung einer gemeinsamen Regierung einigte. Daher wurden bereits am 16. Juni 1944 auf Vis die Verhandlungen zwischen Tito und Ivan Šubašić, dem neu ernannten Ministerpräsidenten der königlichen Exilregierung und ehemaligen Banus von Kroatien, über die Bildung einer gemeinsamen Regierung aufgenommen. In einem Abkommen einigten sich beide auf den künftig gemeinsamen Kampf gegen die Besatzungsmächte und auf eine Verschiebung der Frage Monarchie und König. Šubašić bildete seine Regierung um und nahm auch zwei Kommunisten auf, Churchill empfing Tito am 12. August 1944 in seinem Hauptquartier in Caserta und versuchte die Chancen für eine Landung alliierter Truppen in Istrien zu erkunden; Tito wiederum wollte Churchill davon überzeugen, dass die Partisanen keinen Sowjetstaat, sondern eine sozialistische Demokratie errichten wollten.<sup>2657</sup>

In einer Deklaration vom 17. August 1944 versuchte Tito neuerlich zu verschleiern, dass er und sein Politbüro eine kommunistische Revolution anstrebten:

„Die Volksbefreiungsbewegung ist ihrem Wesen nach all-national, national und demokratisch. Ich unterstreiche noch einmal, dass die Führung der Volksbefreiungsarmee nur das eine und wichtigste Ziel vor sich hat: Den Kampf gegen die Besatzer und deren Helfer und die Gründung eines demokratischen, föderativen Jugoslawiens und nicht die Errichtung des Kommunismus, wie dies uns unsere Feinde unterstellen.“<sup>2658</sup>

<sup>2656</sup> Vasko SIMONITI, Permanent Revolution, Totalitarianism and Fear, in: Drago Jančar (ed.), *The dark side of the moon. A short history of the totalitarianism in slovenia 1945-1990* (Ljubljana 1998) 19-23; *Partizanska i komunistička represija*, 16; PORTMANN, *Vojvodina*, 67.

<sup>2657</sup> Winston CHURCHILL, *The Second World War*, vol. 5 (London 1952) 473.

<sup>2658</sup> Slobodan NEŠOVIĆ (Hg.), *Stvaranje Jugoslavije 1941-1945* (Beograd 1981) 552; vgl. Wolfgang HÖPKEN, *Die orthodoxe Abweichung: Jugoslawien zum Vergleich*, in: Hans Lemberg (Hg.), *Sowjetisches Modell und nationale Prägung. Kontinuitäten und Wandel in Ostmitteleuropa nach dem Zweiten Weltkrieg* (Marburg 1991) 125-142.

Spätestens mit der Absetzung Mihailović' als Kriegsminister am 18. Mai 1944 verloren die *Četnici* jede alliierte Unterstützung und büßten auch unter der serbischen Bevölkerung zunehmend an Glaubwürdigkeit ein. Tito, dessen Partisanen in Kern-Serbien nach wie vor jedoch nur schwache Positionen verteidigten, versuchte am 30. August 1944 mit einem „letzten Aufruf“ die *Četnici* einzuschüchtern: Allen militärischen Gegnern der Volksbefreiungsbewegung wurde kriegsgerichtliche Verfolgung und Bestrafung angedroht, falls diese sich nicht bis zum 15. September der Volksbefreiungsarmee zur Verfügung stellten. Und am 5. September appellierte Tito an seine Partisanen, mit äußerster Härte gegen die *Četnici* und *Nedićevci* vorzugehen:

„[...] Denkt daran, dass die grundlegende Aufgabe dieser ganzen Operation die Liquidierung der *Četnici* und der *Nedićevci* und ihrer Apparate ist. Verhindert, dass Mihailović eine Mobilisierung durchführen kann und das Volk auf seine Seite zieht. Verhaftet die Dorfältesten der *Četnici*, denn diese sind die Hauptstützpunkte von Mihailović im Volk.“<sup>2659</sup>

Und in einer sich auf den „letzten Aufruf“ beziehenden Anordnung vom 18. September befahl Tito, all jene Personen „[...] vor ein Kriegsgericht zu stellen, im Schnellverfahren zu verurteilen und aufs Härteste zu bestrafen, die auf der Seite des Feindes mit den Waffen in den Händen gegen die Volksbefreiungsarmee und die Partisaneneinheiten Jugoslawiens kämpften.“<sup>2660</sup>

Sogar König Petar in London unterstützte den Aufruf Titos und forderte am 12. September in einer Rundfunkansprache alle Jugoslawen auf, sich der Volksbefreiungsarmee anzuschließen. Der jugoslawische Sprecher der BBC, T. Skrbić, drohte bereits den einheimischen Deutschen mit furchtbarer serbischer Rache:

„Für jeden ermordeten Serben, für jede ermordete Serbin werden die Schwaben im schwäbischen Leben einen hundertfachen Preis entrichten, und keine Macht der Welt wird das Schwert der Rache aufhalten können, wenn die Zeit gekommen ist. Das merkt Euch und haltet Euch bereit, denn der Tag ist nicht mehr fern, an dem wir mit den Schwaben und all ihren Helfershelfern verfahren werden nach der Devise Wie du mir so ich dir. Und zwar so, dass die Schwaben, wo immer sie sein mögen, mit Angst in den Knochen von unserer gerechten Rache erzählen werden, so lange es eine Erde gibt und eine Zeit.“<sup>2661</sup>

Nach mehreren vergeblichen Vorstößen seiner Partisaneneinheiten aus Bosnien nach Kern-Serbien fürchtete Tito zu Recht schwere Kämpfe gegen die deutsche Besatzungsmacht und die *Četnici*, sodass er sich entschloss, Stalin um militärische Hilfe seitens der Roten Armee zu ersuchen. Die Rote Armee war nämlich Ende August/Anfang September 1944 in einem für die Alliierten wie für die Deutschen – und vermutlich auch für Tito – überraschenden und strategisch beispielhaften

<sup>2659</sup> Poslednji poziv, 30. August 1944, in: Arhiv Muzeja Vojvodine, sign. 2855; zitiert nach: PORTMANN, Vojvodina, 58; TOMASEVICH, Chetniks, 365.

<sup>2660</sup> AVII, Fond NOR, kut. 1074/I, reg. br. 21-I und 2/2, in: Hrvatski institut za povijest (Hg.), Partizanska i komunistička represija i zločini u Hrvatskoj 1944-1946. Dokumenti (Slavonski Brod 2005) dok. 2, 43f.

<sup>2661</sup> JANJETVIĆ, Konflikte, 160.

Vorstoß über Rumänien und Bulgarien plötzlich bis an die Ostgrenzen Jugoslawiens marschiert. Jetzt musste sich Tito beeilen, von der Insel Vis aus über Craiova nach Moskau zu fliegen, um zwischen dem 21. und 28. September mit Stalin die Modalitäten der weiteren Kriegshandlungen in Serbien und in der Vojvodina zu besprechen. Hierbei ging es weniger um das Mitwirken der Roten Armee bei der Befreiung Serbiens und Belgrads – wie es in der jugoslawischen Historiographie 45 Jahre hindurch stereotyp behauptet und in der westlichen Historiographie vielfach übernommen wurde –, sondern vielmehr um das Mitwirken der Partisanen an den Vorstößen der Roten Armee aus Rumänien und Bulgarien in Richtung Belgrad, und zwar sowohl über den Banat als auch über das Timok-Gebiet. Tito versicherte jedenfalls Stalin – den er bei diesem Besuch zum ersten Mal persönlich traf –, dass die Partisanen im Falle einer Landung britischer Truppen in Jugoslawien „entschlossenen Widerstand“ leisten würden. Stalin wiederum bot Tito die Lieferung von Panzern und LKWs an, musste Tito allerdings auch überreden, bulgarische Truppen, die die Front gewechselt hatten, an der Südflanke der Roten Armee an der Befreiung Serbiens mitkämpfen zu lassen. Ob Stalin tatsächlich zusagte, nach der Befreiung Belgrads nach Ungarn weiter zu marschieren, bleibt bis heute ungewiss.<sup>2662</sup>

In einer Rede vor Parteifunktionären am 2. April 1975 in Skopje sprach Tito in erster Linie von den Verhandlungen mit den Bulgaren:

„Ich will jetzt offen davon sprechen, wie das gewesen ist, als ich 1944 nach Moskau und dann nach Craiova gegangen bin. Man hat mir damals in Moskau gesagt, es wäre gut, wenn die bulgarische Armee – nachdem die sowjetische Armee bereits in Bulgarien einmarschiert war – uns im Kampf zur Befreiung unseres Landes helfen würde. Ich habe darauf geschwiegen, habe nicht geantwortet, denn es fiel mir schwer, das zu akzeptieren. Als ich in Craiova eingetroffen war, kamen aus Bulgarien der Genosse Terpeshev und ein General. Sie haben lange auf mich eingeredet und mich gebeten, dass ihre Armee sich doch beteiligen dürfe. Ich habe schließlich zugesagt.

Sie wissen, wo danach die bulgarische Armee gewesen ist und was sie getan hat. Sie hat an der linken Flanke der sowjetischen Armee eine gewisse Rolle gespielt und ist dann, zusammen mit ihr, durch einen Teil Jugoslawiens gezogen, durch die Vojvodina in Richtung Ungarn.“<sup>2663</sup>

<sup>2662</sup> Branko PETRANOVIĆ, *Istorija Jugoslavija 1918-1988*, 2. Bd.: *Narodnooslobodilački rat i revolucija 1941-1955* (Beograd 1988) 301, 325; DEDIJER, Josip Broz Tito, 386. Tito besuchte in Moskau auch Dimitrov, mit dem er vor allem die künftigen Beziehungen zwischen ihren beiden kommunistisch geführten Ländern besprach. – BANAC, Dimitrov, 337.

Bereits mit Erlass des Präsidiums der Obersten Sovet der UdSSR vom 5. September 1944 waren führende KPJ-Funktionäre und Partisanengeneräle mit hohen sowjetischen Orden ausgezeichnet worden. Mit dem Suvorov-Orden 1. Stufe: Marschall Josip Broz Tito; mit dem Kutuzov-Orden 1. Stufe: GM Svetozar Vukmanović, GLt. Milovan Đilas, GLt. Sreten Žujović, GLt. Arco Novanović, GLt. Ivan Milutinović, GLt. Aleksandar Ranković; mit dem Suvorov-Orden 2. Stufe: GM Mihajlo Apostolski, GLt. Ivan Gošnjak, GLt. Peko Dapčević, GLt. Koča Popović, GM Franc Rozman, GLt. Velimir Terzić. – ZOLOTARĚV, *Krasnaja Armija*, 212f.

<sup>2663</sup> Auszüge aus der Rede Titos in Skopje, 2. April 1975, in: *Wissenschaftlicher Dienst Südosteuropa* 24 (1975) 77f.

Nachdem die 2. und 3. Ukrainische Front Ende August und Anfang September 1944 Rumänien und Bulgarien besetzt hatten, waren sie im Banat und im Timok-Gebiet an der Ostgrenze Serbiens aufmarschiert. Der Oberbefehlshaber Südost, GFM von Weichs, hatte zwar Ende August die 1. Gebirgsdivision aus Montenegro in den Negotiner Kreis und die SS-Division „Prinz Eugen“ in den Raum Niš verlegen sowie ein Verteidigungskorps Belgrad bilden lassen. Aber am 1. September begannen alliierte Bomberverbände alle Verbindungswege durch die Morava-Vardar-Furche zu unterbrechen und auch die Brücken über Donau und Save zu zerstören. Nachdem die neue rumänische Regierung bereits am 25. August dem Dritten Reich den Krieg erklärt hatte, folgte am 9. September auch die neue bulgarische Regierung. Nun wurde im südlichen Banat die 46. Armee der 2. Ukrainischen Front (Oberbefehl Marschall Rodion J. Malinovskij) bereitgestellt, im nordwestlichen Bulgarien die 57. Armee der 3. Ukrainischen Front (Oberbefehl Marschall Fëdor I. Tolbuchin). Bereits am 6. September versuchte ein motorisiertes Regiment der 6. Panzerarmee der 2. Ukrainischen Front die Donau am Eisernen Tor zwischen Turnu Severin und Kladovo zu überschreiten, wurde aber noch einmal zurückgeworfen; am 22. September 1944 aber setzten Einheiten der 74. Schützendivision der 57. Armee bei Kladovo über die Donau – und von nun an bis zum 15. Mai 1945 sollten Truppen der Roten Armee in Jugoslawien bleiben. Am 28. September begann die „Belgrader Operation“ mit Angriffen durch den Banat und durch Nordost-Serbien. Bereits am 3. Oktober erreichte die 46. Armee die Theiß-Donau-Linie, während die 57. Armee das Kupferbergwerk Bor eroberte, die Haupteisenbahnlinie im Moravatal unterbrach, am 9. Oktober die Morava überschritt und sich vom Südosten her Belgrad näherte.<sup>2664</sup>

GFM Weichs musste sein Hauptquartier von Belgrad nach Vukovar verlegen, die deutsche Heeresgruppe E unter Generaloberst Löhr musste Griechenland räumen und verlegte am 14. Oktober ihren Stab von Saloniki nach Stari trg bei Trepča im Kosovo. Mit den deutschen Truppen zogen sich auch die Einheiten der *Četnici* und der Regierung Nedić nach Nordserbien zurück. Sogar die SS-Division „Prinz Eugen“ erlitt bei Abwehrkämpfen gegen die Panzerbrigade der 2. bulgarischen Armee südwestlich von Niš schwere Verluste. Auch die 1. Gebirgsdivision musste sich unter schweren Verlusten nach Westen durchkämpfen, erhielt aber von GFM Weichs den Befehl, die schwachen Verteidigungskräfte in Belgrad zu entsetzen. Daher konnten schließlich nur mehr Teile nach Šabac an der Save durchbrechen. So betragen die Gesamtverluste zwischen dem 20. September und dem 31. Oktober 1944 472 Gefallene und 2957 Vermisste.<sup>2665</sup>

<sup>2664</sup> ZOLOTARÉV, Krasnaja Armija, 214-220; Velikaja otečestvennaja, 154-156; vgl. Karte in SCHMIDER, Kriegsschauplatz, 1051.

<sup>2665</sup> Samuel W. MITCHAM, Jr., The German Defeat in the East, 1944-45 (Mechanicsburg, PA 2007) 197-208; Peter GOSZTONY, Endkampf an der Donau 1944/45 (Wien-München-Zürich 1969) 67-71; NOJKOV, Kampfhandlungen der Bulgarischen Armee, 86-93; SCHMIDER, Kriegsschauplatz, 1052.

Mittlerweile hatten Truppen der 1. jugoslawischen Armeegruppe begonnen, von der Mačva und der Šumadija her auf Belgrad vorzustoßen. Zwei deutsche Kampfgruppen hatten noch bei Passarowitz (Požarevac), am Avala südlich von Belgrad und in Topčider südwestlich von Belgrad versucht, Verteidigungsstellungen zu halten. Außerdem wurden wichtigere Gebäude für eine Sprengung vorbereitet. Bereits am 14. Oktober hatte sich die 57. Sowjet-Armee zum Sturm auf Belgrad formiert, am Nachmittag des nächsten Tages begann sie bereits vom Südosten und vom Südwesten her in die Stadt einzumarschieren. Partisaneneinheiten stießen in vier Kolonnen vom Westen her entlang der Save, vom Südwesten her über Banovo brdo, vom Süden her über Banjica und vom Südosten her auf Belgrad vor. Als sich am 15. Oktober Truppen der „Gruppe Stettner“ (einschließlich der 1. Gebirgsdivision) von Passarowitz her in Richtung Belgrad durchzuschlagen versuchten, mussten jedoch die Rotarmisten und Partisanen ihre Angriffe kurzzeitig einstellen und nach Südosten und Süden hin Stellung beziehen. Nur 5000 deutsche Soldaten entkamen der Einschließung und zogen sich über die Save zurück. Nachdem auch die letzten deutschen Gegenangriffe in der Stadt Belgrad gescheitert waren, blieb der „Gruppe Schneckenburger“ nur mehr der Rückzug über die Save. Der Sicherheitsdienst samt dem serbischen Polizeipräsidenten und Bürgermeister hatte sich bereits zuvor abgesetzt. Am 20. Oktober morgens kapitulierten die deutschen Verteidiger am Kalemegdan vor dem sowjetischen Generalleutnant Ždanov und dem jugoslawischen Generalleutnant Dapčević. Die von den Deutschen versuchte Sprengung der Save-Brücke nach Semlin konnte ein serbischer Veteran des Ersten Weltkrieges verhindern. Einheiten der Partisanen und der Roten Armee stießen auch sofort nach Semlin vor, das sie am 22. Oktober einnahmen. Die deutsche Besatzungsherrschaft in Serbien war zu Ende. Der NKVD ließ sofort eine Reihe von serbischen Offizieren und Intellektuellen umbringen. Nach jugoslawischen Angaben hatten allein während der „Belgrader Operation“ die deutschen Truppen ungefähr 15.000 Gefallene und 9000 Kriegsgefangene, die Volksbefreiungsarmee etwa 3000 Gefallene und 4000 Verwundete und die Rote Armee etwa 960 Gefallene zu verzeichnen; nach glaubhafteren sowjetischen Quellen verlor die Rote Armee 4350 Mann. Die von der Roten Armee in der Operation um Belgrad gefangen genommenen deutschen Soldaten wurden unverzüglich in die UdSSR abtransportiert.<sup>2666</sup>

Nur das langsame Vorrücken der Partisanen und Rotarmisten in Syrmien rettete die Reste der deutschen Verteidiger von Belgrad und ließ sie 60 Kilometer westlich der Hauptstadt eine neue Frontlinie aufbauen. Da nun der Großteil der Roten Armee relativ rasch über die Vojvodina – wo sie bereits die gesamte Batschka erobert hatte – nach Südungarn weiterzog, überließ sie dem Obersten Stab und dem Politbüro der KPJ unter Tito die weitere Kriegsführung in Jugoslawien. Sta-

<sup>2666</sup> ZOLOTARĚV, *Krasnaja Armija*, 184; SAVO DRLJEVIĆ, *Beogradksa operacija*, in: *Enciklopedija Jugoslavije* 1 (Zagreb 1980) 592-594; BROUCEK, *Glaise-Horstenau*, 499f.; PETRANOVIC, *Srbija*, 643f.

lin begnügte sich mit der Belassung von sowjetischen Verbindungsoffizieren und Instruktoressen in Belgrad.<sup>2667</sup>

Barbara Beiler aus Apatin schilderte den Einmarsch der Roten Armee in ihrer noch durchwegs deutschen Heimatstadt an der Donau:

„[...] In meinem Heimatort waren bis Ende November 1944 russische Truppen einquartiert. Während dieser Zeit wurden viele Häuser von Soldaten ausgeplündert und demoliert. Täglich, hauptsächlich in den Abendstunden und nachts, wurde in den Wohnungen eingebrochen, wobei Kleider, Wäsche, Lebensmittel, Wein und insbesondere Wertgegenstände entwendet wurden. Aus den Schränken war alles herausgeworfen, Geschirr zerbrochen, Lebensmittel, Kleider, Möbel: alles lag durcheinander. [...]

Zahlreiche Vergewaltigungen der Frauen sind während dieser Zeit vorgekommen. Tagsüber hatten russische Soldaten Häuser, in denen junge Frauen und Mädchen wohnten, angekreidet und suchten sie in der Nacht auf. [...] Ich war um diese Zeit beim Arzt Dr. Josef Peteny in der Belgraderstr. als Köchin tätig. Er sagte mir gelegentlich, dass er bereits 75 vergewaltigte Frauen in Behandlung hätte. Viele Frauen und Mädchen sind an Geschlechtskrankheiten erkrankt. Die jungen Frauen und Mädchen hatten sich stets nachts über versteckt und bei Vergewaltigungsversuchen stets zur Wehr gesetzt. [Väter, die sich weigerten, die Verstecke ihrer Töchter zu verraten, wurden kurzerhand erschossen, Erg. Suppan.]

Zu Weihnachten 1944 wurden fast alle arbeitsfähigen deutschen Männer zwischen 18-45 und Frauen von 18-30 Jahren, etwa 1100 aus Apatin, eingesperrt und am 28. 12. 1944 nach Russland verschleppt. Kurz nach Neujahr ging ein zweiter Transport nach Russland. [...]“<sup>2668</sup>

Tito selbst war aus Moskau über Craiova in Rumänien zurückgekehrt, hatte Anfang Oktober bei Werschetz wieder jugoslawischen Boden betreten und konnte mit der Roten Armee und seinen Partisanen siegreich in Belgrad einmarschieren. Mit seinen Partisanendivisionen allein wäre dies wohl erst einige Monate später möglich gewesen. Die Rückeroberung der Hauptstadt verschaffte jedenfalls Tito einen großen politisch-moralischen Erfolg – sowohl gegenüber den Deutschen als auch gegenüber den *Četnici*; für die Rote Armee war es nach Bukarest und Sofia die dritte eroberte Hauptstadt im östlichen Europa – Warschau, Budapest, Wien, Berlin und Prag sollten noch folgen. Die Hilfe der Roten Armee im Herbst 1944 spielte auch noch eine wichtige Rolle im Konflikt zwischen Stalin und Tito im Frühjahr 1948, wobei Moskau der jugoslawischen Führung vorhielt, die Rote Armee verleumdet zu haben, während Belgrad die sowjetische Seite der Missachtung des revolutionären Befreiungskrieges der Partisanen beschuldigte.<sup>2669</sup>

<sup>2667</sup> Die meisten Politbüromitglieder der KPJ wie Aleksandar Ranković, Edvard Kardelj, Moša Pijade, Milovan Đilas und Andrija Hebrang erhielten bald höchste Staats- und Regierungsfunktionen, womit die Symbiose zwischen Partei und Staat verankert wurde. – Vgl. Branko PETRANOVIĆ (Hg.), *Zapisnici sa sednica politbiroa Centralnog komiteta KPJ (11. jun 1945 – 7. jul 1948)* (Beograd 1995).

<sup>2668</sup> Maschinenschriftlicher Bericht Barbara Beiler aus Apatin, 28. Jänner 1947, in: Vertreibung und Vertreibungsverbrechen, 306f.

<sup>2669</sup> Die Totenverluste der Roten Armee auf jugoslawischem Boden betragen 7995 Mann, die Gesamtverluste 29.584. – *Grif sekretnosti snjat. Poteri Vooružennyh Sil SSSR v vojnach, boenych i voennyh konfliktach* (Moskva 1993) 325; vgl. Tito contra Stalin. Der Streit der Diktatoren in ihrem Briefwechsel (Hamburg 1949).

Nach der Eroberung Serbiens, Belgrads und der Vojvodina versuchte sich Tito vorerst nachsichtig zu zeigen. Am 21. November 1944 beschloss das Präsidium des AVNOJ eine „allgemeine Amnestie“ für Anhänger von Mihailović und Soldaten der slowenischen *Domobranci* und der kroatischen *Domobrani*, falls sich diese keines Verbrechens (Mord, Brandlegung, Plünderung, Vergewaltigung) schuldig gemacht hätten und bis zum 15. Jänner 1945 zur Volksbefreiungsarmee überliefen. Diese Amnestie dürfte nun weitaus erfolgreicher gewesen sein als die Drohungen vom September 1944, denn die Volksbefreiungsarmee soll bis zum Jahresende 1944 auf etwa 600.000 Mann – gegliedert in 57 Divisionen – zugenommen haben. Nach Angaben der Personalabteilung des jugoslawischen Verteidigungsministeriums sollen ab Herbst 1944 1963 Offiziere der *Domobrani* und 727 aus den Einheiten von Mihailović sowie 322 aus der bulgarischen, 215 aus der deutschen, 124 aus der italienischen, 18 aus der ungarischen und 4 aus der albanischen Armee in die am 1. März 1945 umbenannte „Jugoslawische Armee“ aufgenommen worden sein.<sup>2670</sup>

Ab November 1944 entstand entlang der Donau, im westlichen Syrmien und entlang der nördlichen Drina erstmals eine klare Frontlinie zwischen den deutschen und kroatischen Streitkräften einerseits und den Partisanen andererseits. Tito forderte als „Oberster Kommandant Jugoslawiens“ den Hauptstab der Volksbefreiungsarmee in Kroatien auf, weder den Rückzug der deutschen Wehrmacht noch den der *Ustaše* zuzulassen:

„[...] Die Übeltäter beabsichtigen, durch Kroatien ungestraft zu entweichen. Es liegt an Euch, alles zu unternehmen, damit ihnen das nicht gelingt. Es liegt an Euch, zusammen mit den anderen Einheiten unserer gefeierten Armee, das Land von den *Ustaše* und anderen Verrätern zu säubern. Erfüllt diese Aufgabe ehrenhaft, so wie Ihr es bis jetzt getan habt. Tod dem Faschismus – Es lebe das Volk!“<sup>2671</sup>

Die Bildung der syrmischen Front symbolisierte auch den Übergang von der partisanischen Kriegsführung zum frontalen Krieg. Als den Deutschen Mitte November 1944 bei Višegrad an der Drina die Herstellung der Verbindung zwischen der Heeresgruppe E und der 2. Panzerarmee gelang, konnten auch die abgekämpften Verbände aus dem serbischen Südwesten – darunter die 7. SS-Division – in die bosnische Front eingegliedert werden. Anfang Dezember wurden sämtliche noch in Jugoslawien verbliebenen Kommandos und Truppen dem Befehl der Heeresgruppe E unterstellt. Andererseits wurden ab dem 16. Dezember die meisten sowjetischen Einheiten auf den ungarischen Kriegsschauplatz verlegt, die vorübergehend auch durch zwei bulgarische Divisionen ersetzt wurden. Diese vorübergehende Schwächung nützte die deutsche Seite Mitte Jänner 1945 und schob die Syrmienfront auf die engste Stelle zwischen Donau und Save vor, also

<sup>2670</sup> Slobodan NEŠOVIĆ (Hg.), *Stvaranje nove Jugoslavije* (Beograd 1981) 575f.; ASCG, F-507, CK KPJ Srbija II/521, zitiert nach: PORTMANN, *Vojvodina*, 160f.; Mile BJELAJAC, *Die jugoslawische Erfahrung mit der multiethnischen Armee 1918-1991*, auf: <http://www.udi.org.yu/articles>.

<sup>2671</sup> Vladimir GEIGER, *Nestanak folksdojčera* (Zagreb 1997) 60f.

auf die Höhe von Ilok und Šid. Dieser militärische Rückschlag führte wiederum zu einer Vertrauenskrise innerhalb der Volksbefreiungsarmee.<sup>2672</sup>

Tito ließ am 1. Jänner 1945 die bisher bestehenden Korps, Divisionen und Brigaden in drei Armeen zusammenfassen, zu denen im März 1945 noch eine vierte hinzukam. So sehr sich der Oberste Stab und das Politbüro über den Zulauf zur Volksbefreiungsarmee gefreut haben mögen, so sehr war den führenden Genossen der KPJ auch bewusst, dass die quantitative Expansion auch qualitative Stagnation und neue ideologische Gefahren bringen konnte. Der Chef der OZNA, also der oberste Geheimpolizist Ranković, wies daher am 15. Jänner 1945 alle Komitees der KPJ an:

„Während früher unsere Einheiten hauptsächlich aus Freiwilligen bestanden, wird nun im größten Teil unseres Landes das Prinzip der allgemeinen Mobilisierung verwirklicht. Deswegen ist es unvermeidlich, dass man auch versteckte feindliche Elemente in den Einheiten findet. Weiters darf nicht aus den Augen verloren werden, dass die Reaktion alles unternehmen wird, um die innere Einheit unserer Armee [...] zu schwächen.“

Daher forderte Ranković, die „Masse dieser neuen Soldaten im Geiste des Volksbefreiungskampfes zu erziehen und ihnen systematisch die Entwicklung, Ziele und Errungenschaften dieses Kampfes mitzuteilen“.<sup>2673</sup>

Stalin und Churchill hatten sich am 10. Oktober 1944 in Moskau auf eine „fifty-fifty“-Teilung der Interessen in Jugoslawien geeinigt. Wenige Tage nach der Befreiung der Hauptstadt traf auch Šubašić in Belgrad ein und verhandelte mit Tito neuerlich über die Rückkehr des Königs; dies wurde nun von einem Volksentscheid nach dem Krieg abhängig gemacht. Ende November 1944 kam der Stellvertreter Titos im Nationalkomitee, Edvard Kardelj, nach Moskau und informierte Stalin, Molotov und Dimitrov über die neue Situation in Jugoslawien. Hierbei wurde auch über eine künftige Föderation aller Südslawen – also einschließlich der Bulgaren – gesprochen. Am 7. Dezember 1944 einigten sich Tito und Šubašić darauf, dass der AVNOJ durch Einbeziehung nicht kompromittierter Vertreter des Vorkriegsparlaments, das im Dezember 1938 zum letzten Mal gewählt worden war, erweitert werden sollte. Diese Regelungen wurden am 10. Februar 1945 auf der Konferenz von Jalta bestätigt und die Gesetzgebung des AVNOJ einer Ratifizierung durch die noch zu wählende, neue Verfassungsgebende Nationalversammlung unterworfen. Am 8. März 1945 wurde schließlich eine Koalitionsregierung mit Tito an der Spitze gebildet, mit fünf bürgerlichen Ministern, darunter Šubašić als Außenminister und Milan Grol als Unterrichtsminister.<sup>2674</sup>

Am 9. Jänner 1945 empfangen Stalin und Molotov eine jugoslawische Delegation, geführt vom kroatischen Politbüro-Mitglied Andrija Hebrang und dem Generalstabschef Arso Jovanović. Dimitrov notierte tags darauf: „The Yugoslavs

<sup>2672</sup> SCHMIDER, Kriegsschauplatz, 1062.

<sup>2673</sup> Weisung Ranković an alle Komitees der KPJ, 15. Jänner 1945, AVII, Fond NOR, kut. 883A, fasc. 5, dok. 14/2, zitiert nach: PORTMANN, Vojvodina, 107.

<sup>2674</sup> PRUNKL – RÜHE, Tito, 108; BANAC, Dimitrov, 343.

want to take Greek Macedonia. They want Albania, too, and even parts of Hungary and Austria. This is unreasonable. I do not like the way they are acting.“ Auch Stalin und Molotov dürften gegenüber diesen expansiven Wünschen zurückhaltend gewesen sein.<sup>2675</sup>

Am Sonntag, dem 28. Jänner 1945, lud Stalin in Moskau anwesende bulgarische und jugoslawische Delegierte in seine Dača ein. Von bulgarischer Seite waren neben Dimitrov der Ministerpräsident Kimon Georgiev, der Innenminister und der Sekretär des Zentralkomitees gekommen, von jugoslawischer Seite der Vizepräsident des AVNOJ, Moša Pijade, Hebrang und der jugoslawische Botschafter in Moskau, Stanoje Simić. In herzlicher Atmosphäre wurden zahlreiche Toasts ausgebracht. Stalin hob die historische Bedeutung einer Allianz zwischen Bulgarien und Jugoslawien hervor. Diese könnte auch eine Basis für eine Union aller slawischen Völker sein, die sich wechselseitig unterstützen und verteidigen sollten, denn:

„[...] Germany will be routed, but the Germans are a sturdy people with a great number of cadres; they will rise again. The Slavic peoples should not be caught unawares the next time they attempt an attack against them, and in the future this will probably, even certainly, occur. The old Slavophilism expressed the aim of tsarist Russia to subjugate the other Slavic peoples. Our own Slavophilism is something completely different – the unification of the Slavic peoples as equals for the common defense of their existence and future. We have no wish to impose anything on the other Slavic peoples. We do not interfere in their internal affairs. Let them do what they can. The crisis of capitalism has manifested itself in the division of the capitalists into two factions – one fascist, the other democratic. The alliance between ourselves and the democratic faction of capitalists came about because the latter had a stake in preventing Hitler’s domination, for that brutal state would have driven the working class to extremes and to the overthrow of capitalism itself. We are currently allied with one faction against the other, but in future we will be against the first faction of capitalists, too.“<sup>2676</sup>

Die Direktheit Stalins, sein Misstrauen gegenüber den westlichen Alliierten auszusprechen, mag überraschen, lässt aber auch auf ein gewisses Vertrauensverhältnis zu den bulgarischen und jugoslawischen Genossen schließen. Seine Zusage, sich nicht in die inneren Angelegenheiten der anderen slawischen Nationen einzumischen, war aber nicht glaubwürdig. Freilich, auch die sowjetischen Genossen konnten Überraschungen erleben, etwa als sie aus Belgrad hörten, dass der neuen Koalitionsregierung Minister wie Milan Grol angehörten, der bis 1943 in der Exilregierung gesessen war. Stalin und Molotov hätten lieber Botschafter Simić in der jugoslawischen Regierung gesehen.<sup>2677</sup>

Vom 5. bis zum 20. April 1945 kam Tito zum zweiten Mal mit einer Delegation nach Moskau. In seiner Begleitung reisten auch Außenminister Šubašić, Đilas und Generalmajor Kiselev, der Chef der sowjetischen Militärmission in Jugoslawien. Für Dimitrov waren Kiselevs Eindrücke von der jugoslawischen Führung „nicht ermutigend“. Dimitrov empfing Tito in seiner Wohnung, diskutierte mit ihm über eine mögliche Allianz und notierte: „underestimation of the complexity of the

<sup>2675</sup> BANAC, Dimitrov, 352f.; CATTARUZZA, L’Italia, 266f.

<sup>2676</sup> BANAC, Dimitrov, 357f.

<sup>2677</sup> BANAC, Dimitrov, 362.

situations and the impending difficulties, too arrogant, heavy dose of conceit and sure signs of ‚dizziness with success‘“. Erst am 12. April 1945 empfing Stalin Tito in Anwesenheit von Molotov, Berija, Malenkov, Bulganin und Dimitrov. Hinsichtlich des bulgarisch-jugoslawischen Verhältnisses wurden einige Vereinbarungen getroffen; eine Föderation sollte erst als dritte Stufe kommen. Zweifellos schloss sich Tito bei diesem Besuch außenpolitisch enger an die Sowjetunion an, da sich hinsichtlich der mehrheitlich slowenisch besiedelten Gebiete in Südkärnten und um Triest ein Konflikt mit Großbritannien ankündigte. Auch Churchill erkannte dies und telegraphierte an den neuen US-Präsidenten Truman: „Am wichtigsten ist, dort [in Triest] zu sein, bevor Titos Guerillas als Besatzung auftreten.“ Dimitrov hingegen schrieb an Stalin, dass es notwendig und gerecht sei, Triest an Jugoslawien zu geben; und Stalin stimmte ihm zu.<sup>2678</sup>

In den Wintermonaten 1945 hatte es nur wenige spektakuläre Erfolge der Partisanen-Divisionen gegeben, sieht man von der Eroberung Mostars am 14. Februar und der von Bihać am 28. März ab. Generaloberst Löhr, der mit seiner Heeresgruppe E von September 1944 bis Jänner 1945 aus Griechenland über Makedonien und Kosovo bis nach Bosnien marschiert war, wurde am 27. März 1945 neuerlich zum Oberbefehlshaber Südost ernannt. Als Ende März ein Großangriff der Partisanen auf Sarajevo begann, wurde die Stadt noch von Einheiten der SS-Division „Prinz Eugen“ verteidigt. Als aber der Druck von sieben Divisionen der Volksbefreiungsarmee zu stark wurde, erlaubte das Führerhauptquartier – mittlerweile marschierte die Rote Armee schon in Richtung Wien – nicht nur die Evakuierung Sarajevos am 6. April, sondern auch die Räumung Kroatiens bis zur Linie Bihać–Fluss Una–Bjelovar–Front der 2. Panzerarmee in Ungarn bis zum 20. April. Aber erst Anfang April 1945 war das mittlerweile auf vier Armeen mit über 300.000 Mann angeschwollene jugoslawische Volksbefreiungsheer so aufgestellt, um die deutschen und kroatischen Fronten in Syrmien, Bosnien und Westkroatien entscheidend zu durchbrechen und ihre konzentrischen Angriffe in Richtung Zagreb und Kroatisches Küstenland zu beginnen. Daher erließ Generalleutnant Ranković am 9. April 1945 namens der Operativen Abteilung des Generalstabes der Jugoslawischen Armee (*Jugoslovenska armija*, JA) an die Generalstäbe der vier Armeen eine streng vertrauliche „Direktive zur endgültigen Liquidierung des Feindes“: Im achtseitigen Papier ging man davon aus, dass sich der Feind möglichst schnell im Raum kroatisches Küstengebiet, Istrien und Slowenien konzentrieren und durch Truppen aus der „Ostmark“ verstärkt neu sammeln werde. Daher wurde ein detaillierter Operationsplan ausgearbeitet, um die noch besetzten Gebiete Kroatiens, Sloweniens und Istriens einzunehmen und die „Überreste der feindlichen Kräfte möglichst rasch zu schlagen, zu vernichten oder gefangen zu nehmen“.<sup>2679</sup>

<sup>2678</sup> BANAC, Dimitrov, 366f., 371; CATTARUZZA, L'Italia, 271-274, 285-289.

<sup>2679</sup> Streng vertrauliche Direktive des Generalstabes der Jugoslawischen Armee, Operative Abteilung, 9. April 1945, AVII, Fond NOR, kut. 21, fasc. 1, dok. 27/2, zitiert nach: PORTMANN, Vojvodina, 60; SCHMIDER, Kriegsschauplatz, 1064-1066; FINE, Tito, 280.

Nach dem Operationsplan der jugoslawischen Armeeführung vom 9. April sollten alle verfügbaren Kräfte in der Nacht zum 12. April zu einer entscheidenden Offensive ansetzen, mit dem allgemeinen Ziel der Eroberung des Gebietes zwischen Zagreb und Varaždin, der Zagorje, einerseits sowie des Kroatischen Küstenlandes und Istriens andererseits. Als weitere Ziele sollten auch Ljubljana, Celje, Maribor und Triest eingenommen werden. Für die slawonische Operation waren die 1. Armee (Standort Osijek) und die 3. Armee (Vinkovci) vorgesehen, für die Operation im Küstenland die 4. Armee; die 2. Armee sollte aus Bosnien heraus gegen Zagreb vorstoßen.

Generaloberst Löhr standen Ende März 1945 als Oberbefehlshaber Südost nur mehr völlig abgekämpfte und zahlenmäßig stark geschrumpfte Einheiten zur Verfügung: die 7. SS-Division, 2 Infanteriedivisionen, 1 Jägerdivision, die 11. Luftwaffen-Felddivision, die 369. (kroatische) Infanteriedivision, 2 Kosaken-Divisionen, 2 SS-Polizei-Regimenter, 1 Festungsdivision und 5 Festungsbrigaden. Eine Aufstellung für die Heeresgruppe E, die sogenannte Zvonimir-Stellung entlang der Linie Karlovac–Dugo Selo–Koprivnica, war aus Rücksicht auf die deutsch-kroatischen Beziehungen kaum ausgebaut worden. Nach dem jugoslawischen Großangriff am 12. April aus Syrmien und Ostbosnien blieb den Divisionen Löhrs nur mehr der langsame Rückzug in Richtung Nordwesten, der lediglich Ende April ca. 60 Kilometer vor Zagreb für einige Tage zum Stehen kam. In den letzten beiden Kriegswochen ging es Löhr dann nicht mehr um die Verteidigung des *Ustaša*-Staates, sondern ausschließlich darum, einem möglichst großen Teil seiner Heeresgruppe den Übertritt nach Österreich und die Kapitulation vor westalliierten Streitkräften zu ermöglichen. Am 7. Mai abends – nach Besprechungen in Graz mit GFM Kesselring, GO Greim, den Generälen de Angelis und Ringel sowie den Gauleitern Uiberreither, Rainer und Eigruber – ließ Löhr nochmals Absetzbefehle an die Verbände der Heeresgruppe E geben. Von den rund 400.000 Mann der Heeresgruppe gelang dies bis zum 8. Mai zwar nur der Vorhut, insgesamt 250.000 Mann kämpften sich jedoch bis zum 15. Mai in die West-Steiermark und nach Südost-Kärnten durch. Etwa 150.000 Mann schafften den rechtzeitigen Übertritt in die britische Besatzungszone nicht mehr und gerieten mit Löhr, der am 10. Mai in Topolšica kapitulierte, in jugoslawische Kriegsgefangenschaft, die angeblich 70.000 nicht überlebten.<sup>2680</sup>

Ab Ende April 1945 wälzten sich auch Kolonnen von *Domobrani*, *Ustaše* und kroatischen Zivilisten – zusammen etwa 220.000 Personen – durch die Täler der Save, Savinja und Drau in Richtung alter (und bald neuer) österreichisch-jugoslawischer Grenze, wo sie wie die deutschen Truppen hofften, auf britische oder amerikanische Truppen zu stoßen. Etwa 150.000 bis 160.000 Mann gerieten in jugoslawische oder britische Kriegsgefangenschaft.<sup>2681</sup>

<sup>2680</sup> BÖHME, Kriegsgefangenen, 42-136, 254; SCHMIDT-RICHBERG, Endkampf, 151; TOMASEVICH, Occupation, 756f.; SCHMIDER, Kriegsschauplatz, 1068f.; BROUCEK, Glaise-Horstenau, 50. Lediglich über die Zahl der 1948/49 eingetroffenen Heimkehrer von ca. 85.000 Mann liegen gesicherte Angaben des Roten Kreuzes vor.

<sup>2681</sup> BROUCEK, Glaise-Horstenau, 50; Slavko GOLDSTEIN, Tito je bio vođa zavjere šutnje o Bleiburgu [Tito war der Führer der Verschwörung von Bleiburg], in: Jutarnji list, Zagreb, 11. November 2007.

Allein auf ihrem Vorstoß durch Slawonien verloren die Partisanen-Divisionen etwa 30.000 Gefallene. Die 2. Jugoslawische Armee konnte erst am 6. April 1945 Sarajevo einnehmen, am 22. April Banja Luka, am 7. Mai Karlovac, am 9. Mai Celje und am 15. Mai Dravograd. In der Untersteiermark traf sie mit der 1. Jugoslawischen Armee zusammen, die am 14. April die syrmische Front durchbrochen, am 16. April die Bischofsstadt Đakovo und am 5. Mai Sisak erobert hatte, schließlich am 8. Mai in Zagreb einmarschiert war. Aus der Baranja war die 3. Jugoslawische Armee vorgestoßen, die am 14. April Osijek eroberte, dann am rechten Ufer der Drau durch die Podravina marschierte, am 7. Mai Varaždin und am 10. Mai Maribor einnahm. Aus Norddalmatien hatte schließlich die 4. Jugoslawische Armee angegriffen, hatte Bihać am 28. März, Senj am 9. April, Rijeka und Pula am 3. Mai, Ljubljana am 9. Mai und Jesenice am 15. Mai eingenommen; bereits am 1. Mai waren Einheiten dieser Armee auch in Triest einmarschiert – knapp vor der 2. neuseeländischen Division unter General Freyberg.<sup>2682</sup>

Freilich konnte die Kroatische Division auch am 8. Mai 1945 an das jugoslawische Oberkommando nur melden, dass erst zwei Bataillone in die kroatische Hauptstadt eingerückt seien. Allerdings mit dem Zusatz: „Zagreb ist noch nicht vollständig befreit. Die Säuberung wird fortgesetzt.“ Sogar zehn Tage später gab es noch Scharmützel mit Gruppen von *Četnici* und unbestimmten „Banditen“ in kroatischen Gebirgsgegenden. Die Slowenische Division meldete hingegen große Erfolge bei den Schlusskämpfen von Mitte Mai, auch mit der Inbesitznahme von Massen an Waffen und motorisierten Fahrzeugen. „Außer Kärnten ist Slowenien im Wesentlichen gesäubert. Zwei Bataillone der 3. Brigade befinden sich in Klagenfurt und Völkermarkt.“<sup>2683</sup>

Generalleutnant Ranković, der Chef der OZNA, war jedoch mit der Arbeit seiner Geheimpolizei in Zagreb unzufrieden:

„[...] During 10 days in liberated Zagreb only 200 bandits was shot. [...] You work contrary to our orders since we have told you to work quickly and efficiently and to finish all in the first days.“<sup>2684</sup>

Tatsächlich eilten die Partisanenarmeen von Mitte April bis Mitte Mai 1945 von Erfolg zu Erfolg, den sie gegenüber den sich zurückziehenden deutschen und kroatischen Truppen relativ leicht errangen: Zwischen dem 11. März und dem 19. April sollen sie nach eigenen Angaben 72.949 feindliche Soldaten getötet und

<sup>2682</sup> Igor KARAMAN (Hg.), Enciklopedija hrvatske povijesti i kulture (Zagreb 1980) 408; PUPO – SPAZZALI, Foibe, 216f.; CATTARUZZA, L'Italia, 289-293.

<sup>2683</sup> Ministarstvo narodne odbrane DFJ, Generalštab Jugoslovenske Armije, Op.od., Op.Str.Pov.br. 8, 9. aprila 1945, AVII, kut. 21, br. 27-1; Korpus narodne odbrane Jugoslavije, Pov.br.sl., [an] Odeljenju zaštite naroda za Jugoslaviju, Beograd, 9. maja 1945, AVII, ANOR, kut. 222, br.reg. 35-1, F 1/IV; Korpus narodne odbrane Jugoslavije, Pov.br.sl., Beograd, 18. maja 1945, AVII, ANOR, kut. 222, br.reg. 36-1, F 1/IV, zitiert nach: PORTMANN, Vojvodina, 108-110.

<sup>2684</sup> Depesche GLt. Ranković an OZNA für Kroatien, Zagreb, 15. Mai 1945, in: Partizanska i komunistička represija, dok. 28.

35.274 Mann gefangen genommen haben; vom 20. April bis zum 15. Mai waren es angeblich 92.409 Getötete und 230.426 Gefangene. Allein in der Schlacht um Zagreb sollen nach einer Meldung des Stabs der 1. Jugoslawischen Armee vom 11. Mai 10.901 feindliche Soldaten gefallen und 15.892 gefangen genommen worden sein. Am 13. Mai sollen über 40.000 feindliche Offiziere und Mannschaften gefangen genommen worden sein und am 15. Mai über 20.000 *Ustaše*, eine „große Gruppe“ *Četnici*, über 10.000 Deutsche und über 15.000 andere Soldaten. Die letzten Meldungen betrafen eindeutig die Gefangennahmen in Südost-Kärnten bzw. im Mießtal. Ob die genauen Zahlenangaben wirklich zutreffen, stellt Portmann mit Recht in Frage. Die Größenordnung könnte für die Gefangenen zutreffen, für die Gefallenen erscheint sie zu hoch, da es keine einzige größere Schlacht gegeben hat – auch nicht um Zagreb. Glaubwürdiger erscheint die Meldung des Stabes der 3. Jugoslawischen Armee an den Stab der 3. Ukrainischen Front vom 19. Mai, wonach allein von dieser Armee zwischen dem 8. und 18. Mai 110.000 Soldaten und Offiziere, unter ihnen 17 Generäle, gefangen genommen worden seien: 60.000 *Ustaše* und *Domobrani* (unter ihnen die Pavelić-Division), 40.000 Deutsche (unter ihnen der Oberbefehlshaber Südost, Generaloberst Löhr, sowie Teile der SS-Divisionen „Prinz Eugen“ und „Handžar“) und 10.000 *Četnici*. Die 1. Bulgarische Armee, die nördlich der Drau bis nach Südost-Kärnten marschierte, nahm 10.000 *Ustaše* und 4000 kroatische Zivilisten (unter ihnen 3000 Frauen und Kinder) gefangen.<sup>2685</sup> – Viele führende Repräsentanten des *Ustaša*-Regimes konnten jedoch auf geheimen Wegen aus Kroatien über Slowenien und Österreich nach Italien, Spanien und Argentinien entkommen: der Poglavnik Pavelić, Marschall Kvaternik und sein Sohn Eugen „Dido“ sowie viele Minister.<sup>2686</sup>

Als bei und unmittelbar nach Kriegsende in Slowenien die Kunde von Massenmorden bekannt wurde, befahl der Generalstab der Jugoslawischen Armee, „[...] die energischsten Maßnahmen zu ergreifen, um die Tötung von Kriegsgefangenen und Verhafteten durch Einheiten, einzelne Organe und Einzelpersonen um jeden Preis zu verhindern“. Zur Verantwortung für die blutige Abrechnung in den Maitagen 1945 erklärte Milovan Đilas eher lapidar:

„Wer hat den Befehl zu dieser Ausmerzungen unterzeichnet, herausgegeben? Ich weiß es nicht. Ich nehme an, dass es einen schriftlichen Befehl auch gar nicht gegeben hat. Nach unserer Struktur und Hierarchie hätte niemand so etwas ohne die Zustimmung der Spitze [also Titos,

<sup>2685</sup> AVII, Fond NOR, kut. 21 A, fasc. 2, dok. 14/19-23 und kut. 22, fasc. 8, dok. 3, zitiert nach: PORTMANN, Vojvodina, 61; Partizanska i komunistička represija, dok. 20, 38, 42. In einer Meldung vom 24. Mai 1945 fasste die Operationsabteilung des Stabes der 3. Jugoslawischen Armee dem Generalstab der JA die militärischen Ereignisse zwischen dem 8. und 23. Mai zusammen und bestätigte im Wesentlichen die Gefangenenzahlen: 40.000 Deutsche, 60.000 *Ustaše* und *Domobrani* sowie 5000 *Četnici*. Außerdem sollen in den Schlusskämpfen 25.000 feindliche Soldaten gefallen sein, bei lediglich 142 eigenen Verlusten.

<sup>2686</sup> MILO, Satellitenstaat, 219; vgl. die Schilderung der Flucht von Pavelić durch seine Tochter Mirjana Pšenićin-Pavelić im Zagreber Magazin Globus, 22. Mai 1992. Slavko Kvaternik wurde später an Jugoslawien ausgeliefert, zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Anm. Suppan] ausführen können. Die längste Zeit hatte sich schon ein Klima der Vergeltung und Abrechnung herausgebildet.<sup>2687</sup>

Die „Zustimmung der Spitze“ war zweifellos gegeben, denn am 26. Mai 1945 hielt Marschall Tito vom Balkon der Laibacher Universität auf dem Kongressplatz vor etwa 10.000 Zuhörern eine aufpeitschende Rede, in der er nicht nur den Anspruch Jugoslawiens auf Istrien, Triest, das slowenische Küstenland und Kärnten unterstrich, sondern unverhüllt auch auf die bereits im Gang befindliche Abrechnung mit den „Verrätern“ hinwies:

„[...] Die Hand der Gerechtigkeit, die Rächerhand unseres Volkes hat die große Mehrheit von ihnen bereits erreicht, und nur einem kleinen Teil der Verräter ist es gelungen, unter dem Schutz von Gönnern aus unserem Land zu fliehen. Diese Minderheit wird unsere herrlichen Berge und unsere blühenden Felder nie wieder sehen. Und sollte dies doch geschehen, dann nur für sehr kurze Zeit. [...]“<sup>2688</sup>

### Kriegsgefangene in Jugoslawien

Bereits am 6. Dezember 1944 hatte der Oberste Stab Richtlinien für den Umgang mit Kriegsgefangenen erlassen und darin ausdrücklich befohlen, nach internationalem Recht zu verfahren. Auch in einer Depesche vom 18. April 1945 befahl der Oberste Stab, die Kriegsgefangenen im „Geiste der Genfer Konvention“ zu behandeln. Da die jugoslawischen Armeen in den letzten Kriegswochen immer mehr deutsche, kroatische und slowenische Kriegsgefangene machten, ordnete der Generalstab am 3. Mai 1945 die Einrichtung von Durchgangslagern an, aus denen die Kriegsgefangenen später ins Hinterland abgeschoben werden sollten. Die Stäbe der Armeen und selbständigen Korps sollten entlang der Hauptkommunikationslinien geeignete Lager einrichten und geeignete Lagerkommandanten, politische Kommissare, Intendanten und Lagerschreiber einsetzen. In Lagern mit mehr als 300 Kriegsgefangenen sollten auch ein Arzt und ein Arzthelfer zum Einsatz kommen. Auch ein Organ der OZNA war vorzusehen. Die Kriegsgefangenen – gruppiert nach Generälen, Offizieren, Unteroffizieren und Soldaten – waren nach der Genfer Konvention von 1929 zu behandeln, d. h. ihnen ihr persönliches Hab und Gut zu belassen, besonders die Kleidung, die Schuhe und die persönlichen Wertsachen. Gegenstände und Geld, bei denen der Verdacht der Aneignung bestand, waren der Intendantur zu übergeben. Den Kriegsgefangenen war jeder Kontakt zur Zivilbevölkerung verboten, unbefugten Personen der Zutritt zu den Kriegsgefangenenlagern. Für eine exakte Evidenzhaltung über die Kriegsgefangan-

<sup>2687</sup> AVII, Fond NOR, kut. 1922, fasc. 3, dok. 6/49 und kut. 119, fasc. 2, dok. 40/2, zitiert nach: PORTMANN, Vojvodina, 61; ĐILAS, Partisanen, 573.

<sup>2688</sup> Slovenska kronika 1941-1995, 102; Drago JANČAR, Der Verbrecher, mein Nächster. Historische Wahrheit und erinnerndes Gedenken müssen in Südosteuropa stärker Fuß fassen, in: NZZ, 25./26. Februar 2006, 49.

genen war beim Generalstab eine eigene Abteilung einzurichten, die nach genauer Bestandsaufnahme über jeden Kriegsgefangenen den Kontakt zum Zentralausschuss des Jugoslawischen Roten Kreuzes herstellen sollte.<sup>2689</sup>

Auf Grund der hohen Zahl der in den letzten Kriegswochen gefangen genommenen feindlichen Soldaten musste die Jugoslawische Armee vor allem in Slawonien, Kroatien und Slowenien eine Vielzahl an „Sammellagern“ (*zbirni logori*) einrichten. Aus diesen provisorischen Sammellagern – das größte mit rund 8000 deutschen Kriegsgefangenen befand sich bei Marburg – sollten die Gefangenen auf Befehl des Generalstabs vom 17. Mai 1945 in die Vojvodina deportiert werden: 75.000 in die Batschka, je 30.000 in den Banat und nach Syrmien und 10.000 in die Baranja. Wie viele diese „Todesmärsche“ tatsächlich überlebten, bleibt ungewiss.<sup>2690</sup>

Gemäß einer Zusammenstellung des OZNA-Bevollmächtigten für die Kriegsgefangenen in Jugoslawien, Oberst Dimitrije Georgijević, für den OZNA-Kommandanten Ranković vom 12. Juni 1945 waren zu diesem Zeitpunkt bereits 50.175 deutsche Kriegsgefangene in 12 kroatischen Lagern (Sisak, Karlovac, Petrinja, Podravska Slatina, Vinkovci, Osijek, Nova Gradiška, Virovitica, Slavonski Brod, Bjelovar, Lepoglava und Popovača) interniert sowie 56.846 Kriegsgefangene in 11 Lagern in der Vojvodina, wohin sie im Verlauf des Monats Mai in Kolonnen marschiert waren: in Sremska Mitrovica 375 Offiziere und Unteroffiziere, in Zemun 10.000 Deutsche, in Ruma 5500 Internierte, in Pazova 5000 *Ustaše*, in Petrovaradin 1800 Offiziere, in Belje 424 *Četnici*, in Apatin 5001 *Ustaše*, in Sombor 6025 *Ustaše*, in Nove Šove 4647 Italiener, in Novi Sad 2448 Deutsche, in Vrbas 4800 Internierte, in Pančevo 5418 Deutsche, in Glogonj 5000 *Ustaše*, in Bela Crkva 5000 Deutsche und in Petrovgrad/Zrenjanin 10.000 Internierte. Abgesehen davon, dass die Summe der in Lagern in der Vojvodina internierten Kriegsgefangenen nach dieser Aufstellung bereits 71.493 ergab, meldete Georgijević noch 43.901 kriegsgefangene *Ustaše* und *Domobranci* bei der 2. Jugoslawischen Armee, somit insgesamt 175.922 Kriegsgefangene. Jedes Lager werde von einem Kommandanten, einem Kommissar, einem Offizier der OZNA, einem Sanitätsreferenten und einem Intendanten geführt und habe die Ernährung und ärztliche Versorgung zu sichern, die während der Märsche entlang von Drau und Save in Richtung Osijek und Vinkovci nicht ausreichend gewesen seien.<sup>2691</sup>

Genau einen Monat später meldete Oberst Georgijević 81.376 deutsche Kriegsgefangene (davon 2835 Offiziere und 2540 Unteroffiziere), 948 österreichische

<sup>2689</sup> AVII, Ministarstvo narodne odbrane DFJ [und] Generalštab Jugoslovenske Armije, Organizacijsko odeljenje, Pov.br. 172, Beograd, 3.5.1945, zitiert nach: PORTMANN, Vojvodina, 62.

<sup>2690</sup> Depesche des Generalstabs der JA (Gen. Arso Jovanović) an den Stab der 3. Jugoslawischen Armee, 16./17. Mai 1945, in: Partizanska i komunistička represija, Bd. 2, 178; vgl. Kurt W. BÖHME, Die deutschen Kriegsgefangenen in Jugoslawien 1941-1949, Bd. I/1 (München 1962) 140f.

<sup>2691</sup> Meldung Oberst Georgijević an GLt. Ranković, Belgrad, 12. Juni 1945, in: Partizanska i komunistička represija, dok. 56.

(davon 24 Offiziere und 60 Unteroffiziere), 12.123 italienische (davon 35 Offiziere und 119 Unteroffiziere) und 929 magyrische (davon 12 Offiziere und 8 Unteroffiziere), dazu 16.030 *Ustaše* (davon 74 Offiziere und einen Unteroffizier), 3490 *Domobrani* (davon 1738 Offiziere und 8 Unteroffiziere) und 544 *Četnici*. Über die insgesamt 115.440 in Kriegsgefangenenlagern internierten Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten hinaus erwähnte Oberst Georgijević 2580 bereits repatriierte und 7925 für die Repatriierung bereitgestellte, sowie 43.166 den verschiedenen Ministerien zur Arbeitsleistung zur Verfügung gestellte Kriegsgefangene. Allerdings seien ihre Bekleidung und ihr Schuhwerk in einem sehr schlechten Zustand. Im Offizierslager in Werschetz befänden sich 4456 Offiziere, davon 2620 Deutsche, 22 Italiener, 68 *Ustaše*, 1734 *Domobrani* und 12 Magyaren, die unter Wassermangel litten und unter denen es Fälle von Malaria und Typhus gebe.<sup>2692</sup>

Offensichtlich hofften die jugoslawischen Militärorgane, die zahlreichen Kriegsgefangenen am ehesten in Kroatien und in der Vojvodina versorgen zu können. Außerdem konnten sie in den hier eingerichteten Lagern von Einheiten der Armee, der KNOJ und der OZNA am sichersten bewacht werden. Im Übrigen hatten sämtliche Gefangenen Arbeitsdienst zu leisten, wofür sie auch einzelnen Ministerien und Institutionen zugeteilt wurden: über 27 % dem Verteidigungsministerium, 18,3 % dem Verkehrsministerium, über 10 % dem Bauministerium etc. Bereits am 2. März 1946 verfügte Tito als Oberbefehlshaber der Jugoslawischen Armee die Freilassung aller Kriegsgefangenen aus den Reihen der jugoslawischen Nationalitäten. Auf diese Weise sollte ehemaligen Angehörigen feindlicher Militärformationen die Gelegenheit geboten werden, „[...] ihre Loyalität gegenüber der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien zu beweisen und mit ihrer Arbeit an der Erneuerung des Landes ihre begangenen Fehler und den angerichteten Schaden wiedergutzumachen“.<sup>2693</sup>

Ob die Gesamtzahl an deutschen Kriegsgefangenen tatsächlich „nur“ etwas über 80.000 Mann betragen haben soll, muss bezweifelt werden, da etwa Amerikaner und Briten nach Kriegsende auch Volksdeutsche aus Jugoslawien an die Jugoslawische Volksarmee auslieferten. Aber erst Ende 1945 gab es eine genauere Registrierung, sodass bis dahin eingetretene Todesfälle als Dunkelziffer bleiben. Im Frühjahr 1946 betrug die Zahl der deutschen Kriegsgefangenen jedenfalls ungefähr 110.000, bis zum Herbst 1948 fiel die Zahl auf 65.000, dann erfolgte eine allgemeine Repatriierung. Anfang 1949 blieben weniger als 1500 mutmaßliche oder bereits verurteilte Kriegsverbrecher zurück, die bis 1953 – nach deutschen und österreichischen Interventionen – heimkehren durften.<sup>2694</sup>

<sup>2692</sup> Meldung Oberst Georgijević an GLt. Ranković, Belgrad, 12. Juli 1945, in: Partizanska i komunistička represija, dok. 56 und 70.

<sup>2693</sup> Vertraulicher Befehl Marschall Tito an die Abteilung für Kriegsgefangene im Verteidigungsministerium der FNRJ, 2. März 1946, in: Partizanska i komunistička represija, dok. 105.

<sup>2694</sup> OVERMANS, Deutsche Kriegsgefangene, 484f.; vgl. Kurt W. BÖHME, Die deutschen Kriegsgefangenen in Jugoslawien 1941-1949 (Bielefeld 1976) 134, 234-241, 268-270. Overmans beklagt zu Recht, dass es bisher keine auf jugoslawischen Akten beruhende Untersuchung gibt.

Abgesehen von der Mortalität der Rotarmisten in den deutschen und der deutschen Soldaten in sowjetischen Kriegsgefangenenlagern scheint die Todesrate der deutschen Soldaten in jugoslawischen Kriegsgefangenenlagern am höchsten gewesen zu sein. Bereits im Mai 1945 berichteten Augenzeugen aus Slowenien und Kroatien von Massenerschießungen gefangen genommener Wehrmachtssoldaten und von Massengräbern. Von provisorischen Sammelräumen im Nordwesten Jugoslawiens wurde der Großteil der Gefangenen in sogenannten „Sühnemärschen“ ins Landesinnere getrieben. Die am Straßenrand stehende Bevölkerung beschimpfte und verprügelte die durchziehenden Gefangenenkolonnen, an deren Spitze zeitweise Generäle marschieren mussten. Mitleidige, die Wasser reichten oder Lebensmittel zusteckten, gab es nur wenige. Offensichtlich wollte das Tito-Regime der eigenen Bevölkerung den Sieg über die Wehrmacht buchstäblich vorführen. Dass bei diesen „Sühnemärschen“ angeblich bis zu 10.000 Kriegsgefangene ums Leben kamen, störte weder die siegreichen Partisanen noch die Zivilbevölkerung.<sup>2695</sup>

Nach Eintreffen der Kriegsgefangenen an ihren Bestimmungsorten übernahm der im Innenministerium untergebrachte „Zentralausschuss für Kriegsgefangene“ die weitere Betreuung. Er richtete im Einzugsbereich der großen Städte und Industriezentren 50 bis 60 Lager ein und teilte die Kriegsgefangenen auf 120 bis 140 Arbeitsbataillone auf. Diese Arbeitskommandos beseitigten Kriegsschäden, reparierten Eisenbahnstrecken, bauten auch neue Linien und halfen auf den großen, mittlerweile kollektivierten Gütern in der Landwirtschaft aus. Angehörige der Waffen-SS und der Polizei kamen überwiegend in den Kupferbergwerken von Bor zum Einsatz. Nur Offiziere wurden nicht zur Arbeit gezwungen, auch Spezialisten waren privilegiert. Die Ernährung der Kriegsgefangenen war zumindest 1945/46 äußerst mangelhaft, so dass die Betriebe die Zwangsarbeiter zusätzlich versorgen mussten. Unzureichende Bekleidung und schlechte Unterbringung verschärften die Gesamtlage. Auch die Lebensumstände in den beiden Offizierslagern von Werschetz (Vršac) und Peterwardein (Petrovaradin) waren im ersten Nachkriegswinter 1945/46 noch besonders schlimm. Unter den internierten Offizieren befanden sich auch Italiener, Ungarn und Kroaten. Viele Tausende Kriegsgefangene starben an Fleckfieber und Ruhr, später kamen Malaria und Typhus hinzu. Lediglich die streng abgeordneten Generäle wurden besser behandelt.<sup>2696</sup>

Hilfe kam erst nach einigen Monaten vom Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) und von der *Young Men's Christian Association*. Ab September 1945 gab es Lagerbesuche des IKRK, ab Weihnachten 1945 gab es Postverbindung nach Österreich und Deutschland, ab Frühjahr 1946 konnte ein regelmäßiger Nachrichtenverkehr eingerichtet werden, aber erst ab November 1946 kamen die ersten

<sup>2695</sup> OVERMANS, Deutsche Kriegsgefangene, 485; BÖHME, Die deutschen Kriegsgefangenen, 102-117.

<sup>2696</sup> OVERMANS, Deutsche Kriegsgefangene, 486; BÖHME, Die deutschen Kriegsgefangenen, 142-196, 204-292.

Liebesgaben bei den Kriegsgefangenen an. Die Leitung in den Kriegsgefangenenlagern übernahm eine Antifa-Organisation, die unter Führung von Karl Wloch stand, der als Angehöriger einer deutschen Bewährungseinheit in Jugoslawien in Gefangenschaft geraten war. Doch die versuchte geistige Umerziehung wurde von den Kriegsgefangenen kaum angenommen, die Teilnahme an den Antifa-Kursen war vor allem attraktiv, da nach ihrem Abschluss 20 % der Teilnehmer nach Deutschland entlassen wurden. Immerhin kümmerte sich die Antifa-Organisation um eine gewisse Freizeitgestaltung, sodass im Offizierslager Vršac, wo auch viele Akademiker interniert waren, eine sogenannte „Stacheldrahtuniversität“ entstand. Die Verbesserung der Lebensverhältnisse sollte die entlassenen Kriegsgefangenen auch dazu veranlassen, nach ihrer Rückkehr nach Deutschland und Österreich ein günstigeres Bild von der Kriegsgefangenschaft in Jugoslawien zu zeichnen.<sup>2697</sup>

Die Antifa-Organisation entschied bei den ersten Repatriierungen mit, sollte aber auch über ein Spitzelsystem in den Lagern Kriegsverbrecher identifizieren. Fluchtversuche gab es anfänglich nur wenige, da seitens der südslawischen Bevölkerung kaum Hilfe zu erwarten war und Wiederaufgegriffene schwer bestraft wurden. Die ersten Heimkehrertransporte umfassten überwiegend Kranke und Invalide und fanden Ende 1945 statt. Nach den Unterlagen des IKRK wurden bis März 1947 fast 20.000 deutsche Kriegsgefangene entlassen. Als im März 1947 die Alliierten die Repatriierung der Kriegsgefangenen beschlossen, reagierte Jugoslawien zunächst wie Frankreich, Belgien oder die Tschechoslowakei: Den Gefangenen wurde ein Arbeitsvertrag über zwei Jahre gegen die Zusage der Freilassung angeboten. Fast 4000 Kriegsgefangene – etwa 5 % der zu diesem Zeitpunkt noch in Jugoslawien internierten 80.000 deutschen Soldaten – unterschrieben. Erst am 18. Oktober 1948 begann der allgemeine Heimtransport, am 18. Jänner 1949 verließ der letzte Heimkehrertransport Jugoslawien. Neben den Vertragsarbeitern blieben nur 1400 Kriegsgefangene zurück, die bereits als Kriegsverbrecher verurteilt worden waren oder auf einen Prozess warteten. Nach Interventionen der Regierungen in Bonn und Wien kehrten die letzten Verurteilten 1953 nach Deutschland und Österreich zurück.<sup>2698</sup>

### **Vergeltung in der Vojvodina im Herbst 1944**

Rache und Vergeltung an den Deutschen sowie ihre Vertreibung aus Jugoslawien wurden spätestens seit Anfang 1944 auch innerhalb des kommunistisch geführten „Antifaschistischen Rates der Volksbefreiung Jugoslawiens“ (AVNOJ) und des mit ihm verbündeten „Slowenischen Volksbefreiungsrates“ (SNOS) dis-

<sup>2697</sup> OVERMANS, Deutsche Kriegsgefangene, 486-488; BÖHME, Die deutschen Kriegsgefangenen, 284-318.

<sup>2698</sup> OVERMANS, Deutsche Kriegsgefangene, 488; BÖHME, Die deutschen Kriegsgefangenen, 276-294, 330, 360, 368.

kutiert. Einer der engsten Mitarbeiter Marschall Titos, Moša Pijade, bereitete den „Entwurf einer Deklaration über die Grundrechte der Völker und Bürger des Demokratischen Föderativen Jugoslawien“ vor, der bereits für alle Personen „deutscher Abstammung“ den Verlust der Bürgerrechte und des gesamten Eigentums verlangte. Milovan Đilas – im Politbüro zuständig für Agitation, Propaganda und Kultur – sprach von einem „Klima der Vergeltung und Abrechnung“. Immerhin hatten die Serben im gesamten Jugoslawien über 530.000 Kriegstote zu beklagen, davon allein in der vergleichsweise wenig umkämpften Vojvodina 45.000. Die dreieinhalbjährige deutsche Herrschaft in Serbien und im westlichen Banat hatte die bis 1941 relativ guten serbisch-deutschen Beziehungen völlig ins Gegenteil verkehrt. Die vierjährige deutsche Herrschaft im nördlichen Slowenien sowie die fast zweijährige deutsche Herrschaft über das gesamte slowenische Siedlungsgebiet hatte unter den Slowenen noch mehr Opfer gefordert als unter den Serben der Vojvodina. Sogar die deutsch-kroatischen Beziehungen waren nach vierjähriger, von der NS-Kriegsführung unterstützter *Ustaša*-Herrschaft, die im andauernden Bürgerkrieg mit den Partisanen und *Četnici* auch 200.000 Kroaten und 100.000 Muslime das Leben gekostet hatte, schwer ramponiert. Ein weiteres Zusammenleben zwischen Südslawen und Deutschen schien praktisch nicht mehr möglich.<sup>2699</sup>

Bis heute sind keine gesicherten jugoslawischen Quellen bekannt, was Tito und sein Politbüro im Herbst 1944 mit den Donauschwaben in der Vojvodina und im östlichen Slawonien vorhatten. War eine groß angelegte Vertreibung geplant – wie die der Sudeten- und Karpatendeutschen aus der Tschechoslowakei? Hatte Tito Ende September 1944 in Moskau mit Stalin darüber verhandelt? – Dafür gibt es keine quellengestützten Anhaltspunkte. Oder rechnete die Partisanenführung, nachdem sie über die sowjetischen Angriffspläne informiert worden war, ohnehin mit einer großen Fluchtbewegung der Donauschwaben vor der Roten Armee? Waren Massenerschießungen der donauschwäbischen NS- und Kulturbund-Funktionäre geplant und die Internierung der übrigen Bevölkerung, um sie zur Arbeit zu zwingen? Da bis heute kein großer *master plan* bekannt geworden ist, darf vermutet werden, dass die Führung der KPJ das Problem der „Schwaben“ erst zu erörtern begann, als die Umstände es erzwangen: die Vorstöße der Roten Armee durch die Vojvodina; die Evakuierung und Flucht von mehr als der Hälfte der Donauschwaben; das Zurücklassen von Zehntausenden Häusern, Bauernhöfen, Gewerbebetrieben und Fabriken; massenhafte Plünderungen des donauschwäbischen Besitzes durch Rotarmisten, Partisanen und slawische Zivilbevölkerung.<sup>2700</sup>

<sup>2699</sup> Vladimir ŽERJAVIĆ, *Gubici stanovništva Jugoslavije u drugom svjetskom ratu* (Zagreb 1989) 60-76; Vladimir ŽERJAVIĆ, *Yugoslavia – Manipulations with the number of Second World War victims. Yougoslavie – Manipulations sur le nombre des victims de la Seconde Guerre Mondiale. Jugoslawien – Manipulationen mit Kriegsopfern des Zweiten Weltkriegs. Jugoslavija – Manipulacije žrtvama Drugog svjetskog rata* (Zagreb 1992) Tabelle 4.

<sup>2700</sup> PORTMANN, *Vojvodina*, 152f., verweist darauf, dass in den gesellschaftspolitischen Konzeptionen der KPJ keine kollektive Zwangsaussiedlung „national feindlicher“ Gruppen vorgesehen war.

Nach den raschen Vorstößen der Roten Armee quer durch den Banat und die Batschka in der ersten Oktoberhälfte 1944 begannen die überwiegend serbischen Partisanen sogleich mit Massenexekutionen gegen Angehörige der Waffen-SS – vor allem gegen die in die 7. SS-Freiwilligen-Gebirgsdivision „Prinz Eugen“ eingezogenen Donauschwaben, gegen Angehörige der „Deutschen Mannschaft“ und Vertreter deutscher Organisationen, aber auch gegen Industrielle, wohlhabendere Gewerbetreibende, reichere Bauern, Angehörige der freien Berufe, Lehrer und Geistliche („Aktion *Intelligencija*“). Diesen willkürlichen Mordaktionen fielen insgesamt mehr als 7000 Deutsche zum Opfer. Zentren von Massenhinrichtungen waren Werschetz (Vršac), Groß-Betschkerek (Zrenjanin), Groß-Kikinda (Velika Kikinda), Pantschowa (Pančevo), Homolitz (Omoljica), Mramorak, Kubin (Kovin), Karlsdorf (Banatski Karlovac), Deutsch-Zerne (Nova Crnja) und Startschowa (Starčevo) im Banat, Filipowa (Bački Gračac), (Bačka) Palanka, Alt- und Neuwerbaß (Stari i Novi Vrbas), Kischker (Bačko Dobro Polje) und Hodschag (Odžaci) in der Batschka sowie Semlin (Zemun) und Ruma in Syrmien.<sup>2701</sup>

Der Bäcker Johann Fischer aus Kubin (Kovin) schilderte in seinem ausführlichen maschinenschriftlichen Bericht vom 19. Juli 1947 die Rückeroberung des südlichen Banats seitens der Partisanen und die verbrecherischen Übergriffe auf die deutsche (und serbische) Zivilbevölkerung:

„[...] Am 1. 10. 1944 drangen die Partisanen in Kovin ein. Auf Grund von Denunziation wurden Deutsche aus ihren Wohnungen geholt und verhaftet, aber auch auf der Straße wurden Deutsche festgenommen. In der ersten Zeit der Rache wurden auch auf offener Straße Menschen erschossen. [...] Am 3. 10. wurden auch 20 Personen auf offener Straße verhaftet. Sie wurden mit dem Arm an Bäumen oder an Lichtmasten angebunden und von den Partisanen zuerst mit Holzscheiten geschlagen. Nachher wurden sie erschossen. Man schlug und schoss so lange auf sie, bis ihre Körper völlig zerfetzt waren. [...]

In der Bürgerschule wurde ich dem Partisanenhauptmann Trintscha vorgeführt. Vor ihm brach ich auf dem Fußboden zusammen, er versetzte mir mit den Stiefeln einige Fußtritte und befahl, mich in den Keller zu führen, dort möge ich krepieren, sagte er. Ich war der erste im Keller. Bis zum Tagesanbruch waren dann 35 Personen in den Keller geworfen worden. Unter diesen befanden sich auch 2 Frauen, auch der Abgeordnete Aron Nikolic und sein Bruder Slavko Nikolic, auch die Postexpediteurin Ljubica Gulubic, ferner die Stationschefin vom Bahnhof Kovin, auch der älteste Pfarrer von Kovin, Velja. All die Menschen waren ebenso wie ich schwer verprügelt worden, hatten blutunterlaufene Augen, Verletzungen, vielen waren die Haare ausgerissen. [...] Etwa zur gleichen Zeit brachte man den zweiten Bürgermeister von Kovin, Sava Gulubic. Seine

<sup>2701</sup> WEHLER, Nationalitätenpolitik, 80-82; Verbrechen an den Deutschen in Jugoslawien, 100-120. Aber nicht nur Deutsche und Magyaren hatten die Rache der siegreichen Partisanen zu fürchten, auch Serben, Kroaten und Slowenen selbst. Als die Partisanen auf ihrem Einmarsch nach Belgrad nicht nur auf Jubelrufe, sondern auch auf Widerstand stießen, sollen sie unter der noch immer königstreuen serbischen Bevölkerung ein Blutbad angerichtet haben. Diese Massaker stellten den Auftakt zu weiterem Terror in den anderen „befreiten“ Gebieten dar. – Nineteenth Century and After, London, [Anfang Mai 1945]; vgl. Tagespost, Graz, 8.5.1945, S. 2; Partizanski zločini u Srbiji 1944-45: 150.000 neznanih grobova [Verbrechen der Partisanen in Serbien 1944-45: 150.000 unbekannte Gräber], in: Pogledi (Kragujevac), 2 (Juni 1991).

Hände waren mit Draht gefesselt. In die Handfesseln wurde ein Stock gesteckt und umgedreht, dass sich alles zusammenzog. Gulubic schrie furchtbar und wurde mit Rippenbruch, Schlüsselbeinbruch usw. im halbtoten Zustand auch in den Keller geworfen. [...]

In der Nacht vom 8. 10. auf den 9. 10. wurden zum Beispiel 10 Personen aus dem Keller weggeführt und vor das Haus des Josef Schneider gebracht, wo sie niederknien mussten und erschossen wurden, und zwar folgende Personen: Josef Schneider – Bauer, Karl Kucht – Lehrer, Franz Filtschek – Fabrikant, Josef Mert – Spenglermeister, Mauriz Nees – Bauer, Lorenz Grikel – Bauer, Heinrich Marz – Bildhauer, Josef Schwefelbauer – Gutsbesitzer, Lorenz Nikisel – Großgrundbesitzer, Josef Santabona – Maurermeister. [...]

Wir wurden nachher in das Gemeindehaus geführt. [...] Dort wurden wir dann in einen großen Saal gebracht, dort waren 20 Partisanen, die über uns herfielen und uns verprügelten [...]. Ein Mädchen aus Franzfeld, Banat, namens Elisabeth Schessler, wollte in seiner Verzweiflung Selbstmord begehen, sie sprang aus dem Fenster vom Saal in einen 20 Meter tiefen Brunnen. In diesem befand sich aber nicht viel Wasser, und das Mädchen konnte daher wieder lebend geborgen werden. Sie wurde wieder in den Saal gebracht und später in einen anderen Raum mit einem Draht gefesselt, an einer Tür hochgezogen, mit dem linken Fuß nach oben. Mit einem Fleischhauerbeil wurde sie dann hingerichtet, indem man ihren Körper entzwei spaltete. Ihre Leiche wurde auf den Schindfriedhof gebracht. Die Partisanen schlachteten auf ähnliche Weise mehrere Frauen und Mädchen ab. [...]

Am 16. 10. wurden wir aus dem Gemeindeamt wieder in das Schulgebäude zurückgebracht. [...] In das Schulgebäude waren inzwischen viele verhaftete Deutsche gebracht und in verschiedene Zimmer eingesperrt worden. Am 16. 10. um 10 Uhr abends holte man etwa 130 Verhaftete aus den Zimmern. Sie wurden von den Partisanen in den Gängen furchtbar geschlagen. Viele erhielten Knochen- und Beinbrüche und blieben blutüberströmt auf dem Boden liegen. Diejenigen, die noch gehen konnten, wurden in der Nacht entkleidet, gefesselt und völlig nackt auf den Schindanger geführt, wo sie hingerichtet wurden. Jene aber, die nicht mehr gehen konnten, wurden mit Fesseln umwickelt und auf den Wagen geworfen. [...] Auch dieser Wagen ging zum Schindanger hinaus, wo die Misshandelten, die noch nicht tot waren, erschlagen oder erschossen und eingegraben wurden. [...]

Ihr Blutrausch trieb diese Mordgesellen an den Rand des Wahnsinns. Sie begannen auch die serbische Bevölkerung und andere Partisanengruppen zu überfallen. Man sperrte sie deshalb als gemeingefährliche Geistesranke in die Irrenanstalt von Kovin ein. Bei einer Gelegenheit brachen sie aber aus, drangen in den Ort Kovin ein und überfielen wieder die Zivilbevölkerung. Sie wurden jedoch überwältigt und festgenommen, und einige von ihnen, die Blutrünstigsten, wurden in Kovin selbst hingerichtet. [...]

Am 18. 10. wurden wir 12 Männer dann aus dem Schulgebäude nach Dunavac geführt. Dort befanden sich schon ungefähr 40 Personen, Frauen, Kinder und Männer. Die Mütter mussten ihre Kinder in Teer eintauchen, wenn sie sich weigerten, mussten andere dies tun. Hierauf mussten diese Menschen sich dann gegenseitig in Teer eintauchen und sich beschmieren. Die elf Männer, die mit mir aus dem Schulgebäude kamen, mussten diese Menschen fesseln und die Gefesselten dann in eine Gruppe zusammenbinden. Ich selbst ging etwas abseits, um den mir bekannten Wagnermeister Ernö Kis, der sich aus Verzweiflung erhängt hatte, abzuschneiden. Als ich zurückblickte, merkte ich, dass der in Teer getauchte und zusammengebundene Menschenknäuel in Brand gesteckt worden war. [...] Solche Verbrennungen lebender Menschen kamen öfter vor. Man brachte gefesselte, in Teer getauchte Menschen in Kähne, zündete sie an und stieß dann die Kähne in die Donau, wo sie dann als brennende Fackeln weiterschwammen. [...]

Unter anderem wurde ein ganzer Eisenbahnzug, der zwischen Dolovo und Mramorak unterwegs war, von den Partisanen angehalten. Sämtliche Insassen des Zuges wurden ausgeraubt, entkleidet und nach Brza Vrba gebracht, wo sie hingerichtet wurden, und im Flugsand verscharrt. [...]

Etwa am 3. 11. 1944 kam aus der Richtung Bela Crkva, Grebenac, Jasenovo ein Treck mit etwa 700 Personen, 73 Pferden und 9 Pferdewagen, um in Richtung Kovin zu flüchten. Etwa 700 Meter von Dolina Stanka suchten sie Schutz in einem sehr tiefen Flugsandtalkessel, um abzuwarten, bis die Partisanen vorüber waren. Sie wurden aber von den Partisanen gesichtet, eingekreist und vernichtet. Die Leichen wurden ausgeraubt und blieben unbeerdigt im Tal liegen. [...]<sup>2702</sup>

In der Dreilaufergasse in Werschetz (Vršac) sollen als Vergeltung für die Tötung eines sowjetischen Majors über 100 deutsche Bürger erschossen worden sein.<sup>2703</sup>

Der gebürtige Untersteirer Dr. Wilhelm Neuner, Oberlandesgerichtspräsident in Groß-Betschkerek, schilderte nach dem Krieg in Graz seinem Sohn die Oktobertage 1944:

„Die erste, aus einheimischen Serben in Groß-Betschkerek gebildete Regierung, in welcher sich auch Angehörige des gesetzmäßigen jungen Königs Peter, dem Sohne Alexanders, befunden hatten, war der Masse der zurückgebliebenen Deutschen nicht schlecht gesinnt. Am 10. Oktober 1944, [ein] paar Tage nach dem Abzug der Sowjettruppen, hatte jedoch die oberste Führung der jugoslawischen Partisanen, welche mit der Entwicklung im Banat unzufrieden war, [...] einen starken Verband kommunistischer Partisanen aus Syrmien in das Banat geschickt. Gleich nach ihrem Eintreffen haben diese in Groß-Betschkerek den deutschen Stadtteil abgesperrt. Partisanenabteilungen gingen von Haus zu Haus. Alle Männer mussten sich legitimieren und jeder, welcher deutscher Volkszugehörigkeit war, wurde abgeführt und sogleich ohne Verfahren und ohne Grund im serbischen Stadtteil erschossen. Über 300 deutsche Zivilpersonen wurden so auf einmal grundlos getötet.“<sup>2704</sup>

Dr. Neuner, der nicht nur Slowenisch, sondern auch fließend Serbisch und Ungarisch sprach, hatte schon in einer früheren Dokumentation sein persönliches Schicksal in Groß-Betschkerek geschildert:

„[...] Auch ich wurde von diesen landfremden Partisanen auf die Gasse geführt, und nach der Feststellung meiner deutschen Nationalität wurde ich vom Kommando der Partisanen zum Tode verurteilt. Das Urteil wurde nicht begründet und bestand nur aus drei Worten und zwar aus: ‚Fesseln und erschießen!‘ Sogleich wurde ich gegen den serbischen Stadtteil getrieben, in welchem die Erschießungen laufend erfolgten. Mein Glück war es jedoch, dass ich mit einem 84jährigen Greis namens Gelsing, welcher in der Nachbarschaft wohnte, zusammengetrieben worden bin. Wir waren mit Draht aneinander gebunden. Dieser konnte infolge des hohen Alters, trotz der vielen ununterbrochenen Gewehrkolbenstöße, die wir beide unterwegs bekommen hatten, plötzlich nicht weitergehen. Verärgert darüber machten die grausamen Partisanen Anstalten, ihn auf der Stelle zu erschießen. Wir wurden voneinander getrennt. Mein Leidensgenosse wurde liquidiert, ich aber habe in diesem Augenblick mich durch Flucht retten können, obwohl mir

<sup>2702</sup> Maschinenschriftlicher Bericht des Bäckers Johann Fischer aus Kubin (Kovin, Banat, Jugoslawien) vom 19. Juli 1947 (mit eigenhändiger Unterschrift), in: Vertreibung und Vertreibungsverbrechen, 299-305.

<sup>2703</sup> Dragi BUGARČIĆ, Sporedna ulica (Beograd 2010, übersetzt von Goran Miletić: „Dreilaufergasse“).

<sup>2704</sup> Walter Neuner, Dr. Wilhelm Neuner – Biographie, in: Der Untersteirer 4/2009, 7.

nachgeschossen wurde. Ich eilte sofort in das Regierungsgebäude der Stadt, um beim Kommissar für Innere Angelegenheiten gegen die Erschießungen zu protestieren. Ich erfuhr, dass die Erschießungen der Deutschen ohne Wissen des Innenministers stattfänden, und noch als ich ihm meine Beschwerde über die eben erfolgten Liquidierungen [als] gegen die Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung (Verbrechen gegen die Menschlichkeit) [verstoßend, Erg. Suppan] vortrug, trat auch schon der Kommandant der Partisanen in dasselbe Zimmer und enthob auch ihn seines Amtes. Womit die königstreue Zivilverwaltung durch die linksfaschistischkommunistische [sic!] Militärregierung abgelöst war.<sup>2705</sup>

Die deutsche Bevölkerung in Neusatz wurde am 23. Oktober 1944 – gleich nach dem Einzug von Partisaneneinheiten in die Stadt – gezwungen, ihre Häuser und Wohnungen zu verlassen. Sofort begann auch die Enteignung und Internierung der deutschen Bevölkerung. Zuerst wurde sie in die Gebäude der Flottilie gebracht, von wo in der Nacht Gruppen zum Schlachthaus neben der Donaubrücke geführt wurden – zum Erschießen. Zwischen dem 2. und 4. Dezember 1944 wurden dann die überlebenden Deutschen in zwei Gruppen aufgeteilt: Die „Arbeitsfähigen“ blieben in den lokalen Lagern der Flottilie oder wurden aus den Hallen der Tabakfabrik in das zentrale Zivillager in Neusatz verlegt, das sich im Sumpfgebiet der Donau befand. Die alten Leute und die Kinder aber wurden in das Lager von Bački Jarek deportiert.<sup>2706</sup>

Der katholische Kaplan Paul Pfuhl aus Filipowa im Bezirk Hodschag berichtete, dass zwar die Rote Armee an seinem Dorf vorbeimarschiert sei, da es nicht an einer Hauptstraße lag, dass aber die Partisanen und Partisaninnen mit Plünderungen und der standrechtlichen Erschießung einer Frau begonnen hätten. Am 25. November 1944 hätten die Partisanen das ganze Dorf umzingelt und alle Männer und Burschen zwischen 16 und 60 Jahren zum Appell vor dem Gemeindehaus zusammentrommeln lassen. Von etwa 350 Männern und Burschen seien nach langwieriger Bestandsaufnahme schließlich 240 Männer und Burschen aus dem Dorf weggeführt worden, von denen man „nie mehr wieder“ gehört habe. Später erfuhr man, dass sie etwa 5 km vom Dorf entfernt „auf grausamste Weise niedergemetzelt“ worden seien. Ähnliches sei mit 180 Männern in Hodschag geschehen. Was für den Kaplan am „verabscheuungswürdigsten“ war: Die Opfer waren „die furchtbarsten Auswirkungen menschlicher Rachsucht“.<sup>2707</sup>

Die Monate Oktober und November 1944 standen auch nach den Berichten der jugoslawischen Militärverwaltung im Zeichen der Verfolgung, Verhaftung, Verurteilung und vielfach auch Ermordung von überwiegend donauschwäbischen und magyrischen Kriegsverbrechern, Kollaborateuren und „Volksfeinden“. Eigentlich hätten die Organe der Militärverwaltung und der Volksbefreiungsausschüsse nur in jenen Ortschaften eigenständig Jagd auf „volksfeindliche Elemente“ machen dürfen, wo keine OZNA-Einheiten stationiert waren. Dennoch scheinen auch lokale Verbände der „Volksmiliz“ (*Narodna milicija*) besonders in den ersten Wochen nach der Machtübernahme eigenmächtig Verhaftungen, Verhöre, Misshandlungen und Tötun-

<sup>2705</sup> Völkermord der Titopartisanen 1944-1948 (Hartmann Verlag, Sersheim o. J.).

<sup>2706</sup> OZER, Beitrag der Deutschen, 167.

<sup>2707</sup> Dokumentation der Vertreibung V, Dok. Nr. 41, 261-273.

gen vorgenommen zu haben. Denn nach Evidenzbüchern der erschossenen Kriegsverbrecher 1944/45 wies die OZNA vorerst „nur“ 1549 Personen für die Batschka (mit mehrheitlich ungarischen Namen) und 180 für den Banat aus. Der Chef der II. Abteilung der OZNA für die Vojvodina meldete allerdings im Jahre 1946 insgesamt 5025 inhaftierte und 9668 erschossene Personen, davon 6763 Deutsche, 1776 Magyaren, 436 Kroaten (*Ustaše*) und 693 Übrige (Russen, Tschechen, Slowaken, Rusini, Bunjevci usw.).<sup>2708</sup> – Vergleicht man die Zahl von 6763 erschossenen Deutschen mit der von der Donauschwäbischen Kulturstiftung erhobenen Zahl von 7199 ermordeten Donauschwaben (außerhalb der Konzentrationslager), so ergibt sich in diesem Fall die eher seltene Parallelität von dokumentierten Totenverlusten.<sup>2709</sup>

In der „Dokumentation der Vertreibung“ wurde mit dem Stand vom 31. Oktober 1944 noch folgender Soll-Bestand an donauschwäbischer Bevölkerung angenommen: 128.000 für den Banat, 186.000 für die Batschka, 53.000 für Syrmien und 16.000 für die Baranya. Diese Zahlen konnten keinesfalls mehr zugetroffen haben, da die Flucht- und Evakuierungsaktionen schon im Gange waren. Von diesen 383.000 Donauschwaben sollen knapp 200.000 nicht geflüchtet und nicht evakuiert worden sein. Berechnungen und Zählungen aus den 1990er Jahren korrigierten diese Angaben und stellten Flucht oder Evakuierung von etwa 225.000 Donauschwaben fest, so dass lediglich 160.000 in der Heimat zurückgeblieben seien. Die jugoslawische Militärverwaltung führte ihrerseits im November/Dezember 1944 eine Bevölkerungserhebung durch, nach der in der Vojvodina nur mehr 100.655 Donauschwaben festgestellt worden seien: 45.071 im Banat, 51.097 in der Batschka und in der Baranja sowie 4486 in Syrmien. Selbstverständlich wurden die etwa 7000 im Oktober/November 1944 erschossenen Donauschwaben nicht mehr mitgezählt, vermutlich auch nicht mehr die etwa 12.000 zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion Deportierten. Der Statistikrat von Apatin vermutete aber auch, „dass sich viele, besonders aus der Intelligenzschicht (Lehrer, Anwälte, Ärzte, Händler, Handwerker und auch einige Landbesitzer), anlässlich der letzten, von der Ortskommandantur durchgeführten Zählung als Magyaren deklarierten“. Und der Statistikrat aus Sombor bestätigte: „Die Deutschen wollen nun die Domanie ihrer ‚höheren Rasse‘ verlassen und ändern ihre Nationalität und werden zu Magyaren, weil die Magyaren weniger verfolgt werden.“<sup>2710</sup>

<sup>2708</sup> Knjiga evidencije streljanih ratnih zločinaca 1944.-1945., in: Arhiv Vojvodine, F-183, zitiert nach: PORTMANN, Vojvodina, 90f.; vgl. KASAŠ, Mađari u Vojvodini, 160; šef II. otseka OZN-e za Vojvodinu [Unterschrift unleserlich], 1946, in: Partizanska i komunistička represesija, dok. 110. Der Bericht enthält auch genauere Daten für die Batschka und den Banat sowie für die Städte Subotica, Novi Sad und Petrovgrad/Zrenjanin. Veröffentlicht ist aber lediglich eine genauere Aufstellung für Syrmien: Demnach sollen von den 985 „Liquidierten“ 454 Mitglieder des „Kulturbundes“ gewesen sein, 75 Mitarbeiter der Gestapo, 21 Angehörige der SS, 340 *Ustaše*, 19 Polizeiaagenten, 31 Polizisten, 4 Nedić-Anhänger, 3 Weißgardisten, 2 *Domobrani*, 11 Hochverräter und 6 Gendarmen.

<sup>2709</sup> Vgl. Verbrechen an den Deutschen in Jugoslawien, 117-120, 313.

<sup>2710</sup> Dokumentation der Vertreibung V, 88 E, 123 E; Verbrechen an den Deutschen in Jugoslawien, 66; PORTMANN, Vojvodina, 153f.

Neben den Verfolgungsmaßnahmen gegen die Deutschen, die von den Serben in der Vojvodina durchaus begrüßt wurden, gab es ähnlich scharfe Maßnahmen „nur“ gegen die Magyaren und die „weißen“ Russen. Vor allem im Oktober und im November 1944 kam es zu einer regelrechten serbischen „Vendetta“ gegen Magyaren in den ehemaligen Partisanengebieten von Novi Sad, Temerin, Žabalj, Čurug und Mošorin. Aber auch in Ada, Mol, Bačko Petrovo Selo, Stari Bečej, Srbobran, Kula, Bačka Topola, Subotica und Sombor gab es Massenmorde an Magyaren, im Banat in Pančevo, Kikinda und Petrovgrad/Zrenjanin. Im Banat machte die OZNA in erster Linie Jagd auf Funktionäre des „Banater Ungarischen Kulturvereins“ (*Bánáti Magyar Közművelődési Szövetség*) und magyarische Angehörige der deutschen Hilfspolizei, in der Batschka auf Mitglieder der Pfeilkreuzler, Beamte der Besatzungsverwaltung und Persönlichkeiten des „Südungarischen Kulturvereins“ (*Délvidéki Magyar Közművelődési Szövetség*). Nach einem zentralen OZNA-Bericht sollen in der Vojvodina 1776 Magyaren erschossen worden sein, während die Kriegsverbrecherkommission für die Vojvodina insgesamt 2884 magyarische Kriegsverbrecher und 79 „Volksfeinde“ registrierte, von denen nach 1945/46 ebenfalls eine ganze Reihe hingerichtet wurden.<sup>2711</sup>

Über die Zahl der 1944/45 in der Vojvodina gewaltsam zu Tode gekommenen Magyaren herrscht bis heute Unklarheit. Bereits die in Debrecen ausgerufene Provisorische Ungarische Regierung ließ im Jänner 1945 eine Datenerhebung durchführen, die 20.000-40.000 Opfer ergab. József Kardinal Mindszenty sprach im Jahre 1946 ebenfalls von 40.000 magyarischen Todesopfern. Sándor Kaszás und Enikő Sajti reduzierten die Opferzahl auf Grund eigener Berechnungen auf 5000-20.000. Nach dem Sturz des Milošević-Regimes im Oktober 2000 richtete die Landesversammlung der Autonomen Provinz Vojvodina einen „Landesausschuss für Gerechtigkeit und Versöhnung“ in der Vojvodina ein, der auch nach Auslaufen des Mandats im Herbst 2004 seine Arbeit fortsetzte und bis Ende 2008 eine neubändige Dokumentation mit Namensregistern erstellte. Für die Gebiete Banat, Batschka, Baranya und Syrmien wurde für den Zeitraum von 1941 bis 1948 eine Zahl von 86.881 Opfern erhoben, davon mehr als 40.000 Serben, 20.000 Deutsche, 15.000 Juden, 5000 Magyaren, 2700 Kroaten und 1000 Slowaken. Unter den Opfern sollen etwa zwei Drittel Männer und Knaben bzw. ein Drittel Frauen und Mädchen gewesen sein, wobei das Geschlechterverhältnis bei den Serben 80:20, bei den Deutschen 60:40, bei den Juden 50:50 und bei den Magyaren 90:10 betragen haben soll. Während die meisten Männer zwischen 20 und 35 Jahren alt waren, stellten bei den Frauen jene zwischen 60 und 70 die größte Opfergruppe.<sup>2712</sup>

<sup>2711</sup> Bericht des Chefs der II. Abteilung der OZNA für die Vojvodina [1946], in: Partizanska i komunistička represija, dok. 110; ZEČEVIĆ – POPOVIĆ, Državna komisija, 44. Besonders gnadenlos soll sich die Petőfi-Brigade verhalten haben, die überwiegend aus ungarischen Kommunisten bestand.

<sup>2712</sup> KASAŠ, Mađari u Vojvodini, 160; ENIKŐ A. SAJTI, Délvidék, 1941-1944: A magyar kormányok detszlav politikaja (Budapest 1987); DRAGOLJUB ŽIVKOVIĆ, Stradanje Vojvodana 1941-1948. Na putu ka istini (Novi Sad 2009); TIBOR CSERES, Titoist atrocities in Vojvodina 1944-1945. Serbian

Nach der Einführung der Militärverwaltung wurden parallel zu den „Volksdeutschen“ auch Zehntausende Magyaren – Ekkehard Völkl nennt 30.000 Personen – inhaftiert, interniert und zur Zwangsarbeit eingeteilt. Zu einer größeren Fluchtbewegung oder zu einer Vertreibungsaktion von Magyaren scheint es aber nicht gekommen zu sein, denn die erste Zählung seitens der Militärverwaltung im Herbst 1944 ergab (ohne Syrmien) mit nahezu 387.000 Personen sogar um 16.000 Magyaren mehr als bei der Volkszählung von 1931. Auch unter Berücksichtigung von zahlreichen Deutschen, die sich nun als Magyaren ausgaben, und von Magyaren, die sich als Südslawen (vor allem Bunjevci) ausgaben, lässt der Zahlenvergleich keine dramatischen Veränderungen erkennen.<sup>2713</sup>

Dies hatte vor allem damit zu tun, dass die Militärverwaltung – ganz offensichtlich auf einen politischen Wink vom Politbüro – bereits Ende November 1944 ihre Kommandanturen zu einem differenzierteren Verhalten gegenüber den Magyaren anwies:

„Das Vorgehen gegen die Magyaren sollte sich danach richten, wie sie sich den slawischen Einwohnern gegenüber verhalten haben. Es soll unterschieden werden zwischen sauberen [Magyaren, Erg. Portmann] und solchen, die sich verräterisch gegenüber der slawischen Bevölkerung der Bačka, der Baranja und des Banats verhalten haben. Alle Magyaren, die den deutsch-ungarischen Okkupator in den Pogromen unterstützt oder an ihnen teilgenommen haben, sollen zusammen mit den Deutschen in Lager eingewiesen werden, und alle antifaschistischen Magyaren, besonders aus Gebieten, wo sie sich korrekt unseren Einwohnern gegenüber gezeigt haben und diejenigen, die sich freiwillig in unsere Volksbefreiungsarmee melden, sollen in unsere Einheiten eingewiesen werden.“<sup>2714</sup>

Nach dieser Anweisung sollten auch Magyaren, die nicht in die Kategorien Kriegsverbrecher und Volksfeinde fielen, sofort aus den Lagern entlassen werden und in ihre Häuser zurückkehren dürfen. Dies geschah tatsächlich bereits am 6. Dezember 1944 mit 474 magyarischen Zivilisten aus dem Lager Sombor. Aber auf Verlangen der serbischen Bewohner von Žabalj, Čurug und Mošorin wurden dennoch die meisten Magyaren aus dem Šajkašer Bezirk – in dem im Jänner 1942 die „Razzia“ durchgeführt worden war – in das Konzentrationslager Bački Jarak deportiert, so dass sich dort im Sommer 1945 noch immer 3632 Magyaren, davon 2407 Frauen und 1225 Männer, befanden. Auch der inoffizielle Besuch des Generalsekretärs der ungarischen KP bei der KP-Führung der Vojvodina und bei Tito

---

Vendetta in Bacska (Toronto 1993) 9, 38, versuchte die Zahl von 40.000 magyarischen Opfern zu bestätigen. – Der Landesausschuss für Gerechtigkeit und Versöhnung verwarf das Prinzip der kollektiven Verantwortung und erforschte ohne Rücksicht auf Täter und Opfer die Daten der gewaltsam zu Tode Gekommenen. Aus Geldmangel wurde die Arbeit Ende 2008 nur vorläufig abgeschlossen, sodass nur 10 Kopien und 120 CDs vorliegen. Vgl. Imenika stradalih stanovnika AP Vojvodine 1941-1948, 9 Bde. (Novi Sad 2008).

<sup>2713</sup> VÖLKL, Westbanat, 189; Podaci o stanoništvu Bačke 1945, AV, F-205, zitiert nach: PORTMANN, Vojvodina, 169; SUPPAN, Jugoslawien, 672.

<sup>2714</sup> Befehl GM Rukavina an die Militärgebiete, 20. November 1944, in: AV, F-120.69, zitiert nach: PORTMANN, Vojvodina, 173.

im Jänner 1945 konnte dies nicht ändern, immerhin aber weitere Internierungen verhindern.<sup>2715</sup>

Die „weißen“ Russen waren hingegen eine Gruppe von Migranten, die nach der Oktoberrevolution und dem Bürgerkrieg nach Jugoslawien geflüchtet war. In Kooperation mit der Roten Armee und dem NKVD wurden alle Angehörigen dieser Gruppe zusammengefasst und in die Sowjetunion deportiert – mit ungewissem Schicksal. Die magyarische und rumänische Minderheit im jugoslawischen Banat wurde hingegen von den jugoslawischen Autoritäten relativ schnell toleriert und ihre Jugend bald in die Volksbefreiungsarmee eingezogen.<sup>2716</sup>

### Deportationen von Donauschwaben in die Sowjetunion

Es ist bis heute nicht bekannt, ob bei den Verhandlungen zwischen Stalin und Tito im September 1944 die Frage einer Zwangsdeportation von volksdeutschen Arbeitskräften in die Sowjetunion eine Rolle gespielt hatte. Man darf vermuten, dass die Auslieferung der donauschwäbischen Arbeitskräfte eine Art jugoslawische Gegenleistung für die „Mithilfe“ der Roten Armee – eigentlich erbrachten die Sowjetarmeen die Hauptarbeit – bei der Befreiung Serbiens dargestellt hat. Es ist kaum anzunehmen, dass Tito die Erfüllung dieser Stalin'schen Forderung schwerfiel, eröffnete sie doch die Möglichkeit, nach dem AVNOJ-Enteignungsbeschluss von 21. November 1944 die radikale Lösung des deutschen Problems mit internationaler Unterstützung fortzuführen. Nachdem Stalin am 16. Dezember 1944 die vom Volkskommissar für Innere Angelegenheiten, Lavrentij P. Berija, ausgearbeiteten Vorschläge für die Inanspruchnahme von „volksdeutscher Arbeitskraft“ in Südosteuropa bestätigt hatte, begann der NKVD unter dem Kommando von Generalmajor Michail A. Zapevalin in der katholischen Weihnachtszeit mit der „Mobilisierung und Überweisung“ deutscher Arbeitskräfte in die Sowjetunion. Der Oberste Stab der Volksbefreiungsarmee wies Generalmajor Rukavina an, Zapevalin „in allen Bereichen entgegenzukommen“.<sup>2717</sup>

So begannen die Deportationen schlagartig in den Weihnachtstagen 1944 und wurden bis Anfang Jänner 1945 durchgeführt. Den jüngeren Frauen und Männern wurde vom Gemeindediener per Trommelschlag mitgeteilt, dass sie sich im Gemeindegemeindehaus zu melden und Kleider und Lebensmittel für 14 Tage mitzubringen hätten.

<sup>2715</sup> Bericht der Gebietskommandantur Sombor, 15. Dezember 1944, in: IAS, F-168, broj 633; vertrauliche Tagesmeldung des KNOJ an die OZNA, 7. Februar 1945, AVII, kut. 222, fasc. 1/III, dok. 38/3, zitiert nach: PORTMANN, Vojvodina, 173f.

<sup>2716</sup> OSS Research and Analysis Branch, Field Memorandum 145 (FR-254), 2 February 1945, Report on the Situation in the Banat, Belgrade, 14 January 1945 – HIA, Wayne S. Vucinich papers, box 1; M. MATUSKA, A megtorlás napjai, Budapest 1991; KOCIS, Ethnic Geography, 153.

<sup>2717</sup> WEHLER, Nationalitätenpolitik, 82f. Vertraulicher Brief des Obersten Stabes der Volksbefreiungsarmee an GM Rukavina, 26. Dezember 1944, Arhiv Vojvodine, F-170.88, zitiert nach: PORTMANN, Vernichtung, 326.

Kommissionen des jugoslawischen Militärregimes in der Vojvodina waren für die Aushebung der arbeitsfähigen Jahrgänge der deutschen Bevölkerung – der Männer zwischen 17 und 45, der Frauen zwischen 18 und 30 bzw. 40 Jahren – zuständig und brachten sie zu Sammelstellen, die sich in den Städten mit günstigen Eisenbahnan-schlüssen befanden: Werschetz (Vršac), Pantschowa (Pančevo), Groß-Betschkerek (Veliki Bečkerek) im Banat, Neusatz (Novi Sad), Apatin, Zombor (Sombor), Maria-Theresiopel (Subotica) und Baja in der Batschka. Dort erfolgte eine auch ärztliche Musterung durch sowjetische Militärkommissionen. Kranke, Mütter mit Säuglingen, Schwangere und Behinderte wurden zwar zurückgestellt, junge Mütter mit Kleinkindern mussten aber diese bei den Großmüttern oder fremden Leuten zurücklassen. Jugoslawische Organe halfen bei der Verladung und beim Abtransport der Deportierten. So ging etwa am 28. Dezember 1944 ein Transportzug von rund 1500 Frauen und Männern von Apatin ab, am 29. Dezember 1944 ein Transportzug von 1200 bis 1300 Frauen und Männern von Zombor, am Neujahrstag 1945 ein Transportzug von etwa 1400 Frauen und Männern von Hodschag (Odžaci), am 7. Jänner 1945 ein Transportzug von rund 1600 Frauen und Männern von Pantschowa.<sup>2718</sup>

Auf Grund zahlreicher personenbezogener Recherchen der Donauschwäbischen Kulturstiftung steht mit großer Sicherheit fest, dass zwischen dem 29. Dezember 1944 und dem 6. Jänner 1945 etwa 12.000 donauschwäbische Frauen und Männer in die Sowjetunion deportiert wurden, davon etwa 8000 Frauen im Alter zwischen 18 und 35 Jahren und 4000 Männer im Alter zwischen 17 und 45 Jahren. Neben den Schwerkranken wurden lediglich hochschwangere Frauen und Mütter mit Kindern unter zwei Jahren ausgenommen. Die für arbeitsfähig befundenen und zum Abtransport bestimmten Donauschwaben wurden in der Regel aufgefordert, in ihrem Gepäck Nahrungsmittel für drei Wochen mitzunehmen. Je vier Transportzüge – bestehend aus bis zu 45 Güterwaggons mit je bis zu 45 Personen – aus der Batschka und dem Banat verfrachteten diese Menschen zur Zwangsarbeit in die Erz- und Kohlenreviere sowie die Industriegebiete der Ukraine. Die Züge fuhren aus Zombor, Apatin, Kula, Hodschag, Groß-Betschkerek, Groß-Kikinda, Pantschowa und Werschetz ab, liefen über Rumänien, mussten an der sowjetischen Grenze auf die Breitspur umgeladen werden und kamen nach etwa 20-tägiger Fahrt u. a. in Krivoj Rog, Dnepropetrovsk, Stalino und Charkov an. Der Transport erfolgte per Güter- bzw. Viehwaggon, wobei in den Waggons meist nur Stroh, etwas Brennholz und alte Eisenöfen, manchmal auch Holzpritschen, vorhanden waren. In einem Waggon befanden sich zwischen 30 und 40 Deportierte, die hygienischen Verhältnisse waren unbeschreiblich. In Rumänien wurde den Deportierten bei Aufenthalten auf offener Strecke von der ländlichen Bevölkerung

<sup>2718</sup> Erlebnisbericht Hilda Kautzner aus Karlsdorf (Banatski Karlovac), Bezirk Weißkirchen (Bela Crkva) im Banat, 17. März 1958; Protokollierte Aussage des Landwirts S. L. aus Čonoplja, Bezirk Zombor (Sombor) in der Batschka, 2. April 1958; Erlebnisbericht der Schülerin E. K. aus Milititsch (Srpski Miletić), Bezirk Hodschag (Odžaci) in der Batschka, in: Dokumentation der Vertreibung V, 295f., 313-318, 338-344.

noch Brot und Speck gebracht, in der Ukraine gab es meist nur mehr trockenes Brot, manchmal Fleisch- und Fischkonserven. Den Deportierten wurden die Reiseziele oft erst beim Überschreiten der rumänisch-sowjetischen Grenze (meist bei Jassy/Iași) und mit der Umladung in sowjetische Waggons auf die sowjetische Breitspur klar. Wegen der Strapazen auf der durchschnittlich zwanzig Tage währenden Fahrt gab es zahlreiche Erkrankungen und vereinzelte Todesfälle.<sup>2719</sup>

Die Deportierten wurden überwiegend ins Industrieviertel des Donezbeckens gebracht, so in die Bezirke Stalino, Vorošilovgrad und Charkov, wo sie zur Schwerarbeit in Kohlenrevieren, Eisengießereien, Steinbrüchen, Sägewerken und im Holzschlag eingeteilt wurden. Russische Aufseher teilten manchen Deportierten mit, dass sie von den Serben für fünf Jahre an Russland zur Arbeit überlassen worden seien. Ein Lagerkommandant in Charkov bezeichnete gegenüber Arbeitsbrigaden aus Apatin den Wiederaufbau der Technischen Hochschule als deren Hauptaufgabe, nach deren Erfüllung sie in die Heimat zurückkehren könnten. In den mehrheitlich mit Frauen gefüllten Arbeitslagern mit Baracken wurde täglich in zwei Schichten zu zwölf Stunden gearbeitet, erst 1947 wurde auf drei Schichten zu je acht Stunden umgestellt. Da vor allem für die Frauen – die meist keinen Beruf hatten und daher nicht wie die Handwerker als Spezialisten eingesetzt wurden – verschiedene Arbeiten viel zu schwer waren, gab es unverhältnismäßig viele Unfälle. Die völlig unzureichende Ernährung bestand im Wesentlichen aus Boršč, einem Krautwasser ohne Fett, oder einer Wassersuppe mit Tomaten oder Gurken oder einer Mehlsuppe, auch gedünstem Kraut, etwas Kascha (ein Brei aus Kartoffeln, Graupen, Hirse oder Sojabohnen), ganz wenig Fett oder Fleisch, Kaffee oder Tee ohne Zucker und täglich 500 bis 1000 g saurem und nassem Roggenbrot, das nicht durchgebacken war. (Auch die russischen und ukrainischen Arbeiterinnen und Arbeiter wurden kaum besser gepflegt, der Kontakt durfte nur heimlich erfolgen.) Die Unterernährung führte sehr rasch zu Dystrophie, einer Krankheit, die es bis dahin unter den Donauschwaben nicht gegeben hatte und die sowohl äußerlich (dicke Köpfe, aufgeschwemmte Bäuche, dicke Füße) als auch am Verhalten (Streitsucht, Nörgeln, Neid) zu erkennen war. In den Lagern gab es viele Epidemien, vor allem Flecktyphus und Ruhr, die in den Jahren 1945-1947 laufend Todesopfer forderten. In manchen Lagern gab es Gottesdienste seitens ebenfalls deportierter katholischer Priester sowie Kulturgruppen und politische Schulungen durch „Antifa-Funktionäre“. Besonders gefürchtet waren die Verhöre durch die politischen Kommissare. Manchmal besuchten Kommissionen die Arbeitslager, ab und zu kamen auch amerikanische Besucher; an solchen Tagen gab es besseres Essen. In den Lagern stießen die donauschwäbischen Zwangsarbeiter auch auf Leidensgenossen aus Ungarn, Rumänien und Polen.<sup>2720</sup>

<sup>2719</sup> Verbrechen an den Deutschen in Jugoslawien, 85-90; vgl. Michael KRONER, *Deportation von Deutschen in die Sowjetunion. Zwangsarbeit in der sowjetischen Wirtschaft (1945-1949)*, (Eckart-Schrift 178, Wien 2005).

<sup>2720</sup> Erlebnisbericht Katharina Takatsch aus Kubin (Kovin), Bezirk Kubin im Banat, 15. Juli 1959; protokollierte Aussage der Fabrikarbeiterin Karolina Greifenstein aus Bulkes (Buljkes), Bezirk

Rund 2000 Deportierte dürften während der Zwangsarbeit in der Sowjetunion gestorben sein. Die ersten Entlassungen von Kranken erfolgten bereits Ende 1945 und führten zu dieser Teil nach Jugoslawien zurück, wo sie nicht willkommen waren.<sup>2721</sup> Die allgemeine Entlassung begann mit der Auflösung der Lager im Oktober/November 1949. Die „Rücktransporte“ wurden – nach Quarantäne – meistens über Frankfurt an der Oder in die DDR geleitet. Erst Ende Oktober 1949 wurden die Arbeitslager aufgelöst und die meisten Deportierten nach Deutschland abtransportiert.<sup>2722</sup>

### **Die kommunistische Militärverwaltung in der Vojvodina 1944/45<sup>2723</sup>**

Bereits Anfang Oktober 1944 – die Rote Armee war am 4. Oktober in Pančevo einmarschiert – hatte sich die Frage gestellt, welche Verwaltung im jugoslawischen Banat etabliert werden sollte. Die Partisanenbewegung hatte nur eine geringe Rolle gespielt, und in den Städten und Gemeinden gab es kaum serbische Persönlichkeiten, die in der Partisanenhierarchie eine höhere Position einnahmen. Die kurzfristig ernannten Vertreter in den Volksbefreiungsausschüssen besaßen nur wenig Autorität in der Bevölkerung. Andererseits betrachteten sich die Serben im Banat ihren Konnationalen in der Šumadija als wirtschaftlich und kulturell durchaus überlegen. Weisungen und Propagandamaterial aus Belgrad erreichten die Banater Dörfer nur sporadisch. Umso mehr lebte die Idee einer autonomen Vojvodina wieder auf. Unterstützung erhielten solche Überlegungen durch die relativ gute wirtschaftliche Situation. Denn der rasche Durchmarsch der Roten Armee hatte den Banat als relativ wenig zerstörte Provinz hinterlassen. Und die

---

Palanka (Bačka Palanka) in der Batschka, 21. April 1947; Erlebnisbericht Anna Wildmann aus Filipovo, Bezirk Hodschag (Odžaci) in der Batschka, April 1958, in: Dokumentation der Vertreibung V, 300-302, 309-313, 319-337.

<sup>2721</sup> Protokollierte Aussagen des Stellmachers J. S. und seiner Ehefrau aus Panschowa und der A. R. aus Ivanovo, Bezirk Panschowa, 1. August 1946, in: Dokumentation der Vertreibung V, 302-308. Der Bericht schildert nicht zuletzt auch die Irrfahrt auf dem schon am 23. Dezember 1945 angetretenen Heimtransport aus der Ukraine: Erholungslager in Focșani (Rumänien); Transport nach Budapest, weiter nach Wien, weiter nach Graz, weiter nach St. Gotthard (Szentgotthárd), weiter nach Wiener Neustadt, zurück nach Budapest, von dort nach Fünfkirchen (Pécs), zurück nach Budapest, weiter nach Kelebia; Lager in Subotica, zurück nach Kelebia; schließlich Transport von Ungarn nach Bayern. Die jugoslawische Grenzpolizei hatte den herumgeschobenen Donauschwaben mehrmals unmissverständlich deutlich gemacht, dass sie in Jugoslawien kein Brot mehr bekämen, unter Umständen sogar erschossen würden.

<sup>2722</sup> Erlebnisberichte Kautzner, Greifenstein und Wildmann, in: Dokumentation der Vertreibung V, 295-337.

<sup>2723</sup> Dieses Unterkapitel basiert wesentlich auf der überarbeiteten Dissertation von Michael PORTMANN, Die kommunistische Revolution in der Vojvodina 1944-1952 (Wien 2008) 149-163, dem ich an dieser Stelle für viele intensive Diskussionen und die Klärung mancher offener Fragen danke.

Deutschen hatten zwar ihre besten Tiere mitgenommen, aber die gute Ernte des Sommers 1944 kaum verwerten und exportieren können. Die Weizen- und Maisvorräte waren intakt geblieben, die Zuckerrüben- und Sonnenblumenernte hatte großteils gar nicht stattgefunden. Der Handel beschränkte sich jedoch weitgehend auf den lokalen Austausch von Gütern. Lediglich von Pančevo aus florierte der Handel nach Belgrad, wo die landwirtschaftlichen Produkte um ein Vielfaches teurer waren als in einem Banater Dorf. Freilich behinderten Minen und Treibeis in der Donau auch diesen Flusshandel. Ein Problem blieben schließlich auch die Wiederherstellung der Eisenbahnlinien und die Aufrechterhaltung der landwirtschaftlichen Industrien.<sup>2724</sup>

Trotz einer für jugoslawische Verhältnisse modernen Industrie- und Gesellschaftsstruktur hatte sich die KPJ in der Vojvodina vor 1941 nur auf eine schwache Parteiorganisation stützen können, die unter deutscher und ungarischer Okkupation weitgehend zerschlagen worden war. Lediglich in Syrmien konnten die Kommunisten gegenüber der *Ustaša*-Herrschaft zunehmend Einfluss gewinnen. Während die gut 7000 KP-Mitglieder im April 1945 etwa die soziale Gliederung der Bevölkerung widerspiegeln, gab es jetzt nach der nationalen Differenzierung ein eindeutiges Übergewicht an Serben. Sogar das Provinzkomitee der KPJ musste immer wieder „chauvinistische“ Verhaltensweisen in den Kreis-, Bezirks- und Ortskomitees feststellen, besonders in Parteiorganisationen mit vielen serbischen „Kolonisten“.<sup>2725</sup>

Viele Argumente sprachen also für die Einrichtung einer Militärverwaltung, sodass Marschall Tito am 17. Oktober 1944 tatsächlich den größten Teil der Vojvodina – den westlichen Banat, die Batschka und die Baranja – unter eine Militärverwaltung unter dem Kommando des kroatischen Generalmajors Ivan Rukavina stellte.<sup>2726</sup> Bereits einen Tag nach dem Befehl Titos erließ der Kommandant des Militärgebietes Banat, Oberstleutnant Srević, einen sehr umfangreichen Befehl, der sowohl massive Beschränkungen für die deutsche Bevölkerung als auch die Zusammenarbeit der Gebiets- und Ortskommandanturen mit der Roten Armee sowie die Kontrolle des gesamten Militärgebietes betraf. Zweifellos müs-

<sup>2724</sup> OSS Research and Analysis Branch, Field Memorandum 145 (FR-254), 2 February 1945, Report on the Situation in the Banat, Belgrade, 14 January 1945 – HIA, Wayne S. Vucinich papers, box 1.

<sup>2725</sup> Vgl. PORTMANN, *Vojvodina*, 133-149; Dimitrije BOAROV, *Politička istorija Vojvodine* (Novi Sad 2001); Carol S. LILLY, *Power and Persuasion: Ideology and Rhetoric in Communist Yugoslavia 1944-1955* (Boulder, Col. 2001).

<sup>2726</sup> Das Militärgebiet für die Batschka und die Baranja (*Vojna oblast za Bačku i Baranju*) umfasste die Gebietskommandanturen Subotica, Subotica Stadt, Novi Sad, Novi Sad Stadt, Stari Bečej und Beli Manastir; das Militärgebiet für den Banat (*Vojna oblast za Banat*) umfasste die Gebietskommandanturen Petrovgrad/Zrenjanin, Velika Kikinda, Pančevo und Vršac. Darunter agierten 36 Ortskommandanturen und 332 Militärposten. – AVII, Fond Vojna uprava za Banat, Bačku i Baranju, F-170, pred. 102, zitiert nach: PORTMANN, *Vojvodina*, 157-161. Leider kennen wir die Motive Titos nicht, weshalb er dieses sicherheitspolitisch heikle Kommando nicht einem serbischen, sondern einem kroatischen General übertrug.

sen Juristen diesen Befehl vorbereitet haben. Ausgangspunkt des Befehls war die Zerschlagung der deutschen Besatzungsmacht im Banat und die Vertreibung der deutschen Truppen aus dem Banat durch die Rote Armee und die Banater Partisanenabteilungen, deren Anteil aber nicht überschätzt werden sollte. Dies wird nicht zuletzt dadurch unterstrichen, dass – nach weitgehendem Abzug der Roten Armee in Richtung Batschka und Südostungarn – bei der Machtergreifung seitens der Volksbefreiungsorgane verschiedene Schwierigkeiten aufgetreten seien, für die „Anhänger des früheren faschistischen Regimes“ verantwortlich gemacht wurden, insbesondere „schwäbische Überreste, die bis gestern unser Volk getötet und ausgeplündert haben“. Obwohl sie mit eigenen Augen den Niedergang der Wehrmacht und des Hitler'schen Gewaltregimes beobachten konnten, versuchten sie weiterhin, so Militärkommandant Srević, ihr Haupt zu erheben und „ihre germanische Grausamkeit“ anzuwenden. Daher müssten die Einheiten der Volksbefreiungsarmee und andere Volksbefreiungsorgane entsprechende Maßnahmen zur Festigung, Ordnung, Verbesserung und Normalisierung des Lebens unseres Volkes“ setzen.<sup>2727</sup>

„I.

- 1) Ab heute, dem 18. Oktober 1944, wird in allen deutschen Ortschaften die Militärgewalt eingeführt.
- 2) Allen Deutschen ist es verboten, ohne Spezialbewilligung des zuständigen Kommandanten das Dorf zu verlassen. Die Deutschen können nur zur Arbeit aus dem Dorf gelassen werden und haben sich bei ihrer Rückkehr – jeden Tag – beim Kommandanten dieses Dorfes zu melden.
- 3) Diejenigen Deutschen, die ihre Häuser verlassen haben, können in diese nicht mehr zurückkehren. Solche Deutsche sind sofort in Lager zu überstellen und später einem Militärgericht zu übergeben,
- 4) Der Gebrauch der deutschen Sprache auf öffentlichen Plätzen wird verboten.
- 5) In allen militärischen und zivilen Einrichtungen wird ausschließlich die serbische und kroatische Sprache eingeführt. Im privaten Schriftverkehr ist den Minderheiten – mit Ausnahme der deutschen – der Gebrauch der Muttersprache erlaubt.
- 6) Den Deutschen ist es verboten, jugoslawische oder sowjetische nationale Abzeichen zu tragen.
- 7) Den Deutschen ist – abgesehen von Spezialarbeitern – verboten, in öffentlichen Werkstätten und Einrichtungen zu arbeiten. Alle öffentlichen Werkstätten, Fabriken, sowie Industrie- und Handelsunternehmen, die im Besitz der Deutschen waren, gehen in die Kontrolle der Volksbefreiungsausschüsse bzw. der Militärgewalt über.
- 8) Alle sich noch auf oder in Gebäuden befindlichen deutschen Aufschriften sind innerhalb von 12 Stunden zu entfernen. Nach dieser Frist wird jede Zuwiderhandlung strengstens bestraft, Deutsche auch erschossen.

<sup>2727</sup> Naredba br. 2 komandanta vojne oblasti narodno-oslobodilačke vojske Jugoslavije za Banat, 18. Oktober 1944, AVII, ANOR, kut. 1661, fasc. 1, dok. 11/1-4, zitiert nach: PORTMANN, Vojvodina, 465-469, und eigene Übersetzung.

- 9) Die Anordnungen unter den Punkten 1), 2), 3), 6) und 7) gelten auch für alle Orte von Magyaren, Rumänen und anderen Nationalitäten, die Gegner der Volksbefreiungsbewegung waren oder noch immer sind.
- 10) In allen deutschen Ortschaften – und in magyarischen und rumänischen, wo es notwendig erscheint – wird ein Militärkommandant mit Partisanenwachen eingesetzt. Diese sind dem Gebietskommandanten unterstellt und führen ausschließlich seine Befehle aus oder die Befehle des Kommandanten des Militärgebietes.
- 11) In Ortschaften mit Volksbefreiungsausschüssen wird kein Ortskommandant eingesetzt, aber mehrere solcher Orte werden unter einer Ortskommandantur zusammengefasst. Diese soll die Volksgewalt bei der Festigung ihrer Autorität stützen und zur Säuberung ihrer Orte von Überresten verschiedener Feinde der Volks[befreiungs]bewegung und der Volksgewalt beitragen.
- 12) In Städten mit zerstreut lebender deutscher Bevölkerung werden alle Deutschen in ein Quartier dieser Stadt umgesiedelt, wo ein Quartierkommandant mit einer Partisanenwache aufgestellt wird, die unter dem Kommando des Stadtkommandanten stehen.
- 13) Jede Nichterfüllung oder Vernachlässigung dieser Anordnungen wird schärfstens verfolgt bzw. jeder Einzelne wird verhaftet und dem Gericht übergeben. Dies gilt auch für Angehörige anderer Nationalitäten, die sich als Feinde unseres Kampfes gezeigt haben oder die die Arbeit unserer militärischen und zivilen Organe bremsen werden.
- 14) Bei der Durchführung dieser Anweisungen haben die Gebiets- und Ortskommandanten höchste Entschlossenheit, Energie und Strenge gegenüber den Deutschen sowie allen anderen früheren und jetzigen Volksfeinden zu demonstrieren. Mit unserem entschlossenen Vorgehen werden wir allen feindlichen Elementen zeigen, daß unsere Macht eine tatsächliche Volksgewalt ist und daß diese mit ihren Gegnern unbarmherzig verfährt.
- 15) Zum Tode verurteilte Deutsche und andere Feinde unseres Volkes und unserer Bewegung werden öffentlich erschossen. In wichtigen Fällen wird das Urteil veröffentlicht.

## II.

Wegen der täglichen Zusammenarbeit mit der verbündeten Roten Armee haben sämtliche jugoslawischen Gebiets- und Ortskommandanten Verbindungen mit den verantwortlichen Ortskommandanten der Roten Armee herzustellen. Dies gelte für die Aufrechterhaltung der Ordnung, die Bewachung von Objekten, die Verhinderung von Plünderungen, die Bereitstellung von Quartieren und die Versorgung von Einheiten der Roten Armee. Dazu seien Wohnungen, Lebensmittelmagazine (mit Speck, Schinken, Brot) und besondere Küchen für die Offiziere der Roten Armee bereitzustellen. Für das benötigte Vieh seien Ställe mit Heu und Hafer zur Verfügung zu stellen. Aber auch 10 bis 15 Wagen für Transportzwecke seien bereitzuhalten und Arbeitskompanien bzw. -bataillone für alltägliche Arbeiten (Be- und Entladen von Getreide, Waffen, Vieh etc.) zu bilden. Die Ortskommandanturen haben unmittelbar nach ihrer Machtübernahme Mitglieder einer „fünften Kolonne“, „andere Volksfeinde“ und „Heimkehrer“ aus einer feindlichen Armee aufzuspüren, zu verhaften und in ein Lager einzuweisen oder einem Militärgericht vorzuführen; ihr Besitz sollte sofort konfisziert werden. Die Gebietskommandanturen sollten über ihre Ortskommandanturen (in Orten, die neben der Militär- auch eine Zivilverwaltung hatten, die Volksbefreiungsausschüsse) Buch über den gesamten, von Deutschen, Magyaren, Rumänen und anderen verlassenen Besitz führen und exakte Aufstellungen über Bewohner, Getreide, Vieh, Obst, Möbel und unbewegliches Inventar anfertigen. Die Verwaltung dieser verlassenen Besitzungen haben die Gebietskommandanturen im Einvernehmen mit den Volksbefreiungsausschüssen zu

übernehmen; nach Bedarf seien Partisanenwachen aufzustellen. Alle Fabriken, Industriebetriebe und Werkstätten, die Material für die Armee produzierten, seien unter Militärkontrolle zu stellen, wenn sich der Eigentümer nicht kooperativ zeige, auch unter Militärverwaltung.

### III.

Dem Kommando des Militärgebiets Banat werde der gesamte Verkehr unterstellt: Eisenbahn, Schiff, Post, Telegraph, Telephon und alle motorisierten Fahrzeuge für den Straßenverkehr. Damit würden auch alle Verkehrsbediensteten als Militärdienstverpflichtete betrachtet und unter Militärdisziplin gestellt. Das gesamte Verkehrspersonal werde dem Verkehrskommandanten im Banat, „Genosse“ Ing. Milenko Jakovljević unterstellt. Das gesamte Eisenbahnpersonal werde in militärische Einheiten formiert. Der Eisenbahnverkehr sollte hauptsächlich für Armeetransporte betrieben werden, für den Transport von Truppen und Militärmaterial; für Zivilreisende seien nur 1-2 Waggon anzuhängen. Die Verkehrsabteilung habe über den Post-, Telephon- und Telegraphenverkehr eine strenge Kontrolle zu üben. Für dienstliche Telefongespräche sei eine Chiffrierung vorzubereiten. Der Verkehrskommandant übernehme mit seinen Organen auch alle schwimmenden Objekte (Schiffe, Schleppkähne, Lastboote) auf den freien Flüssen und stelle sie den staatlichen Organen und der Armee für den Transport von Getreide und Kriegsmaterial zur Verfügung.

### IV.

Die Mobilisierungsabteilung werde nach den Direktiven des Militärgebietes im benötigten Maße die Mobilisierung von Arbeitskräften und Vieh durchführen. Beamte des früheren Verwaltungsapparates zwischen 17 und 30 Jahren werden in operative Einheiten eingewiesen, die übrigen können in der Verwaltungsarbeit verbleiben. Bisherige Polizisten, Gendarmen, Finanz- und Steuerbeamte werden allerdings aus dem Dienst entlassen, es sei denn, sie hätten sich an der Volksbefreiungsbewegung beteiligt oder ihr geholfen. Der Chef der Sanitätsabteilung erstellt sofort ein Inventar über alle Spitäler, Instrumente, Betten, Sanatorien und anderes.<sup>42728</sup>

Man sieht, der neue Militärkommandant für den jugoslawischen Banat hatte – offensichtlich von Juristen beraten – an viele Einzelheiten für die Machtübernahme und die Durchsetzung seiner neuen Befehlsgewalt gedacht. Besonders scharf waren zweifellos die Maßnahmen, mit denen die neue Herrschaft gegenüber der nicht geflüchteten oder evakuierten deutschen Minderheit aufgebaut werden sollte: Militärgewalt, Zwangsarbeit, Lager, Konfiszierung des Eigentums, Verbot der deutschen Sprache, Militärjustiz. Das KP-Provinzkomitee der Vojvodina argumentierte gegenüber seinen Parteimitgliedern:

„Diese Maßnahme wurde getroffen, da in diesen unseren Gebieten viele Deutsche und Magyaren leben, die sich zur Zeit der Besetzung den slawischen Einwohnern gegenüber feindlich verhalten und an allen Gräueltaten teilgenommen haben, welche die Besatzungsmacht an unserem Volk verübt hat. Besonders die hiesigen Schwaben haben sich den Serben, aber auch allen anderen Völkern gegenüber barbarisch verhalten. Deswegen ist es notwendig, dass wir **gründlich** [Hervorhebung im Original, Anm. Portmann] mit allen Schwaben abrechnen und auch mit jenen Magyaren, die Verbrechen begangen haben. Wegen der hohen Anzahl feindlicher Elemente, die in unserer Mitte leben, konnte unsere Volksgewalt nicht sofort jene Autorität ausüben, die sie haben sollte und müsste. Sodann ist es notwendig, über den verlassenen Besitz und über den Besitz der Volksfeinde Buch zu führen. All diese Aufgaben hätte die neue Volksgewalt nur mit

<sup>2728</sup> Ebenda.

Mühe übernehmen können, und wegen der obigen Gründe wurde in diesen Gebieten die Militärverwaltung eingeführt.<sup>2729</sup>

Um ihre Aufgaben möglichst effizient wahrnehmen zu können, habe die Militärverwaltung die Organisation des gesamten Lebens der jugoslawischen Völker in der Batschka, im Banat und in der Baranja in ihre Hände nehmen müssen. Deswegen wurde auch bestimmt, dass alle fähigen Genossen aus den Volksbefreiungsausschüssen von nun in der Militärverwaltung oder in ihrem Umkreis arbeiten sollten, damit sie nach Aufhebung der Militärverwaltung ohne Probleme als Organe der ordentlichen Volksgewalt wirken könnten. Die Organe der Militärverwaltung übernahmen vorerst die gesamte exekutive und richterliche Gewalt und waren nach den Anordnungen des Generalmajors Rukavina für alle militärischen, polizeilichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aufgaben zuständig, u. a. für:

- die Mobilisierung aller Männer der Jahrgänge 1914 bis 1927, mit Ausnahme der deutschen Bevölkerung;
- die Organisation der Volks- und Grenzwachen (schwerpunktmäßig in den Ortschaften mit deutscher, magyarischer und rumänischer Bevölkerung);
- die Requirierungen für den Armeebedarf; so übernahm die Militärverwaltung die Aufsicht über entsprechende Handwerksbetriebe und Firmen;
- die Versorgung der Zivilbevölkerung, insbesondere der zurückströmenden (südslawischen) Flüchtlinge;
- den Wiederaufbau der zerstörten Infrastruktur und Wirtschaft;
- die ordnungsgemäße Rückgabe des von den Besatzungsmächten enteigneten Besitzes;
- die Entlassung aller früheren Staatsbediensteten – Bezirks-, Kreis- und Gemeindebeamte, Polizisten, Gendarmen, Lehrer, Richter, Steuerbeamte –, sofern sie nicht Sympathisanten der Volksbefreiungsbewegung gewesen sind; Geistliche, die an ihren früheren Arbeitsplatz zurückkehren wollten, hatten sich beim Meldeamt in Belgrad registrieren zu lassen;
- die Konfiskation, Sequestrierung und Verwaltung von verlassenen und „faschistischem“ Besitz;
- den Wiederaufbau der Landwirtschaft: Bereits am 31. Oktober 1944 forderte Rukavina die Bevölkerung auf, wie gewohnt den landwirtschaftlichen Tätigkeiten nachzugehen. Der von den Donauschwaben (und Magyaren) verlassene, konfiszierte und sequestrierte Besitz sollte unter Aufsicht der Militärverwaltungsbehörden und der Volksbefreiungsausschüsse bestellt werden.
- die Kontrolle der sogenannten „wilden Kolonisation“: So sollen sich im Westen der Batschka bis Mai 1945 rund 30.000 Kroaten, im östlichen Syrmien

<sup>2729</sup> Arhiv Vojvodine, F-334, zitiert nach: PORTMANN, Vojvodina, 151. Der Sekretär des Haupt-Volksbefreiungsausschusses der Vojvodina, Toma Granfil, bestätigte in einem Referat am 31. Juli 1945 diese Motivation: „Die Militärverwaltung wurde eingeführt, um das Problem der Deutschen zu lösen.“ – Jelena POPOV (Hg.), Glavni narodnooslobodilački odbor (Novi Sad 1977) 521.

rund 5000 Kroaten in den von den Donauschwaben verlassenen Häusern niedergelassen haben.

- den Wiederaufbau des Schulwesens: In Ortschaften mit ausschließlich deutschsprachiger Bevölkerung wurden keine Schulen mehr eröffnet. Für Angehörige anderer ethnischer Minderheiten fand der Unterricht in den unteren Klassen nach Möglichkeit in der Muttersprache statt.
- die Organisation des Arbeitsdienstes, in Zusammenarbeit mit der Roten Armee;
- die Ausgabe so genannter Legitimationen und Reisebewilligungen an die gesamte zivile Bevölkerung, ausgenommen die deutsche;
- die Internierung der Deutschen und Magyaren sowie die Bewachung der Lager;
- die Sammlung statistischer Daten; eine erste Zählung der Bevölkerung fand bereits im November/Dezember 1944 statt.<sup>2730</sup>

Schon in einem Befehl an die beiden Militärgebiete (Banat bzw. Batschka und Baranja) sowie an alle Gebiets- und Ortskommanden vom 1. Dezember 1944 räumte Generalmajor Rukavina ein, dass es in einer Reihe von Städten und Dörfern im Vorgehen gegen die Magyaren und Deutschen „zu unrechtmäßigen Taten“ gekommen sei, „die ein schlechtes Licht auf unsere Militärorgane werfen und dem Interesse unseres Volkes und Staates schaden“. Um in Hinkunft auf dem gesamten Territorium der Militärverwaltung gegenüber den Magyaren und Deutschen „rechtmäßig und einheitlich“ vorzugehen, ordnete der General an:

- 1) Entsprechend den Beschlüssen der zweiten Sitzung des Präsidiums des AV-NOJ werden die Angehörigen der Minderheiten als gleichberechtigte Bürger Jugoslawiens betrachtet, was sich demnach auch auf die Magyaren bezieht. „Davon ausgenommen sind lediglich jene Magyaren, die als Kriegsverbrecher unmittelbar in die Verbrechen der magyarischen Faschisten involviert waren.“ Daher sind alle noch in Lagern befindlichen Magyaren zu entlassen; zurückzubehalten sind nur jene Beschuldigten, gegen die noch eine Untersuchung der Gerichtsorgane im Gange ist oder die bereits vom zuständigen Militärgericht verurteilt wurden. Alle männlichen Einwohner magyarischer Nationalität zwischen 18 und 30 Jahren unterliegen – wie die übrigen Einwohner – der Militärflicht. Sie treten entweder in die Volksbefreiungsarmee ein oder werden in militärischen Arbeitseinheiten mobilisiert.
- 2) „Das Vorgehen gegen die Deutschen, die mit überwältigender Mehrheit auf der Seite des verbrecherischen deutschen Faschismus standen und ihre Kinder in deutsche SS-Einheiten schickten, in denen sie bis heute kämpfen, wird folgendes sein:
  - a) In unsere Armee können lediglich diejenigen Deutschen eintreten, die das durch ihre aktive, antifaschistische Arbeit verdient haben. Alle anderen

<sup>2730</sup> Anordnungen von GM Rukavina sowie der Gebietskommandanturen, Oktober, November und Dezember 1944 sowie Jänner 1945, Arhiv Vojvodine, F-171, zitiert nach: PORTMANN, Vojvodina, 151-153.

männlichen Einwohner deutscher Nationalität unterliegen dem obligatorischen Arbeitsdienst. Die Arbeitsdienstpflichtigen werden in entsprechenden Kasernen und Lagern versammelt, die nach Arbeitseinheiten organisiert sind und unter den nötigen Sicherheitsvorkehrungen zur Arbeit eingewiesen. In den Kasernen und Lagern soll strenge militärische Disziplin herrschen; dennoch dürfen sie in keiner Weise den faschistischen Lagern ähneln, die Folterkammern waren.

- b) Alle Deutschen, die zur Zeit der faschistischen Besatzung aktiv an Verbrechen gegen die friedliebende Bevölkerung teilgenommen haben, sollen dafür verurteilt werden.
  - c) In den Fällen, in den die militärische Situation oder die Sicherheit des Hinterlandes es erfordert, können mit besonderer Erlaubnis der Militärverwaltung Aussiedlungen aller deutscher Einwohner einzelner Städte und Dörfer in andere dafür günstige Dörfer durchgeführt werden, wo eine Kontrolle über sie ausgeübt werden kann.
- 3) Alle Schuldigen, die vom Militärgericht zu einer Strafe im Lager verurteilt werden, werden in einheitlichen Lagern – ohne Rücksicht auf ihre Nationalität – untergebracht. Den Personen, die sich in diesen Lagern befinden, wird die Freiheit entzogen und sie verbüßen dort ihre Strafe. Das heißt, dass ihnen der Kontakt zu den Einwohnern verboten ist und sie unter strengen Kontrollen zur Arbeit geführt werden. Auch in diesen Lagern muss das Vorgehen menschlich sein.
- 4) Alle früheren Anordnungen der Militärverwaltung zu dieser Frage werden hiermit außer Kraft gesetzt.<sup>2731</sup>

Generalmajor Rukavina befahl den beiden Militärgebieten, diese Anordnung schnellstmöglich an alle 11 Gebietskommanden, 36 Ortskommanden und 332 Militärposten weiterzuleiten und dafür zu sorgen, dass sie auch genau durchgeführt werde. Jeder Kommandant werde – ohne Rücksicht auf seine Stellung – für jeden künftigen Fehler äußerst streng bestraft. Bereits gegen Ende des Jahres 1944 führte die Militärverwaltung eine Bevölkerungserhebung durch, vor allem wohl um festzustellen, wie viele Deutsche und Magyaren geflohen bzw. hier geblieben waren. Im westlichen Banat, in der Batschka, in der Baranja und in Syrmien wurden zusammen 1.496.081 Einwohner gezählt: 674.774 Serben (= 48,2 %), 386.692 Magyaren (= 27,8 %), 152.976 Kroaten (= 10,9 %), 100.655 Deutsche (= 6,7 %), 69.392 Slowaken (= 4,9 %), 58.279 Rumänen (= 4,2 %), 16.661 Rusini (= 1,2 %), 10.489 Roma (= 0,8 %), 5169 Slowenen (= 0,4 %), 5025 Juden (= 0,4 %), 14.213 übrige Slawen (= 1,0 %), 1753 Andere (= 0,1 %).<sup>2732</sup>

Die Eroberung der östlichen Hälfte Jugoslawiens ermöglichte dem Obersten Stab der Volksbefreiungsarmee den schrittweisen Übergang zu einer allgemeinen

<sup>2731</sup> Vojna uprava za Banat, Bačku i Baranju, komandant general-major Ivan Rukavina, Novi Sad, 1. decembra 1944, Arhiv Vojvodine, F-170, br. 69, zitiert nach: PORTMANN, Vojvodina, 472-474.

<sup>2732</sup> Podaci o stanovništvu Bačke 1945, Arhiv Vojvodine, F-205; zitiert nach: PORTMANN, Vojvodina, Tab. 2.

Mobilisierung. Hunderttausende rückten in den Wintermonaten 1944/45 zu den Partisaneneinheiten ein. Dies zwang auch das Zentralkomitee der KPJ zu einer grundlegenden Änderung seiner militärischen und politischen Organisation. Die neuen Führungskader und Soldaten sollten möglichst schnell für den neuen Frontkrieg trainiert werden, hiebei sollte aber auch die politische Schulung nicht vernachlässigt werden. Entsprechende Jugendarbeit sollte diesen Zielsetzungen vorarbeiten. Nach einer Organisationssitzung des Stabes des Korps der nationalen Verteidigung Jugoslawiens in Belgrad sollten neun neue Divisionen aufgestellt werden: eine Belgrader, eine serbische, eine kroatische, eine slowenische, eine bosnische, eine montenegrinische, eine makedonische, eine vojvodinische und eine adriatische. Neben dem Divisionskommandanten wurde ein parteipolitisches Divisionskomitee bestehend aus einem Sekretär, einem Kommissar und anderen Brigadeführer eingerichtet. Für die neu aufgestellte Vojvodina-Division war Novi Sad als Sitz des Divisionsstabes vorgesehen, als Standorte der beiden Brigaden Subotica und Petrovgrad/Zrenjanin. Mit den Organen der OZNA sollte eng zusammengearbeitet werden<sup>2733</sup>.

Noch war eben der Krieg nicht zu Ende, und die deutsch-jugoslawische Front hatte sich im Winter 1944/45 in Syrmien festgefahren, so dass das „Korps der nationalen Verteidigung Jugoslawiens“ (KNOJ) durchaus Gefahren seitens „bewaffneter feindlicher Banden“ – das war früher die NS-Diktion gegenüber den Partisanen (!) – auf dem befreiten Territorium erkannte und die „Abteilung zum Schutz der Völker Jugoslawiens“ (OZNA) anwies:

- „1) Gegenüber bewaffneten Banden ist entschlossen vorzugehen, ohne Nachlassen bis zu ihrer vollständigen Vernichtung oder bedingungslosen Kapitulation. Gefangene und solche, die sich kampflös ergeben, sind der OZNA zu übergeben.
- 2) Helfershelfer, denen ihre Tat bewiesen werden kann oder gegen die ein berechtigter Verdacht besteht, sind zu verhaften und zusammen mit den Angaben, die während der Verhaftung über sie gesammelt wurden, der OZNA zu übergeben.
- 3) Einzelpersonen, gegen die berechtigter Verdacht besteht, dass sie den Banden helfen oder auf Grund ihrer politischen Ansicht in der Lage wären, ihnen zu helfen, oder die sich gegenüber unserer Bewegung passiv verhalten, familiäre oder freundschaftliche Beziehungen mit dem Feind unterhalten, sind zumindest in der Zeit der Säuberung aus diesem Gebiet zu entfernen und an im voraus festgelegten Plätzen zu internieren.
- 4) In feindlich eingestellten Ortschaften, die auf Grund der erhaltenen Informationen als Ganzes den Feind unterstützen, oder in denen sich feindliche Banden von Zeit zu Zeit aufhalten, ist eine ausreichende Anzahl an Soldaten zu stationieren, die in der Zeit der Säuberung in der Lage sei, dem Gegner Zugang und Verbindung zu diesen Dörfern zu unterbinden und die Einwohner an der Ein- und Ausreise zu hindern.

<sup>2733</sup> Korpus Narodne odbrane Jugoslavije, Zapisnik sednice štaba korpusa, Beograd, 28. oktobra 1944, AVII, ANOR, kut. 222, br.reg. 1-1, F-1/III; Centralni komitet KPJ (Aleksandar Ranković) [an] centralnim, pokrajinskim, oblasnim i divizijskim komitetima KPJ, Beograd, 14. januara 1945, AJ, kut. 883-A, br. 14-2/5, zitiert nach: PORTMANN, Vojvodina, 103-107.

- 5) Repressionen (Brände, Konfiskationen) sind nur dann vorzunehmen, wenn dafür einen Tag im Voraus die Bewilligung von den führenden politischen Organen des jeweiligen Gebiets eingeholt wurde.<sup>2734</sup>

Tatsächlich meldete der Stab der Vojvodina-Division am 15. Februar 1945 aus dem „Sektor Banat“ das vereinzelte Verbreiten von royalistischen Parolen – so aus Velika Kikinda: „*Živio kralj Petar, dole Tito*“ [Es lebe König Peter, nieder mit Tito] –, vor allem von jugendlichen Anführern, und von Četnik-Parolen, besonders in Pančevo. In Vršac war eine Brigade stationiert, in der etwa 1500 Albaner dienten; diese verlangten von ihrer Führung, entweder in die Metohija zurückgeschickt zu werden oder an die Front. Aus dem Sektor Bačka wurde umfangreicher Schwarzhandel über die Grenze zu Ungarn gemeldet, der in Horgoš sogar von der dortigen Miliz unterstützt wurde. In Novi Sad fand man Parolen der ungarischen Faschisten an Hausmauern. Sowohl in der Batschka als auch im Banat wurden kleinere Gruppen von Deserteuren aufgegriffen, unter ihnen auch Deutsche und Rumänen.<sup>2735</sup>

Es ist nicht klar ersichtlich, warum Tito bereits am 27. Jänner 1945 den Befehl gab, die Militärverwaltung im Banat, der Batschka und der Baranja bis spätestens 15. Februar aufzulösen, zumal zwischen Donau und Save noch die syrmische Front bestand und die Internierungen der zurückgebliebenen Donauschwaben noch nicht abgeschlossen waren. Weder Titos Argument, die Militärverwaltung würde „die weiteren revolutionären Veränderungen auf diesem empfindlichen, multinationalen Raum verlangsamen“, noch der Kommentar in der *Slobodna Vojvodina*, die Militärverwaltung habe in „mancherlei Hinsicht das deutsche Problem in der Vojvodina gelöst“ und die magyrischen Antifaschisten hätten begriffen, „dass ihr Platz in den Reihen der vom Genossen Tito angeführten Volksbefreiungsbewegung“ sei, wirken besonders stichhaltig. Zwar war die Mehrheit der Donauschwaben evakuiert worden, geflohen oder bereits interniert, ein Teil ihrer Führungsschicht liquidiert und der Großteil ihres Besitzes konfisziert (und auch schon geplündert), aber eine gesicherte Ordnung war in der Vojvodina noch keineswegs eingekehrt, die Volksbefreiungsausschüsse – vor allem in den ehemals deutschen Dörfern – mussten sich erst konsolidieren und die Kriegsfronten in Kroatien und Ungarn waren noch nahe. Es darf daher vermutet werden, dass Organe der Militärverwaltung an Plünderungen, mutwilligen Zerstörungen, persönlichen Bereicherungen und willkürlichen Zuteilungen von donauschwäbischem Besitz zu intensiv beteiligt waren und dass es zwischen ihnen und den Volksbefreiungsausschüssen größere Auseinandersetzungen gegeben haben muss. Die Auflösung der

<sup>2734</sup> Korpus narodne odbrane Jugoslavije [an] Odeljenju zaštite naroda za Jugoslaviju, Beograd, 21. januara 1945, AVII, ANOR, kut. 222, br.reg. 25-1, F 1/III, zitiert nach: PORTMANN, Vojvodina, 119f.

<sup>2735</sup> Štab vojvodjanske divizije, Pov.br. 120/45, [an] Štabu Korpusa narodne odbrane Jugoslavije, Novi Sad, 15. februara 1945, AVII, ANOR, kut. 822, br.reg. 47-1, F 1/III, zitiert nach: PORTMANN, Vojvodina, 120f.

Militärverwaltung eröffnete jedenfalls die Möglichkeit, Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten, die sich besonders disziplinos verhalten hatten, ohne Verfahren vom Hinterland an die Front zu verlegen.<sup>2736</sup>

Sogleich nach dem Ende der Militärverwaltung übernahm der Haupt-Volksbefreiungsausschuss (*Glavni narodnooslobodilački odbor*) die Führung der autonomen Provinz, der ausschließlich aus Teilnehmern des Volksbefreiungskampfes und ausgewiesenen Antifaschisten bestand. Als Präsident fungierte Jovan Veselinov-Žarko, als Sekretär Slavko Kuzmanović. Sehr bald wurde auch ein „Regierungsparlament“ aus 45 Mitgliedern eingerichtet, zusätzlich neun „Ministerien“ mit 613 Beamten, davon 520 Serben.

Bereits im Juni 1945 setzte das AVNOJ-Präsidium eine Sonderkommission unter Leitung von Milovan Đilas ein, die eine provisorische Grenzziehung zwischen der Volksrepublik Kroatien und der Autonomen Provinz Vojvodina vorschlagen sollte: Die vorläufige Grenze sollte von der ungarischen Grenze entlang der Donau nach Süden verlaufen, bei Bačko Novo Selo nach Süden führen, westlich an Šid vorbei, zwischen den beiden Dörfern Lipovac und Batrovci verlaufen und schließlich bei Jamena die Save erreichen. Klar war, dass damit die Baranja an die Volksrepublik Kroatien fiel, aber unklar blieb die genaue Festlegung des Flussverlaufs der Donau mit seinen zahlreichen Mäandern. Im AVNOJ-Präsidium wurde dieser vorläufige Grenzverlauf mit der Ausnahme akzeptiert, dass die Gemeinden Ilok, Šarenrad und Mohov doch bei Kroatien blieben. Dies wurde am 1. September 1945 von der serbischen Skupština bestätigt.<sup>2737</sup>

### **Konzentrationslager für Donauschwaben in der Vojvodina und in Slawonien 1944/48**

Bereits am 11. November 1944 hatte die Gebietskommandantur Sombor den Befehl erteilt, Lager für die donauschwäbische Bevölkerung zu errichten. Daher entstanden im Verlauf des Winters 1944/45 Lager in Gakovo (für Männer zwischen 16 und 60 Jahren) und Kruševlje (für Frauen, Kinder und Alte). Von den bis Mitte Dezember 1944 nach Gakovo deportierten 406 Personen wurden täglich 139 zur Arbeit auf den Flugplatz Sombor gebracht und 150 in die Nachbargemeinde Bezdan. Aus dem Lager Kruševlje waren täglich 137 Frauen und Mädchen auf dem Flugplatz Sombor im Arbeitseinsatz. Die Ortskommandantur Odžaci wählte in dieser Zeit drei Lokalitäten, die als Lager für bis zu 10.000 Personen in Frage kämen: den Besitz des serbischen Patriarchats in der Nähe von Vajska, den Besitz des katholischen Bistums zwischen Deronje und Bač und das verlassene Gehöft von Oskar Lelbah zwischen Bački Brestovac und Veprovac. Die Gebietskommandantur Petrovgrad/Zrenjanin meldete am 5. Dezember rund 2600 internierte

<sup>2736</sup> KASAŠ, Mađari u Vojvodini, 183; PORTMANN, Vojvodina, 161f.

<sup>2737</sup> PETRANOVIĆ, Zapisnici sa sednica Politiroa, 387; BOBAN, Hrvatske granice, 51-57.

Donauschwaben. In der Baranja wurden das Staatsgut „Belje“ und zwei kleinere Lager in Beli Manastir und Kožarac als Internierungsort ausgewählt. Der erste Befehl des Generalmajors Rukavina, für die Deutschen eine partielle Einweisung in Lager vorzusehen, datierte vom 29. November 1944, offenbar um frühere Befehle untergeordneter Kommandanturen zu generalisieren. Chaotische Zustände dürften aber auch weiterhin bestanden haben, so dass Rukavina am 10. Jänner 1945 Oberst Đura Kladarin bevollmächtigte, auf dem Gebiet der Vojvodina nicht nur sämtliche Lager für die Deutschen, sondern auch alle Ortschaften mit deutscher Bevölkerung zu kontrollieren.<sup>2738</sup>

Die zweite Phase der Internierung der donauschwäbischen Bevölkerung verlief zwischen Ende März und Juni 1945. Unmittelbarer Anlass dürfte ein Befehl der 3. Armee nach Kampfhandlungen am rechten Ufer der Donau gewesen sein:

„Während der letzten Kämpfe wurde ein verbrecherisches Verhalten der Bevölkerung deutscher Nationalität festgestellt. Sofortige Aussiedlung der deutschen Bevölkerung ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht entlang eines 10 km breiten Gürtels östlich der Donau zwischen Bački Breg im Norden und Bačka Palanka im Süden, einschließlich Sombor. Das Gleiche wird in der Baranja gemacht.“<sup>2739</sup>

Barbara Beiler aus Apatin schilderte die Internierung von nahezu der Hälfte der Bevölkerung ihrer Heimatstadt in jugoslawischen Konzentrationslagern:

„[...] Am 11. 3. 1945 wurden alle noch zurückgebliebenen Einwohner deutscher Muttersprache ohne Unterschied auf Alter und Geschlecht (Kleinstkinder, Säuglinge, Greise und Kranke) – auch ich – zu Fuß, unter Bewachung und schweren Misshandlungen der Partisanen, nach dem etwa 37 km entfernten Ort Kruševlje getrieben. Längs der Straße waren sämtliche Kruzifixe und Statuen der Heiligen zerschlagen und angeschossen. [...] In Kruševlje, einem kleinen Ort, der früher rund 900 Einwohner zählte, kamen am 12. 3. 1945 etwa 6000 meiner Landsleute aus Apatin an. Hier wurden die Arbeitsfähigen in einzelne Arbeitskommandos eingeteilt, die zum Teil in den Frontabschnitt in die Baranja zum Stellungsbau getrieben wurden, zum Teil auch Feldarbeiten verrichten mussten. Ich kam zunächst auf fünf Tage zur Feldarbeit nach Gakovo und am 2. 4. 1945 auf den Flugplatz bei Sombor, wo ich beim Bau einer Rollbahn eingesetzt war. Mit noch etwa 200 Frauen und Mädchen wurden wir in einem Kinosaal in dem nächst liegenden ungarischen Dorf Kupusina untergebracht. Es wurde nur zweimal täglich Essen ausgegeben: morgens eine leere Suppe und etwa 300 gr. Brot und abends Bohnen- oder Erbsengemüse. Wertsachen und Geld wurden uns weggenommen.

Meine Landsmännin Elisabeth Stadlmann geb. Fuderer, die einige Wertsachen bei sich versteckt hatte, wurde von den Partisanen ganz nackt ausgezogen und schwer geschlagen, dass sie ganz blau war. Sie musste über zwei Stunden nackt in der Ecke stehen. In der ersten Nacht kam ein russischer Soldat in unser Lager und zerrte die 18-jährige Rosina Pimpi aus Apatin heraus. Das Mädchen schrie um Hilfe und wir Frauen alle mit. Dem Mädchen gelang es, sich freizumachen und sich unter den liegenden Frauen zu verstecken. Der Soldat kehrte zurück und befahl, sofort

<sup>2738</sup> Befehl GM Rukavina, 29. November 1944, AVII, kut. 1661, reg.br. 19, zitiert nach: PORTMANN, Vojvodina, 242; Bevollmächtigung GM Rukavina für Oberst Kladarin, 10. Jänner 1945, in: Partizanska i komunistička represija, dok. 9.

<sup>2739</sup> Befehl der 3. Armee an Kmdo. des Militärgebiets Vojvodina, 24. März 1945, AVII, kut. 1922, fasc. 3, dok. 6/37, zitiert nach: PORTMANN, Vojvodina, 243f.

Licht anzuzünden, gab drei Schüsse ab [...]. Er befahl, es möge sich ihm sofort ein Mädchen freiwillig zur Verfügung stellen, ansonsten würde er uns alle erschießen. Meine Landsmännin Anna Manz stellte sich ihm zur Verfügung, und wir waren verschont geblieben. [...]"<sup>2740</sup>

In den nächsten Monaten wurden praktisch alle in der Vojvodina verbliebenen Deutschen entweder in Lager geschafft oder in Dörfern unter spezieller Verwaltung (*naselje pod specijalnim režimom*) konzentriert. Von der Kollektivhaft ausgenommen waren vorläufig nur Deutsche, die in den Reihen der Volksbefreiungsarmee gekämpft hatten, oder Personen aus Mischehen, teilweise auch Fachkräfte. Die Deportationen wurden von der OZNA und dem KNOJ in Zusammenarbeit mit den militärischen Einheiten der Gebiets- und Ortskommandanturen durchgeführt. Eine – offensichtlich nach vielen Beschwerden – vom Präsidium des jugoslawischen Ministerrats eingesetzte außerordentliche Kontrollkommission konstatierte viele Unrechtmäßigkeiten und sogar Verbrechen:

„Die Internierung der Deutschen wurde an keinem Ort rechtmäßig durchgeführt. Dies deshalb, weil an die Internierung schnell und ohne genau festgelegte Kriterien herangegangen wurde. Somit passierten unvermeidliche Fehler wie: Internierung solcher, die es nicht verdient haben oder umgekehrt das Belassen auf freiem Fuße von solchen, die ins Lager gehen sollten. In diesem Sinne erhielt die Kommission viele Beschwerden, die die unrechtmäßige Arbeit illustrieren. [...] Der Umgang mit den Internierten ist nicht immer rechtmäßig und es gibt Fälle von Schlägereien und Vergewaltigungen.“<sup>2741</sup>

Der Abschlussbericht der außerordentlichen Kontrollkommission für die Vojvodina hielt u. a. zwei wesentliche Erkenntnisse fest:

Einerseits: „Der große Teil der Internierten sind alte Leute, Frauen und Kinder, während alle anderen, die arbeitsfähig waren, entweder in die deutsche Armee geschickt wurden, sich mit den Deutschen zurückzogen oder von Seiten der Russen abgeführt wurden.“

Andererseits: Den Internierten seien ihr gesamtes Bargeld, Uhren, Schmuck und andere Wertgegenstände abgenommen worden, aber nur ein Bruchteil des letzten persönlichen Besitzes der Donauschwaben sei – wie vorgesehen – in den staatlichen Magazinen gelandet. Absichtlich oder aus Versehen seien auch Personen anderer Nationalität zumindest temporär aus ihren Häusern vertrieben, ausgeplündert und interniert worden, allein wegen ihres deutschen Familiennamens. In Srpski Miletić und Odžaci seien andererseits Donauschwaben vor der Internierung verschont geblieben, um im Auftrag der lokalen Behörden ihren „eigenen“ Besitz vor Plünderungen zu schützen – der ihnen aber nach dem AVNOJ-Beschluss vom 21. November 1944 gar nicht mehr gehörte. Die Kontrollkommission verlangte daher eine Revision des gesamten Internierungssystems, die Entlassung aller Nicht-Deutschen aus den Lagern und eine Klärung der Frage der Mischehen.<sup>2742</sup>

<sup>2740</sup> Maschinenschriftlicher Bericht Barbara Beiler aus Apatin, 28. Jänner 1947, in: Vertreibung und Vertreibungsverbrechen, 307f.

<sup>2741</sup> Abschlussbericht der außerordentlichen Kontrollkommission für den Banat, ASCG, F-513, XXXIV MP, III-3/176, zitiert nach: PORTMANN, Vojvodina, 244.

<sup>2742</sup> Abschlussbericht der außerordentlichen Kontrollkommission für die Vojvodina, 20. Mai 1945 an das Präsidium des Ministerrates der DFJ, 20. Mai 1945, ASCG, F-50, 36/27-28, zitiert nach: PORTMANN, Vojvodina, 249f.

Tatsächlich erfolgte bereits am 8. Juni 1945 die bekannte „Auslegung“ zum AVNOJ-Beschluss vom 21. November 1944:

„[...] Nicht entzogen werden die Bürgerrechte und das Vermögen jenen jugoslawischen Staatsbürgern deutscher Volkszugehörigkeit oder deutscher Abstammung oder mit deutschen Familiennamen: [...] d) welche (sei es Mann oder Frau) trotz ihrer deutschen Volkszugehörigkeit eine Mischehe mit Personen einer der jugoslawischen Nationalitäten oder mit Personen jüdischer, slowakischer, ukrainischer, magyarischer, rumänischer, oder einer sonstigen anerkannten Nationalität geschlossen haben.“<sup>2743</sup>

Nach einer Statistik der Lagerverwaltungen aus dem Sommer 1945 wurden für die Batschka 50.616 Lagerinsassen gemeldet (davon als arbeitsfähig: 11.884 Männer und 13.177 Frauen sowie als arbeitsunfähig: 111 Männer, 6516 Frauen und 3782 Kinder), für den Banat 56.743 Lagerinsassen (davon als arbeitsfähig: 5466 Männer und 18.304 Frauen sowie als arbeitsunfähig: 4896 Männer, 10.454 Frauen und 16.590 Kinder) und für Syrmien 2978 Lagerinsassen (davon als arbeitsfähig: 2238 Männer und 562 Frauen sowie als arbeitsunfähig: 150 Männer und 28 Kinder). In der gesamten Vojvodina waren daher 110.337 Donauschwaben interniert; von diesen wurden als arbeitsfähig eingestuft: 19.588 Männer und 32.043 Frauen sowie als arbeitsunfähig: 5757 Männer, 16.970 Frauen und 21.000 Kinder. In den Berichten aus den einzelnen Lagern gab es bemerkenswerte Details: In der Mehrzahl der Lager waren Männer wie Frauen in „privaten, faschistischen Häusern“ untergebracht, die Bewachung erfolgte teilweise militärisch (auch durch den KNOJ), teilweise durch verhältnismäßig wenig Wachpersonal; die Insassen konnten zweimal täglich kochen, während die dritte Mahlzeit meist aus Brot und Speck bestand. Die Internierten wurden für landwirtschaftliche Arbeiten auf den neuen Staatsgütern, aber auch in Hanfwerkstätten, Ziegeleien, Mühlen, Bäckereien, Molkereien, Ölfabriken, Textilfabriken, Zuckerfabriken, Konservenfabriken und Militärwerkstätten sowie zu kriegsbedingten Aufräumarbeiten an Straßen und Bahnlinien eingesetzt. Neben dem großen Lager für Deutsche gab es in Bački Jarak auf der gegenüberliegenden Seite der Straße auch ein großes Lager für 3632 Magyaren, denen 39 Slowenen, 33 Kroaten, 16 Slowaken, 14 Serben, 13 Tschechen, 12 Bunjevci, 5 Polen, 4 Rusini, 3 Juden und 1 Rumäne angeschlossen wurden; im magyarischen Lager gab es ein Krankenhaus mit einem magyarischen Arzt und vier Krankenschwestern.<sup>2744</sup>

<sup>2743</sup> Službeni list DFJ I/1945, Nr. 39, Pos. 347, zitiert nach: Dokumentation der Vertreibung V, 183 E – 184 E.

<sup>2744</sup> ASCG, F-513, XXXIV MP, III-3/160, III-3/178-16, zitiert nach: PORTMANN, Vojvodina, 475-486. Im erwähnten Bericht über die Konzentrationslager in der Vojvodina wurde nicht nur angeführt, dass einige Deutsche, die die Volksbefreiungsbewegung unterstützt hatten, aus den Lagern entlassen worden waren, sondern erstaunlicherweise auch, wie viele deutsche Lagerinsassen von den Sowjets abgeholt worden waren: aus Pašičevo 275, aus Nove Šove ausschließlich Frauen, aus Stari Vrbas 30 Männer, aus Torža 9 Männer und 6 Frauen, aus Subotica 189 Männer und Frauen und aus Sekić 50 Frauen.

In Befolgung der „Auslegung“ ordnete die Provinzregierung der Vojvodina am 28. Juni 1945 an, deutsche Männer und Frauen in Mischehen mit Slawen, Juden oder Rumänen aus den Lagern zu entlassen und sie in ihre früheren Häuser zurückkehren zu lassen. Tatsächlich wurden in Apatin 111 Deutsche in einer Ehegemeinschaft mit Slawen oder Magyaren gezählt, und im Bezirk Sombor scheint es zu einer größeren Entlassungswelle gekommen zu sein. Aber das Bezirkskomitee der KP Serbiens kritisierte, dass viele der Freigelassenen zur Zeit der Okkupation „Mitglieder des verrufenen Kulturbundes oder anderer faschistischer Organisationen“ gewesen seien, und verlangte eine Überprüfung durch die OZNA. Auch diese scheint nicht ohne Widerspruch verlaufen zu sein, denn noch im Dezember 1945 rangen das Innenministerium und der Ministerrat um eine einheitliche Linie.<sup>2745</sup> – An dieser Stelle sei auch vorwegnehmend darauf hingewiesen, dass die „Staatliche Kommission zur Feststellung der Verbrechen der Okkupatoren und ihrer Helfer“ (*Državna komisija za utvrđivanje okupatora i njihovih pomagača*) in den Reihen der „Volksdeutschen“ lediglich 2560 Kriegsverbrecher und 337 „Volksfeinde“ registrierte, dass also die überwiegende Mehrheit der internierten Donauschwaben nicht aus strafrechtlichen Gründen aus ihren Dörfern getrieben und eingesperrt worden waren, sondern offensichtlich doch aus primitiven Revanche- und Bereicherungsgelüsten.<sup>2746</sup>

Infolge zunehmender Beschwerden über die Plünderungen der Volksmiliz<sup>2747</sup> übernahm im September 1945 die Sektion für Lager und Arbeitsdienst die Aufsicht über die Konzentrationslager für die donauschwäbische Bevölkerung, somit auch die Zuständigkeit für die Lebensmittelversorgung und die sanitären Verhältnisse sowie die Einteilung zum Arbeitsdienst. Die Arbeitsunfähigen (Kranke, Kinder, Mütter mit Kleinkindern unter zwei Jahren und Alte) wurden in Lagern konzentriert, die infolge der hohen Todesraten von den donauschwäbischen Autoren mit Recht als „Todeslager“ bezeichnet wurden (Rudolfsgnad/Knićanin und

<sup>2745</sup> Schreiben der Abteilung für innere Angelegenheiten des GNOV, 28. Juni 1945, und Statistik, IAS, F-217, inv. broj 895, 1436; Schreiben des Bezirkskomitees Sombor, 8. Juni 1945, IAS, F-221, fol. 1945; Schreiben des Generalsekretärs des Ministerrates, Mitar Bakić, an Innenministerium, 25. Dezember 1945, ASCG, F-50, 36/244, zitiert nach: PORTMANN, Vojvodina, 273.

<sup>2746</sup> ZEČEVIĆ – POPOVIĆ, *Državna komisija*, 40, 44.

<sup>2747</sup> Eine interne Untersuchung in Slawonien kam zu einem vernichtenden Urteil: „[...] In die Volksmiliz wurden gewaltsam verschiedene Elemente mobilisiert: kriminelle Typen, Schwarzhändler, Deserteure aus unserer Armee, oder ehemalige *Ustaše*, *Četnici* und *Domobrani*, die sich beim Zusammenbruch der feindlichen Armee bei den Volksbefreiungsausschüssen gemeldet haben. [...] Die Volksmiliz wurde nur gegründet, damit es eine Miliz gibt, aber nicht um ein wirkliches Organ der Volksgewalt zu sein. [...] Tägliche Plünderungen, die sowohl von Elementen der Volksmiliz, als auch von Soldaten der Armee und der OZNA durchgeführt werden, machen es nicht verwunderlich, dass sich die Bevölkerung vor der Miliz wie vor einer plündernden Horde fürchtet. Damit kompromittiert aber die Volksmiliz nicht nur sich selbst, sondern auch die Volksgewalt. [...]“ – Bericht Obstlt. Gjuro Blaga und Major Pavle Vukomanović an Federalna Država Hrvatska, Ministarstvo unutarnjih poslova, Odjel za javni red i sigurnost, Odsjek narodne milicije, 10. Juli 1945, in: *Partizanska i komunistička represija*, dok. 67.

Molin/Molidorf/Molin im Banat, Gakowa/Gakovo, Jarek/Bački Jarak und Krušiw/Kruševlje in der Batschka). Die übrigen Deutschen wurden als billige Arbeitskräfte in den Verwaltungen für Volksgüter und in verschiedenen staatlichen Unternehmungen eingesetzt, immer wieder aber auch gegen geringes Entgelt an Privatpersonen „verliehen“. Der Ressortleiter für innere Angelegenheiten des Bezirks Sombor – in dessen Bereich sich einige Lager für Donauschwaben befanden – war sogar der Meinung, die Arbeitskraft der Deutschen hätte noch besser ausgenützt werden können:

„Wir müssen erwähnen, dass die arbeitsfähigen deutschen Lagerinsassen in ungenügendem Maße für die Arbeit ausgenützt werden. Dies meistens deshalb, weil die Lagerkommandanten und die Wachen selbst die Deutschen nicht in genügendem Maße für die Arbeit einsetzen und diese kontrollieren. In den allermeisten Fällen haben die Wachen enge Verbindungen mit den deutschen Lagerinsassen geknüpft und halten sie deshalb von der Arbeit fern. Dafür sind hauptsächlich die Bezirks- und Kreisvolksausschüsse verantwortlich, welche die Lagerkommandanten nicht oft genug kontrollieren und sie zu wenig energisch bestrafen und zur Verantwortung ziehen. Deswegen kommt es oft zur Flucht von deutschen Lagerinsassen aus einem Lager in ein anderes.“<sup>2748</sup>

Der bereits erwähnte Bäcker Johann Fischer aus Kubin (Kovin) wurde am 3. Dezember 1944 ins Lager Mramorak überstellt, wo er bis zu seiner Flucht im Dezember 1945 interniert blieb:

„[...] In diesem Lager befanden sich etwa 1300 Personen. Im Lager Mramorak erhielten wir täglich 250 Gramm Polenta und eine Einbrennsuppe aus Polentamehl, aber ohne Fett und ohne Salz. Ich arbeitete beim Schneeschaukeln und Holzfällen für die Partisanen und den Lagerkommandanten, Ljuba Bulatović.

In der zweiten Dezemberhälfte brachen im Lager Krankheiten aus, Ruhr und Flecktyphus. Täglich starben 120, 180 und 200 Personen. Die armen, matten und kranken Menschen wurden abgesondert in eine Baracke gebracht, wo sie gewöhnlich nach 1 bis 2 Tagen starben. Die Leichen wurden auf die Straße gebracht. Dort wurden sie auf einen Wagen geworfen und, wenn der Wagen voll war, wurden sie von Frauen weggeführt. Wenn sich jemand krank meldete oder vor Entkräftung nicht mehr arbeiten konnte, wurde derjenige geprügelt und in den Arrest geworfen. Der Kommandant Bulatović erklärte, sie mögen krepieren, da es nur faschistische Simulanten seien. Der Zimmerälteste musste dem Kommandanten auch täglich die Todesfälle melden. Der Kommandant Bulatović pflegte auf diese Meldungen hin zu sagen: ‚Was, nur die paar 100 sind krepieren, ich wollte, das [recte: dass, Anm. Suppan] du schon der Letzte wärest!‘

Von den Lagerhäftlingen, die einst Beamte und Beamtinnen waren, mussten mit den Händen die Klosetts der Partisanen reinigen und den Kot mit ihren Händen ungefähr 50 Meter weit zum Düngerhaufen tragen. Mit den kotigen Händen mussten sich diese auch gegenseitig frisieren, wobei sie von den Partisanen verhöhnt wurden. Hätten sie sich geweigert, so wären sie erschossen worden.

Das Lager Mramorak zählte etwa 5000 Personen. Über 3500 Arbeitsunfähige, Mütter mit kleinen Kindern und arbeitsunfähige alte Personen, waren, bevor ich nach Mramorak kam, in das

<sup>2748</sup> IAS, inv. Broj 1444, [vermutlich von Ende 1945], zitiert nach: PORTMANN, Vojvodina, 253.

Vernichtungslager nach Rudolfsgrad gekommen. Von den 1300 Personen, die zurückgeblieben waren, sind über 1000 Personen gestorben. [...]“<sup>2749</sup>

Nach der donauschwäbischen Dokumentation „Verbrechen an den Deutschen in Jugoslawien 1944-1948“ wurden allerdings für das Lager Mramorak „lediglich“ 78 umgekommene Zivilpersonen ermittelt. Von den ursprünglich 2759 Einwohnern der Gemeinde Mramorak sind jedoch 644 gewaltsam ums Leben gekommen.<sup>2750</sup>

Nach einer Aufstellung des Belgrader Innenministeriums von Ende 1945/Anfang 1946 befanden sich auf dem Gebiet der AP Vojvodina noch 105.740 „Volksdeutsche“ in den verschiedenen Lagern, davon 30.745 Männer, 54.099 Frauen und 20.896 Kinder, während etwa 6000 Personen (davon 2000 Männer, 3000 Frauen, 1000 Kinder) nicht interniert waren. Für die Volksrepublik Kroatien wurden rund 10.600 internierte (davon 3000 Männer, 4500 Frauen und 3100 Kinder) und 2000 (davon 700 Männer, 1000 Frauen, 300 Kinder) auf freiem Fuß lebende „Volksdeutsche“ gemeldet, für die Volksrepublik Slowenien 4703 „Volksdeutsche“ (davon 1700 Männer, 2200 Frauen, 803 Kinder), die angeblich nicht interniert gewesen sein sollen – was freilich nicht den Tatsachen entsprach. Für ganz Jugoslawien rechnete das Innenministerium jedenfalls mit 117.485 internierten (davon 34.214 Männer, 58.821 Frauen, 24.422 Kinder) und 12.895 (davon 4402 Männer, 6204 Frauen, 2105 Kinder) außerhalb der Lager befindlichen Volksdeutschen, insgesamt also mit 130.380 Personen.<sup>2751</sup>

Im Frühjahr 1946 begann seitens der kommunistischen Führung die politische Indoktrinierung der elternlosen donauschwäbischen Kinder:

„[...] Ab Mai 1946 kamen Transporte mit Kindern aus dem Lager Kruševlje nach Gakovo, wo sie zunächst untersucht und durchleuchtet wurden. Die tuberkulösen Kinder wurden nach Palić geschickt, die anderen, 245 Mädchen und 120 Knaben im Alter von 4 bis 14 Jahren, kamen in Kinderheime nach Stara Kanjiža und Petrovo Selo. Es handelte sich hier um Kinder, deren Eltern entweder gestorben waren, in Russland verschleppt oder sonst vermisst waren. – Ich selbst wurde am 14. Juli 1946 als Kindspflegerin nach Petrovo Selo gebracht, wo in einem ehemaligen katholischen Kloster ein Kinderheim für Knaben eingerichtet war. Die Kinder wurden hier auffallend gut untergebracht und sehr gut gepflegt.“

<sup>2749</sup> Maschinenschriftlicher Bericht des Bäckers Johann Fischer aus Kubin (Kovin, Banat, Jugoslawien) vom 19. Juli 1947 (mit eigenhändiger Unterschrift), in: Vertreibung und Vertreibungsverbrechen, Dok. 40, 299-305, hier 304f. Fischer gelang im Dezember 1945 die Flucht aus dem Lager Mramorak und am 16. Oktober 1946 – nach einer neuerlichen Internierung – gemeinsam mit seiner Frau die Flucht über die jugoslawisch-rumänische Grenze, von wo er über Ungarn nach Österreich gelangte.

<sup>2750</sup> Verbrechen an den Deutschen in Jugoslawien, 315, 320.

<sup>2751</sup> IM der FVRJ, Tabellarische Übersicht der internierten und nicht internierten Deutschen auf dem Territorium Jugoslawiens, undatiert [vermutlich von Ende 1945, Anm. Portmann], ASCG, F-50, 35/844, zitiert nach PORTMANN, Vojvodina, 256. Für das engere Serbien wurden noch 341 Volksdeutsche (davon 28 internierte) gemeldet, für den Kosovo 4 und für Bosnien-Herzegowina 1119 (davon 1117 internierte).

Sie erhielten vormittags von 8-11 und nachmittags von 14-16 Uhr Schulunterricht. Dreimal wöchentlich wurden sie zu Spaziergängen geführt. Sie lernten serbische Lieder auf deutsche Melodien singen, in denen ihre Eltern beschimpft wurden. So z. B. sangen sie u. a. ‚Unsere Eltern waren feige und wertlose Menschen, darum mussten sie sterben, wir wollen leben; unser Leib und unsere Seele gehört Tito, nur Tito und dem Kameraden Stalin...‘ Religionsunterricht wurde den Kindern nicht erteilt, sie wohnten auch keinem Gottesdienst bei. Zwei katholische Priester haben, während ich dort anwesend war, den Heimleiter gebeten, er möge ihnen die Kinder sonntags eine Stunde für den Religionsunterricht und Gottesdienst freigeben. Ich habe selbst gehört, als der 21-jährige Heimleiter, ein serbischer Partisane aus Syrmien, wörtlich erwiderte: ‚Zwischen uns ist eine Grenze, die Kinder gehören uns, und mit den Kindern können wir tun, was wir wollen. Wir brauchen keinen Gott, der ist viel zu alt, der hilft euch nicht mehr, und uns braucht er nicht helfen. Wir haben einen Tito.‘

Mein Landsmann Simon Csapo, der seines ungarischen Namens wegen lagerfrei war, wollte seine zwei Enkelkinder, deren Mutter nach Russland verschleppt war, herausverlangen und zu sich nehmen. Es wurde ihm vom Ökonom des Heimes, einem serbischen Partisanen aus Titel, gesagt, er könne die Kinder nicht bekommen. Die Kinder wären von ihnen auf 4 Jahre übernommen, sie würden hier geschult werden. Die besten werden später auf die Offiziersschule geschickt, die zweitbesten werden zu tüchtigen Facharbeitern herangebildet, die weniger erfolgreichen Schüler werden Bauern und Arbeiter. Man füttere nicht umsonst die Kinder, sie müssen später auch etwas dafür leisten.<sup>2752</sup>

Der Bericht der Krankenpflegerin Barbara Beiler erinnert an die osmanische Knabenlese, die seitens der serbischen Historiker wiederholt scharf kritisiert wurde.<sup>2753</sup>

Die jahrelange Internierung führte jedenfalls zu einer erheblichen Dezimierung der Zahl der nach November 1944 in Jugoslawien verbliebenen Donauschwaben. Michael Portmann versuchte eine grobe Abschätzung der zahlenmäßigen Entwicklung, die dort und da leicht zu korrigieren ist: Von den im November 1944 zurückgebliebenen 160.000 Donauschwaben wurden in den ersten Wochen der Partisanenherrschaft etwa 7000 Funktionäre, Beamte, Militärs, Polizisten, Gendarmen, Intellektuelle, Besitzer etc. erschossen, über Weihnachten 1944/45 etwa 12.000 zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion deportiert. Im Verlauf des Winters 1944/45 dürften etwa 7000 Personen im Verlauf der ersten Internierungen gestorben sein (wohl nur eine Minderheit eines „natürlichen Todes“). Von der allgemeinen Internierung im Frühjahr 1945 wurden daher etwa 135.000 Donauschwaben erfasst, von denen 110.000 bis 120.000 in einem der rund 80 Lager inhaftiert wurden, während etwa 15.000 (Sympathisanten der Volksbefreiungsbewegung, unersetzliche Fachkräfte, Spezialarbeiter etc.) auf freiem Fuß bleiben durften. Die Todesfälle müssen aber weiter zugenommen haben, denn in einem Schreiben des Provinzkomitees der KP der Vojvodina an das ZK der KP Serbiens vom 23. August 1945 war nur mehr von 90.000 bis 100.000 internierten Donauschwaben die

<sup>2752</sup> Maschinenschriftlicher Bericht Barbara Beiler aus Apatin, 28. Jänner 1947, in: Vertreibung und Vertreibungsverbrechen, 306-310, hier 309f.

<sup>2753</sup> Vgl. B. D. PAPOULIA, Ursprung und Wesen der „Knabenlese“ im Osmanischen Reich (Südosteuropäische Arbeiten 59, München 1963).

Rede. Andererseits nahm das Interesse der serbischen Öffentlichkeit am Schicksal der Donauschwaben deutlich ab, was in der Berichterstattung der drei wichtigsten Zeitungen – *Borba*, *Politika*, *Slobodna Vojvodina* – nachlesbar ist. Daher ist dem Urteil von Zoran Janjetović zuzustimmen:

„Vielmehr wurde über das Schicksal der rechtlosen und inkriminierten Schwaben systematisch geschwiegen, um damit die Schuld nationalsozialistischer Verbrechen auf die gesamte nationale Minderheit abzuwälzen.“<sup>2754</sup>

Nach einem streng vertraulichen Arbeitsbericht des Innenministeriums vom 21. Jänner 1947 ließ Innenminister Ranković in der ersten Jahreshälfte 1946 sämtliche Lager für Donauschwaben überprüfen und soll daraufhin eine „ziemlich große Zahl dieser Leute“ freigelassen haben. Dennoch verblieben im Sommer 1946 noch rund 100.000 Donauschwaben in Lagern. Nach einem Bericht des Bezirkskomitees Apatin soll aber bereits kleineren Gruppen die Flucht aus den Lagern und über die ungarische Grenze gelungen sein, wobei die „Kolonisten“ – die mittlerweile in den donauschwäbischen Häusern einquartiert waren – offensichtlich Angst vor Plünderungen und Brandstiftungen seitens der geflüchteten Donauschwaben bekamen. Diese vermeintliche Angst verriet freilich nichts anderes als das schlechte Gewissen der „Kolonisten“.<sup>2755</sup>

Innenminister Ranković und die Belgrader Regierung wurden im erwähnten Bericht vom 21. Jänner 1947 auch über die Situation in den Lagern informiert:

„Der Zustand in diesen Lagern ist in jeder Hinsicht äußerst schlecht. Die Unterkunft, die hygienischen Bedingungen, die Ernährung und Kleidung sind weit unter den minimalen Anforderungen für ein geordnetes Leben. Obwohl dieses Ministerium und das Innenministerium der Volksrepublik Serbien viele Maßnahmen zur Verbesserung der Umstände getroffen haben, wurden nur schwache Ergebnisse erzielt.“

Daher verlangte das Innenministerium vom Finanzministerium die Summe von 15 Millionen Dinar für die Bereitstellung von Lebensmitteln, Medikamenten, Schuhwerk und Treibstoff; genehmigt wurden 10 Millionen Dinar. Um das akute Bekleidungsproblem zu lösen, wandte sich das Innenministerium an die UNRRA, die immerhin sieben Eisenbahnwaggons mit Kleidern und Schuhwerk zur Verfügung stellte. Wie viele dieser Hilfslieferungen tatsächlich bei den mangelhaft bekleideten, hungernden und kranken Lagerinsassen landeten, bleibt ungewiss, da angenommen werden muss, dass einiges gestohlen und veruntreut wurde.<sup>2756</sup>

<sup>2754</sup> Statistički podaci o broju stanovnika Vojvodina 1946, AV, F-205, zitiert nach: PORTMANN, Vojvodina, 247f.; Zoran JANJETOVIĆ, Prilog proučavanju položaja folksdojčera u Jugoslaviji, in: Istorija XX veka, 14/1 (Beograd 1996) 151.

<sup>2755</sup> Bericht IM der FVRJ an Generalsekretariat des Ministerrates, 21. Jänner 1947, ASCG, F-50, 33/157; Bericht des Bezirkskomitees Apatin der KP Serbiens an das Kreiskomitee Sombor, o. D., IAS, zitiert nach: PORTMANN, Vojvodina, 256f.

<sup>2756</sup> Bericht IM der FVRJ an Generalsekretariat des Ministerrates, 21. Jänner 1947, ASCG, F-50, 33/157, zitiert nach: PORTMANN, Vojvodina, 256f.

**Die „Todeslager“ Gakowa/Gakovo, Jarek/Bački Jarak, Kruschiwl/  
Kruševlje, Rudolfsnad/Knićanin und Molidorf/Molin 1945/47**

Da die große Mehrheit der mutmaßlichen donauschwäbischen Kriegsverbrecher und Kollaborateure vor der Roten Armee und den Partisanen die Flucht ergriffen hatte bzw. noch in deutschen Militärformationen Dienst tat, befanden sich unter den zurückgebliebenen Donauschwaben verhältnismäßig wenige Männer zwischen 16 und 60 Jahren, dafür unverhältnismäßig viele Kinder unter 16 Jahren, Frauen und alte Leute über 60 Jahre. Von diesen war die Mehrheit nicht arbeitsfähig und wurde daher bald von der arbeitsfähigen Bevölkerung getrennt. Auf der Basis von 768 Berichten von betroffenen Deutschen aus 185 Lagern lässt sich feststellen, dass es unter den alten Leuten und Kindern wegen der unmenschlichen Verhältnisse, der völlig unzureichenden Ernährung, der mangelhaften ärztlichen Betreuung und der hierdurch entstanden Seuchen besonders viele Todesfälle gab. Am schlimmsten erging es den in großen „Todeslagern“ für Arbeitsunfähige zusammengepferchten alten und kranken Leuten sowie Müttern mit Kleinkindern, die in Rudolfsnad (Knićanin), Gakowa (Gakovo), Jarek (Bački Jarak), Kruschiwl (Kruševlje) und Molidorf (Molin) konzentriert wurden. Das Lager von Rudolfsnad am linken Ufer der unteren Theiß passierten ca. 33.000 Menschen, von denen nach geretteten Aufzeichnungen eines Lagerarztes 9503 verstorben sind, davon 8012 Erwachsene und 1491 Kinder unter 14 Jahren. Durch das Lager Gakowa nördlich von Sombor gingen etwa 18.000 Insassen, von denen ca. 8800 starben. Aus Jarek sind ebenfalls 18.000 Lagerinsassen überliefert mit 6400 Todesfällen, aus Kruschiwl 10.000 Insassen mit rund 3000 Todesfällen und aus Molidorf 7000 Insassen mit ebenfalls rund 3000 Todesfällen. Hunderte von Erlebnisberichten bezeugen die Rohheit und Brutalität der überwiegend serbischen Lagerverwaltungen und Wachmannschaften gegenüber den hungernden, frierenden, fiebernden und sterbenden donauschwäbischen Kindern und Greisen. Es muss hervorgehoben werden, dass in mehr als 80 Lagern insgesamt etwa 50.000 (!) elend zugrunde gingen.<sup>2757</sup>

Der von der Belgrader Regierung eingesetzten außerordentlichen Kontrollkommission für die Vojvodina schienen am 20. Mai 1945 die Verhältnisse in den Lagern im Allgemeinen noch nicht besorgniserregend, eher dort und da als zu günstig:

„Die Lager der internierten Deutschen bieten nicht das Bild von Lagern, sondern sie leben in ihren Häusern und Dörfern ein fast normales Leben, an einigen Orten ein vollständig normales Leben, wie z. B. im Banat, wo den Deutschen noch nicht einmal der unbewegliche Besitz weg-

<sup>2757</sup> WEHLER, Nationalitätenpolitik, 80-92; Vertreibung und Vertreibungsverbrechen, 51; Verbrechen an den Deutschen in Jugoslawien, 125-141; vgl. besonders Leidensweg der Deutschen im kommunistischen Jugoslawien. Band III: Erschießungen – Vernichtungslager – Kinderschicksale in der Zeit von 1944 bis 1948, hg. von der Donauschwäbischen Kulturstiftung (München – Sindelfingen 1995).

genommen wurde und die Ernährung in vielen Fällen besser ist als diejenige unserer Armee. [...] Die Lager bzw. die Dörfer unter speziellem Regime sind überhaupt nicht umzäunt und die Anzahl der Wachen ist sehr gering. So kommen z. B. in einem Lager auf 10.000 Internierte 25 Wachmänner, die sich nacheinander abwechseln. [...] Auch die sich in den Lagern befindlichen arbeitsfähigen Personen werden nicht in befriedigendem Maße ausgenützt und arbeiten praktisch nichts. So befinden sich z. B. in Bački Jarak 11.000 Internierte, von denen nur 1300 für leichte Arbeit einzusetzen sind. In diesen Lagern befindet sich eine ziemlich große Anzahl an Kranken, Verkrüppelten und Kindern. In einzelnen Lagern sind Frauen und Männer gemischt. Die Sterblichkeit ist gering. Die Lager haben ihre Ambulanz, Apotheken und Ärzte. In den Lagern und den Dörfern mit Spezialverwaltung bekommen die Internierten täglich 500 Gramm Brot, etwas Verschiedenes (Bohnen, Kartoffeln oder Erbsen) und 20 Gramm Fett, und in einigen Lagern bekommen sie noch Speck zum Mittagessen und Milch für die Kinder. Im Banat essen die Deutschen in ihren Häusern und kochen, was sie wollen, obwohl angeordnet wurde, dass alle Deutschen interniert werden müssen und ihr Besitz konfisziert werden soll. Der Umgang mit den Internierten ist im Allgemeinen gut, und es gibt keine Ausfälle und Misshandlungen der Internierten. Früher gab es Misshandlungen und Vergewaltigungen von Deutschen, dies ist aber heute beseitigt und die Schuldigen wurden bestraft.“<sup>2758</sup>

Es bleibt wohl ein Rätsel, wie die Kontrollkommission zu einem solch positiven Befund kommen konnte, denn aus Hunderten donauschwäbischen Augenzeugenberichten ist überliefert, dass bereits im Frühjahr 1945 neben den Drangsalierungen seitens der Wachen Hunger, Seuchen und Tod in den Lagern zu wüten begannen. Möglicherweise wichen die Inspektionsorgane wegen der persönlichen Ansteckungsgefahr gerade den besonders gefährdeten Lagern aus. Jedenfalls hinterließ der Abschlussbericht der Kontrollkommission in der Belgrader Regierung ein weitgehend falsches Bild und könnte eine Ursache für ihre Inaktivität gewesen sein.

Zumindest ein Bericht über die Konzentrationslager für die Deutschen in der Vojvodina aus dem Sommer 1945 hätte aber das Präsidium des Ministerrates alarmieren müssen. Hier war einerseits zu lesen: Auf dem Territorium der Gebietskommandantur Sombor – nahe der ungarischen Grenze – befanden sich zwei Dörfer unter besonderer Verwaltung, in denen überwiegend „arbeitsunfähige Insassen“ zusammengepfercht wurden: in Gakovo 12.086 Personen, in Kruševlje 5766. In der Statistik fällt auf, dass die 12.086 Lagerinsassen des Lagers Gakovo nicht nach Arbeitsfähigen und Arbeitsunfähigen differenziert waren, auch nicht nach Männern, Frauen und Kindern, sondern dass lediglich der Hinweis: „Es herrschen Typhus und Diphtheritis“ vermerkt war – was in der Folge zu einer sehr hohen Todesrate führte. Unter den 5766 Lagerinsassen in Kruševlje befanden sich 4547 arbeitsunfähige Frauen und 475 Kinder. In Bački Jarak waren 8345 Personen zusammengepfercht (darunter 3369 arbeitsunfähige Frauen und 2966 Kinder), in Banatski Brestovac 5162 Personen (darunter überwiegend Arbeitsunfähige: 635 Männer, 1174 Frauen und 2490 Kinder) und in Mramorak 5061 Perso-

<sup>2758</sup> Abschlussbericht der außerordentlichen Kontrollkommission für die Vojvodina an das Präsidium des Ministerrats des DFJ, 20. Mai 1945, ASCG, F-50, 36/27-28, zitiert nach: PORTMANN, Vojvodina, 249f.

nen (darunter überwiegend Arbeitsunfähige: 1078 Männer, 1722 Frauen und 1349 Kinder).<sup>2759</sup> – Das „Todeslager“ Knićanin auf der Banater Seite der Theiß war in diesem Bericht noch nicht vermerkt, da es erst im Oktober 1945 entstand.

Nachrichten über die Ausbreitung ansteckender Krankheiten in donauschwäbischen Lagern müssen dennoch an die politische Führung in Novi Sad und wohl auch in Belgrad gelangt sein, denn am 4. September 1945 erließ das Provinzministerium für Volksgesundheit die Weisung, in jedem Lager innerhalb kürzester Zeit ein Lagerkrankenhaus zu errichten und alle Personen mit ansteckenden Krankheiten dort zu pflegen. Außerdem sollten alle zur Entlassung vorgesehenen Personen 20 Tage in Quarantäne bleiben und die außerhalb des Lagers arbeitenden Personen jeden Kontakt mit „bürgerlichen Personen“ (gemeint sind wohl jugoslawische Staatsbürger, Anm. Suppan) unterlassen. Da diese Weisung im Jänner 1946 wiederholt wurde, scheint die Ausbreitung von Seuchen noch nicht gebannt gewesen sein. Ab Dezember 1945 wurden auch Mitarbeiter der britischen Botschaft in Belgrad über die katastrophalen Zustände in den Konzentrationslagern für Donauschwaben informiert – angeblich durch zwei katholische Priester aus Apatin. In mehreren Berichten an das Foreign Office schilderten sie den anhaltenden Nahrungsmittelmangel, die unzulänglichen sanitären Einrichtungen, die mangelnde medizinische Versorgung, die Ausbeutung der Arbeitskraft und die hohe Sterblichkeitsrate und schlugen daher eine generelle Aussiedlung dieser Bevölkerung nach Deutschland oder Österreich vor.<sup>2760</sup>

Bački Jarak war bis September 1944 eine nahezu ausschließlich deutsche und evangelische Gemeinde nördlich von Novi Sad mit rund 2000 Einwohnern. Nach Evakuierung und Flucht der Mehrheit der Deutschen wurde hier schon im Dezember 1944 ein großes Konzentrationslager für die Deutschen aus der südöstlichen Batschka errichtet. Die Mehrzahl der Lagerinsassen waren ältere Personen und Mütter mit kleinen Kindern. Das hielt die Lagerkommandantin, eine serbische Partisanin, nicht zurück, sowohl ältere Leute als auch Kinder nach ihren Launen zu schlagen und einzusperren. Am Ostersonntag 1945 musste das noch vorhandene und versteckte Geld unter Androhung der Todesstrafe abgegeben werden, ebenso Wertsachen wie Eheringe und Ohrringe. Als im Mai 1945 im Lager Typhus ausbrach, starben – nach den Angaben der deutschen Totengräber – täglich zwischen 40 und 45 Personen, einmal sogar 53. Die Totengräber hatten die Verstorbenen in 2 m breiten und 2 m tiefen Massengräbern nackt zu beerdigen. Bis zur Auflösung dieses „Sterbelagers“ am 17. April 1946 sollen in Bački Jarak 6400 Personen gestorben sein.<sup>2761</sup>

<sup>2759</sup> Zahl der Lagerinsassen [vermutlich Sommer 1945, Anm. Portmann], ASCG, F-513, XXXIV MP, III-3/160, III-3/178-16, zitiert nach PORTMANN, Vojvodina, 475-486.

<sup>2760</sup> Weisung GNOV an Bezirksvolksausschuss Sombor, 4. September 1945, und Bezirksvolksausschuss Sombor an Lagerverwaltung, 30. Jänner 1946, IAS, F-221, inv. broj 483 und 1445; Bericht brit. Botschaft in Belgrad an Southern Department des FO, 14. Dezember 1945, PRO, FO 371/55525, zitiert nach: PORTMANN, Vojvodina, 262-264.

<sup>2761</sup> Protokollierte Aussagen des Landwirts Jakob Pleesz aus Šajkaški Sveti Ivan, Bezirk Titel in der Batschka, 19. August 1947, in: Dokumentation der Vertreibung V, 395-400.

Kinder, deren Eltern in Lagern wie Gakovo oder Kruševlje gestorben waren, wurden im Jahre 1946 für kurze Zeit in eigene Kinderlager deportiert, die von internierten donauschwäbischen Frauen geführt wurden. Aber nach drei Monaten wurden diese Lager wieder aufgelöst und die Kinder unbekanntem Aufenthalts untergebracht.<sup>2762</sup>

Die Köchin Barbara Beiler aus Apatin kam Mitte Oktober 1945 als Krankenpflegerin in die Abteilung für Typhusranke ins Spital des „Vernichtungslagers“ Gakovo, wo sie bis zum 14. Juli 1946 blieb:

„[...] In Gakovo/Krs. Sombor waren 16-17.000 Internierte, fast durchwegs Arbeitsunfähige, Kranke, Alte und Kinder, in leeren Häusern, in denen keinerlei Möbel mehr vorhanden waren, zusammengepfercht. Bis zu 20 Personen lagen in einem Zimmer. Sie lagen auf dem Fußboden auf Stroh und waren schwersten Misshandlungen der rohen Wachmannschaften ausgesetzt. Die Lagerkommandanten wurden häufig gewechselt und waren durchwegs primitive und rohe Menschen. Im Dezember 1945 war ein Zigeuner, der vorher Schweinehirt in Sivac war, Lagerkommandant. Infolge der unzureichenden Ernährung und schlechten hygienischen Verhältnisse sind zahlreiche Lagerinsassen gestorben. Die Menschen sind hier buchstäblich verhungert, insbesondere in der Zeit vom Dezember 1945 bis März 1946. Es gab damals täglich: morgens eine leere Suppe ohne Fett, zu Mittag etwas gekochten Maisschrott oder Gerstel und abends wieder eine Suppe ohne Fett. Fünf Wochen hindurch gab es einmal überhaupt keinen Bissen Brot, später nur ein Stückchen ungenießbares Maisbrot. Kranke und Kinder bekamen die gleiche Verpflegung. Wir waren obendrein von Ungeziefer, vor allem von Läusen sehr geplagt. Der Hunger, insbesondere aber Fleck- und Bauchtyphus forderten zahlreiche Opfer. In den Monaten Dezember 1945, Januar und Februar 1946 bewegte sich die Zahl der Todesfälle unter den rund 16.000 Lagerinsassen zwischen 46 und 102 täglich.

Die Toten wurden in Massengräbern auf dem Acker hinter dem Gakovoer Friedhof ohne Priester eingegraben. Wir haben sie vorher in ihre Kleider eingenäht und auf einem Handkarren zum Totenhaus gebracht, von wo sie mit Pferdewagen zur Grube gefahren wurden. In einem Massengrab waren durchschnittlich 500-700 Tote eingescharrt. Ich erkundigte mich einmal bei einem der Totengräber über die Zahl der Toten im Gakovoer Lager. Er nannte mir eine Zahl über 7000. Anfangs hatten wir noch primitive Holzkreuze auf den Gräbern aufgestellt, sie wurden jedoch später von den Partisanen eingeholt und in der Bäckerei verheizt. Für die Kranken waren fast keine Medikamente vorhanden. In unserer Krankenabteilung wurden Kranke mit über 39° Fieber aufgenommen. Der Lagerarzt Dr. Scherer, selbst ein Deutscher, gab sich zwar viel Mühe, er konnte doch nicht viel helfen. Meine Mutter ist auch hier gestorben.

Viele Personen nahmen sich im Lager vor Verzweiflung das Leben. Mir sind nahezu 50 Selbstmordfälle bekannt. Eine Frau aus Ridjica, die das Flehen ihrer drei kleinen Kinder nicht mehr ertragen konnte und nicht zu Essen hatte, erwürgte ihre eigenen Kinder und erhängte sich. [...] Frauen stürzten sich mit ihren Kindern in den Brunnen.

Die Kinder, die nur noch Haut und Knochen waren, boten mit ihren hervorstehenden Augen einen furchtbaren Anblick. In den Wintermonaten, in denen nicht geheizt wurde, sind viele von ihnen erfroren. Ich sah Kinder, aber auch Erwachsene, mit abgefaulten Fingern und Zehen. Mitte Januar 1946 wurden die Kinder von den anderen getrennt. Je 10 Kinder wurden einer Frau zur Betreuung übergeben. Dadurch sollten die arbeitsfähigen Mütter zur Arbeit freigemacht wer-

<sup>2762</sup> IKRK-Memorandum, Juli 1947: Les camps de concentration du gouvernement Tito dans le Batchka, zitiert nach: DOUGLAS, „Ordnungsgemäße Überführung“, 295.

den. Ab Mai 1946 kamen Transporte mit Kindern aus dem Lager Kruševlje nach Gakovo, wo sie zunächst untersucht und durchleuchtet wurden. Die tuberkulösen Kinder wurden nach Palić geschickt, die anderen, 245 Mädchen und 120 Knaben im Alter von 4 bis 14 Jahren, kamen in Kinderheime nach Stara Kanjiža und Petrovo Selo. Es handelte sich hier um Kinder, deren Eltern entweder gestorben waren, in Russland verschleppt oder sonst vermisst waren. [...]“<sup>2763</sup>

Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang auch die zwischen den nationalen Minderheiten differenzierende Haltung des von den serbischen Partisanen eingerichteten Haupt-Volksbefreiungsausschusses der Vojvodina. Auf einer Versammlung am 29. März 1945 wurde beschlossen, die ungarische Bevölkerung als „alteingesessene Bevölkerung“ mit allen bürgerlichen Rechten zu behandeln und nur die Verbrecher und Diener des Horthy'schen Besatzungsregimes zu bestrafen. Slowaken und Ukrainer (Rusini) galten als slawische Brüder, die Rumänen offensichtlich als ehemalige Verbündete – was natürlich nicht für die Jahre 1941-44 gegolten hatte. Der deutschen Bevölkerung der Vojvodina aber, „die in ihrer Gesamtheit im Dienste des deutschen Faschismus“ gestanden sei, gebühre „kein Platz mehr in unserem Lande“.<sup>2764</sup>

Im Juli 1946 verfasste der ehemalige Oberlandesgerichtspräsident in Groß-Betschkerek und ehemalige Skupština-Abgeordnete Wilhelm Neuner<sup>2765</sup> aus dem

<sup>2763</sup> Maschinenschriftlicher Bericht Barbara Beiler aus Apatin, 28. Jänner 1947, in: Vertreibung und Vertreibungsverbrechen, 308f. Beiler gelang am 23. August 1946 die Flucht aus dem Lager Gakovo und über die jugoslawisch-ungarische Grenze; in Bayern fand sie ihren Ehemann und ihren Sohn.

<sup>2764</sup> Edmund SCHWEISSGUTH, Die Entwicklung des Bundesverfassungsrechts der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien (Studien des Instituts für Ostrecht 9, München 1961) 88f.

<sup>2765</sup> Der aus Hohenmauthen (Muta) in der Untersteiermark gebürtige Dr. Neuner war gleich nach dem Kriegsende 1918 vom Oberlandesgericht in Graz als Rechtspraktikant dem Kreisgericht Marburg (Maribor) zugewiesen und – offenbar auf Grund seiner sehr guten Slowenisch- und Serbo-Kroatisch-Kenntnisse – sogar von General Maister akzeptiert worden. Da Neuner auch Ungarisch beherrschte, wurde er am 16. Juni 1920 als Richter in den jugoslawischen Banat versetzt und legte am Oberlandesgericht in Neusatz (Novi Sad) auch die Richteramtprüfung über das ungarische Recht ab. In den 1920er und teilweise in den 1930er Jahren war Neuner Richter beim Kreisgericht in Groß-Betschkerek (Veliki Bečkerek), Bezirksrichter in Palanka (Bačka Palanka), Gerichtsrat des Kreisgerichts in Groß-Kikinda (Velika Kikinda) und zuletzt Präsident des Oberlandesgerichts in Groß-Betschkerek. Hier hatte er auch eine Banater Schwäbin geheiratet und war Vater eines Sohnes geworden. Von 1923 bis 1929 war Neuner Abgeordneter der Deutschen Partei im Belgrader Parlament und besuchte als solcher Bundespräsident Hainisch, Bundeskanzler Seipel und Bürgermeister Seitz in Wien. Im Frühjahr 1930 als früherer Abgeordneter verhaftet, wurde er im September 1930 auf Befehl König Aleksandars wieder auf freien Fuß gesetzt, wurde zum Hauptmann der Reserve ernannt und erhielt den Orden der jugoslawischen Krone. In den 1930er Jahren gab Neuner seinen Richterberuf vorübergehend auf und wirkte als Rechtsanwalt in Groß-Betschkerek. Nach der Besetzung des Banats durch deutsche Truppen im April 1941 wurde er zum Oberlandesgerichtspräsidenten für den westlichen Banat ernannt, wo ihm vier Gerichtshöfe mit 113 Richtern unterstanden. Trotz mancher Einmischungsversuche seitens des Reichsjustizministers und des deutschen Militärbefehlshabers in Belgrad konnte Neuner im Wesentlichen im Rahmen der Gesetze Recht sprechen. Im Oktober 1944 floh Neuner weder vor der Roten Armee noch vor den Partisanen. Nach dem Todesurteil durch ein

Konzentrationslager Knjčanin einen „verzweifelten Hilferuf“ an den Botschafter Großbritanniens in Belgrad mit der Bitte um Weiterleitung an die zuständige britische Behörde in Deutschland. Gleichzeitig bat Neuner, die Frage der Deutschen in Jugoslawien bei Verhandlungen der Außenminister über die österreichische oder deutsche Frage vorzubringen. Im Einzelnen formulierte Neuner folgende Bitten:

- „1. Die deutschen Zivilpersonen, welche heute noch in Jugoslawien in den verschiedenen Konzentrationslagern leben, haben den Wunsch und die Bitte, sobald als möglich aus Jugoslawien ausgesiedelt zu werden. Es handelt sich hierbei um das Schicksal von etwa 150.000 Menschen. Sie bitten um Aussiedlung, womöglich nach Österreich oder Deutschland.
2. Die Deutschen in Jugoslawien bitten, dass Großbritannien und die USA, als Mächte, welche jene Gebiete Deutschlands und Österreichs okkupiert haben, von wo die jugoslawischen Deutschen vor mehr als 200 Jahren hierher ausgesiedelt [sic!] worden sind, sich ihrer anzunehmen und ihre Rück siedlung [sic!] selbst durchführen oder deren Durchführung durch ‚UNRRA‘ oder das Internationale Rote Kreuz vermitteln möchten. Die jugoslawischen Deutschen können sich mit diesem Anliegen sonst an niemanden wenden. Denn da sie durch das jugoslawische Gesetz vom 21. 11. 1944 [sic!] zu Menschen ohne Staatsbürgerschaft gemacht wurden, keinerlei Rechte haben und vogelfrei sind, haben sie auf Grund des Artikels 39 der neuen jugoslawischen Verfassung vom 31. 1. 1946 auch nicht einmal mehr das Recht, sich mit ihrer Bitte an die jugoslawischen Behörden zu wenden, da so etwas nur ‚Bürgern‘ gestattet ist. Auf Grund dieser Rechtslage können sich die jugoslawischen Deutschen nur auf allgemeine Menschenrechte und auf die Heimatrechte berufen, welche ihre Väter hatten, bevor sie vor mehr als 200 Jahren aus den von Großbritannien und den USA in Österreich und Deutschland besetzten Gebieten hierher kamen.
3. Die jugoslawischen Zivilpersonen bitten, ebenso wie dies den politischen Flüchtlingen jugoslawischer Nationalität zuteil wird, bis zum Tage der Aussiedlung aus Jugoslawien um ausschließliche Betreuung und Versorgung durch die ‚UNRRA‘ und durch das Internationale Rote Kreuz, da sie keine jugoslawischen Staatsbürger mehr sind. Sie sind die Allerärmsten und Allerbedürftigsten von allen Menschen, welche in Jugoslawien leben, und müssen am meisten Not und Hunger leiden, da sie als Menschen ohne Bürgerrechte die allergeringste Fürsorge und keinerlei Lieben durch den Staat Jugoslawien genießen, welcher ihnen alles genommen hat und sie noch immer als Sklaven verkauft oder als rechtlose Menschen in Konzentrationslagern hält, wo sie der Vernichtung entgegengehen. Sie bitten auch um Ärzte, Zahnärzte und Medikamente wie auch darum, dass ihre Kranken ebens in Spitäler aufgenommen werden möchten wie alle übrigen Menschen. Für alle Auslagen bietet das gewaltige Vermögen, welches man ihnen abgenommen hat und welches doch einen Wert von weit über 100 Milliarden Dinar beträgt, eine hinreichende Deckung.
4. Die jugoslawischen deutschen Zivilpersonen bitten um sofortige Entlassung aus den Konzentrationslagern, so dass auch sie sich als Zivilpersonen ebens frei bewegen können wie alle anderen Menschen. Sie bitten, dass doch auch sie schon sogleich, wie alle Menschen in der Welt mit ihren Familienmitgliedern, von welchen sie nun schon im zweiten Jahr mit

---

Partisanenkommando entging er nur durch Flucht in das Regierungsgebäude der Erschießung. Auf Befehl der OZNA wurde er zuerst im KZ Zrenjanin interniert, wo er schwere Holzarbeiten zu verrichten hatte. Im Frühjahr 1946 wurde er mit seiner Gattin ins Vernichtungslager Rudolfsgnad deportiert, wo er das Massensterben der kleinen Kinder, Frauen und Greise täglich miterlebte. – Walter Neuner, Dr. Wilhelm Neuner – Biographie, in: Der Untersteirer (Graz), 3/2009, 5f., 4/2009, 7-9.

Gewalt getrennt sind, unter einem Dach leben dürfen. Zu diesem Zweck bitten sie, dass die einzelnen Familienmitglieder sogleich in jene Ortschaften zurückgebracht werden, wo sie früher ständig wohnten und arbeiteten und dass sie dort bis zum Tage der Aussiedlung in ihren eigenen Häusern und früheren Wohnungen in gleicher Weise wie die Menschen in allen Ländern der Welt wieder wohnen dürfen. Insbesondere bitten sie, dass ihnen die von ihnen mit Gewalt verschleppten Kinder zurückgegeben werden. Wo aber die Eltern in der Zwischenzeit erschossen wurden oder verschwunden sind oder in Konzentrationslagern auf andere Art zugrunde gingen, mögen diese Kinder den nächsten Blutsverwandten ausgefolgt werden. Die Erträgnisse, welche ihr Vermögen seit dem Tage ihrer Vertreibung von ihrem Besitz abgeworfen hat, und das Geld, die Beweglichkeiten, Einrichtungsgegenstände und sonstige Werte, welche von ihnen bei der Abführung in die Konzentrationslager zurückgelassen werden mussten oder abgenommen wurden, mögen ihnen zur Deckung ihrer Lebensunterhaltungskosten bis zum Tage der Aussiedlung zur Verfügung gestellt bzw. zurückgegeben werden. Schließlich bitten sie auch noch darum, dass sie bis zum Tage der Aussiedlung wenigstens über ihre Beweglichkeiten frei verfügen dürfen wie auch über das, was sie zur Linderung ihrer Not als Geschenk von anderen bekommen haben oder noch erwerben werden oder besitzen, damit auch sie sich Lebensmittel und Bedarfsartikel, die man ihnen früher abgenommen hat, wieder erwerben können wie alle anderen Menschen im Lande.

5. Es wäre der Wunsch der jugoslawischen deutschen Zivilpersonen, dass man wenigstens bei denjenigen von ihnen, welche nicht geflohen, sondern im Lande geblieben sind und von den jugoslawischen Behörden mit Gewalt aus ihren Häusern und von ihrem Besitz vertrieben und in die KZ. geworfen worden sind, anordnen möge, dass ihr unbewegliches und das gesamte bewegliche Vermögen, sowie sie es bei ihrer Wegführung in die KZ. zurücklassen mussten, unter ihrer eigenen Mitwirkung für alle Fälle aufrichtig inventarisieren und abschätzen lassen möchte, wobei auch ihre eigenen Äußerungen zu berücksichtigen wären. Für alles, was sie gegen ihren Willen zurücklassen oder hergeben mussten, möge ihnen als Menschen, welche keine jugoslawischen Staatsbürger mehr, sondern staatenlos sind, eine wahre, gerechte Entschädigung festgestellt und so verrechnet werden, wie diese Frage bezüglich der Deutschen von Rumänien, Ungarn und der Tschechoslowakei geregelt werden wird.
6. Die jugoslawischen Deutschen bitten, dass das sinnlose, ungestrafte Ermorden und Misshandeln von Deutschen durch Organe der Behörden sogleich eingestellt werden möchte. Wer aber einen deutschen Zivilisten bisher ermordet hat oder dessen Tötung angeordnet oder dessen Tod verursacht hat, soll sich verantworten müssen. Der Verkauf der jugoslawischen Deutschen als Sklaven soll sofort eingestellt werden und es sollen alle bereits verhandelten Sklaven das Recht bekommen, sich sofort frei zu verdingen, wie alle anderen Menschen in der ganzen Welt und sie sollen über ihren Lohn frei verfügen dürfen.<sup>2766</sup>

Der pensionierte Richter Neuner, der wegen seiner „korrekten Haltung während des Krieges und der Okkupation als Gegner des Faschismus“ angesehen wurde, betrachtete es als einer der „letzten im Lande lebenden Führer“ der jugoslawischen Deutschen als seine Pflicht, auf die Klagen und Leiden von ungefähr 150.000 Menschen deutscher Volkszugehörigkeit hinzuweisen, „welche den Aus-

<sup>2766</sup> Dr. Wilhelm Neuner, KZ Rudolfsgnad (Knićanin), an den britischen Botschafter in Belgrad, im Juli 1946, in: Untersteirer, 3/2007, 4f. Das Schriftstück, das im Regionalmuseum Ehrenhausen in der südlichen Steiermark aufbewahrt wird, sollte auch an den US-Botschafter in Belgrad sowie an den jugoslawischen Ministerpräsidenten, den Justiz- und Innenminister weitergeleitet werden.

bruch des Krieges nicht verursacht haben und trotzdem schon im zweiten Jahr in den verschiedenen Konzentrationslagern Jugoslawiens der Vernichtung entgegengehen“. Bei aller moralischen Berechtigung des Hilferufs erstaunt die Reihenfolge der Bitten. Da sich auch Neuner schon mehrere Monate im Konzentrationslager Rudolfsgnad befand, hatte er das Massensterben miterlebt, sodass sofortige Maßnahmen gegen die Fortsetzung dieses Völkermordes zu ergreifen gewesen wären. Diese berechtigte Anklage getraute sich Neuner aber offensichtlich nicht zu erheben. Hingegen erscheint – angesichts der katastrophalen Verhältnisse in den jugoslawischen Konzentrationslagern – seine Bitte um baldige Aussiedlung der jugoslawischen Deutschen nach Österreich oder Deutschland als einziger Rettungsanker. Das Hoffen auf Hilfe seitens der UNRRA und des Roten Kreuzes ist ebenso verständlich. Dass sich der AVNOJ-Beschluss vom 21. November 1944 ursprünglich „nur“ auf die Enteignung der Deutschen bezogen hatte und nicht auf den Entzug der staatsbürgerlichen Rechte, konnte auch Richter Neuner nicht wissen. Freilich waren seine Bitten um Registrierung des enteigneten Besitzes bzw. um Zur-Verfügung-Stellung bis zur Aussiedlung völlig realitätsfremd, wenn man sich die Gewaltmethoden der zwischen Oktober 1944 und Mai 1945 vor sich gehenden kommunistischen Machtergreifung und die allgemeine Rechtsunsicherheit vor Augen führt.

Das Schreiben Neuners an den britischen Botschafter wurde von der Postzensur beschlagnahmt, Neuner vom Lagerkommandanten verhört und zum Tode verurteilt. Das Urteil sollte durch Einsperren in einem niedrigen und nassen Keller und Verhungernlassen vollzogen werden. Eine Nachricht von diesen grausamen Vorgängen muss doch zum britischen Botschafter in Belgrad gelangt sein, der die jugoslawische Regierung alarmierte, die nach einer Untersuchung den Lagerkommandanten in Rudolfsgnad suspendierte. Dr. Neuner landete im Polizeigefängnis in Belgrad, dann im Polizeigefängnis in Novi Sad, dann in einem Lager bei Subotica – wo ihm die Möglichkeit zur Flucht nach Ungarn angeboten wurde –, dann in einem Kriegsgefangenenlager in Zemun, schließlich im OZNA-Gefängnis in Belgrad, wo mehrere deutsche Generäle interniert gewesen waren. Auf Grund einer neuerlichen schweren Erkrankung wurde Neuner ins Garnisonsspital überstellt, dann wieder ins OZNA-Gefängnis zurückgebracht. Hier erfuhr er endlich, dass die Untersuchungen über seine Beschwerden abgeschlossen seien, er aber auf Grund seiner deutschen Volkszugehörigkeit zurück ins Lager müsse, diesmal in ein Zentrallager bei Novi Sad. Noch im Winter 1947/48 ließ hier der Lagerkommandant hilflose deutsche Frauen und Kinder durch Misshandlungen, Grausamkeiten und Hungerkuren quälen, sodass Neuner einen neuerlichen Beschwerdebrief an den Ministerpräsidenten richtete. Abermals erschien ein Vertreter des Innenministeriums und überprüfte die Vorwürfe. Und abermals rächte sich der Lagerkommandant mit Einsperren in den Lagerbunker. Noch am 27. März 1948 mussten alle deutschen Zivilpersonen zum Appell antreten, woran sich Neuner genau erinnerte:

„Es war im Auftrage des Innenministers der Autonomen Provinz Wojwodina (Banat und Batschka) der Sektionschef über die Lager, welcher einen großen Teil der Verantwortung für die Vernichtung der deutschen Menschen in Jugoslawien hatte, erschienen. Er hielt eine Rede, in welcher er sich, ohne dass ich auch nur mit einem einzigen Wort darauf reagiert hätte, hauptsächlich mit meiner Person befasst hat. Der Sinn seiner Rede war der, dass es die Regierung der Wojwodina bedauere, dass ich ins Ausland gelassen werde. Eigentlich hätte er mich noch Tag zuvor in ein Auto setzen und aus der Stadt irgendwo hinaus führen und für immer verschwinden lassen können, sagte er wortwörtlich. Jetzt aber sei von der Belgrader Zentralregierung die Anordnung gekommen, dass ich nach Österreich zu repatriieren sei.“<sup>2767</sup>

Im Juli 1947 verfasste ein Vertreter des IKRK ein Memorandum über die Konzentrationslager in der Batschka und kam zum Schluss, dass die Rationen in den vier Lagern Bački Jarak, Filipovo, Gakovo-Kruševlje und Sekić, in die nicht-arbeitsfähige Gefangene aus anderen Lagern geschickt worden waren, so niedrig angesetzt seien, dass sie nur den Zweck hätten, deren Tod durch „natürliche“ Ursachen herbeizuführen.<sup>2768</sup>

Dass von insgesamt etwa 135.000 internierten Donauschwaben nahezu 50.000 in den Internierungs- und Todeslagern an Hunger, Krankheit und Tortur elend zugrunde gingen, sagt letzten Endes mehr als alle Erklärungen und Interpretationen. Dass sich unter den Todesopfern überwiegend Frauen, Kinder und alte Männer befanden, verschärft die Beurteilungslage. Daher greift das Resümee des serbischen Historikers Zoran Janjetović sicher zu kurz:

„However large the number of the victims was, no intention of exterminating the Ethnic Germans existed. Thus, although the consequences were almost as bad as genocide, the whole deplorable affair cannot be called by that name.“<sup>2769</sup>

Ein die totale Macht innehabendes Regime, das den überwiegenden Teil einer ethnischen Gruppe enteignet, entrechnet und interniert, sodann in den Internierungslagern durch mangelnde Ernährung und Hygiene derart katastrophale Zustände zulässt, dass 37 % der Internierten daran elend zugrunde gehen, muss sich den Vorwurf des Genozids vorhalten lassen. Dazu bedarf es keiner Auffindung eines Befehls Titos oder Ranković', Teile dieser ethnischen Gruppe bewusst auszurotten.

<sup>2767</sup> Neuner wurde nach diesem Appell tatsächlich mit seiner Gattin in einer Gruppe von 57 österreichischen Staatsbürgern zum Bahnhof in Novi Sad geführt, in zwei Viehwaggons verladen und in zweitägiger Fahrt ohne Verpflegung und Wasser zur österreichischen Grenzstation Spielfeld gebracht. In Graz war Dr. Neuner bis zu seiner Pensionierung als Landesgerichtsrat tätig. – Der Untersteirer, 4/2009, 8f.

<sup>2768</sup> Memorandum IKRK, Les Camps de Concentration du Gouvernement Tito dans le Batchka, Juli 1947, in: DOUGLAS, „Ordnungsgemäße Überführung“, 186.

<sup>2769</sup> Zoran JANJETOVIĆ, The Disappearance of the Germans from Yugoslavia: expulsion or emigration?, in: Tokovi istorije, 1-2 (2003) 85f.; Zoran JANJETOVIĆ, Das Verschwinden der Donauschwaben: Die Deutschen in der Vojvodina am Ende des Zweiten Weltkrieges, in: Vladimir Mitrović – Christian Glass (Hgg.), Suživot Nemaca i Srba u Vojvodini. Daheim an der Donau. Zusammenleben von Deutschen und Serben in der Vojvodina (Novi Sad – Ulm 2009) 218-223.

### Die Verfolgung der Deutschen in Slowenien 1945

Die Slowenen hatten als erste unter allen Südslawen die nationalsozialistische Rassen-, Verfolgungs- und Aussiedlungspolitik erleiden müssen. Und im Unterschied zu den Kroaten und bosnisch-herzegowinischen Muslimen, aber auch zu den Serben, Montenegrinern und Makedoniern, hatte den Slowenen bei einem Sieg des nationalsozialistischen Deutschland und des faschistischen Italien der Untergang der slowenischen Nation durch Unterdrückung, Aussiedlung und Assimilation gedroht. Dies erklärt sowohl die Intensität und Härte des Partisanenkampfes als auch die anti-deutschen und anti-italienischen Hassgefühle bei Kriegsende. Daher fielen die slowenischen Verfolgungsmaßnahmen gegenüber den im Küstenland verbliebenen Italienern kaum milder aus, da die italienische Besatzungsmacht bei der Verfolgung der Partisanen in der *Provincia di Lubiana* kaum zurückhaltender als die Deutschen in der Untersteiermark und Oberkrain agiert hatte. Dass die Abrechnung mit dem Deutschtum in Slowenien nicht nur mit dem Verhalten der deutschen Minderheit während des Weltkrieges motiviert war, sondern durchaus mit rassenideologischen Motiven nach NS-Vorbild, bestätigte der Rechtsanwalt Makso Šnuderl, Vorsitzender der Kommission zur Feststellung der Verbrechen der Besatzungsmächte und ihrer Helfer:

Dabei sei sie von der Überzeugung ausgegangen, dass „solange diese zwar zahlenmäßig schwachen, jedoch in allen anderen Hinsichten starken deutschen Elemente unter unsere Bevölkerung gemischt sind, sie als Hefe der Zersetzung im Volk sein Volksbewusstsein und Wachstum drosseln, es wirtschaftlich lähmen und in diesem Zusammenhang auch seinen materiellen und kulturellen Fortschritt hemmen werden. [...] Darum ist das einzige Hilfsmittel gegen diesen Zustand, die Staatsgrenze zwischen den steirischen Slowenen und der ehemaligen jugoslawischen deutschen Minderheit zu ziehen und so den hundertjährigen Eiterherd aus dem Volkskörper zu entfernen.“<sup>2770</sup>

Im Ende Februar 1944 gebildeten „Slowenischen Volksbefreiungsrat“ (*Slovenski narodnoosvobodilni svet*) wurde die Lösung der Frage der deutschen Minderheit immer intensiver diskutiert. Šnuderl verfasste Anfang September 1944 einen „Vorschlag für die ersten Maßnahmen zur Machtübernahme in der slowenischen Steiermark“: Wegen der Rolle der untersteirischen Deutschen in der genozidalen nationalsozialistischen Besatzungspolitik – die Slowenen verloren im Zweiten Weltkrieg insgesamt mindestens 95.000 Angehörige, etwa 7 % der damaligen Bevölkerung (!) – müssten sie vollständig aus dem slowenischen Gebiet vertrieben, ihr Eigentum beschlagnahmt und für die Wiedergutmachung der Kriegsschäden verwendet werden. Dieser Vorschlag wurde von einer Expertengruppe des „Volksbefreiungsrates“ noch hinsichtlich des Personenkreises konkretisiert: „Alle Deutschen, egal ob jugoslawische oder fremde Staatsbürger, die Mitglieder des Kulturbundes oder anderer nationalsozialistischer Organisationen waren, sollen

<sup>2770</sup> Makso ŠNUDERL, *Dnevnik 1941-1945*, 2. Teil (Maribor 1994) 508-511, zitiert nach: NEČAK, „Die Deutschen“, 390.

samt ihren Familien des Landes verwiesen werden, weil sie ihren eigenen Staat verraten bzw. die Gastfreundschaft des Landes missbraucht haben, in dem sie gelebt haben.“<sup>2771</sup>

Der AVNOJ-Beschluss vom 21. November 1944 „über die Überführung des feindlichen Vermögens in den Staatsbesitz, über die staatliche Verwaltung des Vermögens abwesender Personen und über die Sequestration des Vermögens, das von den Okkupationsbehörden zwangsweise entzogen wurde“, bestimmte auch für die Slowenien-Deutschen:

„Mit dem Tag des Inkrafttretens dieser Verordnung wird in Staatsbesitz überführt: 1) Das gesamte Vermögen des Deutschen Reiches und seiner Staatsbürger auf jugoslawischem Territorium; 2) das gesamte Vermögen von Angehörigen deutscher Nationalität mit Ausnahme derjenigen Deutschen, die in den Reihen der jugoslawischen Volksbefreiungsarmee gekämpft haben, sowie von Angehörigen neutraler Staaten, die während der Okkupationszeit keine feindliche Tätigkeit entwickelt haben; 3) das gesamte Vermögen von Kriegsverbrechern und deren Helfern, ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit, sowie das Vermögen jeder Person, die durch das Urteil eines bürgerlichen oder eines Kriegsgerichts zum Verlust ihres Vermögens zugunsten des Staates verurteilt worden ist.“<sup>2772</sup>

Da sich nach einer Statistik der slowenischen Kommission zur Feststellung der Verbrechen der Besatzungsmächte und ihrer Helfer in der Untersteiermark nur 278 Deutsche als offene Gegner des Nationalsozialismus deklariert hatten, 507 neutral geblieben waren und sich gar nur 32 der slowenischen Volksbefreiungsbewegung angeschlossen hatten, betraf der AVNOJ-Beschluss praktisch alle untersteirischen, Krainer und Gottscheer Deutschen. Zu den wenigen Personen, die sich den slowenischen Partisanen angeschlossen hatten, gehörten die Industriellenfamilie Woschnagg und der Gerichtsvorsteher Dr. Wilhelm Hess aus Schönstein (Šoštanj) sowie Dr. Fritz Matzner aus dem Besatzungsapparat.<sup>2773</sup>

Unmittelbar nach Kriegsende begannen die Abrechnung mit dem deutschen „Klassenfeind“ und eine „Expropriation auf patriotischer Grundlage“, wie sich Boris Kidrič ausdrückte, der seit 5. Mai 1945 Vorsitzender der slowenischen Volksregierung war. Am 11. Juni 1945 machte er auf dem Marburger Hauptplatz unmissverständlich deutlich, was unter dieser „Expropriation“ zu verstehen war: „Aus den nördlichen Gebieten müssen die Reste des Deutschtums verschwinden. Es ist unzulässig, dass diese Reste noch auf slowenischer und jugoslawischer Erde spazieren gehen. Die Leute, die den Schweiß des Volkes ausgesaugt haben, diese

<sup>2771</sup> Dušan NEČAK, Über das Schicksal der Deutschen in Slowenien. Vergeltung und Vertreibung nach 1945, in: was 88, 1997, 162f.; Stefan KARNER, Slowenien und seine „Deutschen“. Die deutschsprachige Volksgruppe als Subjekt und Objekt der Politik 1939 bis 1998 (Bonn 2000) 18.

<sup>2772</sup> NEČAK, „Die Deutschen“, 387. Wie noch näher ausgeführt wird, gab es am 21. November 1944 keinen zweiten AVNOJ-Beschluss. Der in der Historiographie tradierte Irrtum entstand durch eine besondere Auslegung eines AVNOJ-Ausschusses am 23. Mai 1945, der am 8. Juni 1945 veröffentlicht wurde.

<sup>2773</sup> NEČAK, „Die Deutschen“, 385.

Leute, die mithalfen, unser Volk zu versklaven, diese Leute dürfen nicht mehr hier bleiben [...]“<sup>2774</sup>.

Amalia Brame aus der Gottschee schilderte – manchmal in etwas seltsamem Deutsch – das Schicksal vieler ihrer Landsleute bei Kriegsende, als sie aus der Südostecke der Untersteiermark, wohin sie im Herbst 1941 umgesiedelt worden waren, nach Norden flüchten wollten und letzten Endes abgeschoben wurden:

„[...] Die Trecks, welche paar Tage zuvor ihren Weg Richtung Österreich nahmen, kamen, von den Partisanen getrieben, wieder nach Rann zurück, wo sie tagelang auf einem großen Viehplatz lagerten. Natürlich von einer Horde bewacht und aller Habe beraubt. Das Elend war unbeschreiblich, hinzu kam, dass sie die Männer von ihren Familien abführten. Wir aber waren zu 10 Personen in ein kleines Zimmer verdrängt, während sich 20 Partisanenoffiziere mit Mannschaft in unserer Wohnung breitmachten. Unser Geschäft, vollgestopft mit Lederwaren und etc., wurde von denen gleich versiegelt. So waren wir ca. 4 bis 5 Wochen unter dieser Horde [sic!]. Meine Töchter und ich mussten dann die Straßen von toten Soldaten und Tierkadavern räumen, ebenso wurden sie in der Partisanenküche zur Mithilfe verpflichtet, bis wir dann den Laufpass bekamen. Und mit uns noch ca. 70 Gottscheer, Familie Perz, Zurl, Darowitsch, Mallner, Eppich, Jaklitsch u. a. Jeder von uns durfte etwas Handgepäck mitnehmen, doch wehe, um Mitternacht während der Fahrt hat man uns im Viehwaggon überfallen und wieder noch [sic!] dieser kleinen Habe beraubt. Die Eheringe wurden von unsern Fingern gezogen sowie noch einigen vom Transport die Kleider und Schuhe ausgezogen. Die schlimmsten Fluchwörter wie ‚Du deutsches Schwein‘ und ‚Hitlerhure‘ mussten wir erdulden.

In Marburg angekommen, wurden wir von berittenen Partisanen 10 km weit zu Fuß getrieben, wo wir dann ausgehungert und erschöpft in Brunnsee ankamen. [...] In einer von Flüchtlingen überfüllten Baracke übernachteten wir dort, Gottlob nur eine Nacht. Wieder wurden wir im Viehwaggon einwaggoniert, und keiner vom ganzen Transport wusste, wohin die Reise geht. Unser Ziel und Wunsch war Deutschland. Doch während der ganzen Fahrt sahen wir nur russisches Militär auf den Bahnhöfen sowie einen Strom von Flüchtlingen, bewacht von diesen Horden. Am Bahnhof in Graz war es einem Zufall zu verdanken, dass nicht unser ganzer Transport von den Russen geschnappt wurde. Ein furchtbares Gejohle durch den Siegesrausch der Russen ließ uns fast das Blut erstarren vor Angst, was diese aus uns machen wollen. [...] wie durch ein Wunder lief unser Zug weiter – Richtung Bruck. Da hielt der Zug und wir stiegen aus. Aber überall voll Russen. [...] So trachteten wir, uns so schnell wie möglich aus dem Blickfeld der Russen zu entziehen, und es gelang uns Gottlob dann, in Niklasdorf bei Leoben in einem völlig verwanzten Lager unterzukommen.“<sup>2775</sup>

Bereits einen Monat nach Kriegsende waren die slowenischen Verfolgungsmaßnahmen zu einer hasserfüllten nationalen Abrechnung ausgeartet, die in nicht wenigen Fällen zu Mordaktionen führte. Von jugoslawischen und slowenischen politischen Organen bzw. militärischen und polizeilichen Kommanden wurden Handlungen in der Absicht begangen, „die Deutschen“ zu bestrafen und sie außer Landes zu schaffen. Gleiches sollte mit Gleichem vergolten werden, die Massenmorde der Nationalsozialisten durch Massenhinrichtungen, die Einheiten der

<sup>2774</sup> NEČAK, Volksgemeinschaft, 165; KARNER, Volksgruppe, 97.

<sup>2775</sup> Handschriftliches Schreiben Amalia Brame aus der Gottschee, 11. März 1958, in: Vertreibung und Vertreibungsverbrechen, 311-313. Frau Brame Bruder, der Metzgermeister Richard Schleimer aus Tüffer (Laško), wurde von serbischen Partisanen in bestialischer Weise ermordet, obwohl er weder eine politische Funktion innegehabt hatte noch beim deutschen Militär gewesen war.

„Organisation zum Schutz des Volkes“ (OZNA) und des „Korps der nationalen Verteidigung Jugoslawiens“ (KNOJ) sofort nach Kriegsende durchführten. Opfer waren deutsche Kriegsgefangene, Angehörige der deutschen Minderheit und Slowenen mit roter „Heimatbund“-Mitgliedskarte und – im wesentlich größeren Ausmaß – slowenische *Domobranci*, sogenannte Weißgardisten, königstreue „Blaue Garden“, „Dorfwachen“, „Deutschtümpler“ (*Nemčurji*) und Aktivisten gegen die „Befreiungsfront“. Massenerschießungen von Deutschen auf dem Gebiet der Untersteiermark wurden aus der Gegend von Rann (Brežice) berichtet – dort mit einer großen Anzahl von Kriegsgefangenen, auch kroatischer und slowenischer Nationalität –, aus dem Barbara-Stollen (nun *Huda Jama* – „Böse Grube“ genannt) bei Tüffer (Laško), vom Stadtrand von Cilli (Celje) und Gonobitz (Konjice), Windischfeistritz (Slovenska Bistrica) und Mahrenberg (Radlje ob Dravi) und von den Panzergräben bei Marburg-Thesen (Maribor-Tezno). Noch am 6. Dezember 1945 sollen als Vergeltung für die Explosion eines Munitionswaggonen in Marburg, die als deutscher Sabotageakt ausgelegt wurde, 200 bis 300 Deutsche erschossen worden sein.<sup>2776</sup>

Nach Schätzungen einer slowenischen „Parlamentarischen Untersuchungskommission“ von 1995 dürften auf dem Gebiet Sloweniens von Mai bis August 1945 allein 14.141 Slowenen umgebracht worden sein, der Großteil von ihnen *Domobranci*, die von der britischen Armee aus dem Lager Viktring ausgeliefert worden waren. Massengräber ermordeter Deutscher wurden in der Umgebung von Marburg, Herbertstein, Tresternitz, Pettau, Windischfeistritz, Mahrenberg, Tüffer (Laško), Gurkfeld (Krško), Rann, Frauheim und Radmannsdorf (Radovlje) festgestellt. Wesentlich größer war die Zahl der noch auf slowenischem Gebiet niedergemetzelten *Ustaše* und kroatischen *Domobranci*. So soll es in der Männerstrafanstalt von Marburg eine Massenerschießung von *Ustaše* gegeben haben.<sup>2777</sup>

Frau A. K. aus Marburg erlebte das Kriegsende und die kommunistische Verfolgung in ihrer Heimatstadt:

„Mein Mann, [...], geb. am 15. 3. 1906 in Brunndorf bei Marburg/Drau, Tischler beim Reichsbahnausbesserungswerk in Marburg, war im Winter 1944/45 im Rahmen des Kriegseinsatzes als Hundertschaftsführer bei der Südostbefestigung in der Untersteiermark eingesetzt. Nach Abschluss der Arbeiten war er wieder an seinem Marburger Dienstplatz tätig, während ich mit meinen beiden Töchtern wegen der Luftangriffe nach Pulsgau bei Pragerhof umgesiedelt war. Anfang Mai 1945 begann der Rückzug der deutschen Truppen und der kroatischen Ustascha, die zwei Tage lang durch Pulsgau, das an der Straße Marburg–Cilli liegt, fuhren. Noch am letzten Tag gab es in unserer Nähe Kämpfe mit den Partisanen. [...] Fünf Angehörige der Ustascha wurden dabei von den Partisanen in Pulsgau gefangengenommen. [...] Die Ustascha-Leute selber wurden splinternackt in die Wälder getrieben und dort erschossen.“

<sup>2776</sup> Vertreibung und Vertreibungsverbrechen, 50; Allein aus der *Huda Jama* wurden 2009/10 die Überreste von 796 Opfern exhumiert, überwiegend *Domobranci* und *Domobranci*. Insgesamt schätzt man auf weitere 2300 Opfer. – Mitja FERENC, Mehmedalija ALIĆ, Pavel JAMNIK, Huda Jama. Skrito za enajstimi pregradami (Ljubljana 2011) 276-278.

<sup>2777</sup> Vertreibung und Vertreibungsverbrechen, 50.

Die slowenischen Bauern von Pulsgau hatten beim Einzug der Partisanen keine Schwierigkeiten, da sie durchwegs mit diesen im Einverständnis waren und z. B. auch einen nächtlichen Überfall auf das Lager des weiblichen RAD in Pragerhof ermöglicht hatten. Ich blieb mit meinen Kindern noch drei Wochen nach dem Umsturz in Pulsgau, schon hier hörte ich, dass mein Mann eines Tages nachts um 11 Uhr verhaftet, dem Gericht in Marburg überstellt und kurzerhand zum Tode verurteilt worden sei. Noch bevor ich nach Marburg zurückgekehrt bin, war die Hinrichtung angeordnet worden. Es waren im ganzen 45 Volksdeutsche, die damals mit ihm hätten erschossen werden sollen. Drei derselben wurden bei der Erschießung von den Kugeln nicht getroffen, darunter auch mein Mann. Sie stürzten jedoch mit den Getroffenen zu Boden und stellten sich tot. Die Leichen wurden zunächst liegen gelassen und nicht bewacht. So konnten die drei entfliehen. Zwei, darunter ein Kaufmann aus Windischfeistritz, sind über die österreichische Grenze entkommen [...].<sup>42778</sup>

Im Sinne der Kollektivschuldthese erließ das jugoslawische Innenministerium im Juni 1945 die Weisung, alle Angehörigen deutscher Nationalität in Sonderlagern zu konzentrieren, womit man in der Vojvodina schon Ende 1944 begonnen hatte. Die größten Konzentrationslager in Slowenien entstanden in Sterntal (Strnišče, später Kidričevo) bei Pettau und in Tüchern (Teharje) bei Cilli. Im berühmtesten Lager Sterntal trieb die OZNA etwa 10.000 Deutsche aus allen Siedlungsgebieten Sloweniens zusammen, von denen über 1000 an Typhus und Ruhr, aber auch nach schweren Misshandlungen starben. Helene Gräfin Fünfkirchen aus Oberradkersburg (Gornja Radgona) berichtete später, dass besonders viele Kinder und alte Leute gestorben seien. Kaplan Franz Graf Attems aus Windischfeistritz, der mit seinen Eltern und seinem invaliden Bruder eingeliefert worden war, stellte den unmittelbaren Bezug zu den Gräueln der Nazis her: „Offensichtlich versuchte man, die deutschen KZ's zu imitieren. [...] Die körperliche Verfassung der Häftlinge glich nach wenigen Wochen jenen Skelettfiguren, die man in den ersten Nachkriegsmonaten auf den Photographien von Mauthausen und Dachau abgebildet sah.“<sup>42779</sup>

Ferdinand Graf Attems und seine Frau Wanda waren im Sommer 1945 verhaftet und vor das Militärgericht Maribor gestellt worden. Die Anklage lautete auf Kollaboration und stützte sich darauf, dass die Adelsfamilie an die deutsche Besatzungsmacht Holz verkauft hatte. Am 17. August 1945 wurden die beiden Angeklagten zu Haftstrafen zwischen zweieinhalb und dreieinhalb Jahren sowie zum Verlust der Staatsbürgerschaft und ihres beträchtlichen Vermögens verurteilt. Ende 1945 kamen aber Graf Attems, seine Frau und ihr invalider Sohn unter ungeklärten Umständen ums Leben. Erst am 12. Juli 1993 wurde das Urteil vom

<sup>2778</sup> Maschinenschriftliche Erklärung der Frau A. K. aus Marburg a. d. Drau, 14. August 1953, in: Vertreibung und Vertreibungsverbrechen, 313-315. Der Mann von Frau A. K. wollte nur gemeinsam mit der Familie flüchten, wurde neuerlich verhaftet, zum Tode verurteilt und hingerichtet. Frau A. K. wurde mit ihren Kindern und ihrer Schwiegermutter nach Österreich abgeschoben.

<sup>2779</sup> Dokumentation der Vertreibung V, 548-563; Milko MIKULA (Hg.), Dokumenti in pričevanja o povojnih koncentracijskih taboriščih v Sloveniji (Ljubljana 2007) 11-26, 40-84. Auf der Herberstein-Burg Hrastovec wurden Mitte Juli 1945 etwa 2400 Deutsche und Magyaren (aus Prekmurje) interniert.

Grundgericht Maribor aufgehoben, nachdem rund 30 Zeugen ausgesagt hatten, dass Ferdinand Attems ein Gegner des Nationalsozialismus gewesen sei und Partisanen geholfen habe.<sup>2780</sup>

Auch Flucht und Vertreibung der Deutschen aus Slowenien ging also nicht ohne Mordaktionen vor sich: Gemeinsam mit deutschen Kriegsgefangenen, slowenischen *Domobranci*, kroatischen *Ustaše* und *Domobranci* sowie serbischen *Četnici* wurden von der slowenischen „Abteilung für Volksschutz“ (OZNA) und den Truppen des „Korps der Volksbefreiung Jugoslawiens“ (KNOJ) Tausende von deutschen Untersteirern und Gottscheern in den besonders berüchtigten Lagern Sterntal (Strnišče) und Tüchern (Teharje), in einem weiteren Dutzend OZNA-Lager, im Luftschutzstollen von Windischfeistritz (Slovenska Bistrica), in aufgelassenen Bergwerksstollen, Industrieanlagen und Deponien bei Cilli (Celje), nicht zuletzt in den Panzergräben um Marburg (Maribor) ermordet. Besondere Zielobjekte der slowenischen Exekutionskommandos waren Exponenten des NS-Systems, Mitglieder der NSDAP, des „Heimatbundes“ und „Volksbundes“, lokale Funktionäre der deutschen Volksgruppe sowie Unternehmer, Großgrund- und Fabriksbesitzer. Ein Verzeichnis der Verurteilungen des Kreisgerichtes Marburg (Maribor) aus den Jahren 1945/46 enthält etwa die Namen des Großgrundbesitzers Graf Attems, des Industriellen Blanke, des Industriellen Hutter, des Fabrikdirektors Laurich, des Industriellen Schoeller und des Großgrundbesitzers Stiger, vielfach auch ihrer Frauen und Kinder.<sup>2781</sup>

Damit erwies sich die Feststellung des öffentlichen Anklägers Sloweniens, Vito Krajgher, dass die „Befreiungsfront“ nicht die Absicht verfolge, nach Ende der Besatzung mit dem Gegner abzurechnen, als Makulatur. Im Oktober 1943 hatte Krajgher – anlässlich des Prozesses in Gottschee (Kočevje) – noch erklärt: „Anstelle von Anarchie und Blutvergießen, anstelle von Rechtlosigkeit sehen wir sofort nach der Befreiung auf befreitem Gebiet ordentliches rechtliches Leben, den Geschäftsgang der Gerichte und die Tätigkeit der Juristen in den neuen Rechtseinrichtungen auf dem Land vor.“ Im Frühjahr 1945 aber bestimmten revolutionärer Terror und Vergeltung das Geschehen. Und Edvard Kardelj, ohne den in Slowenien keine wichtige Entscheidung fiel, trieb seine slowenischen Genossen sogar noch an: „Ihr habt also überhaupt keinen Grund, bei der Säuberung so langsam vorzugehen wie bisher.“<sup>2782</sup>

Auf Grund dieser neu veröffentlichten Dokumente besteht kein Zweifel mehr, dass die damaligen kommunistischen Machttträger aktiv an den „Säuberungen“

<sup>2780</sup> Karl-Peter SCHWARZ, Diskriminierung auf dem Rechtsweg. Wie Slowenien mit den Restitutionsanträgen ehemaliger Bürger umgeht, in: FAZ, 9. Mai 2008, 12.

<sup>2781</sup> Verbrechen an den Deutschen in Jugoslawien, 121-124; Drago JANČAR (Hg.), temna stran meseca. kratka zgodovina totalitarizma v sloveniji 1945-1990 (Ljubljana 1998) 39-64; KARNER, Volksgruppe, 132-140.

<sup>2782</sup> Jera VODUŠEK STARIČ, Prevzem oblasti 1944-1946 (Ljubljana 1992) 20; Depesche Edvard Kardelj an Boris Kidrič, 25. Juni 1945, in: Delo-Internet, Ljubljana, 31. Mai 2005, übersetzt von: Alpen-Adria-Pressespiegel, Nr. 126/05.

aller Art mitwirkten – waren es nun Hinrichtungen, ethnische Vertreibungen oder politische Entlassungen – und in einigen Fällen sogar genaue Evidenz führten. Peter Vodopivec mag Recht haben, dass Verfahren gegen Personen, die partisanenfeindlicher Tätigkeit bezichtigt wurden, vor ordentlichen Gerichten viel seltener zu Hinrichtungen geführt haben. Der kommunistischen Führung war aber daran gelegen, dass viele Beschuldigte nicht vor ordentliche Gerichte gestellt wurden.<sup>2783</sup>

### Massaker in den Foibe des Küstenlandes

Unmittelbar nach der Kapitulation Italiens am 8. September 1943 wurde die Küste Istriens mit ihren mehrheitlich von Italienern bewohnten Städten von deutschen Truppen besetzt. Aber im Hinterland Istriens bildeten sich antifaschistische Komitees, bestehend aus kroatischen, slowenischen und auch italienischen Kommunisten, die bald von militärischen Einheiten des AVNOJ und der OF unterstützt wurden. Jedenfalls richtete sich die Wut der von der faschistischen Herrschaft unterdrückten Bevölkerung gegen Carabinieri, italienische Polizisten, Beamte und Angestellte der faschistischen Verwaltung, Lehrer, Apotheker und Postboten. Das militärische Kommando der Partisanen besetzte auch Pisino (Pazin, Mitterburg) in der Mitte der istrischen Halbinsel und begann von dort aus den Widerstandskampf gegen die deutsche Besatzung zu koordinieren.<sup>2784</sup> Auf einer Regionalkonferenz kroatischer Kommunisten am 13. Oktober 1943 wurde eine Reihe politischer Beschlüsse gefasst, die die weiteren Ereignisse wesentlich bestimmte:

- die Annexion Istriens an Kroatien;
- die Aufhebung aller faschistischen Gesetze;
- die Entfernung aller Italiener aus Istrien, die sich dort erst nach 1928 niedergelassen haben;
- die Bildung einer Kommission, die die Stellung jedes einzelnen Italieners überprüft, der sich nach 1918 auf der Halbinsel niedergelassen hat;
- die italienisch-sprachigen Istrianer erhalten die Möglichkeit, für die italienische Nationalität zu optieren;
- der „italienischen Minderheit in Istrien“ wird eine Autonomieregelung zugestanden; ihre politischen Rechte sowie ihre Kultur, Sitten, Tradition und Religion werden respektiert;
- es werden italienische Schulen eingerichtet.<sup>2785</sup>

<sup>2783</sup> VODOPIVEC, Von den Anfängen, 385-390.

<sup>2784</sup> Guido RUMICI, *Infoibati (1943-1945): i nomi, i luoghi, i testimoni, i documenti* (Mursia – Milano 2002) 60f.; Raoul PUPO, *Il lungo esodo. Istria: le persecuzioni, le foibe e l'esilio* (Milano 2005) 73; Giacomo SCOTTI, *Foibe* (Milano 2005) 57-60; vgl. Thomas PFAFFSTALLER, *Foibe in der Venezia Giulia in den Jahren 1943-45. Grausamer Höhepunkt eines über zwei Jahrzehnte dauernden Antagonismus zwischen Italienern und Slawen* (Dipl.arbeit Wien 2010) 74f.

<sup>2785</sup> Rolf WÖRSDORFER, *Krisenherd Adria 1915-1955* (Paderborn 2004) 373f.

Binnen einer Woche verkündeten Vertreter der slowenischen Befreiungsfront die Annexion des slowenischen Küstenlandes samt Triest und Görz an Slowenien, während Vertreter der Antifaschistischen Befreiungsfront Kroatiens (ZAVNOH) die Annexion aller an Italien abgetretenen Gebiete erklärten – worunter sie Istrien, Fiume, Zara und Dalmatien verstanden. Ende November 1943 bestätigte der AVNOJ in Jajce beide Erklärungen. Freilich lagen alle erwähnten Gebiete, mit Ausnahme Dalmatiens, innerhalb der „Operationszone Adriatisches Küstenland“, d. h. unter nationalsozialistischer Herrschaft, die sich freilich kaum auf Inner Istrien erstreckte.<sup>2786</sup>

Bereits unmittelbar nach Abzug der italienischen Truppen im September 1943 hatte es die ersten Vergeltungsaktionen gegeben. Italienische Kommunisten und jugoslawische Partisanen verhafteten in allen Orten, die nicht von den Deutschen besetzt und gehalten worden waren, bekannte Mitglieder des *Partito Nazionale Fascista* (PNF). Im Informationsdienst der kroatischen Partisanen wurden die Richtlinien für die lokalen Partisanenführer übermittelt:

„[...] Der Kampf gegen den Volksfeind wurde auf unterschiedlichste Weise ausgeführt. An manchen Orten sehr ineffizient, während man an anderen Orten radikale Maßnahmen ergreifen musste. Es war offensichtlich, dass der wahre Volksfeind schwer zu erkennen war, unter anderem auf Grund fehlender Beweise, die ihn einer Straftat überführt hätten. In Zminjsta und Poresina wurde der Volksfeind am effektivsten bekämpft und besiegt. Hier bedurfte es keiner Arbeitslager, und der Volksfeind wurde ausschließlich mit der Todesstrafe bestraft. [...]“<sup>2787</sup>

Der Terminus „Volksfeind“ lässt vermuten, dass es nicht nur um die Verfolgung von Faschisten ging, sondern all jene einschloss, die sich nicht den Idealen und Zielen der jugoslawischen Volksbefreiungsbewegung anschlossen. Unter diesen sogenannten „Kollaborateuren“ befanden sich viele Lehrer, Beamte, Händler, Arbeiter und Bauern, die einfach der italienischen Volksgruppe angehörten. Der Großteil der Verhafteten wurde in eigens dafür eingerichteten Sammelstellen untergebracht, deren größte in Pazin eingerichtet wurde. Ein italienischer Soldat schilderte die Umstände:

„Die Gefangenen, die Hände mit Draht festgebunden und auf Lastwägen verfrachtet, wurden nach Pisino, dem Zentrum der Partisanen, gebracht. In den Gefängnissen waren die Zustände inhuman. Die Gefangenen hatten nicht einmal genügend Platz zum Sitzen, da sich viele Personen in den Zellen befanden. Zum Essen bekamen sie einmal am Tag eine Suppe, und als Sanitäreinrichtung diente ein in der Ecke der Zelle stehender Eimer, dessen Gestank unausstehlich war. Die Nacht wurde mit großer Angst erwartet. Jede Nacht standen die Partisanen mit einer Namensliste vor den Zellen. Den Aufgerufenen wurden die Hände festgebunden, und sie wurden mit Lastwägen weggeführt. Den anderen sagte man, sie seien in ein jugoslawisches Konzentrationslager geführt worden.“<sup>2788</sup>

<sup>2786</sup> Raoul PUPO – Roberto SPAZZALI, Foibe (Milano 2003) 9f.

<sup>2787</sup> PUPO – SPAZZALI, Foibe, 60f.

<sup>2788</sup> Guido RUMICI, Infoibati (1943-1945): i nomi, i luoghi, i testimoni, i documenti (Mursia – Milano 2002) 88; PFAFFSTALLER, Foibe, 77.

Eigene Untersuchungskommissionen stellten die Verbrechen der verhafteten Italiener fest, bevor man diese einem Volkstribunal übergab, das über die zu verhängende Strafe urteilte. Die Verfahren entbehrten jeglicher juristischer Grundlage, auf beinahe alle Anklagepunkte stand die Todesstrafe. Kurz vor einer deutschen Offensive in der Venezia Giulia kam es zu vielen nicht dokumentierten Exekutionen. So wurden etwa die meisten Faschisten, die man in Pazin und Labin verhaftet hatte, zu den Karsthöhlen (*Foibe*) in Innerisrien geführt, vor den Öffnungen dieser aufgestellt und hineingestoßen oder erschossen und hineingeworfen. Oft wurden auch mehrere Gefangene aneinander gebunden, um nur einen erschießen zu müssen, der dann die anderen mit in die Tiefe riss. Da manche *Foibe* nicht sehr tief waren, in ihrem Inneren oft Wasserbecken oder weiche Böden aufwiesen, überlebten auch einige Opfer den Sturz und starben erst nach tagelanger Agonie. Den Menschen, die in der Nähe der *Foibe* lebten und sowohl die Schüsse der Partisanen als auch die Schreie der Opfer hörten, wurden die Wege zu den Orten der Massaker versperrt. Nicht selten kam es zur Sprengung einer bereits mit Toten gefüllten *Foiba*, um eine spätere Bergung zu verhindern. Neueste Forschungen rechnen mit etwa 500 Ermordeten.<sup>2789</sup>

Als freilich im Zuge der deutschen Offensive auf deutscher Seite kämpfende Faschisten zurückkamen, begannen sich diese zu rächen, terrorisierten nun ihrerseits die Zivilbevölkerung und zwangen sie, in die von Partisanen besetzten Ortschaften zu führen, wo sie alle Häuser niederbrannten und die Bewohner niedermetzelten. Die Italiener wollten aber auch eine Bestandsaufnahme der *Foibe*-Opfer durchführen und entsandten ein Team der Feuerwehr Polas unter Führung des Maresciallo Arnaldo Harzarich. Die Ergebnisse dieser Arbeiten, die von Oktober 1943 bis Februar 1945 dauerten – und immer wieder von slawischen Partisanen mit Maschinengewehrsalven gestört wurden –, wurden am 12. Juli 1945 von einem Mitarbeiter der alliierten Militärregierung unter dem Titel *Relazione Harzarich* bekannt gemacht. Die Zahl der von Harzarichs Männern exhumierten Leichen belief sich auf etwa 400 bis 500. Eine von faschistischen Kollaborateuren für die deutsche Besatzungsmacht verfasste Studie sprach hingegen von 350 bis maximal 400 ermordeten italienischen Istriern.<sup>2790</sup>

Im Winter 1943/44 nahmen in der Venezia Giulia die Kämpfe zwischen italienischen und slowenischen Partisaneneinheiten einerseits sowie deutschen Verbänden zu. In einem Korpsbefehl vom 24. Februar 1944 forderte General Kübler, der Befehlshaber des Sicherungsdienstes in der „Operationszone Adriatisches Küstenland“, angesichts starker deutscher Verluste die ihm unterstellten Einheiten

<sup>2789</sup> RUMICI, Infoibati, 92f.; PFAFFSTALLER, Foibe, 78-82. Der ehemalige kommunistische Bürgermeister von Muggia, Willer Bordon, sprach am ersten Gedenktag für die Foibeopfer im Februar 2005 von 15.000 Infoibati. Maurizio Gasparri, Minister in der zweiten Regierung Berlusconi, forderte hingegen im März 2005 die Präsidenten Kroatiens und Sloweniens auf, sich für 20.000 ermordete Italiener öffentlich zu entschuldigen.

<sup>2790</sup> SCOTTI, Foibe, 125, 152f, 160; PFAFFSTALLER, Foibe, 81f.

auf, den Kampf gegen die Partisanen zu verstärken und die numerische Unterlegenheit durch eine härtere Kriegsführung wettzumachen. Es sollten nicht nur alle festgenommenen „Banditen“ erhängt oder erschossen werden, sondern es könnten auch Kollektivmaßnahmen ergriffen werden, wenn eine Dorfgemeinschaft die „Banditen“ unterstütze.<sup>2791</sup> – Der Befehl verdeutlicht, dass Kübler den Widerstand der Partisanen durchaus als ernst zu nehmende Gefahr wahrnahm, sich jedoch dagegen nur mit Maßnahmen jenseits jedes Kriegsrechts zu wehren versuchte.

Erst Mitte April 1945 begann der endgültige Rückzug der Wehrmacht aus Istrien. Sofort stießen die Divisionen der 4. Jugoslawischen Armee nach und drangen am 1. Mai 1945 in Triest ein, womit sie knapp vor einer neuseeländischen Division die wichtige Hafenstadt einnahmen. Es folgte eine 40-tägige Herrschaft über Triest und weite Teile der Venezia Giulia.<sup>2792</sup> In allen von den Partisanen eroberten Orten wurden Befreiungskomitees ins Leben gerufen, die sowohl die administrativen Tätigkeiten aufnehmen als auch die jugoslawischen Territorialansprüche auf einer künftigen Friedenskonferenz rechtfertigen sollten. Bereits im August 1944 waren für diese Machtübernahme Richtlinien festgelegt worden:

„Man muss den gesamten Apparat bereit halten. Überall und so viel wie möglich müssen jugoslawische und slowenische Fahnen gehisst werden. Abgesehen von Triest nirgendwo italienische Demonstrationen zulassen. Verstärkt die OZNA. Wir müssen sofort die Macht übernehmen.“<sup>2793</sup>

Das slowenische Mitglied des Politbüros der KPJ, Edvard Kardelj, erteilte den Kommandanten der slowenischen Partisaneneinheiten für die Machtübernahme in Triest besondere politische Weisungen:

„Alle Feinde müssen festgenommen werden. Wir dürfen nicht sofort zuviel Demokratie zulassen, da es später einfacher sein wird, diese auszubauen, als sie zu beschränken. Entwaffnet alle jene, die nicht der jugoslawischen Befreiungsarmee angehören. Verlängert die militärische Verwaltung wenn nötig, aber gebt Euch Mühe effiziente Volksbefreiungskomitees zu gründen. Seid mit dem Proletariat nachsichtiger als mit dem Mittelstand, versucht Kontakte zu kapitalistischen Kreisen zu knüpfen, aber bestraft Chauvinisten und Nationalisten härtestens.“<sup>2794</sup>

Sofort nach der Eroberung weiter Teile der Venezia Giulia durch Titos Partisanen brach eine neue Welle der Gewalt über die Bevölkerung herein. Diese richtete sich nicht nur gegen faschistische oder nationalsozialistische Kriegsverbrecher und „Volksfeinde“, sondern auch gegen italienische Partisanen und Mitglieder des *Comitato di liberazione nazionale* (CLN), die nicht mit der jugoslawischen Volksbefreiungsbewegung sympathisierten, sowie gegen antikommunistische Slowenen und Italiener im Allgemeinen. Daher kam es im Mai und Juni 1945 zu

<sup>2791</sup> STUHLPFARRER, Operationszonen, 94f.; Pierluigi PALLANTE, Il P.C.I. e la questione nazionale Friuli Venezia Giulia 1941-45 (Udine 1980) 81f.

<sup>2792</sup> CATTARUZZA, L'Italia, 283-296.

<sup>2793</sup> Gianni OLIVA, Foibe, le stragi negate degli italiani della Venezia Giulia e dell'Istria (Milano 2002) 154; PFAFFSTALLER, Foibe, 96.

<sup>2794</sup> OLIVA, Foibe, 155; PFAFFSTALLER, Foibe, 97.

Massakern an italienischen und deutschen Exekutivorganen, an Kollaborateuren der Nationalsozialisten und Faschisten sowie an Anti-Kommunisten unter der italienischen und slowenischen Zivilbevölkerung.<sup>2795</sup>

Ein Augenzeuge berichtete aus einem Militärhospital in Görz:

„Das Militärhospital des kleinen Seminars [?], das ich täglich besuchte, war voller italienischer und deutscher Patienten, voller Tschetniks und Partisanen; es wurde sofort von Tito besetzt. Die Mehrzahl der Ärzte wurde verhaftet und festgenommen. Dann wurden die serbischen Tschetniks weggebracht, auch diejenigen, die sich nicht bewegen konnten; man ließ sie verschwinden. Ständig kamen Soldaten in die Krankenzimmer, befragten die Verwundeten, begrenzten oder suspendierten die Krankenbesuche. [...] Eine Gruppe von siebenundvierzig Personen, darunter auch Italiener, wurde erschossen und in eine *Foiba* geworfen, wie mir der Chirurg Doktor Barnaba versicherte, der von den Partisanen verhaftet und später freigelassen wurde. Ein anderer Arzt [...] musste bis vor einiger Zeit Zwangsarbeit verrichten.“<sup>2796</sup>

Ein Überlebender eines *Foibe*-Massakers im Frühjahr 1945, Giovanni Rade-ticchio, schilderte den Ablauf einer Massenhinrichtung bei Arsia:

„[...] Beeilt Euch, wir fahren gleich los. Kurz darauf wurden wir, alle sechs mit einem Draht gefesselt, nach Arsia gebracht. [...] Wir gingen ca. 1 Kilometer weit und mussten dann vor einer kleinen Erhöhung im Gelände stehen bleiben. Dort wurde uns ein mindestens 20 Kilogramm schwerer Stein an die Hände gebunden und man schob uns zur Öffnung der *Foiba* hin. Einer von uns, der auf Grund der Folter schon verrückt geworden war, sprang von selbst in die *Foiba* hinein. Ein Partisan, das Gewehr in der Hand haltend, befahl uns dasselbe zu tun. Da ich mich jedoch nicht bewegte, schoss er auf mich. Und da geschah das Wunder. Die Kugel traf nicht mich sondern den Draht, der um den großen Stein gebunden war. Als ich in die *Foiba* sprang, hatte sich der Stein bereits von mir gelöst. Die Höhle war ca. 10 Meter breit und 15 Meter tief. Im Inneren befand sich Wasser, so dass ich nach dem Sturz den Boden nicht berührte und mich unter einem hervorstehenden Felsen verstecken konnte. [...] Dann warfen sie eine Granate in die *Foiba*, die unter Wasser explodierte und eine starke Druckwelle erzeugte, die mich gegen die Felswand presste. Am Abend konnte ich dann die felsige Wand hochklettern, um mich anschließend vier Tage lang in einem nahegelegenen Erdloch zu verstecken. Nachdem ich in mein Dorf zurückgekehrt war, beschloss ich, nach Pola zu fliehen, wo ich mich erst wieder sicher zu fühlen begann.“<sup>2797</sup>

Auch im Hinterland von Triest führten die Partisanen und die OZNA Massenhinrichtungen durch. Allein auf heute italienischem Staatsgebiet wurden in den *Foibe* 3419 Leichen gefunden und exhumiert, insgesamt sollen aber zwischen 5000 und 15.000 Personen hingerichtet worden sein. Hinsichtlich der Täter ist überwiegend von jugoslawischen Partisanen und der OZNA auszugehen, die Rolle von kollaborierenden italienischen Partisanen blieb aber bis heute ungeklärt.<sup>2798</sup>

<sup>2795</sup> PUPO – SPAZZALI, *Foibe*, 7-14, 20f., 26, 52-58. Die Autoren führen *Foibe* in der Nähe folgender Orte in Istrien an: Cregli, Barbana, Arsia, Vines, Gimino, Galignana, Antignana und S. Domenico di Visinada.

<sup>2796</sup> WÖRSDÖRFER, *Krisenherd*, 477.

<sup>2797</sup> PUPO – SPAZZALI, *Foibe*, 99f.; PFAFFSTALLER, *Foibe*, 80.

<sup>2798</sup> PUPO – SPAZZALI, *Foibe*, 27-30, 250. Die Autoren nennen in der Venezia Giulia folgende *Foibe*: Basovizza, Padriciano, Opicina, Gropada, Prosecco, Sesana, Prepotto, Aurisina, Ternovizza, Volci, Cruszevizza und Quisca. Vgl. die Zeugenaussagen zu den Morden in Basovizza in: PUPO

Der italienische Journalist Arrigo Petacco veröffentlichte in seinem Buch „Der Exodus“ (*L'esodo*) auch den Bericht des istrischen Lehrers Graziano Udovisi, der lebend aus einer *Foiba* herausgekrochen war:

„[...] Dann nahm ein großer Mann einen Draht und begann je zwei und zwei zusammenzubinden, so dass er den Draht fest um unsere Handgelenke zog. Das Schicksal war vorgezeichnet, und es blieb nur eine Möglichkeit zu entkommen: mich in den Abgrund zu werfen, bevor mich die Kugel traf. [...] Ich fiel auf einen hervorstehenden Ast. Ich konnte nichts sehen, andere Körper fielen auf mich. Es gelang mir die Hände aus dem Eisendraht zu befreien, und ich begann hinaufzuklettern. [...]“<sup>2799</sup>

Erst nach einem Abkommen zwischen den westlichen Alliierten und Jugoslawien, geschlossen am 9. Juni 1945 in Belgrad, zogen sich Titos Partisanen am 12. Juni aus dem Westen der Venezia Giulia zurück. Die Region wurde in der Folge in eine Zone A unter der Herrschaft einer alliierten Militärregierung und in eine Zone B unter jugoslawischer Herrschaft geteilt. Jetzt kamen in der Zone A Schritte für Schritte die in den sechs Wochen jugoslawischer Herrschaft in der Venezia Giulia begangenen Verbrechen an die Oberfläche. Während der Großteil der etwa 17.000 aus Triest und 3000-4000 aus Görz deportierten „Volksfeinde“ bald wieder freigelassen wurde, erahnte man das Schicksal der Vermissten auf Grund der negativen Erfahrungen von 1943.<sup>2800</sup>

Anglo-amerikanische Truppen begannen daher bereits im Juni 1945 mit der Suche nach *Infoibati*, den Opfern der *Foibe*-Massaker, und untersuchten nach Hinweisen der ortsansässigen Bevölkerung zusammen mit den örtlichen Feuerwehren die Höhlen innerhalb der Zone A. Diese Suchtrupps fanden in der Umgebung von Triest und Görz zahlreiche Leichen uniformierter Männer und von Zivilisten. In einem Bericht des britischen *Investigating Committee of Venezia Giulia* wurde festgehalten:

„Man konnte ohne Zweifel feststellen, dass während der jugoslawischen Herrschaft über Triest und den Rest der Region viele 1000 Menschen in die *Foibe* geworfen wurden. In Triest wurden alle Mitglieder des Polizeipräsidiums, der Carabinieri und die Patrioten des CLN von den Jugoslawen festgenommen und die Mehrheit von ihnen in die *Foibe* geworfen. Es gibt ca. 2000 *Foibe* in der gesamten Venezia Giulia und in jeder größeren Höhle findet man Körper.“<sup>2801</sup>

Tatsächlich war es schwierig, von den menschlichen Überresten auf die Zahl der Ermordeten zu schließen. Diego de Castro, ein italienischer Mitarbeiter der alliierten Militärregierung in der Zone A, schrieb von bereits 500 an die Oberfläche gebrachten Körpern und noch weiteren 480 zu bergenden Kubikmetern, was etwa 1500 Körpern entspreche. Zuverlässiger scheinen die vom Amt für *displaced persons* an die alliierte Militärregierung übermittelten Daten. Demnach wurden im April 1947 von den im Jahre 1945 insgesamt über 20.000 vermissten Bewohnern der Venezia Giulia

– SPAZZALI, *Foibe*, 71-82. Von den Einwohnern Zoras dürften 200 ums Leben gekommen sein, von den Einwohnern Fiumes 500.

<sup>2799</sup> Arrigo PETACCO, *Il exodo*; zitiert nach: JANČAR, *Der Verbrecher*, 49.

<sup>2800</sup> RUMICI, *Infoibati*, 263.

<sup>2801</sup> Ebenda, 268; PFAFFSTALLER, *Foibe*, 100.

für die Stadt Triest noch 1492 Personen (724 Zivilisten, 768 Soldaten), für Görz 1100 (759 Zivilisten, 341 Soldaten) und für Pola 827 (637 Zivilisten, 190 Soldaten) als vermisst gemeldet. Diese 3419 Personen wurden auch niemals in einem jugoslawischen Arbeitslager registriert oder sind aus einem solchen zurückgekehrt. Im Übrigen enthalten diese Zahlen keinerlei Angaben über die Opfer in der Zone B.<sup>2802</sup>

Am 3. September 1945 erfolgte eine Mitteilung der Alliierten, dass sie in einem „Schacht“ bei Basovizza, einem kleinen Ort auf dem Triester Karst, auf einen grausigen Leichenfund gestoßen seien. In der *Foiba Pozzo della Miniera* hätten jugoslawische Partisanen zwischen dem 3. und 7. Mai 1945 viele Italiener beseitigt. Drei Augenzeugen hätten berichtet:

„[...] Gruppen von 100 bis 200 Personen in die *Foiba* gestoßen oder zum Hinunterspringen gezwungen worden. Man habe ihnen gesagt, wenn sie es schafften, über das Loch zu springen, kämen sie mit dem Leben davon. Diejenigen, die es schafften, seien aber erschossen worden. Nachher seien die Körper von 150 deutschen Soldaten, die im Kampf getötet worden waren, in die *Foiba* geworfen worden. Außerdem habe man noch die Kadaver von 15 Pferden hinuntergeworfen und zu allerletzt seien einige Handgranaten hineingeworfen worden.“<sup>2803</sup>

Britische Bergungstrupps begannen die *Foiba* von Basovizza zu untersuchen und kamen mit ihrer Arbeit auf Grund des starken Verwesungsgeruchs nur langsam weiter. Italienische Speläologen stellten fest, dass sich die Tiefe der Höhle auf Grund der nicht geborgenen menschlichen Überreste von 226 auf 192 Meter reduziert hatte. Tatsächlich stießen die Untersuchungsmannschaften auf eine große Zahl verwester Leichen von Militärpersonen der SS, der Gestapo und der Gebirgsjäger sowie von italienischen Polizisten, außerdem auf Kadaver von 40 Pferden. Die Partisanen hätten in diesen Schacht eine beachtliche Quantität von Munition und Sprengstoff geworfen, wodurch die Körper und Kadaver zerrissen worden seien. Ende August hätten die Alliierten etwa 250 kg an Leichenresten geborgen und mit einem Lastwagen nach Triest gebracht. – Die tatsächliche Opferzahl konnte daher nie erschlossen werden, sodass sich in der Literatur eine Bandbreite von 250 bis 2500 Opfern findet. Obwohl die Alliierten auch die OZNA von diesem Leichenfund verständigten, zeigte sich diese an einer Aufklärung des Massenverbrechens nicht interessiert, dürfte sie doch Urheberin des Verbrechens gewesen sein.<sup>2804</sup>

### Die jugoslawische Besetzung Südost-Kärntens im Mai 1945

Als Vertreter des Oberkommandos der Deutschen Wehrmacht am 7. Mai 1945 in Reims vor dem Obersten Befehlshaber der Alliierten Expeditionstreitkräfte und in der Nacht zum 9. Mai in Berlin-Karlshorst vor dem Oberkommandierenden der Roten Armee bedingungslos kapitulierte, konnte sich auch Marschall

<sup>2802</sup> PUPO – SPAZZALI, *Foibe*, 30; RUMICI, *Infoibati*, 271, 282; PFAFFSTALLER, *Foibe*, 100f.

<sup>2803</sup> PUPO – SPAZZALI, *Foibe*, 72.

<sup>2804</sup> PUPO – SPAZZALI, *Foibe*, 79f.; RUMICI, *Infoibati*, 270-272; PFAFFSTALLER, *Foibe*, 101f.

Josip Broz Tito als Mitgewinner des Krieges gegen Hitler-Deutschland sehen. Immerhin waren Truppen der 4. Jugoslawischen Armee und Partisaneneinheiten am 8. Mai in Klagenfurt einmarschiert, und immerhin hatte Generaloberst Löhr – ein gebürtiger Österreicher – mit der deutschen Heeresgruppe E am 10. Mai in der slowenischen Untersteiermark gegenüber der 4. Jugoslawischen Armee kapituliert. Freilich erfolgte der jugoslawische Einmarsch in Klagenfurt wenige Stunden nach dem der Truppen der 8. Armee des britischen Feldmarschalls Alexander. Somit stellte sich bei Kriegsende sofort die Frage, wem Klagenfurt in Zukunft gehören sollte, genauer gesagt: Sollten die südlichen und südöstlichen Teile von Kärnten bei Österreich bleiben oder an Jugoslawien fallen? Und: Welche materiellen Forderungen wird die neue Föderative Volksrepublik Jugoslawien an die neue Republik Österreich stellen?<sup>2805</sup>

Bereits während des Zweiten Weltkrieges hatten slowenische bürgerliche Politiker Memoranden und Noten an die Alliierten gesandt, die eine Einbeziehung von Klagenfurt (Celovec) und Villach (Beljak) in das künftig „vereinte Slowenien“ forderten. Im Herbst 1943 zogen auch die kommunistisch dominierte slowenische „Befreiungsfront“ (*Osvobodilna fronta – OF*) und der „Antifaschistische Rat der Volksbefreiung Jugoslawiens“ (*Antifašističko veće narodnog oslobodjenja Jugoslavije – AVNOJ*) nach. Das im Jänner 1944 gegründete wissenschaftliche Institut der „Befreiungsfront“ arbeitete unter Leitung des später international bekannt gewordenen Historikers Fran Zwitter im Verlauf des Jahres 1944 das Richtlinienpapier „Die Grenzen des slowenischen Territoriums“ (*Meje slovenskega ozemlja*) aus. Auf die Frage von Boris Kidrič, des politischen Sekretärs der OF, wie viele Deutsche man in Kärnten mit der „Zwitter-Linie“ bekommen würde, antwortete Zwitter, dass es um ein Gebiet mit rund 170.000 Einwohnern gehe, von denen 100.000 Slowenen seien. Das entsprach etwa der Zahl der Kärntner Slowenen nach der Volkszählung von 1880; freilich gehörten damals auch noch das Mießtal (Mežiška dolina), die Gemeinde Seeland (Jezersko) und das Kanaltal (Kanalska dolina, Val Canale) zu Kärnten.<sup>2806</sup>

Am 9. September 1944 ergab eine interne Diskussion mit den beiden OF-Führern Edvard Kardelj und Boris Kidrič<sup>2807</sup> über das künftige Schicksal Österreichs

<sup>2805</sup> Manfred RAUCHENSTEINER, *Der Krieg in Österreich 1945* (Wien 31985); Janko JERI – Dušan NEČAK, *Boj za meje* [Der Kampf um die Grenzen], in: *Enciklopedija Slovenije*, Bd. 1 (Ljubljana 1987) 305-314; SUPPAN, *Adria*, 414-422; STIEBER, *Briten*, 37-62.

<sup>2806</sup> Metod MIKUŽ, *Pregled zgovodine narodnoosvobodilne borbe v Sloveniji*, Bd. IV (Ljubljana 1960) 163; vgl. Wilhelm WADL, Alfred OGRIS (Hgg.), *Die Partisanen in Kärnten. Kämpfer gegen den Faschismus – Kämpfer für ...? Eine Ausstellung des Kärntner Landesarchivs* (Klagenfurt 2003) 26-28; *Special-Orts-Repertorium von Kärnten. Obširen imenik krajev za Koroško*, hg. von der k. k. Statistischen Central-Commission (Wien 1883).

<sup>2807</sup> Kardelj und Kidrič waren zu diesem Zeitpunkt auch Mitglieder des AVNOJ-Präsidiums, Kardelj darüber hinaus stellvertretender Vorsitzender des Nationalkomitees für die Befreiung Jugoslawiens (NKOJ). – *Enciklopedija Slovenije*, 4. Bd. (Ljubljana 1990) 412-415, 5. Bd. (Ljubljana 1991) 62f.

und insbesondere Kärntens folgende Szenarien: Die slowenische „Minimalgrenze“ sollte die „ethnographische Grenze“ sein, „unter Einschluss des in der imperialistischen Ära überfremdeten Gebietes“ und unter Berücksichtigung kleinerer Korrekturen wegen notwendiger verkehrsmäßiger, wirtschaftlicher und strategischer Momente. Kardelj stimmte auch der Aussiedlung der steirischen Deutschen als Exponenten des „Hitlerismus“ zu, was aber ohne formale Verordnung durchzuführen wäre, also ohne AVNOJ-Beschluss. Er war aber gegen die Aussiedlung der Kärntner Deutschen, „weil dort die nationalen Beziehungen nicht so zugespitzt sind und weil uns terroristische Aktionen nur schaden würden“. Mit Unterstützung der Sowjetunion könnten die „fortschrittlichen Kräfte“ in Österreich stark und erfolgreich sein. „Wir müssen Österreich mit der Tschechoslowakei und mit Jugoslawien so verbinden, dass es „irgendein Anhang der slawischen Länder [werde, Erg. Suppan], sodass es hinsichtlich der Vergangenheit Österreichs zu einer historischen Wiedergutmachung“ käme. Sollte Österreich ein „fortschrittliches“, d. h. ein kommunistisches Regime erhalten, werde man mit seinen Gebietsforderungen zurückhaltend sein und „nur“ Klagenfurt verlangen; von einem „reaktionären“ Österreich werde man aber aus strategischen Gründen auch Villach einschließlich Bleiberg und Kreuth verlangen. Und Kardelj gab noch zusätzliche Weisungen aus: „Wir müssen uns bemühen, auch wegen der Kriegsentschädigung, möglichst viel zu besetzen. Wir werden die Parole austreuen, dass das Volksbefreiungsheer als Befreier Österreichs auftritt.“<sup>2808</sup>

Freilich wurden die Ansprüche auf Kärnten und einige Gemeinden in der südlichen Steiermark durch die am 1. November 1943 veröffentlichte „Moskauer Erklärung“ der drei Alliierten in Frage gestellt, die von der Wiederherstellung eines „freien unabhängigen Österreich“ gesprochen hatte. Und seit der Konferenz von Jalta im Februar 1945 bestand unter den Alliierten Einvernehmen, dass Kärnten und die Steiermark von den Briten besetzt und verwaltet werden sollten. Daher zeichneten sich noch vor Kriegsende grundsätzliche Differenzen zwischen Jugoslawien einerseits, Großbritannien und den USA andererseits ab. Allerdings wurde die endgültige Einteilung Österreichs in vier Besatzungszonen erst mit dem alliierten Abkommen vom 9. Juli 1945 getroffen.<sup>2809</sup>

Obwohl eine Abordnung der am 7. Mai 1945 neu gebildeten Kärntner Landesregierung – bestehend aus Sozialdemokraten, Christlichsozialen, Landbühlern und Kommunisten – am 8. Mai um 10 Uhr vormittags die ersten in Klagenfurt einrückenden britischen Soldaten empfing und sich das Regierungskollegium unter britischen Schutz stellte, besetzten wenige Stunden später jugoslawische Truppen ebenfalls wichtige Punkte in Klagenfurt. Und der jugoslawische Stadtkommandant, Major Egon Remec-Borut, ließ am 12. Mai in der Druckerei Carinthia ein zweisprachiges Plakat anfertigen, auf dem der Anschluss Kärntens an Jugosla-

<sup>2808</sup> MIKUŽ, Pregled zgodovine IV, 163; Die Partisanen in Kärnten, 26-28.

<sup>2809</sup> Siegfried BEER (Hg.), Die „britische“ Steiermark 1945-1955 (Graz 1995) 692-697; Gabriela STIEBER, Die Briten als Besatzungsmacht in Kärnten 1945-1955 (Klagenfurt 2005) 17f., 42f.

wien proklamiert wurde. Eine Delegiertenversammlung der „Befreiungsfront“ wählte am 16. Mai im Festsaal des Gymnasiums am Völkermarkter Ring eine pro-jugoslawische Gegenregierung mit dem Arzt Franc Petek an der Spitze und forderte in mehreren Resolutionen ebenfalls den Anschluss an Jugoslawien.<sup>2810</sup>

Ministerpräsident Tito unterstrich die jugoslawischen Ansprüche auf Kärnten – und das Küstenland – in eindrucksvollen Reden in Laibach (Ljubljana) und Cilli (Celje). In der untersteirischen Stadt Cilli, die einst als „Vorposten“ des Deutschlandsgolten hatte, forderte der jugoslawische Regierungschef am 31. Mai 1945: „Kärnten gehört uns, und wir werden um Kärnten kämpfen.“ Einen Monat später wiederholte Tito in Belgrad, dass „wir [die Jugoslawen, Anm. Suppan] Kärnten nicht vergessen haben, und dass wir alles tun werden, dass unser Volk in Kärnten frei und mit seinen Brüdern in Slowenien vereinigt wird“. Auf vielen Demonstrationen in slowenischen und kroatischen Städten wurde immer wieder skandiert: „Fremdes wollen wir nicht, Eigenes geben wir nicht!“. Georgij Dimitrov aber, der frühere Generalsekretär der Kommunistischen Internationale, hatte bereits am 10. Jänner 1945 die jugoslawischen Genossen kritisiert: „The Yugoslavs want to take Greek Macedonia. They want Albania, too, and even parts of Hungary and Austria. This is unreasonable. I do not like the way they are acting.“ Und Lord Vansittart, *chief diplomatic adviser* der britischen Regierung zwischen 1938 und 1941, warnte im August 1945 öffentlich vor den jugoslawischen Territorialansprüchen: „Tito wants Carinthia from Austria, Trieste from Italy, Greek Macedonia and Western Thrace from Greece, Eastern Thrace from Turkey. (Who talked about the Atlantic Charter?)“<sup>2811</sup>

Der Versuch der Jugoslawischen Volksarmee, sich an der Besetzung Kärntens zu beteiligen, scheiterte wie in Triest am entschiedenen Einspruch der westlichen Alliierten. Auf die jugoslawische Note vom 2. April 1945 an die drei Alliierten, Jugoslawien an der Besetzung Österreichs zu beteiligen, hatte die sowjetische Regierung am schnellsten geantwortet: Die Sowjetunion sei bereit, einen Einmarsch der jugoslawischen Armee in den Bereich der sowjetischen Besatzungszone Österreichs zuzulassen; die jugoslawischen Okkupationskräfte müssten sich aber dem sowjetischen Oberkommando unterstellen. Das jugoslawische Außenministerium akzeptierte zwar diese Bedingungen umgehend, wünschte aber eine Okkupationszone nördlich der alten jugoslawisch-österreichischen Grenze, „zwischen Ungarn und Italien“. Aber der britische und amerikanische Botschafter in Belgrad richteten am 12. Mai bzw. 15. Mai in inhaltlich abgestimmten Noten die

<sup>2810</sup> Wilhelm WADL, Der lange Weg zum Österreichischen Staatsvertrag und Kärnten, in: Vinzenz JOBST, Wilhelm WADL (Hgg.), 50 Jahre Österreichischer Staatsvertrag 1955-2005, Nachkriegsalltag in Kärnten 1945-1955. Begleitband zur Ausstellung im Kärntner Landesarchiv (Klagenfurt 2005) 5-16.

<sup>2811</sup> Josip BROZ - TITO, *Sabrana djela* (Beograd 1988) 28. Bd., 83, 115; Janko PRUNK, Slowenien. Ein Abriss seiner Geschichte, Ljubljana 1996, 136-138; Slovenska kronika XX. stoletja, 1941-1995 (Ljubljana 1997) 102; BANAC, Dimitrov, 353; Lord VANSITTART, *Statesmanship On Trial*, in: Sunday Dispatch, 19 August 1945, 6.

unmissverständliche Aufforderung an den Ministerpräsidenten Tito, alle Einheiten der Jugoslawischen Volksarmee, die während der Kämpfe mit den Truppen der deutschen Wehrmacht die jugoslawisch-österreichische Grenze überquert hatten, unverzüglich aus dem österreichischen Territorium abzuziehen. Da die Besetzung Österreichs nur für die vier Großmächte vorgesehen war und auch die jugoslawische Regierung die Grenze von 1937 als provisorische Grenze zwischen Österreich und Jugoslawien zu respektieren hatte, sah sich Tito gezwungen, wenige Tage später seiner Armee den Befehl zu geben, alle jugoslawischen Einheiten aus Österreich zurückzuziehen.<sup>2812</sup>

Die vierzehntägige Besetzung Südost-Kärntens seitens der Jugoslawischen Volksarmee hinterließ blutige Spuren. Field Marshal Harold Alexander, der Oberkommandierende der alliierten Truppen im Mittelmeerraum, sandte am 17. Mai abends einen kritischen Bericht über die Lage in Unterkärnten an General Eisenhower persönlich:

„Situation regarding surrendered enemy forces and refugees in my area of Austria has two aspects operational and administrative. Precise information regarding numbers is not obtainable. Large number of [German, Anm. Suppan] Army Group South East are still endeavouring to move into this area to avoid surrendering to Tito. Moreover forces which have surrendered to Tito are turned loose again by him after being stripped of their equipment. Latest report indicates that prisoners and surrendering personnel total about 220.000 of whom 109.000 Germans, 46.000 Cossacks, 15.000 Hungarians, 25.000 Croats, 24.000 Slovenes. Croat and Slovene refugees still pouring into my area number about 200.000.“<sup>2813</sup>

Um die Lage zu entspannen, schlug FM Alexander General Eisenhower vor, in seinem Bereich die kroatischen und slowenischen Flüchtlinge sowie die österreichischen und ungarischen SEPs (= Surrendered Enemy Personnel) aufzunehmen, während Eisenhower die deutschen SEPS und die Kosaken übernehmen sollte. FM Alexander wollte auch Feindseligkeiten mit jugoslawischen Truppen nicht ausschließen, die plünderten, verhafteten und die Bevölkerung einschüchterten:

„[...] Yugoslav behaviour both in Austria and in Venezia Giulia is making a very unfavourable impression on Allied troops both US and British. Our men are obliged to look on without power to intervene whilst actions which offend their traditional sense of justice are committed further, our men feel that by taking no action they are condoning such behaviour. As a result feeling against Jugoslavs is now strong and is getting stronger daily.“<sup>2814</sup>

Nach britischen Berichten sollen sich bis Mitte Mai in Unterkärnten auch rund 30.000 südslawische Soldaten – *Ustaše*, *Domobranci* und *Četnici* – und „White Russians“ (= russische Exilanten nach der Revolution 1917) und 6000 Zivilis-

<sup>2812</sup> Arhiv Josipa Broza Tita, Beograd, I-3-b/733 und I-3-b/905; Memorandum der Regierung der UdSSR an die Regierung Jugoslawiens, 19. April 1945, in: PETRANOVIĆ – ZEČEVIĆ, Jugoslavija, 729-731; Politika (Beograd), 18. Mai 1945; GRIESSER-PEČAR, Volk, 484.

<sup>2813</sup> Telegr. AFHQ (FM Alexander) an SHAEF (Gen. Eisenhower), 17. Mai 1945, 20,27 Uhr, PRO, FO 1020/42/105, zitiert nach: STIEBER, Briten, 47.

<sup>2814</sup> Ebenda, 48.

ten, oft Familienangehörige der Soldaten, den britischen Soldaten ergeben haben. Mit britischer Zustimmung karnpierten sie in der Nähe von Viktring, südlich von Klagenfurt, auf freiem Feld, die Zivilisten waren im Gebäude des ehemaligen Zisterzienserklosters untergebracht. Nachdem der politische Berater von FM Alexander, Harold MacMillan, am 13. Mai in Klagenfurt gewesen war, gab General Robertson, der Chief Administration Officer von FM Alexander, am 14. Mai einen Befehl hinsichtlich der gefangen genommenen Militärpersonen: „All surrendered personnel of established Yugoslav nationality who were serving in German Forces should be disarmed and be handed over to local Yugoslav forces.“ Der zuständige Offizier im V. Corps, das am 8. Mai in Klagenfurt einmarschiert war, Brigadier Toby Low, gab jedoch am 17. Mai einen abgeänderten Befehl weiter, der nun auch die Zivilpersonen betraf: „All Yugoslav nationals at present in Corps area will be handed over to Tito forces as soon as possible. These forces will be disarmed immediately but will NOT be told of their destination.“ Schon bei einer Besprechung zwischen Brigadier Low und dem Vertreter der 4. Jugoslawischen Armee, Oberstleutnant Hočevar, am 15. Mai in Klagenfurt hatte Low zugesagt, alle Kroaten, die sich eventuell bei den Briten befinden, so bald als möglich an Jugoslawien auszuliefern. Für die Übernahme der Kriegsgefangenen von den Briten stellte der Stab der 3. Jugoslawischen Armee eine Brigade der 14. Division unter der Führung des Obersten Đoko Ivanović bereit. Am 19. Mai trafen schließlich Brigadier Low und Oberst Ivanović folgende Übereinkunft, die wohl vorher von FM Alexander und Marschall Tito abgesegnet worden sein muss:

1. Die jugoslawischen Truppen ziehen sich bis zum 21. Mai, 19 Uhr, aus Kärnten zurück;
2. die 14. jugoslawische Division gibt sämtliches requiriertes ziviles Eigentum zurück und stoppt alle weiteren Requirierungen;
3. die jugoslawischen Stadtkommandanten und das Truppenhauptquartier werden aus Österreich abgezogen.
4. „All Yugoslav Nationals in Corps area who had been fighting for Germans to be returned with their camp followers to Yugoslavia.“<sup>2815</sup>

Bereits am 19. Mai erfolgten die ersten Auslieferungen von Kroaten über Rosenbach und durch den Karawankentunnel nach Slowenien. Nachdem die jugoslawischen Truppen in den folgenden Tagen aus Kärnten zurückgezogen wurden, gingen auch die Auslieferungen weiter, wobei einmal von „allen Kroaten“, das andere Mal von „allen Jugoslawen“ die Rede war. Schließlich wurden alle aus Jugoslawien stammenden Personen unter der Vorspiegelung, sie würden nach Italien in Sicherheit gebracht, in Eisenbahnwaggons verladen, diese verriegelt und über das Rosental nach Rosenbach gefahren, wo sie den jugoslawischen Militärs übergeben wurden. Bereits am 31. Mai 1945 hieß es, alle „Jugoslawen“ seien wie vereinbart übergeben worden, insgesamt 26.339 Personen, alles Männer in Uniform. Etwa 6000 Zivilisten blieben noch in Viktring zurück und sollten eben-

<sup>2815</sup> War Diary, May 19, 1945, in: PRO, WO 170/4241, zitiert nach: STIEBER, Briten, 51, 57.

falls abtransportiert werden. Als freilich einige aus den Transporten entflohenen Soldaten zurückkamen und von Massakern an den Ausgelieferten berichteten, untersagte das britische Kommando die Auslieferung der Zivilisten, die in Folge in Barackenlager bei Spittal an der Drau und Lienz verlegt wurden und von dort die Möglichkeit zur Auswanderung erhielten.<sup>2816</sup>

Nach Jugoslawien zurückgekehrt, ließ Tito bei und nach Kriegsende Massenerschießungen von kriegsgefangenen (und teilweise von den Briten ausgelieferte) *Ustaše, Domobrani, Domobranci* und *Četnici* zu, die insgesamt bis zu 100.000 Südslawen das Leben gekostet haben dürften. Hauptverantwortlich für die großteils als Kriegsverbrechen einzustufenden Massenmorde waren die Spezialeinheiten der KNOJ und der OZNA. Zwar soll Tito am 14. Mai 1945 die Einstellung der Liquidierungen befohlen haben, dennoch dauerten diese bis in den Juni hinein an. Das bedeutete aber, dass Tito auch von der Liquidierung von etwa 50.000 Kroaten nach ihrer Kapitulation bei Bleiburg Kenntnis erhalten haben musste. Als ihn Milovan Đilas danach befragte, soll ihm Tito dies bestätigt, gleichzeitig aber auch befohlen haben, darüber nicht mehr zu sprechen. Von den in Südost-Kärnten von den Briten gefangen genommenen und an die Partisanen ausgelieferten über 12.000 *Domobranci* dürften ebenfalls nur wenige überlebt haben.<sup>2817</sup>

Mit der britisch-jugoslawischen Übereinkunft vom 19. Mai und dem raschen Abzug aller jugoslawischen Truppen aus Südost-Kärnten waren freilich die jugoslawisch-österreichischen Auseinandersetzungen noch nicht beigelegt, sondern verlagerten sich in die Welt der Geheimdienste. Ivan Maček-Matija steuerte als Chef der slowenischen OZNA, der lediglich von Tito und Ranković Befehle entgegennahm, vom Gebäude der *Banka Slavija* in Laibach aus den Propagandakrieg gegen Italien und Österreich. Noch vor Beginn der Staatsvertragsverhandlungen in London im Jänner 1947 wollte die OZNA mit Hilfe ihres Agentennetzes in Kärnten (unter Befehl von Dušan Pirjevec-Ahac) eine Annexion Südost-Kärntens vorbereiten und Vergeltung an den „Abwehrkämpfern“ von 1918/20 sowie NS-Protagonisten nehmen. Bereits während des Krieges waren von den Partisanen Namenslisten von „Volksfeinden“, „Kriegsverbrechern“ und „Kollaborateuren“ angelegt worden, die auch die Basis für die Verschleppungen von 263 Unter-

<sup>2816</sup> Nach den Tagesberichten des War Diary 5 Corps wurden ausgeliefert: 20.5. – 13.000 Kroaten; 21.5. – Kroaten; 22.5. – 3000 Kroaten; 24.5. – Auslieferung der Kroaten abgeschlossen, Beginn der Auslieferung der Serben; 25.5. – Serben; 26.5. – 1500 Jugoslawen; 27.5. – 1300 Slowenen; 28.5. – 3000 Slowenen; 29.5. – 2600 Slowenen, 500 Pferde; 30.5. – 3000 Slowenen; 31.5. – 1950 Slowenen, 50 Kroaten. – STIEBER, Briten, 46-58, 81.

<sup>2817</sup> TOMASEVICH, *Occupation and Collaboration*, 751-784; Ekkehard VÖLKL, *Abrechnungsfuror in Kroatien*, in: Klaus-Dietmar Henke und Hand Woller (Hgg.), *Politische Säuberungen in Europa. Die Abrechnung mit dem Faschismus und der Kollaboration nach dem Zweiten Weltkrieg* (München 1991) 358-394; *Partizanska i komunistička represija*, dok. 39; Michael PORTMANN, *Kommunistische Abrechnung mit Kriegsverbrechern, Kollaborateuren, „Volksfeinden“ und „Verrätern“ in Jugoslawien während des Zweiten Weltkrieges und unmittelbar danach (1943-1950)*, (Diplomarbeit Wien 2002); Slavko GOLDSTEIN, *Tito je bio vođa zavjere štnje o Bleiburgu*, in: *Jutarnji list*, Zagreb, 11. November 2007.

kärntnern im Mai 1945 darstellten, von denen 96 Personen ermordet wurden. Die OZNA unterstützte Aufmärsche und Kundgebungen der OF und provozierte Grenzverletzungen. Als die OZNA 1946 in einen politischen Staatssicherheitsdienst UDBA und einen militärischen Gegenspionagedienst KOS geteilt wurde, führte die UDBA (1966 in SDB umbenannt) verschiedene Operationen wie Attentate, Verschleppungen, Einbrüche, Viehraub etc. weiter. Natürlich war die Kärntner Bevölkerung zutiefst beunruhigt, im gemischtsprachigen Gebiet sogar völlig eingeschüchtert.<sup>2818</sup>

Der Kärntner Sicherheitsdirektor Josef Stossier versuchte ein Gegennetz aufzubauen und sandte entrüstete Berichte nach Wien, die allerdings infolge der Auseinandersetzungen mit der sowjetischen Besatzungsmacht völlig untergingen. Ohne Wissen des Innenministeriums – aber mit Einverständnis der britischen Besatzungsmacht – versuchte Stossier mit seinen Mitarbeitern Leopold Guggenberger, dem späteren Bürgermeister von Klagenfurt, und Michael Annewanter, dem späteren Militärkommandanten von Kärnten, Nachrichten aus dem Grenzgebiet zu beschaffen, Agenten nach Jugoslawien zu entsenden und Abhörgeräte amerikanischer Herkunft an antikommunistische Gruppierungen zu übergeben. Freilich gelang es der UDBA, einen ranghohen Beamten der Sicherheitsdirektion zur Mitarbeit zu gewinnen, der gegen hohe Geldsummen „wertvolles Material“ nach Belgrad lieferte. Andererseits versuchten beide Seiten, ehemalige Mitarbeiter der deutschen Abwehr, der Gestapo und des Sicherheitsdienstes der SS anzuwerben. Erst nach Abschluss des Staatsvertrages beruhigte sich die Lage.<sup>2819</sup>

Als im September 1979, mitten in einem Landtagswahlkampf in Kärnten, zwei Agenten des jugoslawischen Geheimdienstes SDB im Völkermarkter Stadtmuseum eine Bombe zündeten und sich dabei schwer verletzten, verurteilte Mitja Ribičič, ehemals ein enger Mitarbeiter Mačeks, mittlerweile Vorsitzender der KP Sloweniens, den Anschlag. Aber der ehemalige slowenische Ministerpräsident Stane Kavčič enthüllte schon 1989, dass das Motiv für den Anschlag gewesen sei, in Kärnten künstlich Spannungen zu erzeugen, um die jugoslawisch-österreichischen Beziehungen zu vergiften.<sup>2820</sup>

Als im Jahre 2003 der slowenische Honorarkonsul in Australien, Dušan Lajovič, eine Liste mit Tausenden Namen aus der „zentralen aktiven Evidenz“

<sup>2818</sup> Alfred ELSTE, Eine Million Dinar als Kopfgeld, in: Kleine Zeitung, 17. August 2009, 20f. Die Hinrichtungen von 96 Kärntner Zivilisten, darunter auch Frauen, geschahen zum Teil in Liescha im Mießtal, zum Teil an unbekanntem Orten. Neueste Forschungen in Pfarrbüchern und Chroniken, sowie viele Augenzeugen-Interviews in Unterkärnten ergaben, dass während der Kämpfe zwischen Wehrmacht, SS, Polizei und Partisanen an die 1000 Personen ums Leben gekommen sein dürften, weitere 1000 durch Aktionen der Partisanen bei oder unmittelbar nach Kriegsende. – Florian Thomas RULITZ, Die Tragödie von Bleiburg und Viktring – Partisanengewalt in Kärnten am Beispiel der antikommunistischen Flüchtlinge (Klagenfurt 2011).

<sup>2819</sup> Alfred ELSTE, Der Spion „Dok“ saß im Zentrum der Macht, in: Kleine Zeitung, 18. August 2009, 18f.

<sup>2820</sup> Alfred ELSTE, Das Ziel hieß: Kärnten spalten, in: Kleine Zeitung, 15. August 2009, 20f.

des ehemaligen Geheimdienstes Titos ins Internet stellen ließ, gerieten viele prominente Namen bis zum damaligen Präsidenten der Republik Slowenien, Janez Drnovšek, in die Schlagzeilen. Lajovič betonte in der Laibacher Zeitung *Delo* seine Absicht, „die Mitarbeiter und Funktionäre sowie die Bespitzelten des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes“ namentlich bekannt zu machen, um die Slowenen zum Nachdenken zu bringen. Die Liste enthält auch eine Reihe von Kärntner Namen: Funktionäre der Kärntner Slowenen, Schriftsteller, Journalisten, Priester, Wissenschaftler und einen Arzt. Die Liste verrät freilich nicht, ob sie „Täter“ – also Agenten bzw. Konfidenten – oder „Opfer“ waren. Die UDBA-Berichte lassen auch erkennen, welche Organisationen unterwandert waren und dass die UDBA über das österreichische Agentennetz Bescheid wusste.<sup>2821</sup> – Der „Krieg der Geheimdienste“ zwischen Jugoslawien und Österreich wäre als vergleichbar historisch zu betrachten, wie der zwischen der Tschechoslowakei und Österreich. Allerdings manipulierte er immer wieder auch die Kärntner Minderheitenfrage, was vernünftige politische Lösungen lange Zeit erschwerte.

### **Prozesse gegen fremde und einheimische Kriegsverbrecher**

Die Volksbefreiungsbewegung hatte noch während des Krieges – nach sowjetischem Vorbild – „Volksgerichte“ (*narodni sudovi*) und die Institution des öffentlichen Anklägers (*javni tužilac*) eingeführt. Diese Gerichte agierten nach der politischen Devise: „Tod dem Faschismus – Freiheit dem Volk!“ Erst am 24. Mai 1944 richtete der Oberste Stab des Volksbefreiungsheeres und der Partisaneneinheiten Militärgerichte ein, die nicht nur über Verrat, Spionage, Desertion, Plünderung, Mord und Behinderung der militärischen Einheiten urteilen sollten, sondern auch für „Kriegsverbrechen, Taten der Volksfeinde und Straftaten von Militärpersonen und Kriegsgefangenen“ zuständig waren:

„Als Kriegsverbrecher werden betrachtet (seien sie Bürger Jugoslawiens, Bürger der Okkupationsländer oder anderer Länder): Anführer, Organisatoren, Befehlsgeber und Helfer sowie unmittelbare Vollstrecker von Massentötungen, Folter, Zwangsaussiedlung, Lagertransporte und Transporte zur Zwangsarbeit, im weiteren von Brandstiftung, Vernichtung und Plünderung des Volks- und Staatsbesitzes; alle Guts- und Fabriksbesitzer in Jugoslawien, den Besatzungsländern und anderen Ländern, die auf unmenschliche Art die Arbeitskraft der verschleppten Zwangsarbeiter ausgebeutet haben; Funktionäre des terroristischen Apparates und terroristischer bewaffneter Formationen des Besatzers oder in seinem Dienste, welche die Mobilisierung unseres Volkes für die feindliche Armee ausgeführt haben.“ (Art. 13)

„Als Volksfeinde werden betrachtet: Alle aktiven *Ustaše*, *Četnici* und Angehörige anderer bewaffneter Formationen im Dienste des Feindes sowie seiner Organisatoren und Helfer; all diejenigen, die in irgendeiner Form im Dienste des Feindes stehen: Als Spione, Zusteller, Kuriere, Agitatoren und ähnliches; jene, die das Volk gezwungen haben, den Okkupanten Waffen zu

<sup>2821</sup> Alfred ELSTE, Im Visier waren auch die Kärntner Slowenen, in: Kleine Zeitung, 20. August 2009, 24f.

übergeben; alle jene, welche den Volkskampf verraten und mit dem Feind paktiert haben; all jene, welche sich von der Volksregierung abwenden und gegen sie arbeiten; all jene, welche die Volksarmee zerstören oder auf eine andere Art den Okkupanten geholfen haben oder helfen; all jene, welche schwere Fälle von Mord, Plünderung und ähnlichem ausführen.“ (Art. 14)<sup>2822</sup>

Sowohl der Begriff „Kriegsverbrecher“ als auch der im internationalen Strafrecht nicht eingeführte Begriff „Volksfeind“ waren ziemlich weit gefasst und teils klassenkämpferisch, teils ideologienpolitisch angereichert. Bereits auf der zweiten AVNOJ-Versammlung in Jajce am 30. November 1943 war eine „Staatliche Kommission zur Feststellung der Verbrechen der Okkupatoren und ihrer Helfer“ (*Državna komisija za utvrđivanje okupatora i njihovih pomagača*) eingerichtet worden, die Beweis- und Anklagematerial über einheimische und ausländische Kriegsverbrecher und „Volksfeinde“ sammeln sowie die personellen und materiellen Verluste erheben sollte. Diese Kriegsverbrecherkommission stand natürlich in engem Kontakt mit der Geheimpolizei OZNA, den Militärbehörden und dem „öffentlichen Ankläger“. Bereits seit Oktober 1943 war auch eine jugoslawische Delegation bei der „Kommission der Vereinten Nationen für Kriegsverbrechen“ akkreditiert – ursprünglich von der Exilregierung bestellt, nach dem Tito-Šubašić-Abkommen neu zusammengesetzt. Obwohl diese jugoslawische Regierung die gesamte deutsche Minderheit der Kollektivschuld bezichtigt hatte, registrierte das Belgrader Innenministerium unter 25.874 mutmaßlichen Kriegsverbrechern schließlich „lediglich“ 2560 „Volksdeutsche“ als „Kriegsverbrecher“ – hingegen vorerst 8700 „einheimische Verräter und Kriegsverbrecher“, 4071 Reichsdeutsche, 3618 Italiener, 3325 Ungarn, 1568 Bulgaren, 1223 Österreicher, 388 Russen (Emigranten), 247 Albaner sowie 88 Norweger, 22 Slowaken, 21 Franzosen, 17 Tschechen, 17 Polen und 4 Dänen. Sowohl die staatliche Kriegsverbrecherkommission als auch die Landeskommissionen richteten spezifische Untersuchungskommissionen ein, um etwa den Schaden der Bombardierung Belgrads 1941, die Verbrechen im KZ Banjica, die Verbrechen im KZ Jasenovac und die Verbrechen gegenüber den Juden in Sarajevo, Skopje und Bitolj, aber auch die Deportation von Slowenen nach Serbien und die Germanisierung slowenischer Kinder in steirischen Schulen zu erheben. Mit den Verbrechen der Deutschen beschäftigten sich insgesamt 52 Referate, mit den italienischen 47, mit den magyarischen 13, mit den bulgarischen zwei, mit den Verbrechen der *Ustaše* 16, mit denen der *Četnici* nur zwei, mit denen der Albaner eines. Schließlich registrierten alle jugoslawischen Kommissionen zusammen 49.245 „einheimische Verräter“ und Kriegsverbrecher und stellten ihre Recherchen den Militäranklägern, dem öffentlichen Ankläger und der OZNA zur Verfügung. Obwohl die staatliche Kriegsverbrecherkommission gemeinsam mit den Landeskommissionen 17.175 „ausländische“ Kriegsverbrecher registriert hatte, wurden der UN-Kommission nur 4800 Personen gemeldet, die schließlich 2868 Personen auf die Liste der international gesuchten Kriegsverbre-

<sup>2822</sup> NEŠOVIĆ, Stvaranje nove Jugoslavije, 412-415; PORTMANN, Vojvodina, 69; JANJE TOVIĆ, Hitler, 303; BLUMENWITZ, Rechtsgutachten, 15.

cher setzte, unter ihnen 1711 Deutsche, 923 Italiener, 178 Bulgaren, 54 Magyaren und zwei Albaner.<sup>2823</sup>

Zu den „einheimischen Verrätern“ zählten u. a. Milan Nedić, Dimitrije Ljotić und Draža Mihailović. Nedić wurde am 5. Juni 1945 auf österreichischem Gebiet von US-Truppen gefangen genommen und Anfang Jänner 1946 den jugoslawischen Behörden übergeben. Er starb noch während des Untersuchungsverfahrens in Belgrad unter unklaren Umständen; laut offizieller Version soll er sich aus dem Fenster gestürzt haben. Ljotić kam bereits im April 1945 bei einem Autounfall in Slowenien ums Leben, während der Großteil der Mitglieder der ehemaligen Nedić-Regierung im Sommer 1946 gemeinsam mit Mihailović vor Gericht gestellt wurde. Auf diese Weise wollten die kommunistischen Ankläger auf die angeblich gemeinsame Kollaboration der Nedić- und Mihailović-Anhänger hinweisen, obwohl sie bis zum Kriegsende konkurrierende serbische nationalistische Richtungen dargestellt hatten. Bis heute wurden keine Quellen veröffentlicht, wie viele „einheimische“ Kriegsverbrecher in Serbien angeklagt und verurteilt wurden. Lediglich Sándor Kaszás, ein Professor der Universität Novi Sad, veröffentlichte für die Vojvodina eine Liste von 1686 hingerichteten Kriegsverbrechern.<sup>2824</sup>

Die Hauptobjekte der Verfolgung seitens des kommunistischen Regimes waren eben keineswegs die deutschen (und österreichischen) Kriegsverbrecher gewesen. Denn Tito erklärte am 26. Juni 1950 ganz öffentlich in der *Skupština*:

„Schon im Volksbefreiungskrieg haben wir die alten Grundlagen des Staates vernichtet: a) die Administration; b) die Polizei und Gendarmerie; und c) die Reste der Militärorganisation der Exilregierung mit den *Četnici* Mihailović', den *Ustaše* Pavelić' und der Weißen Garde Rupniks. Wir haben diese revolutionäre Tätigkeit systematisch durchgeführt, nach den klassischen Prinzipien des Marxismus, dessen Lehre wir gänzlich angewendet haben. [...] Der Widerstand gegen die Deutschen war nur ein Vorwand, denn das endgültige Ziel war, an die Macht zu kommen und den integralen Kommunismus einzuführen.“<sup>2825</sup>

Tatsächlich verfolgten die jugoslawischen Behörden auch die antikommunistischen Protagonisten slowenischer Provenienz mit schärfster Konsequenz. General Rupnik war am 5. Mai 1945 mit einer Gruppe von 21 Personen in mehreren Fahrzeugen aus Laibach aufgebrochen und hatte von den Deutschen ein kleines Dorf am Oberkärntner Millstätter See als Aufenthaltsort zugewiesen erhalten. Dort wurde er von britischen Einheiten verhaftet, am 23. Juli 1945 zusammen mit Polizeichef Hacin ins Lager Federaun bei Villach gebracht und von dort in das Fremdenlager Cesenatico bei Rimini. Nach Aufenthalt in mehreren italie-

<sup>2823</sup> ZEČEVIĆ – POPOVIĆ, Državna komisija, 13, 33-53; PORTMANN, Vojvodina, Tab. 16. Die Kriegsverbrecherkommission für die Vojvodina registrierte als Kriegsverbrecher 2156 Deutsche, 2884 (sic!) Magyaren und 242 Slawen, als „Volksfeinde“ 337 Deutsche, 79 Magyaren und 175 Slawen. – PORTMANN, Vojvodina, Tab. 17.

<sup>2824</sup> RISTOVIĆ, Nedić, 686f.; Sándor KASZÁS, Mađari u Vojvodini: 1941-1946 (Novi Sad 1996); vgl. M. BORKOVIĆ, Kontrarevolucija u Srbiji. Kvislinška uprava 1941-1944, 2 Bde. (Beograd 1979).

<sup>2825</sup> Politika, 26. Juni 1950.

nischen Kriegsgefangenenlagern wurde er am 2. Jänner 1946 von alliierten an jugoslawische Militärbehörden ausgeliefert. Im Prozess „gegen die Kriegsverräter und Hochverräter Rupnik, Rösener, Rožman, Krek, Vizjak und Hacin“ vor dem Militärgericht der 4. Armee in Laibach wurde Rupnik nach neun Verhandlungstagen Ende August 1946 zum Tod durch Erschießen verurteilt, während Rösener und Hacin zum Tod durch den Strang verurteilt wurden. Der stellvertretende Landeswehr-Kommandant Vizjak wurde zu 12 Jahren Gefängnis mit Zwangsarbeit verurteilt, Exil-Minister Krek zu 15 Jahren, Bischof Rožman zu 18 Jahren. Krek und Rožman blieben jedoch im westlichen Ausland und entzogen sich so der Urteilsvollstreckung.<sup>2826</sup>

In den 1990er Jahren führte der slowenische Schriftsteller und Theater-Regisseur Žarko Petan ein Gespräch mit dem Vorsitzenden des Militärgerichts von 1946, Dr. Helij Modic, der in den 1950er Jahren Bürgermeister von Laibach und später Professor für Politische Ökonomie an der Laibacher Universität gewesen war. Nun erklärte Modic:

„Heute schäme ich mich, wenn ich mich an diesen Prozess erinnere und an meine Rolle darin. [...] General Rupnik hätte nicht zum Tode verurteilt werden dürfen. Leider waren die Zeiten danach, dass das Gericht die Todesstrafe aussprach, mit der ich nicht einverstanden war, für die ich aber zum Teil verantwortlich war. Rupnik hatte als sogenannter Präsident der Provinz Laibach unter der italienischen und später unter der deutschen Okkupation keinerlei Kompetenzen. Er war nur eine jämmerliche Figur. Er unterschrieb keine Todesstrafe, er gründete nicht die Weiße Garde, wie man ihm dies unterschob. Dafür war der Höhere SS-Offizier Rösener verantwortlich, der dies vor Gericht nicht abstritt; er wurde zum Tode verurteilt und justifiziert. Nach Rechtsnormen, die vom Internationalen Gerichtshof in Nürnberg für die Kriegsverbrechen verabschiedet wurden, wäre Rupnik wahrscheinlich freigesprochen worden. Bestimmt aber wäre er nicht zum Tode verurteilt worden. Das heißt, dass ich als Jurist auf der ganzen Linie versagt habe.“<sup>2827</sup>

Schon im Juni 1945 wurde eine jugoslawische Delegation in die alliierten Besatzungszonen Deutschlands und Österreichs entsandt, um Kriegsverbrecher ausfindig zu machen und ihre Auslieferung bei den alliierten Behörden zu beantragen. Zuerst verlangte die Delegation die Auslieferung von mehr als 500 mutmaßlichen Kriegsverbrechern, schließlich wurden etwa 200 Personen nach Jugoslawien überstellt – unter ihnen der Kärntner Gauleiter und Reichsstatthalter Rainer und die Höheren SS- und Polizeiführer Kammerhofer und Rösener. Sehr unterschiedlich verlief das Nachkriegsschicksal der für die deutsche Besatzungspolitik in Slowenien hauptverantwortlichen deutschen Funktionsträger, sieht man von den Regierungs-, SS- und Polizeispitzen in Berlin ab. Der für die Untersteiermark verantwortliche Reichsstatthalter Uiberreither konnte sich bei Kriegsende absetzen und lebte nach dem Krieg noch mehrere Jahrzehnte unter anderer Identität in der Bundesrepublik Deutschland.

<sup>2826</sup> GRIESSER-PEČAR, Volk, 93.

<sup>2827</sup> Žarko PETAN, O revoluciji in o smrti (Ljubljana 2000) 78f., zitiert nach: Griesser-Pečar, Volk, 94.

Friedrich Rainer wurde am 31. Mai 1945 von britischem Militär auf der Mösslacher Alm bei Paternion in Oberkärnten festgenommen. Bereits nach wenigen Tagen forderten ihn die britischen Vernehmungsoffiziere auf, detaillierte Berichte über verschiedene Persönlichkeiten Kärntens zu verfassen, womit sich Rainer – nach seinem Selbstbild ein „anständiger“ Nationalsozialist – sofort einverstanden erklärte. Rainer wurde zu einem „kooperativen Gefangenen“, der Hunderte Seiten historischer und strategischer Analysen verfasste, in denen er allerdings die mörderischen Konsequenzen der NS-Ideologie aussparte. Rainer wurde zuerst in Nürnberg inhaftiert, dann in Dachau, schließlich am 17. oder 18. Februar 1947 den jugoslawischen Behörden übergeben. Vor dem Militärgericht der 4. Armee in Laibach wurde gegen ihn in 24 Punkten Anklage erhoben: wegen der Verpflichtung von 5286 Personen zur Zwangsarbeit (im Februar 1943), wegen des Befehls zur Rekrutierung von 4200 Personen für die Deutsche Wehrmacht (im Juli 1942), wegen der Veranlassung des Niederbrennens von 35 namentlich genannten Dörfern (in den Jahren 1941 und 1942), wegen der Zulassung der Erschießung von 864 Geiseln (zwischen 1942 und 1945), wegen Inhaftierung von 10.458 Slowenen unter unmenschlichen Bedingungen und den Abtransport vieler anderer in Konzentrationslager. Rainer wurde auch angelastet, dass er das Ziel verfolgt habe, die kulturellen, materiellen und wirtschaftlichen Grundlagen des slowenischen Volkes zu zerstören. Rainer berief sich zum Teil auf Befehle seiner Vorgesetzten („Führerbefehl“, „Himmlerbefehl“, „Ich habe nur meine Arbeit getan“, „Geben Sie nicht mir die Schuld, sondern Rösener“), zum Teil stritt er Anklagepunkte ab („Falsch“, „Lauter Lügen“, „Glaub’ ich nicht“). Über seine Verantwortung als Oberster Kommissar äußerte Rainer, dass er in militärischer Hinsicht dem Oberbefehlshaber in Italien, GFM Erwin Rommel, unterstanden sei, „im internen Verhältnis aber direkt Hitler“, was der italienischen Regierung offiziell nicht mitgeteilt worden sei. Im Prozess selbst erklärte er am 12. Juli 1947: „Ich fühle mich in keinem Punkt als Verbrecher.“ Aber ein ehemaliger Gestapo-Mitarbeiter in Veldes (Bled) sagte aus, dass Rainer etwa alle zwei Monate mit Himmler Maßnahmen der Besatzungspolitik besprochen und der Polizei in Oberkrain entsprechende Befehle erteilt hätte. In seinem Schlussplädoyer argumentierte Rainer, dass er versucht habe, Hitlers Germanisierungsbefehl von 1941 abzuschwächen, und dass er und seine Mitarbeiter dreieinhalb Jahre hart gearbeitet hätten, um Essen, Dienstleistungen, Arbeit und Gesundheitswesen für ein Gebiet von drei Millionen Menschen zu organisieren.<sup>2828</sup>

Nach acht Prozesstagen erklärte ihn das Militärgericht in 21 Anklagepunkten für schuldig und verurteilte ihn zum Tod durch den Strang. Die für den 19. Au-

<sup>2828</sup> WILLIAMS, Gau, Volk und Reich, 255-277; ELSTE, NS-Österreich, 30f., 119-122. Zur Frage der Kollaboration mit der slowenischen Geistlichkeit machte der erklärte „Gottgläubige“ (= von den anerkannten Religionsgemeinschaften Abgewandte) Rainer die erstaunliche Feststellung: „Ich glaube, dass hier in Slowenien der einzige Fall war, dass der Nationalsozialismus die katholische Kirche als seinen Verbündeten verwendete.“

gust 1947 angesetzte Hinrichtung fand jedoch erst zu einem späteren Zeitpunkt statt, da offenbar die jugoslawische Regierung Rainer noch als Druckmittel in den Staatsvertragsverhandlungen mit Österreich einsetzen wollte. Rainer verfasste jedenfalls noch einige Denkschriften und dürfte nicht vor August 1950 hingerichtet worden sein.<sup>2829</sup>

Rainers alter Parteigenosse Globocnik hatte unmittelbar nach seiner Festnahme in Oberkärnten Ende Mai 1945 Selbstmord begangen, sein Kollege als Höherer SS- und Polizeiführer, Erwin Rösener, wurde am 27. August 1946 gemeinsam mit General Rupnik und Polizeichef Hacin von einem Militärgericht in Laibach zum Tode verurteilt und hingerichtet. Das Mitglied der ehemaligen Zentralleitung des Schwäbisch-Deutschen Kulturbundes in Slowenien, der Rechtsanwalt Dr. Leo Gozani, war schon am 20. August 1945 von einem Militärgericht in Marburg als angeblicher Volksverräter und Kriegsverbrecher zum Tod durch den Strang verurteilt und hingerichtet worden.<sup>2830</sup>

Um die jugoslawischen Forderungen bei den Verhandlungen über den österreichischen Staatsvertrag in London propagandistisch zu unterstützen, wurde Generaloberst Alexander Löhr erst im Februar 1947 vor Gericht gestellt. Nach einem Schauprozess in Belgrad – die Anklage hob vor allem Löhrs Kommandierung des Luftangriffs auf Belgrad am 6. April 1941 hervor – wurde der Generaloberst zum Tode verurteilt und am 16. Februar 1947 erschossen. SS-Gruppenführer Harald Turner wurde am 21. Oktober 1946 von Großbritannien an Jugoslawien ausgeliefert, ebenso im Februar 1947 in Belgrad vor Gericht gestellt, zum Tode verurteilt und hingerichtet. Hermann Neubacher, der ehemalige Bürgermeister von Wien und „Sonderbevollmächtigter des Auswärtigen Amtes“ in Serbien zwischen September 1943 und Oktober 1944, wurde im Mai 1945 verhaftet und auf Betreiben Jugoslawiens ausgeliefert. Ein Belgrader Kriegsgericht verurteilte ihn zu 20 Jahren Zwangsarbeit. Aus gesundheitlichen Gründen und nach Intervention des österreichischen Außenministers Karl Gruber wurde er 1952 aus der Haft entlassen und starb 1960 in Wien.<sup>2831</sup>

Im Anschluss an den Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher führten die USA in Nürnberg zwölf weitere Gerichtsverfahren durch, darunter gegen insgesamt elf Befehlshaber der Wehrmacht wegen Geislerschießungen in Südosteuropa (Fall 7). Im Prozess gegen die „Südostgeneräle“ zwischen Juli 1947 und Februar 1948 wurde den Angeklagten vorgeworfen, Kriegsgefangene misshandelt,

<sup>2829</sup> WILLIAMS, *Gau, Volk und Reich*, 277-287. ELSTE, *NS-Österreich*, 143. Die Mitangeklagten General Ludwig Kübler, Hans Fleckner, Sipo- und SD-Kommandeur Josef Vogt, Kreisleiter Dr. Walter Hochsteiner, Gestapoagent Reinhold Gerlach und Gestapoagent Franz Müller wurden ebenfalls zum Tod durch den Strang verurteilt, die Mitangeklagten Dr. Helmut Glaser, Hans von Hösslin, Oberst Heinrich Christl, Günther Neubert und Kreisleiter Leo Kuss zum Tod durch Erschießen. Landrat Dr. Hermann Doujak und Kreisleiter Dr. Franz Hradetzky wurden zu 18 bzw. 16 Jahren Gefängnis verurteilt.

<sup>2830</sup> GRIESSER-PEČAR, *Volk*, 93; NEČAK, „Die Deutschen“, 375.

<sup>2831</sup> *Biographisches Lexikon zum Dritten Reich*, hg. von Hermann Weiß (Frankfurt/Main 1998) 334.

sowie serbische und griechische Geiseln völkerrechtswidrig erschossen zu haben. GFM Wilhelm List erhielt eine lebenslängliche Strafe, ebenso der General der Pioniere Walter Kuntze; die Generäle der Flieger Wilhelm Speidel bzw. Helmuth Felmy wurden zu 20 bzw. 15 Jahren Kerker verurteilt; GO Lothar Rendulic wurde ebenfalls zu 20 Jahren Kerker verurteilt, der General der Gebirgstruppen Hubert Lanz zu 12 Jahren, der General der Infanterie Ernst von Leyser zu 10 Jahren und der General der Infanterie Ernst Dehner zu 7 Jahren; gegen GFM Maximilian Freiherrn von Weichs wurde das Verfahren aus Gesundheitsgründen eingestellt, General der Infanterie Hermann Foertsch und Generalmajor Kurt Ritter von Geitner wurden freigesprochen.<sup>2832</sup>

General Franz Böhme, Militärbefehlshaber in Serbien zwischen September und Dezember 1941, wurde ebenfalls am 10. Mai 1947 vor dem Militärgerichtshof V der USA im Nürnberger Nachfolgeprozess gegen die Südostgeneräle wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeklagt. Der Gerichtshof unter Vorsitz des amerikanischen Richters Charles Wennerstrum vertrat allerdings die Meinung, dass Widerstand gegen eine Besatzungsmacht, der nicht von einer Regierung unterstützt werde, verbrecherisch sei und daher eine solche Guerillabewegung wie Spione zu behandeln sei. Daher wurde General Böhme am 19. Februar 1948 freigesprochen; Böhme hatte sich allerdings schon am 29. Mai 1947 in der Untersuchungshaft das Leben genommen. Das Urteil gegen Böhme überrascht, war er doch der Hauptverantwortliche für die massenhaften Geiseler-schießungen in Serbien im Herbst 1941.<sup>2833</sup>

Auf der jugoslawischen Liste der mutmaßlichen deutschen und österreichischen Kriegsverbrecher standen auch nahezu alle Divisions-, Regiments- und Bataillonskommandeure der 7. SS-Freiwilligen-Gebirgs-Division „Prinz Eugen“. Der erste Divisionskommandeur Phleps war im September 1944 bei Arad gefallen, Divisionskommandeur Kumm diente der US-Anklagebehörde in Nürnberg als Kronzeuge im Prozess gegen die „Südostgeneräle“. Als er jedoch mit dem Vermerk: „Auslieferung Jugoslawien!“ nach Dachau zurückgeschickt wurde, entzog er sich weiterer Verfolgung durch Flucht. Obersturmführer Joachim Krahn, Adjutant des Pionier-Bataillons 7, wurde auf Grund einer falschen Zeugenaussage eines Mitinsassen des Kriegsgefangenenlagers Werschetz (Vršac) zum Tode verurteilt und Ende 1947 hingerichtet. Zehn Angehörige der 13. SS-Gebirgs-Division „Handschar“ – unter ihnen auch deutsche Offiziere – wurden in Sarajevo angeklagt, zum Tode verurteilt und erschossen.<sup>2834</sup>

<sup>2832</sup> Verbrechen der Wehrmacht, 649.

<sup>2833</sup> Official Transcript of the American Military Tribunal in the Matter of the United States of America against Wilhelm List et al. Deferents, Sitting at Nuremberg, Germany, on 19 February 1948, 0930-1630, Justice Wennerstrum Presiding; Martin ZÖLLER – Kasimir LESZYNSKI, Der Fall 7 – Das Urteil im Geiselmordprozess gefällt am 19. Februar 1948 vom Militärgerichtshof V der Vereinigten Staaten von Amerika, Berlin (Ost) 1965; <http://www.cologneweb.com/wehrmacht.htm>.

<sup>2834</sup> KUMM, Prinz Eugen, 385-390.

